

Keine Gnade für Bootsflüchtlinge; Wieder einmal versuchen die regierenden Konservativen in Großbritannien, die Einreise von Flüchtlingen über den Ärmelkanal per Gesetz endgültig zu unterbinden. Der neue Vorschlag ist der bisher härteste

taz, die tageszeitung

Donnerstag 09. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 582 words

Byline: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Highlight: Wieder einmal versuchen die regierenden Konservativen in Großbritannien, die Einreise von **Flüchtlingen** über den Ärmelkanal per Gesetz endgültig zu unterbinden. Der neue Vorschlag ist der bisher härteste

Body

Aus London Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Vor seinem Podium war ein Schild mit der Aufschrift **Stoppt die Boote** angebracht. Mit der gleichen Parole wie einst Aus-traliens Expremier Tony Abbott kündigte Großbritanniens Premier Rishi Sunak am Dienstagabend seine Gesetzesvorschläge zu seiner neuen **Asylpolitik** an. Innenministerin Suella Braverman hatte Stunden zuvor den entsprechenden Gesetzesentwurf angekündigt, der, wie sie behauptete, dem Wunsch der gesetzestreuen patriotischen Mehrheit entspreche, deren Geduld mit den illegalen Bootseinreisenden am Ende sei.

Jegliche Person, die auf diese Weise nach Großbritannien einreise, soll demnach kein Asyl mehr beantragen dürfen wie bisher, sondern in Abschiebehaft genommen und nach spätestens 28 Tagen in ihr Ursprungsland abgeschoben werden, oder in ein sicheres Drittland. Ein Recht, dies anzufechten, gäbe es erst aus dem Ausland.

Das Recht, eine Abschiebung zu stoppen, weil Menschenhandel oder Sklaverei vorliege, gelte bei einer illegalen Einreise nicht mehr. In einer Presseerklärung des Innenministeriums hieß es zudem, dass auch das Recht auf eine Wiedereinreise nach Großbritannien sowie das Recht auf Einbürgerung verfalle. Ausnahmen bei der Abschieberegelung werde es nur bei Kindern unter 18 Jahren geben, bei Menschen, deren Gesundheitszustand eine Abschiebung nicht zulässt, und in besonderen Härtefällen, sagte Braverman.

Sie könne nicht garantieren, dass die Ankündigungen mit dem britischen Menschenrechtsgesetz kompatibel seien, wohl aber mit internationalem Recht und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Im Gesetz seien allerdings Vorkehrungen eingebaut, Teile des Menschenrechtsgesetzes außer Kraft zu setzen. Andere verneinen jede Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Keine Gnade für Bootsflüchtlinge Wieder einmal versuchen die regierenden Konservativen in Großbritannien, die Einreise von Flüchtlingen über den Ärmelkanal per

Weitere Vorkehrungen sollen auf bereits laufende gemeinsame Programme mit Frankreich aufbauen. Die will Rishi Sunak am Freitag in Paris weiter diskutieren, wenn er beim ersten britisch-französischen Gipfel seit dem Brexit auf Präsident Emmanuel -Macron trifft. Geplant ist auch ein Rücknahmeabkommen mit Albanien, dessen Staatsbürger im vergangenen Jahr einen zunehmenden Anteil der Bootsflüchtlinge ausmachten.

Labours Schatteninnenministerin Yvette Cooper kritisierte die Ankündigungen. Aber Labour ist keineswegs für eine freie Einreise der Bootsflüchtlinge. Der Anstieg der Bootüberquerungen auf 45.000 im Jahr 2022 gegenüber 280 vier Jahre zuvor sei allein die Schuld der regierenden Konservativen, so Cooper: diese würden es nicht schaffen, gegen Menschenschleuser vorzugehen. Zudem, kritisierte Cooper, bestünden kaum Rücknahmevereinbarungen mit anderen Ländern.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR äußerte sich über die Pläne zutiefst besorgt. Die große Mehrheit der Menschen, die in kleinen Booten den Ärmelkanal überqueren, würden als Flüchtlinge anerkannt werden, erklärte die UNHCR.

Manche sehen in den Vorschlägen nur politischen Wind, da der Gesetzesentwurf vermutlich lange und kontrovers in Unter- und Oberhaus beraten werden dürfte und selbst im Falle seiner Verabschiedung vor Gericht landen wird. Schon vergangene ähnliche Vorschläge der früheren Innenministerin Priti Patel wurden nie Gesetz. Sollte das neue Gesetz im Parlament und in der Justiz steckenbleiben, könnte dies den Konservativen im nahenden Wahlkampf 2024 helfen, Stimmen am rechten Rand zurückzuholen, der bisher wenig Begeisterung für Rishi Sunak zeigt.

Wer auf diese Weise nach Großbritannien einreist, soll kein Asyl mehr beantragen dürfen

Load-Date: March 8, 2023

Drei dankbare Staatschefs; Migration zählte zu den wichtigsten Themen des Nordamerikagipfels der USA, Kanadas und Mexikos. Anfängliche Misstöne zwischen Biden, López Obrador und Trudeau lösen sich in Wohlgefallen auf

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 546 words

Byline: Wolf-Dieter Vogel

Highlight: *Migration* zählte zu den wichtigsten Themen des Nordamerikagipfels der USA, Kanadas und Mexikos. Anfängliche Misstöne zwischen Biden, López Obrador und Trudeau lösen sich in Wohlgefallen auf

Body

Von Wolf-Dieter Vogel

Am Ende zeigte sich der mexikanische Staatschef Andrés Manuel López Obrador äußerst versöhnlich. Sie sind der einzige Präsident der USA, der keinen Meter Mauer gebaut hat, und dafür danke ich Ihnen, sagte er zum Abschluss des Nordamerikagipfels am Dienstag in Mexiko-Stadt.

Sein US-Amtskollege Joe Biden reagierte mit ähnlich freundlichen Worten. Er sei López Obrador dankbar für seine Bereitschaft, Mi-gran-t*in-nen wieder aufzunehmen, die versuchten, illegal über die Grenze in die USA einzureisen.

Die Einwanderungspolitik zählte zu den wichtigsten Themen des trilateralen Gipfels, an dem neben Biden und López Obrador auch der kanadische Premierminister Justin Trudeau teilnahm. Bereits im Vorfeld hatte der US-Präsident erklärt, sein Land werde künftig monatlich 30.000 Menschen aus Haiti, Kuba, Venezuela und Nicaragua aufnehmen und eine zweijährige Arbeitserlaubnis ausstellen. Wer jedoch versuche, illegal einzureisen, werde sofort nach Mexiko abgeschoben. Sein mexikanischer Kollege zeigte sich im Gegenzug bereit, jeden Monat ebenso viele Abgeschobene aufzunehmen.

Zugleich bescheinigte López Obrador Biden Respekt gegenüber den Mexikanern, die in den USA leben und ehrlicher Arbeit nachgehen. Er bat ihn, sich im Kongress für die Legalisierung von elf Millionen Me-xi-ka-ne-r*in-nen einzusetzen, die ohne Papiere in dem Nachbarland lebten. Auch Trudeau unterstützte die Forderung. Die US-Regierung will indes mehrere Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, um die Wirtschaft in Mittelamerika zu stärken und damit zu verhindern, dass noch mehr Menschen aus der Region versuchen, in die USA zu migrieren.

Drei dankbare Staatschefs Migration zählte zu den wichtigsten Themen des Nordamerikagipfels der USA , Kanadas und Mexikos. Anfängliche Misstöne zwischen Biden,

Zu Beginn des Gipfels am Montag hatte López Obrador die Washingtoner Politik scharf kritisiert. Ich möchte unterstreichen, dass es an der Zeit ist, das Vergessen, die Vernachlässigung und die Überheblichkeit gegenüber Lateinamerika und der Karibik zu beenden , sagte er im bilateralen Gespräch mit Biden.

Doch von Missstimmungen konnte zum Ende des Gipfels der Three Amigos nicht mehr die Rede sein. Nicht nur in der Migrationspolitik zeigte man sich einig. Man wolle die Region wirtschaftlich und politisch zu einem eigenen Block im aktuellen geopolitischen Umfeld machen, erklärten die Staatsoberhäupter. Sie seien entschlossen, die Sicherheit, den Wohlstand, die Nachhaltigkeit und die regionale Integration zu stärken , heißt es im veröffentlichten Abschlussdokument des Gipfeltreffens.

So soll künftig die Warenproduktion aus anderen Regionen wieder in die nordamerikanischen Staaten zurückgeholt werden. Wir arbeiten auf eine Zukunft hin, in der wir unsere Zusammenarbeit bei Lieferketten und knappen Rohstoffen verstärken, damit wir unsere Bemühungen um den Aufbau der Technologien von morgen weiter beschleunigen können und zwar genau hier in Nordamerika , sagte Biden. Er hat dabei unter anderem die Halbleiter-Produktion im Blick, die bislang von China und Taiwan dominiert wird.

Es gibt noch viel zu tun , sagte Trudeau. Der kanadische Premier forderte auf der abschließenden Konferenz, sich gemeinsam gegen den brutalen Krieg Russlands gegen die Ukraine einzusetzen und Maßnahmen zur Überwindung der humanitären Krise in Haiti zu stärken.

Ziel: die Region zu einem eigenen wirtschaftlichen und politischen Block zu entwickeln

Load-Date: January 11, 2023

Die französische Regierung verschärft die Migrationsgesetze mit Zustimmung von Le Pen; In Frankreich wird mit rechten und konservativen Stimmen eine Revision des Immigrationsgesetzes verabschiedet. Auch in den Reihen des Präsidenten regt sich dagegen Protest

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 810 words

Byline: Rudolf Balmer

Highlight: In Frankreich wird mit rechten und konservativen Stimmen eine Revision des Immigrations-gesetzes verabschiedet. Auch in den Reihen des Präsidenten regt sich dagegen Protest

Body

Aus Paris Rudolf Balmer

Eigentlich wäre es an je sieben Mitgliedern des französischen Senats und der Nationalversammlung gewesen, hinter verschlossenen Türen und ohne Intervention von außen einen Kompromiss zum Immigrationsgesetz zu finden. So zumindest ist die Aufgabe der gemischten paritätischen Kommission in Frankreich definiert, die normalerweise einen Ausweg finden soll, wenn sich die beiden Parlamentskammern in der Gesetzgebung nicht auf eine gemeinsame Vorlage einigen können.

In diesem Fall aber wurden die Diskussionen vor den Augen und Ohren der Medien direkt und im Auftrag von Staatspräsident Emmanuel Macron von der Premierministerin, Élisabeth Borne, mit den Parteispitzen geführt. Die parlamentarische Kommission konnte am Ende den Text, auf den sich Macrons Regierungsparteien und die Konservativen der Partei Les Républicains geeinigt hatten, bloß absegnen. Danach wurde das revidierte Immi-gra-tions-gesetz noch am selben Abend dem Senat und der Nationalversammlung zur Zustimmung unterbreitet.

Was dabei herausgekommen ist, entspricht nur noch sehr wenig der ursprünglichen Regierungsvorlage, sie tönt sehr viel mehr nach der restriktiven Version, die von der französischen Rechten im Senat verabschiedet worden war. So soll das Parlament jährliche Quoten für die Einwanderung festlegen. Doppelbürger*innen, die sich Verbrechen oder Gewaltakten gegen die Polizei strafbar machen, sollen ihre französische Staatsbürgerschaft verlieren und so abschiebbar werden.

Die französische Regierung verschärft die Migrationsgesetze mit Zustimmung von Le Pen In Frankreich wird mit rechten und konservativen Stimmen eine Revision des....

Der illegale Aufenthalt in Frankreich wird wie dies früher der Fall gewesen war ein Delikt, das mit Geldbußen bestraft wird. Zudem soll die Abschiebung von Illegalen und für unerwünscht Erklärten zum Beispiels nach der Ablehnung eines Asylgesuchs erleichtert und beschleunigt werden.

Schlimmer noch: Wer in Frankreich geboren wurde und dort aufwuchs, wurde bisher mit 18 automatisch französischer Staatsbürger, nun muss dies ausdrücklich verlangt werden. Ausländische Studierende (von außerhalb der EU) müssen vor ihrer Immatrikulation eine Kautions hinterlegen.

Als humane Komponente der sonst härteren Regeln war ursprünglich geplant, dass illegal Eingereiste, die in Wirtschaftssektoren mit extremem Personalmangel tätig sind, mit einem neuen Statut und einer Sondergenehmigung legalisiert werden könnten. Doch die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigung bleibt von Fall zu Fall dem Gutdünken der Präfekten (Regierungsvertreter in den Departements) überlassen.

Familienzulagen gibt es für ausländische Eltern, die legal in Frankreich leben und arbeiten, in Zukunft erst nach einer Karenzfrist von 30 Monaten. Für die Mietbeihilfen APL gilt neu eine Wartezeit von drei Monaten für die Erwerbstätigen, aber fünf Jahre für die Nichtberufstätigen.

Dieser Kompromiss tönt penetrant nach der von der extremen Rechten seit Jahren geforderten nationalen Präferenz bei allen Sozialzulagen. Marine Le Pen vom Rassemblement national (RN), das bei der Abstimmung am Dienstagabend in beiden Kammern mit Ja gestimmt hat, hatte das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und der konservativen Rechten im Voraus als einen ideologischen Sieg des RN gefeiert. Ihre Parteikollegen wiederholten dies den ganzen Tag über in den Medien, bis manchen Macronisten dieser Jubel über eine von der extremen Rechten inspirierte Einigung dann doch etwas peinlich wurde.

Laut der Zeitung Le Monde hatten sich bei der Abstimmung 59 Abgeordnete der Regierungsparteien der Stimme enthalten oder dagegen votiert. Der Gesundheitsminister kündigte seinen Rücktritt an, andere Regierungsmitglieder könnten seinem Beispiel folgen.

Dennoch stimmten am Dienstagabend dann der Senat und auch die Nationalversammlung dank der Stimmen aus dem Lager der Konservativen und des Rassemblement National dem Gesetz zu. Doch das Missbehagen in den Reihen der Macronisten ist groß und nachhaltig. Ihr Präsident wollte unbedingt, dass noch vor Weihnachten die Immigrationsgesetze durchgepaukt würden. Um seinen Wunsch zu erfüllen, haben sie sich dem Diktat der Konservativen gebeugt.

Die haben nicht nur den politischen Preis für eine Einigung bis zuletzt hochgetrieben, sondern wie in der Nationalversammlung der Grünen-Abgeordnete Benjamin Lucas protestierte ungeniert ganze Teile des RN-Programms kopiert. Die linke Opposition spricht von einer Schande.

Rund 50 Vereinigungen, darunter die französische Menschenrechtsliga und die beiden größten Gewerkschaftsverbände CGT und CFDT, haben in einem gemeinsamen Communiqué gegen die schlimmste Regression seit 40 Jahren protestiert.

Innenminister Gérald Darmanin, dessen ursprüngliche Vorlage vor einer Woche an einem Rückweisungsantrag der Oppositionsparteien in der Nationalversammlung gescheitert war, freute sich hingegen über die neuen Gesetzesmaßnahmen, welche die Franzosen schützen würden.

meinung + diskussion

Rassemblement National-Programm kopiert

Load-Date: December 20, 2023

Minus für Menschenrechte; ProAsyl und andere Organisationen warnen vor Aushebelung des Asylrechts in der EU

taz, die tageszeitung

Freitag 09. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 302 words

Byline: Frederik Eikmanns, Christian Jakob, Anna Lehmann

Highlight: ProAsyl und andere Organisationen warnen vor Aushebelung des Asylrechts in der EU

Body

Von Frederik Eikmanns, Christian Jakob und Anna Lehmann

Zum Gipfeltreffen der EU-Innenminister*innen am Donnerstag haben europäische Menschenrechtsorganisationen ihre Kritik verstärkt. Die deutsche Organisation ProAsyl warnt, durch die geplanten Asylrechtsverschärfungen drohe eine Aushebelung des Asylrechts in der EU. Das International Rescue Committee sagt, Erfahrungen in Ländern wie Griechenland zeigten, dass die Unterbringung der Menschen Auswirkungen auf Integration und psychische Gesundheit hätten. Sie seien teils in abgelegenen Einrichtungen, unter ständiger Überwachung und hinter Stacheldrahtzäunen untergebracht. Angesichts der Traumata vieler Geflüchteter sei es an der Zeit, den Schwerpunkt von Mauern auf die Aufnahme zu verlagern.

Kern dessen, was in Luxemburg am Donnerstag verhandelt wird, ist der Vorschlag, Prüfverfahren für bestimmte Flüchtlinge schon an den EU-Außengrenzen durchzuführen wohl unter haftähnlichen Bedingungen. Außerdem steht zur Debatte, die Zahl der sogenannten sicheren Drittstaaten auszuweiten etwa die Türkei oder Tunesien. Wer über diese Staaten flüchtet, hat in der EU dann keine Chance auf Asyl.

Schon am Dienstag hatten sich über 700 Grünen-Mitglieder in einem offenen Brief an ihre Parteispitze gewandt und diese aufgefordert, sich gegen die geplanten Verschärfungen des EU-Rechts zu stellen. In der SPD hingegen scheint man die eigene Innenministerin bei den Verhandlungen nicht schwächen zu wollen: Wir wollen Nancy Faeser in dieser schwierigen Situation den Rücken stärken, gleichzeitig gibt es auch in der SPD breite Kritik am Vorschlag der Kommission, so der sächsische Bundestagsabgeordnete Carlos Kasper. Mehrere SPD-Abgeordnete hatten insbesondere gefordert, Familien mit minderjährigen Kindern von den Schnellverfahren an der Grenze auszunehmen.

Load-Date: June 8, 2023

Minus für Menschenrechte ProAsyl und andere Organisationen warnen vor Aushebelung des Asylrechts in der
EU

End of Document

Ein Erdbeben, und niemand kuckt hin; Die Armut steigt. Doch fast niemand berichtet. Selbst die Betroffenen, die am lautesten sind, werden kaum gehört

taz, die tageszeitung

Samstag 20. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 16

Length: 929 words

Byline: Caspar Shaller

Highlight: Die Armut steigt. Doch fast niemand berichtet. Selbst die Betroffenen, die am lautesten sind, werden kaum gehört

Body

Von Caspar Shaller

Diese Woche war ganz schön was los. Die Themen der Tagesschau: Bahnunterbrechungen, **Flüchtlingsgipfel**, Selenski in Berlin, Türkei-Wahl, Bremen-Wahl, Grünes Gewölbe. Welche Schlagzeilen sind Ihnen geblieben?

Eine Meldung von Dienstag schaffte es nicht in die Tagesschau, sie schaffte es auf kaum eine Titelseite: Das statistische Bundesamt in Wiesbaden hat errechnet, dass mehr als jede fünfte Person in Deutschland von Armut betroffen ist oder droht, in sie abzurutschen. Stellen Sie sich vor: 20,9 Prozent der Bevölkerung Deutschlands, das sind mehr als 17 Millionen Menschen, fast so viele, wie in ganz Nordrhein-Westfalen leben. Eigentlich lautet ein Relevanzkriterium, dass die Wichtigkeit eines Themas proportional dazu steigt, wie viele Menschen betroffen sind. Wenn in Nordrhein-Westfalen ein gigantisches Erbeben fast alle Bewohner obdachlos machen würde, würden wir wochenlang von nichts anderem hören.

Doch wenn Millionen Menschen zu wenig Geld haben, um ein anständiges Leben zu bestreiten, dann ist das nur noch Alltag. Frei nach Tucholsky: Eine Armutsbetroffene ist eine Tragödie, Millionen Armutsbetroffene sind nur eine Statistik.

Bereits im April meldete der Paritätische Gesamtverband, dass in den vergangenen 15 Jahren zwar das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt um 46 Prozent gewachsen ist, aber auch die Armut in dieser Zeit stark zugenommen hat. Die am Dienstag veröffentlichten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2021, doch schon jetzt wird in der Statistik sichtbar, dass in den ersten Pandemie Jahren die Armutsquote so schnell emporgeschnellt ist wie noch nie zuvor in den Erhebungen.

Tektonische Plattenverschiebungen vollziehen sich meist langsam, fast unbemerkt. Doch sie häufen gigantische Gebirge auf. Wenn sie sich schnell bewegen, brechen sich Erdbeben Bahn. Was wir gerade erleben, ist ein Erbeben der Armut. Und wir schweigen.

Ein Erdbeben, und niemand kuckt hin Die Armut steigt. Doch fast niemand berichtet. Selbst die Betroffenen, die am lautesten sind, werden kaum gehört

Dabei hat vor einem Jahr ein geradezu heldenhafter Versuch begonnen, diesen abstrakten Zahlen ein Gesicht zu geben und Menschen eine Stimme zu geben, die hinter den Statistiken verschwinden: der Hashtag #IchBinArmutsbetroffen. Am 17. Mai 2022 postete Anni W. aus der Nähe von Köln auf Twitter:

Hi, ich bin Anni, 39, und habe die Schnauze voll! Ich lebe von Hartz IV und es reicht ganz einfach nicht! Nein, ich kann keine weiteren Kosten senken. Nein, ich kann nicht auf das spritsparende Auto verzichten.

Es folgte eine Welle der Solidarität, Hunderte erzählten bei Twitter ihre eigenen Geschichten mit der Armut. Bald formierte sich ein Kern von Aktivistinnen, fast schon eine soziale Bewegung. Sie machen regelmäßige Demos und sind in verschiedenen Städten in Gruppen organisiert. Bald fanden einige der Armutsbetroffen-Aktivistinnen ihren Weg in Talkshows, auf Konferenzen und in Medienberichte. Doch vergangene Woche nun hat die Bewegung ihren ersten Geburtstag gefeiert und wer hat's gemerkt? In fast keinem Medium kam dazu ein Bericht, eine Rückschau darüber, was sich getan hat, eine Analyse, einen Blick in die Zukunft, Interviews mit den Aktivistinnen oder Expertinnen, Lösungsvorschläge für das immer drängendere Problem der Massenarmut in diesem Land. Welch Ironie, dass ausgerechnet eine Bewegung, die versucht, den Unsichtbaren in unserer Gesellschaft eine Stimme zu geben, komplett ignoriert wurde.

Was es in die Tagesschau geschafft hat, ist der IGLU-Bericht. Die Internationale Grundschulleseuntersuchung hat festgestellt, dass mehr als ein Viertel der Viertklässler in Deutschland nicht auf einem ihrem Alter gerechten Niveau lesen können. Die Meldung schaffte es an dritte Stelle in der Tagesschau. Die Zahl ist seit 2016 rapide gestiegen, von 18,9 Prozent auf 25,4 Prozent. Das wird auch mit den pandemiebedingten Schuleinschränkungen zu tun haben, doch diese Erklärung allein ist zu kurz gegriffen.

Die Tagesschau, wie viele andere deutsche Medien, hatte einen noch einfacheren Erklärungsansatz: Die Klassen würden immer internationaler, heißt es euphemistisch, man gibt der Migration die Schuld am schlechten Abschneiden. Das Thema Klasse oder neudeutsch soziale Herkunft erwähnt die Tagesschau nur am Rande. Bildungsfern lautet da der Euphemismus. Auch hier wird suggeriert: Hauptsächlich ein Problem der Ausländer. Aber in anderen westeuropäischen Ländern, etwa den Niederlanden oder dem Vereinigten Königreich, hat ein viel größerer Anteil der Bevölkerung Migrationshintergrund. Trotzdem schneiden sie in der Studie viel besser ab.

Nur in Bulgarien hing die Lesestärke noch mehr vom Bildungsgrad und Reichtum der Eltern ab als in Deutschland. Bulgarien ist ein wunderbares Land mit tollen Stränden und voller kreativer Menschen mit erfrischend schwarzem Humor, aber es ist auch ein Land, das dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus von Korruption und Misswirtschaft so zugrunde gerichtet ist, dass die Bevölkerung um ein Drittel abgenommen hat, weil die Lebenserwartung nach dem Kollaps so stark zurückging, wenige Menschen aus Mangel an Zukunftsoptionen Kinder haben wollen und so viele Bulgaren in den Westen auswandern.

Aus westeuropäischer Arroganz kuckt man gerne verächtlich auf die ärmeren Länder in Südosteuropa runter, die von sozialistischer Misswirtschaft und Diktatur in kapitalistische Zerrüttung und Korruption übergegangen sind. Doch welche Ausrede hat Deutschland? Niemand will Armut, behaupten alle, doch trotzdem wird hier die Klassengesellschaft immer unerbittlicher in all unseren Institutionen zementiert.

Welch Ironie, dass ausgerechnet eine Bewegung, die den Unsichtbaren in unserer Gesellschaft eine Stimme geben will, komplett ignoriert wird

Load-Date: May 19, 2023

Sie würden es wieder tun; Mit Gästen, heißt es, ist es wie

taz, die tageszeitung

Samstag 03. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 23

Length: 568 words

Byline: Antje Lang-Lendorff

Body

Mit Gästen, heißt es, ist es wie mit frisch gefangenem Fisch, spätestens nach drei Tagen hat man keine so rechte Freude mehr daran. Nun haben seit Februar 2022 sehr viele Menschen in Deutschland ukrainische Geflüchtete sehr viel länger bei sich zu Hause aufgenommen. 60.000 fanden allein über die Initiative #UnterkunftUkraine einen Schlafplatz in einer Privatwohnung. Vier Monate lebten die Neuankömmlinge im Schnitt bei den Gastgebenden, heißt es in einer kürzlich veröffentlichten Umfrage des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung. Bei jenen, die noch zum Zeitpunkt der Befragung UkrainerInnen beherbergten, waren es sogar fast sechs Monate.

Das Schöne daran: Der allergrößte Teil der Befragten bewertet das Zusammenleben positiv. So ganz kann der Fisch-Vergleich also nicht stimmen. Hinter den Zahlen stecken allerdings viele individuelle Geschichten. Neben den bereichernden Momenten erzählen Gastgebende auch von Alltagsnervereien. Wenn die neuen MitbewohnerInnen bei offenem Fenster die Heizung aufdrehen. Wenn das Spielzeug der Kinder kaputtgeht. Wenn in einem vegetarischen Haushalt ständig Fleisch auf dem Herd steht. Oder wenn jemand vielleicht selten Danke sagt.

Für die Geflüchteten, die teils alles verloren haben, muss das Zusammenleben mit Fremden auf -engem Raum noch ungleich schwieriger sein. Die Rolle als Bittstellende übernimmt niemand gerne. Die private Unterbringung ist ein Wagnis für beide Seiten.

Umso erfreulicher ist es, dass das Ergebnis der Umfrage so positiv ausfällt. Denn die private Unterbringung von UkrainerInnen war und ist auch ein großes gesellschaftliches Experiment. 2015 gab es etwas Vergleichbares in diesem Maße nicht, die Menschen aus dem Nahen Osten mussten damals Asyl beantragen und für die Dauer des Verfahrens in Sammel-einrichtungen wohnen. UkrainerInnen dagegen dürfen ohne Visum in die EU einreisen und bei Privatleuten schlafen.

Fast 90 Prozent der Gastgebenden sagen nun, sie würden wieder Geflüchtete bei sich aufnehmen. Was toll ist für die Willkommenskultur in diesem Land, aber auch für die Geflüchteten, die in einem privaten Umfeld bei allen Herausforderungen sicherlich mehr Hilfe bekommen als in der staatlichen Unterbringung.

Sie würden es wieder tun Mit Gästen, heißt es, ist es wie

Experiment geglückt? Nicht ganz. Ein Teil von denen, die sagen, sie würden es wieder tun, knüpft das an Voraussetzungen. Die bürokratischen Hürden müssten abgebaut werden, fordern sie, es brauche auch mehr finanzielle Unterstützung. Vor allem fühlen sich viele bei der Frage der Folgeunterbringung allein gelassen. Wer Geflüchtete bei sich zu Hause aufnimmt, braucht eine Exit-Möglichkeit. Die temporären MitbewohnerInnen in eine Massenunterkunft an einem anderen Ort zu schicken? Das bringen viele nicht übers Herz. Die Wohngemeinschaft wird dann zur Zwangsgemeinschaft. Die private Unterbringung heißt eben nicht, den Staat aus der Verantwortung zu entlassen, so viel machen die Gastgebernden klar.

Vielleicht bewerten viele von ihnen das Erlebte auch deshalb so positiv, weil es ihnen selbst gutgetan hat? Ohnmacht angesichts globaler Krisen wie Pandemie, Klima-erwärmung, Krieg ist ein erdrückendes Gefühl. Die Gastgebernden verfolgen den Krieg in der Ukraine nicht nur, sie tun etwas, im Kleinen, sie sind eben nicht ohn-, sondern wirkmächtig. Wenn ein Teil der Wahrheit darin liegt, dass sie nicht nur Geflüchteten helfen, sondern ein bisschen auch sich selbst umso besser. Antje Lang-Lendorff

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Die Ankunft erleichtern; Monatelang haben Träger der Geflüchtetenhilfe für den Erhalt von Erstorientierungskursen gekämpft. Jetzt wurde eine weitere Finanzierung bewilligt jedoch nur für das laufende Jahr

taz, die tageszeitung

Mittwoch 14. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1718 words

Byline: Moritz Müllender

Highlight: Monatelang haben Träger der Geflüchtetenhilfe für den Erhalt von Erstorientierungskursen gekämpft. Jetzt wurde eine weitere Finanzierung bewilligt jedoch nur für das laufende Jahr

Body

Aus Bruchköbel Moritz Müllender (Text und Fotos)

Inmitten von Feldern, auf denen Solarpaneele gleißende Sonnenstrahlen in den Himmel zurückschicken, leuchten die weißen Container der Gemeinschaftsunterkunft Bruchköbel. 2,5 Kilometer müssen die geflüchteten Bewohner:innen, zumeist Frauen, von hier laufen, wenn sie ihre Kinder in die Kita bringen fünf Kilometer am Tag. Ansonsten gibt es nicht viel zu tun. Auf der Tagesordnung steht wenig nur der sogenannte Erstorientierungskurs. Doch genau der drohte im Juli wegzubrechen. Ohne den Kurs gäbe es hier nichts mehr, sagt Bewohner Lajoie Kwizera.

Seit Dezember hat Benjamin Bieber gekämpft, das zu verhindern. Er ist Bereichsleiter für Erstorientierungskurse bei den Johannitern in Hessen. Seit Monaten haben wir in Echtzeit die Nachrichtenlage gecheckt, jeden Tag herumtelefoniert, sagt er.

Erstorientierungskurse bieten Tagesstruktur und, wie der Name schon sagt: eine erste Orientierung im Dickicht der Ankunft in Deutschland. Sie vermitteln Sprache und Sitten, aber auch Handwerk für das Alltägliche: Wie bekomme ich einen Termin bei einer Ärztin? Oder welche Verkehrsregeln gelten beim Linksabbiegen mit dem Fahrrad? Und: In den Erstorientierungskursen können die Teil-neh-me-r:in-nen jederzeit ein- und aussteigen. Leistungsdruck gibt es hier nicht.

Lange blieb unklar, ob die Erst-orientierungskurse das Jahr überstehen. Mehrere Bundesländer vermeldeten, dass Geld fehlt. In Thüringen waren nur noch Restmittel vorhanden, die die dortige verantwortliche Stelle auf letzte Kurse verteilte. In Hessen drohten die Kurse ab Juli wegzufallen.

Die Ankunft erleichtern Monatlang haben Träger der Geflüchtetenhilfe für den Erhalt von Erstorientierungskursen gekämpft. Jetzt wurde eine weitere Finanzierung....

Am Montag informierte das Bundesfinanzministerium dann den -Haushaltsausschuss über eine Nachbewilligung in Höhe von 14 Millionen Euro. Das Schreiben liegt der taz vor. Das Finanzministerium bestätigte die Nachbewilligung auf taz Anfrage. Eine weitere Million bekommen die Erstorientierungskurse über eine Umschichtung. Damit erhörte die Bundesregierung die lauten Rufe der Träger nach -einer Gesamtförderung von 40 Millionen Euro.

Die Nachbewilligung sei ein starkes Signal, dass sich das gemeinsame Engagement gelohnt hat, sagt Benjamin Bieber von den Johannitern. Ich freue mich sehr, dass man auf uns aus dem Maschinenraum der Integration gehört hat. Für dieses Jahr sind die Kurse gerettet, aber es ist unklar, ob die Mittelerhöhung auch für das Jahr 2024 bestehen bleibt. Denn bereits 2023 erhöhte die Bundesregierung die Mittel für die Erstorientierungskurse erst nachträglich wegen der hohen Ankunftszahlen. Für 2023 meldeten die Träger einen Bedarf von etwa 43 Millionen Euro bewilligt wurden 25 Millionen. Erst jetzt wurde die Lücke geschlossen.

Knapp bevor das Angebot von Trägern wie von Benjamin Bieber zusammenbrach. Wenn bei den Haushaltsverhandlungen für 2024 die Mittel nicht auf ähnlicher Höhe bleiben, stünden Bieber und seinem Team der gleiche Marathon wie dieses Jahr bevor. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Linken-Abgeordneten Victor Perli antwortete das Innenministerium nur, dass darüber beraten wird. Ein drastischer Rückgang der Ankunftszahlen ist bisher nicht absehbar.

Warum die Kurse wichtig für Geflüchtete sind, kann man in einem der weißen Container in der Gemeinschaftsunterkunft erleben. Dort trudeln mittlerweile nach und nach Menschen in den Unterrichtsraum ein. Sechs Personen sitzen um einen Tisch und spielen mit der Lehrerin ein Spiel: Aus einem Stapel ziehen sie Karten mit Wörtern. Aus denen bilden sie einfache Sätze. Die Lehrerin, Astrid Körner, grüßt je-de:n Ein-zel-ne:n mit Namen. Die Teilnehmenden sind unterschiedlich alt, sprechen Farsi, Arabisch, Rundi, Ukrainisch, Rumänisch oder Französisch. Einige sind seit Monaten hier, andere erst seit ein paar Tagen. Zwei Kinder sind auch dabei. Für die Kinder hat Lehrerin Körner eine Spielecke mit einem Straßenteppich eingerichtet. Manchmal habe sie bis zu sechs Kinder mit im Kurs, erzählt sie. Die zwei laufen an diesem Tag mal rein und raus, quer durch den Raum oder spielen mit Körners Unterrichtsmaterial. Das sei zwar anstrengend, sagt sie, aber: Ohne die Kinder kriege ich die Mütter nicht in den Kurs, das ist mir aber wichtig, sagt die Lehrerin.

Die 54-jährige trägt nicht mehr ganz weiße Turnschuhe. Mit denen läuft sie immer wieder von Schülerin zu Schüler, quer durch den Raum und um die Tische herum. Zur Ruhe kommt sie während der drei Stunden kaum. Auch danach und davor unterhält sie sich, gibt Tipps, erinnert an Übungen für zu Hause. Der Kurs ist ein Schutzraum, sagt Körner. Die flexible Struktur der EOK ermögliche es, individueller und zugänglicher auf die Menschen einzugehen als etwa ein Integrationskurs. Denn die Erstorientierungskurse sind variabel in ihren Modulen, die Teilnehmenden können jederzeit einsteigen frei von Prüfungs- oder Anwesenheitsdruck. Wenn es mal länger dauert, dauert es eben länger, sagt Körner. Und: Hier habe sie den Rahmen, Herausforderungen, die den Alltag der Teilnehmenden betreffen, direkt anzugehen, weil sie nicht wie im Integrationskurs am Ende ein Zertifikat prüfen muss.

So kann Körner im ihrem Kurs drei verschiedene Lernniveaus bedienen. Eine Person lernt gerade erst die lateinischen Buchstaben, eine Gruppe konjugiert Verben und eine weitere beschäftigt sich mit Vergangenheitsformen. Und nicht nur Sprache wird im EOK gelehrt. Wer hat schon ein Fahrrad?, fragt Körner während des Unterrichts in die Runde. Dann erklärt sie, wer günstige Fahrräder verkauft und welche Ausflugsziele in der Umgebung sich für ein Picknick eignen. Es ist auch für euch wichtig, dass ihr mal rauskommt. Erkundet das Land, auch ihr braucht schöne Bilder, ermutigt sie die Runde. An anderen Tagen übt Körner mit der Gruppe auch mal Straßenverkehrsregeln oder streicht gemeinsam die Unterkunft. Für so etwas gibt es im Integrationskurs keinen Platz, sagt Körner.

Diese Ansicht bestätigt auch Christoph Emminghaus. Er ist Geschäftsführer der Politikberatung Syspons. Sie hat die Erstorientierungskurse im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge über drei Jahre von 2017 bis 2020 evaluiert. Wie Bieber plädiert Emminghaus für ein Zusammenspiel von Erstorientierungskursen und Integrationskursen. Denn: Der Erstorientierungskurs ermöglicht mehr Menschen, den Integrationskurs erfolgreich

Die Ankunft erleichtern Monatelang haben Träger der Geflüchtetenhilfe für den Erhalt von Erstorientierungskursen gekämpft. Jetzt wurde eine weitere Finanzierung....

zu bewältigen, sagt Emminghaus bei einem Telefongespräch. Im Erstorientierungskurs könnten die Menschen erst mal ankommen.

Gerade Menschen, die von der Flucht traumatisiert seien oder mit dem neuen Alltag in Deutschland noch hadern, fällt es schwer, sich im durch getaktetem Integrationskurs zu behaupten. Erst-orientierungskurse könnten das auffangen. Sonst wird man diese Themen im Integrationskurs wiederfinden, die dort wenig Platz haben, sagt Emminghaus. Wer den Integrationskurs nicht schafft, darf einmal eine bestimmte Stundenanzahl wiederholen. Schlägt das fehl, gibt es keine zweite Chance. Hinzu kommt, dass frisch Angekommene sofort in die Erstorientierungskurse einsteigen können. Auf einen Integrationskurs müssen sie teils monatelang warten.

Bieber vermutet, dass der Bundesregierung die Bedeutung der Erstorientierungskurse nicht klar gewesen sei. Im März etwa betonte das Innenministerium in einer Antwort auf eine Anfrage von Perli noch die Bedeutung anderer Integrationsmaßnahmen gegen-über den Erstorientierungskursen. Das Innenministerium sah einen grundsätzlichen Vorrang der Integrationskurse gegenüber den Erstorientierungskursen. Laut Benjamin Bieber braucht es aber beides. Die Erstorientierungskurse sind die Grundlage für alles andere, sagt er.

Bewohner Lajoie Kwizera ist seit zwei Monaten in Deutschland. Seit nahezu der gleichen Zeit besucht er den Erst-orientierungskurs. Gleich am ersten Tag habe er einsteigen können, erzählt er. Der Kurs gefällt mir, ich lerne viel. Es sei gut, wenn die Regierung den Kurs beibehalte. Denn sonst gebe es keine gemeinsamen Aktivitäten und kämen kaum Neuigkeiten ins Camp. In Burundi, wo er aufwuchs, fuhr er Lastwagen; transportierte Gas, Öl oder Medikamente innerhalb des Landes und nach Tansania oder Ruanda. Den Job könne er sich auch für Deutschland vorstellen; alternativ würde er auch gerne als Zugführer arbeiten. Der 24-jährige will sich in Deutschland ein Leben aufbauen. Wünscht sich eine Beziehung; möchte Geld verdienen und Arbeit finden. Der Erstorientierungskurs kann dabei eine flexible Einführung in den Alltag bieten.

Ob die Freude der Beteiligten über den unerwarteten Geldsegen andauert, hängt jetzt an den Haushaltsverhandlungen für 2024 der Ampelkoalition. Benjamin Bieber ist nach dem Erfolg optimistisch. Er werde sich nun weiter für eine dauerhafte Finanzierung der Kurse im regulären Haushalt einsetzen. Ich setze darauf, dass die Politik den großen Wert der EOK sieht und wertschätzt dauerhaft, sagt Bieber. Auch der Linken-Abgeordnete Victor Perli macht Druck. Die Bundesregierung habe viel zu spät und erst nach enormem Druck der Verbände und der Linkspartei nachgebessert.

Das ist besser als nichts, aber mit dem Zeitspiel hat die Ampel große Schäden an der Integrationsarbeit zu verantworten, sagt Perli. Träger hätten aufgrund der Unsicherheit bereits Personal verloren. Seit Anfang des Jahres wiesen sie auf die drängende Lage hin. Im Namen der Linkspartei fordert Perli, der auch Mitglied im Haushaltsausschuss ist, dass im kommenden Haushalt die notwendigen Mittel sofort bereitgestellt werden. Die Hängepartie darf sich nicht wiederholen, sagt der Abgeordnete.

Die Hängepartie darf sich nicht wiederholen

Asylanträge in Deutschland

Von Januar bis Mai 2023 gab es laut dem BAMF in Deutschland 135.961 Asylanträge. Die meisten Antrag-steller:innen hatten die syrische Staatsangehörigkeit (36.506). An zweiter und dritter Stelle stehen Anträge aus Afghanistan mit 24.478 sowie aus der Türkei mit 16.162 Anträgen. Auch viele Menschen aus dem Iran (5.726) haben dieses Jahr bereits einen Asylantrag gestellt.

Vergleicht man die Zahlen mit dem Vorjahr, zeichnet sich ein anderes Bild. Von Januar bis Mai 2022 gab es insgesamt 81.784 Asylanträge. 21.112 kamen von Menschen mit syrischer Staatsangehörigkeit. 14.938 Antragsteller:innen hatten die afghanische Staatsangehörigkeit, gefolgt von 6.985 Anträgen aus dem Irak.

Ukrainische Staatsangehörige müssen keinen Asylantrag stellen, um einen Aufenthaltstitel und soziale Leistungen zu empfangen. (taz)

Die Ankunft erleichtern Monatlang haben Träger der Geflüchtetenhilfe für den Erhalt von
Erstorientierungskursen gekämpft. Jetzt wurde eine weitere Finanzierung....

Load-Date: June 13, 2023

End of Document

Willkür statt Willkommen; Kommentar von Christian Jakob zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (Geas)

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 431 words

Byline: Christian Jakob

Body

Kommentar von Christian Jakob zum Gemeinsamen Europäischen **Asylsystem** (Geas)

Die Zeit lief für die Populisten. Was vor Jahren noch kaum denkbar war und was nur Hardliner wie Ungarns Premierminister Viktor Orbán vertraten, ist nun Konsens in Europa, dem selbsternannten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts : Wer hier ankommt und Aufnahme sucht, ob alt, ob krank, ob jung, ob unbegleitet, wird erst einmal eingesperrt. Darauf verlassen, dass sein Schutzanspruch noch geprüft wird, kann er oder sie sich nicht mehr.

Nach Jahren des Streits einigte sich die EU nun auf ein neues Gemeinsames Asylsystem (Geas). Aus Angst vor der Stärke der rechten Populisten und unter deren aktiver Beteiligung schaffte die Union damit grundlegende Rechte für Menschen in oft großer Not ab.

Der Umstand, dass man sie hier nicht will, findet dabei seine direkte juristische Entsprechung: Es wird getan, als seien sie gar nicht da. Die Fiktion der Nichteinreise, ein juristischer Trick, soll den Menschen in den Internierungslagern das vorenthalten, worauf sich Europa immer so viel zugutehält: das Recht, das hier gilt, zumindest in Teilen.

So entrechtend die neuen Asylvorschriften, die Anfang kommenden Jahres formal beschlossen werden sollen, auch sind noch schlimmer ist vielleicht das, was sie nicht regeln: Denn so viele Details lässt das Geas offen, so viele Ausnahmetatbestände wurden in die Regeln hineinverhandelt, dass Willkür nur wenige Schranken finden wird. Die Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren, werden umso karger sein.

Kaum eine Regierung in der EU mochte am Ende noch beim Grundrechteabbau dagegenhalten. Die Grünen in der Ampelregierung hatten lange so getan, als vermochten sie das Ganze zu einem guten Ende zu bringen, hatten von Ausnahmen für Minderjährige, einem verbindlichen Verteilmechanismus gesprochen. Doch am Ende riss der Rat alle menschenrechtlichen roten Linien ein. Umso irritierender ist, wie die grüne Außenministerin Annalena Baerbock nun das Paket lobt, das schlichtweg nichts von dem enthält, wofür ihre Partei angetreten ist.

Willkür statt Willkommen Kommentar von Christian Jakob zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem
(Geas)

Die neuen Gesetze richten sich indes nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen jene, die ihnen helfen. NGOs können nun als nichtstaatliche feindliche Akteure eingestuft werden, die die EU destabilisieren. Welche Möglichkeiten der Repression das eröffnet, ist leicht vorstellbar.

Ist das nun also der letzte Stein in der Festung Europa? Kaum. Nicht einmal der Tod auf dem Mittelmeer hatte Menschen in der Vergangenheit abgeschreckt. Das Geas wird Menschen auf ihrem Weg entrechten, fernhalten wird es viele nicht.

Load-Date: December 20, 2023

End of Document

Palmer allein unter Rechten; Tübingens Oberbürgermeister tritt bei einem Orbán-treuen Thinktank in Budapest auf. Das Kontroverse mag man auf beiden Seiten, ansonsten sind die Gemeinsamkeiten begrenzt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 840 words

Byline: Benno Stieber

Highlight: Tübingens Oberbürgermeister tritt bei einem Orbán-treuen Thinktank in Budapest auf. Das Kontroverse mag man auf beiden Seiten, ansonsten sind die Gemeinsamkeiten begrenzt

Body

Von Benno Stieber

Boris Palmer bleibt auch ohne Grünen-Mitgliedschaft keine Provokation schuldig. Nachdem er sich nach seinem skandalösen Auftritt bei einer **Migrationskonferenz** in Frankfurt am Main im Mai eine Auszeit samt Coaching genommen und seine Partei verlassen hat, meldet sich der schwäbische Kommunalpolitiker nun zurück ausgerechnet mit einer Rede beim Budapester Mathias-Corvinus-Collegium (MCC). Die milliardenschwere Kaderschmiede, von Victor Orbáns Partei und Regierung finanziert, gilt als Instrument, um den Rechtsstaatsabbau in Ungarn intellektuell zu verankern.

Das muss man sich als Oberbürgermeister einer renommierten Universitätsstadt und ehemaliger Grüner eigentlich nicht antun. Aber Palmer reizt es offenbar. Zuerst hieß es, der Tübinger OB habe sich von einem Professor in Tübingen die Unbedenklichkeit des MCC attestieren lassen. Später gibt besagter Professor kleinlaut zu Protokoll, er habe das Convent mit der tatsächlich renommierten Corvinus-Universität verwechselt. Nun ja, auch in Tübingen ist nicht immer der Weltgeist zu Hause.

Kein Grund für Palmer, abzusagen, wie er ein bisschen stolz am Dienstagabend in Budapest feststellt. Er mag auch nach seiner vermeintlichen Läuterung den politischen Nahkampf und verbindet den umstrittenen Auftritt mit dem Besuch einer ungarischen Partnerstadt Tübingens.

Obwohl, sagt Palmer, der an diesem Abend in dunklem Anzug, mit Krawatte und grau meliertem Vollbart einen neuen Ernst ausstrahlt: Als er vom Auftritt des Trump-Propagandisten Tucker Carlson beim MCC gelesen habe, habe er kurz gezögert. Carlson hatte bei seinem Auftritt in Budapest unwidersprochen die These vertreten, dass die USA den Anschlag auf die Nord-Stream-Pipeline verübt hätten und Deutschland und Europa dies nicht wahrhaben

Palmer allein unter Rechten Tübingens Oberbürgermeister tritt bei einem Orbán-treuen Thinktank in Budapest auf. Das Kontroverse mag man auf beiden Seiten, anson....

wollten. Wenn das MCC solche Thesen unwidersprochen lasse, sagt Palmer rustikal, müssten seine Gastgeber akzeptieren, dass man sie dann für Deppen hält .

Spätestens hier kommt die Frage auf, ob sich nicht nur der Professor aus Tübingen geirrt hat, sondern vielleicht auch die Gastgeber. Keineswegs, sagt Palmer. Das MCC habe ihm versichert, es sei am kontroversen Dialog interessiert. Sonst sind die Gemeinsamkeiten tatsächlich überschaubar.

Palmer beginnt seinen Vortrag mit der Schilderung der Geschichte eines syrischen Flüchtlings von 2015, der, vor die Wahl gestellt, in einem Krieg für ein Regime zu sterben, das er ablehnt, oder sich der Ungewissheit der Flucht auszusetzen, sich 2015 auf den Weg nach Europa macht. Der Mann heißt Ryyan Alshebl und ist im Frühjahr zum Bürgermeister der Stadt Ostelsheim in Baden-Württemberg gewählt worden.

Palmer sagt nüchtern: Wenn es nach Ungarn gegangen wäre, hätte Ryyan Alshebl seinen Weg nicht nach Europa genommen und Ostelsheim vielleicht einen weniger kompetenten Bürgermeister. Und er schließt spitz die Frage an: Kann es sein, dass auch an der ungarischen Flüchtlingspolitik nicht alles richtig ist?

Nein, man kann Palmer nicht vorwerfen, dass er sich beim Orbán-freundlichen Publikum anbiedert. Ja, er sei für ein Kopftuchverbot bei Kindern, aber nein, nicht gegen den Islam. Ja, Ungarn habe das Recht, ein homogener Staat bleiben zu wollen, aber gar niemandem helfen zu wollen, wie das Orbán vertritt, das sei nicht mit den europäischen Werten vereinbar.

Ja, die Wokeness sei aus seiner Sicht eine Gefahr für die Meinungsfreiheit, aber deutlich gefährlicher sei der rechtsradikale Bodensatz, der jemanden wie ihm in seiner Jugend zugerufen habe, man habe seinen Vater nur vergessen zu vergasen. Und nein, die AfD ist nicht koalitionsfähig, sagt Palmer. Mit denen ist kein Staat zu machen. So geht es quer durch den politischen Gemüsegarten. Der Vortrag heißt ja auch gewollt mehrdeutig: Über die grüne Grenze .

Gar nicht verstehen könne er, sagt Palmer, warum Ungarn dem neuen Grenzregime der EU nicht zustimmen will, obwohl der von Flüchtlingsorganisationen kritisierte Kompromiss klar in Richtung Ungarns Forderungen gehe. Ist Ungarn wirklich mit 3.000 Geflüchteten aus einem Verteilungsmechanismus überfordert?

Und selbst vermeintliche Komplimente kommen beim Publikum wohl kaum besonders gut an. Europa solle mehr um Ungarn werben, sagt Palmer. Und schiebt dann nach: Ehe ich dem Emir von Katar oder einem saudischen Prinz die Hand reiche, dann doch lieber Viktor Orbán. Da müsse man die Verhältnisse wahren. Und er lässt auch die Korruptionsvorwürfe gegen den ungarischen Ministerpräsidenten nicht unerwähnt.

Palmer sagt seinen Gastgebern, dass ein Auftritt beim Marius-Corvinus-Convent für einen Politiker in Deutschland mit einem Reputationsverlust verbunden sei. Das kann sich also nur einer wie Palmer leisten. Aber an diesem Abend wirkt er zumindest für Unvoreingenommene, als würde er sich einem Populisten-Lackmustest aussetzen. Hält man den Tübinger OB mit seinen vielfachen Entgleisungen gegen ein echtes rechtes Umfeld, wird klar: Palmer ist vielleicht kein Grüner mehr, aber er verteidigt europäische Werte. Auch gegen Deppen.

Ehe ich dem Emir von Katar die Hand reiche, dann lieber Viktor Orbán

Load-Date: September 6, 2023

Wir machen einen Unterschied ; Die Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour wollen auf dem Parteitag wiedergewählt werden. Doch nicht nur in der Ampel sind die Grünen in der Defensive. Ein Gespräch über ihre Bilanz, gute Migrationspolitik und fliegende Tomaten

taz, die tageszeitung

Samstag 18. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 11

Length: 1611 words

Byline: Sabine am Orde, Anja Krüger

Highlight: Die Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour wollen auf dem Parteitag wiedergewählt werden. Doch nicht nur in der Ampel sind die Grünen in der Defensive. Ein Gespräch über ihre Bilanz, gute Migrationspolitik und fliegende Tomaten

Body

Interview Sabine am Orde und Anja Krüger

wochentaz: Frau Lang, Herr Nouripour, als Sie vor zwei Jahren Bundesvorsitzende der Grünen wurden, sah sich Ihre Partei auf dem Weg zur Volkspartei. gelten die Grünen als Verbotspar-tei und Ihre Par-tei-freun-d*in-nen haben im Wahlkampf Angst vor Anfeindungen. Was haben Sie falsch gemacht? Jetzt, wo Sie wiedergewählt werden wollen,

Omid Nouripour: Wenn Leute Angst vor Anfeindungen haben, ist es kein Problem der Grünen, sondern für unsere Demokratie. Es stimmt, die Debatte ist teils hitzig und wir stehen im Zentrum des Geschehens. Aber das zeigt auch, dass wir einen Unterschied machen.

Also keine Fehler Ihrerseits?

Ricarda Lang: Manchmal fehlt auch uns der Blick fürs Wesentliche. Nehmen wir das Aus für den fossilen Verbrenner auf europäischer Ebene: Das ist einer der wichtigsten klimapolitischen Erfolge dieser Legislatur. Auf dem Weg dahin hat sich das Land aber in einer wochenlangen, kleinteiligen Debatte über E-Fuels verzettelt.

Richtig selbstkritisch klingt das nicht. Die Debatte ging auf Rechnung der FDP.

Lang: Wir haben auch dazu beigetragen.

Sie sind in der Defensive. Wie ist Ihr Plan, da rauszukommen?

Wir machen einen Unterschied Die Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour wollen auf dem Parteitag wiedergewählt werden. Doch nicht nur in der Ampel

Nouripour: Die Probleme lösen, die andere verursacht haben, damit gleichzeitig die Modernisierung vorantreiben und besser vorsorgen: Das ist der Plan. Es geht darum, Wohlstand, Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammenzuführen. Wenn es eine Partei gibt, die dieser Aufgabe gewachsen ist, sind es die Grünen.

Lang: Es gibt im Land eine gewisse Krisenmüdigkeit, die ich nachvollziehen kann. Damit einher geht mitunter der Wunsch, dass Schluss ist mit Veränderungen. Und es gibt den Versuch, das auf die Grünen zu projizieren. Nur war es ja die Realitätsverweigerung der Großen Koalition, die erst dazu geführt hat, dass unser Land für Krisen kaum aufgestellt ist. Veränderung ist kein Selbstzweck, aber manchmal nötig, um Stabilität und Sicherheit für die Menschen zu schaffen. Dabei müssen wir die so-zia-le Frage an den Anfang stellen.

Das sagen Sie oft. Aber bei der Ampel steht die soziale Frage immer am Ende: Die Förderung für neue Heizungen ist noch nicht beschlossen, das versprochene Klimageld gibt es nicht, die Kindergrundsicherung ist schlecht ausgestattet.

Lang: Ich würde die Liste um ein paar positive Punkte ergänzen. Mindestlohn: auf 12 Euro angehoben, auch wenn er weiter steigen muss. Bürgergeld: eingeführt und Hartz IV hinter uns gelassen. Kindergrundsicherung: kommt und ist ein Paradigmenwechsel im Kampf gegen Kinderarmut. Und das Tariftreuegesetz folgt erst noch mit dem Ziel, dass staatliches Geld nicht für Lohndumping ausgegeben wird. Wir brauchen ein Gerechtigkeitsversprechen an die Mitte, da geht es auch um gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds wird das nicht leichter, es fehlen 60 Milliarden Euro. Was bedeutet das für Ihre Politik?

Nouripour: Das ist eine erhebliche Herausforderung für alle demokratischen Parteien, denn das Urteil ist ja ein sehr grundsätzliches und betrifft auch die Frage, wie Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt. Schauen Sie in die USA, wo milliarden schwere Investitionen in Zukunftstechnologien gesteckt werden. Der Wettbewerb darum, wer international Vorreiter ist, ist in vollem Gange. Es geht um Arbeitsplätze und Stabilität, es geht um Standards, es geht darum, wo künftig Innovation entsteht. Entsprechend wird die Regierung gemeinsam Lösungen finden.

Sie sind in Berlin und Hessen aus der Regierung geflogen und auch bei den außerparlamentarischen Bündnissen sieht es nicht gut aus. Die Klimabewegung hat sich abgewandt, weil die Ampel das Klimaschutzgesetz entkernt. Sozialverbände verlassen das Bündnis für die junge Generation der grünen Familienministerin. Menschen-rechts-ak-ti-vis-t:in-nen kehren Ihnen wegen der Asylpolitik den Rücken. Gehen ihnen die Partner verloren?

Lang: Nein. Wir sind im guten und konstruktiven Austausch mit unseren Bündnispartnern und darüber hinaus. Ein Beispiel ist das große Projekt des klimaneutralen Wohlstands. Bei meiner diesjährigen Sommertour war ich auch in der Lausitz, einem Gebiet, wo bei einer Debatte über Kohleförderung vor zehn Jahren vielleicht noch Tomaten geflogen wären. Dort habe ich mit jungen Auszubildenden darüber gesprochen, was für einen Job sie in zehn Jahren haben werden. Sie wissen, es wird sich dort was verändern. Das Wichtigste ist doch Ehrlichkeit und dass Menschen nicht das Gefühl bekommen, wir entscheiden Dinge über ihren Kopf hinweg.

Aber genau dieses Gefühl haben Sie doch vermittelt, etwa beim Heizungsgesetz oder dem Flüssiggas-Terminal auf Rügen.

Lang: Es hat in den letzten Monaten einen Verlust von Vertrauen in demokratische Institutionen gegeben. Menschen wollen vor allem wissen: Was bedeutet Politik ganz konkret für mich? Ihnen ist egal, ob etwas ein grüner, gelber oder roter Erfolg ist. Da kann die Ampel Vertrauen zurückgewinnen.

Nouripour: Die Leute müssen das Gefühl haben, ernst genommen zu werden. Dass ihnen nichts vorgemacht wird. Das ist etwas, was uns auszeichnet. Wir tun nicht so, als könnten wir zurück in die 90er Jahre oder als würde schon alles gut, wenn es nur so bleibt, wie es ist. Und weil Sie die Bewegungen angesprochen haben: Sie haben eine andere Rolle als wir und das ist auch gut so. Mit ihrer Hilfe, auch mit ihrer Kritik können wir zuweilen mehr erreichen.

Wir machen einen Unterschied Die Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour wollen auf dem Parteitag wiedergewählt werden. Doch nicht nur in der Ampel

Die Bewegungen fühlen sich zum Teil von Ihnen verraten.

Nouripour: Meiner Wahrnehmung nach erwarten die Leute von uns keine Wunderdinge, sondern dass wir eine Haltung haben und den Laden in die richtige Richtung ziehen. Auch in der Partei führen wir viele Gespräche. Wir reden darüber, was wir erreicht haben, und natürlich auch über das, was wir nicht erreicht haben und noch kommen muss. Kompromiss gehört zur Demokratie dazu, ist letztlich ihr Wesenskern. Unser Eindruck ist, dass die Leute sehen, dass die Richtung stimmt, auch wenn es an einigen Stellen noch nicht reicht.

Müsste die Partei mit Ihnen an der Spitze der Regierung nicht mehr widersprechen, mehr Druck entfalten, damit die Grünen mehr durchsetzen?

Nouripour: Es ist Aufgabe der Partei, die Positionen so in den Prozess einfließen zu lassen, dass sich möglichst viel davon im Ergebnis wiederfindet. Das tun wir. Es ist niemandem geholfen, wenn die Entscheidung schon durch, das Spiel schon gelaufen ist, in die Nachkommentierung einzusteigen.

Lang: Und dass die Partei dabei geschlossen ist, ist eine große politische Stärke, gerade wenn es Gegenwind gibt. Dafür werden wir uns als Vorsitzende natürlich nicht entschuldigen. Bei unseren Mitgliedern, aber auch in der Bevölkerung wird Opposition innerhalb der Regierung nicht honoriert.

Frau Lang, Sie als Parteilinke haben mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann einen Meinungsbeitrag veröffentlicht, der der Partei zeigen sollte: Wir bleiben bei der Migrationspolitik zusammen. hat Kretschmann das konterkariert, indem er die Grünen ermahnt hat, sich mehr zu bewegen. Ärgert Sie das? Im Interview mit der taz

Lang: Ich habe keine Zeit, mich zu ärgern.

Kaum zu glauben.

Lang: Unser Beitrag zeigt doch, dass eine gemeinsame Position möglich ist. Er war ein Signal an die öffentliche Debatte: Lasst uns wegkommen von diesem Überbietungswettbewerb an Scheinlösungen und möglichst lauten Forderungen. Lasst uns darüber diskutieren, was funktioniert. Wir haben dafür drei Dinge definiert: Erstens Humanität, also dass wir eine humanitäre Verantwortung haben. Zweitens: Ordnung, wir brauchen geordnete Verfahren.

Nouripour: Und drittens Sachlichkeit. Denn ich weiß aus eigener Erfahrung, dass jedes Komma im Ausländerrecht existenziell sein kann.

Humanität und Ordnung ist der gleiche Slogan wie der der Union.

Nouripour: Wir haben ihn seit 2017. An den Außengrenzen sind die Verhältnisse unerträglich. Leute leben teilweise zweieinhalb Jahre auf den griechischen Inseln unter unwürdigen Bedingungen, bis ihre Anträge überhaupt angeschaut werden. Da fehlt Ordnung, da fehlt Humanität. Bei uns im Land sind sehr viele Kommunen überlastet, weil es nicht nur an Geld fehlt, sondern an Wohnraum, an Personal. Es ist deshalb ein großer Erfolg, dass die Kommunen jetzt zusätzliche dreieinhalb Milliarden Euro bekommen.

Mal was anderes: Worauf sind Sie eigentlich richtig stolz?

Nouripour: Ich bin stolz darauf, dass der Ausbau der Erneuerbaren so vorangeht, dass die Energiewende nicht mehr reversibel ist. Und wie geschlossen diese Partei dasteht.

Lang: Und dass sich niemand aus der Verantwortung rauswünscht. Die letzten zwei Jahre geben mir Mut. Wir haben viel erreicht. Wir sind innerhalb von einem Jahr unabhängig von russischem Gas geworden und haben das Land durch den letzten Winter bekommen.

Wir machen einen Unterschied Die Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour wollen auf dem Parteitag wiedergewählt werden. Doch nicht nur in der Ampel

Vielen Menschen gibt die derzeitige Lage alles andere als Mut. Sie machen sich Sorgen, auch mit Blick auf die Umfragewerte der AfD.

Lang: Wenn ich sage, das Land braucht Mut, dann hängt das auch mit der AfD zusammen. Wenn vieles schlechtgeredet wird, nutzt es denen, die von Angst leben. Mut heißt nicht schönreden und bedeutet auch keine naive Ignoranz gegenüber den realen Verhältnissen. Aber es ist der überzeugte Glaube, dass wir in diesen realen Verhältnissen gemeinsam etwas besser machen können.

Omid Nouripour

48, wurde in Teheran geboren und zog im Alter von 13 Jahren mit seinen Eltern nach Frankfurt. Seit 2006 sitzt er für die Grünen im Bundestag, er wird dem Reale-Flügel zugerechnet. Seit 2022 ist er Bundesvorsitzender der Grünen.

Ricarda Lang

29, wuchs in Nürtingen als Tochter einer alleinerziehenden Sozialarbeiterin auf. Sie war Sprecherin der Grünen Jugend und wird dem linken Parteiflügel zugerechnet. Seit 2022 ist sie Bundesvorsitzende der Grünen.

Load-Date: January 31, 2024

Ziel? Sich hier zu Hause fühlen ; Rassismus und Tumult: Im brandenburgischen Klosterfelde wird derzeit protestiert gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Aber es gibt dort ersten Widerstand. Im nahen Biesenthal funktioniert die Hilfe für Geflüchtete schon länger und gut. Zwei Ortsbesuche

taz, die tageszeitung

Mittwoch 15. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 3037 words

Byline: David Muschenich

Highlight: Rassismus und Tumult: Im brandenburgischen Klosterfelde wird derzeit protestiert gegen eine geplante **Flüchtlingsunterkunft**. Aber es gibt dort ersten Widerstand. Im nahen Biesenthal funktioniert die Hilfe für **Geflüchtete** schon länger und gut. Zwei Ortsbesuche

Body

Aus Klosterfelde und Biesenthal David Muschenich

Schon die ersten Worte, die Fabian Haun ins Mikrofon spricht, klingen angespannt. Der junge Mann weiß: Vielen im Festsaal des Goldenen Löwen in Wandlitz wird nicht gefallen, was er den Hauptausschuss der Gemeinde fragen will. Alle Stühle in dem Saal, dunkler Holzboden, moderne Kronleuchter, sind an diesem Montag im Februar besetzt, rund 150 Menschen sind gekommen. Selten in der Kommunalpolitik einer brandenburgischen Gemeinde mit 21.000 Einwohner*innen. Zwei uniformierte Polizeibeamte zeigen Präsenz. An der offenen Tür stehend, folgen Menschen im Foyer der Sitzung. Sie haben keinen Platz gefunden. Ganz vorne sitzen der parteilose Bürgermeister von Wandlitz, Oliver Borchert, und die anderen Ausschussmitglieder an Tischen und beantworten Fragen von Einwohner*innen.

Und so was wurde gewählt, spottet ein in der Saaltür stehender Herr mit grauen Haaren und verschränkt die Arme. Ein anderer pflichtet ihm bei, man kennt und bestärkt sich. Immer wieder verlassen Menschen den Saal und beschweren sich, die Po-li-ti-ke-r*in-nen würden lügen. Im Laufe des Abends wird klar: Die meisten sind gekommen, weil im Wandlitzer Ortsteil Klosterfelde eine Übergangsunterkunft für bis zu 80 **Geflüchtete** entstehen soll. Und sie sind dagegen.

In lokalen Gruppen auf Telegram und Facebook hatten Posts dazu aufgerufen, zahlreich beim Hauptausschuss zu erscheinen. Es ist der letzte Termin zum Thema Umnutzung von Bürogebäude zum Flüchtlingsheim in

Ziel? Sich hier zu Hause fühlen Rassismus und Tumult: Im brandenburgischen Klosterfelde wird derzeit protestiert gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Abe....

Klosterfelde! Bereits am 17. Januar waren 200 bis 300 Menschen zu einer Bürgerversammlung in die Mensa Klosterfelde gekommen. Schon da war der Ton rau, die Stimmung geladen.

Und genau dazu möchte Fabian Haun jetzt vorne am Mikrofon etwas sagen. 2021 sind er und seine Frau nach Klosterfelde gezogen, er arbeitet als politischer Berater und engagiert sich in der CDU in Wandlitz. Die Lautsprecher tragen seine Stimme bis in den Vorraum. Haun hatte sich zuvor Notizen im Handy gemacht, spricht dann aber frei.

Ihn beunruhigt, wie im kleinen Ortsteil Klosterfelde über die geplante Unterkunft gesprochen wird. Geflüchtete würden mit Gewaltverbrechen in Verbindung gebracht und das vom Verfassungsschutz beobachtete rechtsextreme Compact-Magazin habe sich in Info-Veranstaltungen eingemischt. Haun sagt, er habe von Menschen gehört, die sich nicht getraut hätten, die Bürgerversammlung zu besuchen. Wollen wir das wirklich?, fragt er.

Du machst dich lächerlich!, schimpft ein Mann mit schwarzer Mütze und Bart durch die Saaltür. Zustimmendes Gemurmel, Nicken, Zwischenrufe folgen. Eine Frau zischt laut, den Blick in Richtung des CDU-Mannes Haun: Und wir merken uns dein Gesicht!

In zahlreichen Gemeinden in Deutschland entstehen wieder neue Unterkünfte für Geflüchtete. Wie in Klosterfelde gibt es an manchen Orten Proteste dagegen. Als Ende Januar im nordwestmecklenburgischen Grevesmühlen mehrere hundert Menschen gegen eine geplante Unterkunft demonstrierten, nutzten Rechtsextreme die Situation, um in das Kreistagsgebäude einzudringen. Die Polizei musste eingreifen.

Seit Wochen fordert der Deutsche Landkreistag (DLT), der Spitzenverband der deutschen Landkreise, die Bundesregierung müsse sich koordiniert um die Probleme kümmern, die bei der Versorgung von Geflüchteten entstehen. Es sei immer schwieriger Wohnraum, Kita- oder Schulplätze zu finden. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat jetzt versprochen, die Probleme bei einem Flüchtlingsgipfel am 16. Februar anzugehen (siehe Kasten). Doch manchen genügt das nicht. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) etwa fordert von der Bundesregierung: Die Einwanderung muss begrenzt werden und die angekündigte Rückführungsoffensive endlich starten.

In den Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs waren, laut Landesregierung, Ende Dezember letzten Jahres 28.929 Geflüchtete untergebracht. Wobei viele Ukrainer*innen, die privat unterkommen, dabei nicht mitgezählt werden. Der gesamte Landkreis Barnim, in dem auch Wandlitz und Klosterfelde liegen, soll 2.034 Geflüchtete dieses Jahr aufnehmen. In Wandlitz gibt es bisher drei Übergangsunterkünfte mit insgesamt 299 Plätzen. Davon sind aktuell 275 belegt. Dass es nun in Klosterfelde zu Protesten kommt, weil noch rund 80 temporäre Unterkunftsplätze zusätzlich geschaffen werden sollen, könnte man auf die Pandemie, den Krieg in der Ukraine oder auf die Inflation schieben. Doch angeheizt wird das Dagegensein vor allem von wenigen Menschen und ihren rassistischen Vorurteilen.

Wenn es darum geht, Geflüchtete in die Gesellschaft zu integrieren, rechnet Brandenburgs Sozialministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) der Zivilgesellschaft eine tragende Rolle zu: Integration findet vor Ort statt, Menschen müssen sich begegnen, um sich gegenseitig zu verstehen und zu unterstützen. Oft hängt das gerade mal von einigen wenigen Menschen ab.

So ist es rund 20 Kilometer westlich von Klosterfelde in Biesenthal, einer kleinen Stadt, die auch zum Landkreis Barnim gehört. Dort sitzt an einem Februarsonntag ein sechsjähriges Mädchen lachend auf einem Fahrrad. Ihr Vater läuft gebückt nebenher und schiebt sie an. Immer wieder umrunden die beiden das freistehende dreistöckige Haus, in dem sie zurzeit leben, es ist die Geflüchtetenunterkunft in Biesenthal.

Früher war das Gebäude ein Förder- und Beschäftigungsbereich der Hoffnungstaler Stiftung, einem sozialen Träger, der in Biesenthal unter anderem Menschen mit Behinderung Arbeit bietet. Es liegt am Rand des Ortes, in dem rund 6.000 Menschen leben. Im April 2022 begann der Umbau des Gebäudes. Stählerne Küchenschränke wurden montiert und mit Ikea-Tassen ausgestattet, die Bäder saniert und Betten aufgestellt. Die Unterkunft ist für

Ziel? Sich hier zu Hause fühlen Rassismus und Tumult: Im brandenburgischen Klosterfelde wird derzeit protestiert gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Abe....

55 Menschen ausgelegt. Am 15. November zogen dann die ersten Geflüchteten ein. Der Landkreis Barnim geht davon aus, dass die Unterkunft ab Ende des ersten Quartals 2023 voll belegt sein wird. Bisher leben 15 Menschen im Haus, darunter das Mädchen mit dem Fahrrad, ihre ein Jahr ältere Schwester und deren Vater.

Während Vater und Tochter hinter dem Haus verschwinden, biegt ein Mann in weißer Winterjacke mit seinem Fahrrad auf den Hof. Kaum hat er es angeschlossen, rennt die ältere der Schwestern auf ihn zu: Fawzi! , begrüßt sie ihn freudig. Er antwortet mit einem Lächeln. Beide sind aus dem Jemen geflohen und sprechen Arabisch miteinander. Fawzi Al-Dubhani ist bereits seit Oktober 2015 in Deutschland. Er engagiert sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe, übersetzt und organisiert Projekte. Nicht nur in Biesenthal, sondern etwa einmal im Monat auch in Flensburg, wo er damals in Deutschland ankam. Flensburg fühlt sich für mich immer noch an wie eine zweite Heimat.

Nach Biesenthal zog Al-Dubhani erst im November 2022. Vorher lebte er kurz in Berlin, doch die Großstadt war ihm zu trubelig. Ich kann mir gut vorstellen, lange in Biesenthal zu leben , sagt er und zeigt erklärend auf die nahe stehenden Bäume. Dann verschränkt er die Hände hinter dem Rücken und geht ein paar Schritte. Der Wind rauscht durch die Wipfel, und irgendwo rattert ein Güterzug vorbei. Zu Fuß ist der Bahnhof etwa zehn Minuten von der Unterkunft entfernt. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln braucht man rund eine Stunde nach Berlin, der Bahnhof ist stillgelegt.

Eigene Fluchterfahrung ist hilfreich, wenn man andere dabei unterstützen will, in Deutschland anzukommen , erklärt Al-Dubhani auf Englisch. Das beherrscht er besser als Deutsch. Sprachkenntnisse seien beim Thema Integration überbewertet, findet er, gegenseitiger Respekt ist mir wichtiger . Immer wieder betont er seine langjährige Erfahrung in der Flüchtlingshilfe. Die Menschen sollen sich hier schnell zu Hause fühlen , sagt Al-Dubhani, dabei möchte ich helfen.

Hinter der Unterkunft stehen in einem Schuppen ein paar Fahrräder, die Biesenthaler*innen den Geflüchteten geschenkt haben. Denn obwohl der Bahnhof recht nahe liegt, ist es bis zum Stadtkern von Biesenthal doppelt so weit. Mit Rädern können sie schneller die schnurgeraden zwei Kilometer der langen Bahnhofstraße zurücklegen. Vorbei geht es an farbenfrohen Einfamilienhäusern und Villen, einem Waldspielplatz und dem Denkmal für die Opfer des Faschismus im Stadtpark.

Weil die Fahrräder nicht für alle Geflüchteten reichen, spricht man sich untereinander ab. Das Fahrradprojekt heißt es im Haus. Klappt sehr gut , versichert Al-Dubhani, wie wohl einiges in Biesenthal derzeit. Im Westen der Kleinstadt liegt der Projekthof Wukania, der Geflüchtete seit 2016 mit Wohnangeboten unterstützt hat. Bürgermeister Carsten Bruch (CDU) hat im Telefonat viel lobende Worte für seine engagierten Bürger*innen. Aber Fawzi Al-Dubhani dauert es oft zu lange, Projekte für die Geflüchteten umzusetzen. Er hat das Gefühl, dass die hauptamtlichen So-zial-ar-bei-te-r*in-nen die Grundbedürfnisse der Geflüchteten und Projektideen ausbremsen .

Das Büro der Sozialarbeit liegt im Erdgeschoss der Biesenthaler Unterkunft. Dima Hamoud, So-zial-ar-beiterin der Hoffnungstaler Stiftung, sitzt auf einem Bürostuhl und runzelt fragend die Stirn. Die Kommunikation mit den Freiwilligen läuft gut. Die drei So-zial-ar-bei-te-r*in-nen tauschen sich per Mail mit ihnen aus und besuchen die Treffen der Willkommensinitiative. Die Geflüchteten wüssten sehr zu schätzen, wie sie in Biesenthal aufgenommen werden. Wir können nicht einfach an den amtlichen Verfahren vorbeiarbeiten , erklärt Hamoud, die es verständlich findet, dass Verwaltungsprozesse für Laien schwer nachvollziehbar sind. Die administrativen Aufgaben müssten Hauptamtliche wie sie übernehmen. Doch Ausflüge in Museen, selbstorganisierte Deutschkurse oder Kochabende könnten sie als So-zial-ar-bei-te-r*in-nen nicht auch noch leisten. Darum sei es wichtig, dass sich die Menschen in Biesenthal einbringen.

Etwa 15 von ihnen engagieren sich in der Biesenthaler Willkommensinitiative. Darunter Vanessa Ebenfeld, die Mutter zweier Kinder gibt seit Ende November einmal in der Woche freiwillig Deutschunterricht im Biesenthaler Kulturbahnhof. Dort trifft sich die Initiative regelmäßig. Auch Josephine Löwenstein gehört dazu. Die Pädagogin lebt ganz in der Nähe der Unterkunft, schon bei der ersten Info-Veranstaltung in Biesenthal Mitte September war sie

Ziel? Sich hier zu Hause fühlen Rassismus und Tumult: Im brandenburgischen Klosterfelde wird derzeit protestiert gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Aber....

dabei. Als sie an einem Februartag das Heim besucht, ist es draußen schon dunkel. Die Geflüchteten begrüßen sie freudig. Niemandem muss Löwenstein erklären, warum sie da ist.

Noch bevor sie sich an den Tisch im Gemeinschaftsraum setzt, legt sie lächelnd die neueste Biesenthaler Amtsblattausgabe auf den Tisch. Sie hat dafür einen Artikel geschrieben, in dem sie von Freiwilligenunternehmungen mit den Geflüchteten berichtet. Es ist wichtig, dass man zeigt: Das sind unsere Nachbarn, sagt Löwenstein. Auch in Biesenthal gebe es Menschen mit Vorurteilen gegen Geflüchtete. 2019 wählte dort fast je-de*r fünfte AfD bei den Kommunalwahlen.

Der Goldene Löwe, die Kulturbühne im alten Ortskern von Wandlitz, soll um 1900 erbaut worden sein. Mittlerweile ist er aber modern eingerichtet, ein Ort für Faschingstanz und Pianokonzerte. Am 6. Februar jetzt nehmen sich die Geg-ne-r*in-nen der geplanten Unterkunft im Ortsteil Klosterfelde den Raum. Wenige Schritte vom Mikrofon entfernt sitzt Rico Brauer bei den Mitgliedern des Ausschusses. Er ist Rechtsanwalt und der Ortsvorsteher von Klosterfelde. Zurückgelehnt hört das Mitglied der Fraktion Bündnis Klosterfelde zu, wie Bür-ge-r*in-nen über Geflüchtete herziehen. Am Tag danach wird er der taz erklären: Das Problem ist, dass die Menschen nicht mitgenommen werden. Sie seien zu spät über die Unterkunft informiert worden. Selbst er habe erst davon erfahren, als der Umbau schon im Gang gewesen sei. Von der Hofeinfahrt seiner Kanzlei in Klosterfelde schaut man direkt auf die geplante Unterkunft. Auch Brauer ist gegen sie.

Wie Biesenthal hat Klosterfelde einen Bahnhof ohne direkte Anbindung nach Berlin, das etwa 25 Kilometer weit entfernt ist. Die Unterkunft in Klosterfelde läge keine fünf Minuten vom Bahnhof entfernt, in einem alten Bürogebäude im Gewerbegebiet. Das ist auch die offizielle Begründung im Antrag gegen die Unterkunft: Dauerhafter Wohnraum auf Gewerbegebiet ist baurechtlich nicht vorgesehen. Der Eigentümer scheiterte seit Jahren daran, dort Mietwohnungen zu errichten. Allerdings ist eine Übergangsunterkunft für Geflüchtete keine auf Dauer ausgelegte Wohnsituation.

Rico Brauer führt zudem an: die lokale Infrastruktur stehe schon jetzt unter Druck. Fehlende Plätze in Kindergärten und Schulen, zu wenige Arztpraxen und kaum ehrenamtliche Kapazitäten für eine gute Integration. Deshalb versuche er, die Unterkunft zu verhindern. Mit der taz spricht Brauer vorsichtig. Ich weiß ja, wie Sie berichten.

Die rassistischen Narrative, die Bür-ge-r*in-nen während der Sitzung des Hauptausschusses vorgetragen haben, stören mich natürlich, sagt Brauer. Aber konkret darauf angesprochen, dass Bür-ge-r*in-nen den Geflüchteten Gewaltverbrechen wie Messerstechereien und Vergewaltigungen unterstellen, weicht Ortsvorsteher Brauer diplomatisch aus: Mit dem Thema Sicherheit habe ich mich noch nicht auseinandergesetzt.

An anderer Stelle zeigte Brauer weniger Bedenken, sich zum Thema Sicherheit zu äußern. Der parteilose Wandlitzer Bürgermeister Oliver Borchert wirft ihm als Klosterfelder Ortsvorsteher deshalb vor, er habe fremdenfeindliche Stigmatisierungen in der Einladung zu einer Info-Veranstaltung verwendet. Außerdem habe Brauer in einer Gemeindevertretersitzung im Dezember die geplante Unterkunft mit Gewaltverbrechen in Zusammenhang gebracht. Gegen die Vorwürfe hat der Ortsvorsteher nun angekündigt, sich rechtlich zu wehren.

Bei der Versammlung am 6. Februar im Goldenen Löwen darf Rico Brauer allerdings nichts sagen: Als der Antrag gegen den Umbau zur Geflüchtetenunterkunft aufgerufen wird, stellt Bürgermeister Borchert dessen Mikrofon ab. Weil nicht nur seine Kanzlei, sondern auch sein Wohnhaus in unmittelbarer Nähe der geplanten Unterkunft liegen, gilt Brauer als befangen. Die brandenburgische Kommunalverfassung verbietet befangenen Ehrenamtlichen, dito auch einem Ortsvorsteher, weder beratend noch entscheidend an sie betreffenden Angelegenheiten mitzuwirken.

Rico Brauer hat dafür kein Verständnis. Wütend knallt er seine Sachen auf den Tisch und protestiert laut. Doch ohne Mikrofon ist er hinten im Saal kaum zu verstehen. Im Goldenen Löwen bricht Tumult aus. Ich will hören, was Herr Brauer sagt, ruft eine Frau. Ein Mann schlägt brüllend vor: Lasst uns darüber abstimmen! Mittlerweile stehen zwei weitere Polizeibeamte im Foyer, einer lächelt mild, als wolle er die Menge beruhigen. Dem wird das Lächeln noch vergehen, sagt ein Mann. Rico Brauer kommt nicht mehr zu Wort.

Ziel? Sich hier zu Hause fühlen Rassismus und Tumult: Im brandenburgischen Klosterfelde wird derzeit protestiert gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Abe....

Im brandenburgischen Verfassungsschutzbericht taucht Klosterfelde auf, weil die Nazi-Bruderschaft Barnimer Freundschaft dort ihr Clubhaus betreibt. Aber ist ganz Klosterfelde gegen die Unterkunft? Nein, es gibt in dem kleinen Ort auch Menschen, die Geflüchtete willkommen heißen. Zum Beispiel Isabelle Czok-Alm. Sie ist Mitglied des Landesvorstands der Linken in Brandenburg, lebt in Klosterfelde, und als sie am vergangenen Montag den Goldenen Löwen betritt, wird sie gleich begrüßt: Sie haben gerade noch gefehlt. Irgendwo aus der Menge beschimpft sie jemand als Zecke. Scheinbar unbeeindruckt schiebt sich Czok-Alm an den Menschen vorbei. Aber kalt lasse sie die Situation nicht, sagt sie wenig später im Gespräch. Mich entsetzt das. Ich kenne einige von denen ja persönlich. Entweder haben die mir über Jahre etwas vorgespielt oder Das Oder lässt sie offen. In den vergangenen Wochen sei das Verhältnis zu diesen Menschen völlig abgekühlt.

Schon vor der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 habe es zwar eine ähnliche Diskussion um eine Unterkunft, habe es pöbelnde Rechte gegeben. Aber die hatten damals keine Lobby in Form eines gewählten Gemeindevertreters als Ortsvorsteher oder der in den Parlamenten sitzenden AfD. Czok-Alm vermutet, dass der Protest von den Netzwerken profitiert, die sich in der Coronaleugner*innen-Szene gebildet haben.

Im Goldenen Löwen schiebt der Hauptausschuss jetzt am Montag die Entscheidung darüber, ob die Gemeinde Wandlitz dem Umbau zur Unterkunft zustimmt, einstimmig weiter in die Gemeindevertretung. Dort sitzen mehr gewählte Ge-mein-de-ver-tre-te-r*in-nen als im Ausschuss. Das hat mehr Legitimität, so die Hoffnung. Kaum ist der Punkt durch, folgt eine fünfminütige Pause, in der sich der Saal fast vollständig leert. Die Menschen sind wegen der Unterkunft gekommen, nicht wegen Wandlitz oder Klosterfelde. Auch Ortsvorsteher Rico Brauer geht. Nur sein Namensschild bleibt auf dem Tisch zurück.

Ein paar Tage nach dem Ausschuss haben sich zum ersten Mal 24 Menschen in Klosterfelde getroffen und Ideen ausgetauscht, wie sie den Geflüchteten beim Ankommen helfen können. Isabelle Czok-Alm war auch dabei: Das war ein positives Signal. In Klosterfelde gibt es auch andere Stimmen.

Hinweis: Eine Mitarbeiterin der taz engagiert sich in der Willkommensinitiative in Biesenthal. Sie hat nicht an diesem Text mitgewirkt.

Angeheizt wird das Dagegensein von einigen und ihren rassistischen Vorurteilen

Flüchtlingsgipfel bei Faeser

Vertreter*innen von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden treffen sich am Donnerstag bei Innenministerin Faeser (SPD). Sie beraten, wie Geflüchtete in Deutschland in Zukunft untergebracht und versorgt werden. Auch irreguläre Migration und Rückführungen abgelehnter Asylbewerber werden wohl Themen sein.

Zahl Geflüchteter gestiegen Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat im vergangenen Jahr 244.132 gestellte Asyl-anträge registriert, vor allem von Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan. So viele Anträge gab es seit 2016 nicht mehr. Im Vergleich zu 2021 stieg die Zahl um fast ein Drittel. Zudem wurden 2022 etwa eine Million Geflüchtete aus der Ukraine registriert.

Das fordern die Kommunen Die Landkreise klagen vor allem, es fehle ihnen an Liegenschaften und Geld, um die steigende Zahl an Geflüchteten zu versorgen. Der Bund solle sich an den Kosten beteiligen. Zuletzt forderte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), der Bund müsse etwa die Wohnkosten für anerkannte Flüchtlinge vollständig übernehmen. (dmn)

Load-Date: February 14, 2023

Niedersächsischer Optimismus; In Hannover will man weiterhin sagen: Wir schaffen das. Die Stadt will bis Ende des Jahres eine Bezahlkarte für Geflüchtete einführen

taz, die tageszeitung

Montag 06. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 774 words

Byline: Nadine Conti

Highlight: In Hannover will man weiterhin sagen: Wir schaffen das. Die Stadt will bis Ende des Jahres eine Bezahlkarte für Geflüchtete einführen

Body

Aus Hannover Nadine Conti

Wenn es eine Stadt gibt, die immer noch sagt Wir schaffen das , dann ist es Hannover. Als Scheinlösungen bezeichnet der grüne Oberbürgermeister Belit Onay das, was derzeit bundesweit an Lösungen debattiert wird. Die Debatten über eine Obergrenze für Geflüchtete, über mehr Abschiebungen und eine Arbeitspflicht, wie sie zuletzt unter anderem der Deutsche Landkreistag forderte, gehen an der Realität in vielen Kommunen vorbei, kritisiert er.

Was die Kommunen wirklich bräuchten, seien eine rasche und transparente Weitergabe finanzieller Mittel von Bund und Ländern, Bürokratieabbau und endlich die versprochene Digitalisierung der Ausländerbehörden. Die war schon beim Flüchtlingsgipfel mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) Anfang des Jahres ein großes Thema, passiert sei aber wenig. Wir müssen aufpassen, dass wir den Streit um Finanzierungsfragen jetzt nicht auf dem Rücken der Betroffenen austragen , sagt Onay.

In Sachen Bürokratieabbau wird in Hannover seit längerem eine Sozialkarte diskutiert. Das sei nicht zu verwechseln mit der Umstellung von Geldzahlungen, die Geflüchtete derzeit nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen, auf Sachleistungen, wie es vielfach gefordert werde, betont der OB. Vielmehr will Hannover bereits bis Ende des Jahres eine Debitkarte einführen, mit der Geflüchtete, aber auch andere Sozialleistungsempfänger ohne eigenes Konto ganz normal an der Supermarktkasse zahlen oder ihren Regelsatz am Geldautomaten abheben können. Auch der Städte- und Gemeindebund hat sich im Vorfeld des Bund-Länder-Gipfels für eine einheitliche Bezahlkarte ausgesprochen.

Das verschlankt und entbürokratisiert den Auszahlungsprozess erheblich und eröffnet neue Wege für soziale Teilhabe , sagt Sozialdezernentin Sylvia Bruns (FDP). Bisher mussten diese Menschen jedes Mal am Anfang des Monats Schlange stehen, um den Auszahlungsschein der Behörde bei der Sparkasse einzulösen.

Niedersächsischer Optimismus In Hannover will man weiterhin sagen: Wir schaffen das. Die Stadt will bis Ende des Jahres eine Bezahlkarte für Geflüchtete einführen....

Im vergangenen Jahr, als viele Geflüchtete aus der Ukraine kamen, musste Hannover Zelte aufbauen. Das will man nicht mehr stattdessen versucht man es mit einem mehrstufigen System aus großen Notunterkünften, zum Beispiel in leerstehenden Schulen oder in der alten Feuerwache. Von da sollen die Geflüchteten möglichst rasch weiterwandern in kleinere Gemeinschaftsunterkünfte im gesamten Stadtgebiet, dann in Wohnprojekte oder in eigene Wohnungen. Eigentlich ist eine maximale Verweildauer von zwei oder drei Wochen in den Unterkünften angestrebt das lässt sich aber nicht mehr überall halten.

Aktuell sind die städtischen Unterkünfte zu 91 Prozent belegt, sagt die Sozialdezernentin. 6.068 geflüchtete Personen sind in städtischen Unterkünften untergebracht, nur 1.270 von ihnen sind Ukrainer*innen. Die erneute Landeszuweisung von 823 Geflüchteten in den nächsten sechs Monaten sei eine Herausforderung, aber zu bewältigen. Allerdings, räumt der Oberbürgermeister ein, gerate das System da ins Stocken, wo der angespannte Wohnungsmarkt dafür sorgt, dass die Menschen länger in den Unterkünften bleiben müssten als eigentlich gewünscht.

Deshalb plant man nun auch in Hannover eine große Notunterkunft aus Leichtbauhallen. Die haben aus der Sicht der Stadt den Vorteil, dass sie dichter an einer festen Behausung sind als Zelte aber gleichzeitig flexibler belegt und je nach Bedarf erweitert oder eingelagert werden könnten.

Aus der Sicht mancher Flüchtlingshelfer sind viele Probleme in den überlasteten Kommunen aber auch hausgemacht. Die jeweils zuständige Ausländerbehörde könne beispielsweise relativ leicht für Entlastung sorgen, in dem man Duldungsfristen längerfristig gestalte und Arbeitsgenehmigungen großzügiger erteile statt die Leute zu zwingen, alle paar Monate erneut vorzusprechen, glaubt Frank Steinlein vom Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte.

Tatsächlich hat das Bundeskabinett vergangene Woche Regelungen beschlossen, die es Geflüchteten mit einer Duldung erleichtern soll, Arbeit zu finden. Bisher konnte jede Ausländerbehörde zudem eigenmächtig darüber entscheiden, ob Geduldete überhaupt eine Arbeitserlaubnis bekommen. Geduldete sind Geflüchtete, die zwar ausreisepflichtig sind, aber nicht abgeschoben werden können etwa, weil sie krank sind oder keine Papiere haben. Asylbewerber im laufenden Verfahren sollen zudem schon nach sechs Monaten, statt wie bisher erst nach neun Monaten, auf Jobsuche gehen dürfen.

Ein weiteres Problem sind aus Sicht der Flüchtlingshelfer aber auch die bürokratischen Wohnsitzauflagen, erzählt Steinleins Vorstandskollege Reiner Melzer: Ein Mann habe seinen bereits unterschriebenen Mietvertrag zurückgeben müssen, weil die Wohnung kurz hinter der Stadtgrenze lag.

Load-Date: November 5, 2023

Schwierige Geschichte; Vor 75 Jahren kamen die ersten karibischen Migranten auf dem Schiff Windrush nach England. Ihre Erwartung war, als britisch angesehen zu werden ein Trugschluss. Der Kampf für Aufarbeitung ist bis heute ein widerständiger

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 2845 words

Byline: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Highlight: Vor 75 Jahren kamen die ersten karibischen **Migranten** auf dem Schiff Windrush nach England. Ihre Erwartung war, als britisch angesehen zu werden ein Trugschluss. Der Kampf für Aufarbeitung ist bis heute ein widerständiger

Body

Aus London Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Eine Parterrewohnung nahe dem Londoner Bahnhof Kings Cross im Frühjahr diesen Jahres. Eric John Welch sitzt mit alten Freunden zusammen, es ist sein 90. Geburtstag. Die kleine Gruppe trinkt Guinness und spricht in karibischem Englisch über Politik, über alte Zeiten und über ein bewegtes Leben, das von Eric, in dem sich ein Stück Empiregeschichte widerspiegelt, die heute sehr kontrovers diskutiert wird.

Eric kam 1933 auf die Welt, auf der Karibikinsel Montserrat, wo sein Vater aus Trinidad gerade Arbeit als Zimmermann hatte. Die meisten Kindheitsjahre verbrachte er in Trinidads Hauptstadt Port of Spain. Es war ein Zuhause in ärmlichen Verhältnissen, erinnert sich der 90-Jährige. Wir Kinder schliefen gemeinsam in einem Zimmer auf dem Boden, auf alte Kleider gebettet. Wir ernährten uns von Fisch sowie Gemüse und Früchten aus unserem Garten. Hühnchen war eher ein Weihnachtsschmaus. Ein Zeitvertreib bestand aus Cricketspielen. Wir benutzten Orangen und Brotbaumfrüchte statt Bälle.

Als er zwölf Jahre alt war, begann Eric zu singen. Eine Frau aus der Nachbarschaft bezahlte mich, wenn ich Calypso vorsang. Durch seine ständigen Besuche des Stadtkinos lernte er später Projektionstechnik. Nachdem sein Vater Arbeit auf Schiffen gefunden hatte, zog es auch ihn in Richtung Hafen. Eines Tages baten er und ein Freund die Crew des Frachters SS Sugar Transporter um einen Job. Die Crew lehnte ab, doch Eric und sein Freund blieben als blinde Passagiere an Bord. Das Schiff stach in See.

Der nächste Hafen, den das Schiff anlief, war Barbados. Wir wollten jetzt wieder von Bord gehen, doch in Barbados durfte niemand das Schiff verlassen. Der nächste Halt, ganze zwei Wochen später: London.

Schwierige Geschichte Vor 75 Jahren kamen die ersten karibischen Migranten auf dem Schiff Windrush nach England. Ihre Erwartung war, als britisch angesehen zu....

An seinem 19. Geburtstag ging Eric in der Hauptstadt des Empires von Bord, am 12. Juni 1952. Erst musste er sich neu einkleiden, denn er besaß einzig die Hose und das Hemd, mit denen er in Trinidad das Schiff bestiegen hatte. Nach der Registrierung beim sogenannten Kolonienbüro ging es zum Arbeitsamt. Sie schickten mich in ein Kino nach Peckham Rye, erinnert sich Eric. Dort, im Süden Londons, hätten ihn die Leute angegafft, als hätten sie noch nie einen Menschen wie ihn gesehen: einen Schwarzen.

Der Lohn war schlecht, bald arbeitete Eric wieder auf Schiffen und reiste um die Welt. Als er einmal zufällig kurz in Trinidad landete, erschien ihm die Inselwelt seiner Kindheit sehr klein. Ich entschied mich, für immer nach London zu ziehen, erzählt er heute im Rückblick.

Beim zweiten Anlauf in London lief es für den jungen Mann besser. Durch Zufall kam Eric an einen sehr gut bezahlten Job: Hausmeister bei der Versicherung Legal & General. Zur selben Zeit entwickelte sich eine Freundschaft zwischen ihm und der Calypsolegende Lord Kitchener. Als er sich daran erinnert, in seiner Parterrewohnung an seinem Geburtstag, singt er gleich zwei Lieder von Kitch: Nora, und Underground Train.

Lord Kitchener war der Künstlurname des trinidadischen Sängers Aldwyn Roberts, einer der bekanntesten Musiker der britischen Karibik in den 1940er Jahren. Kitch gehörte zu der legendären allerersten Gruppe karibischer Arbeitsmigranten, die am 22. Juni 1948, am Donnerstag vor genau 75 Jahren, an Bord der Empire Windrush, aus Jamaika im Hafen von London landete und die Schwarze Migration nach Großbritannien begründete. Am diesjährigen Windrush Day will man die Windrush Generation würdigen.

London Is The Place For Me hieß das Lied von Kitch, das diese gesamte Generation definierte und das der Sänger damals der britischen Wochenschau vortrug, als am 22. Juni 1948 in den Tilbury Docks 1.027 Passagiere von Bord gingen. Dort hatte das Schiff, die Empire Windrush, am Vortag festgemacht. Eigentlich sollte das ehemalige Passagierschiff Soldaten aus dem Heimaturlaub nach Großbritannien bringen. Aber weil noch Plätze frei waren, wurden in Jamaika Billigfahrten nach England angeboten, wo ein neues Gesetz gerade allen Bürgern britischer Kolonien die volle britische Staatsbürgerschaft in Aussicht stellte.

Sie kamen in ihren besten Anzügen und Kleidern, 1.027 Menschen, darunter 257 Frauen, die ersten einer zwei Jahrzehnte dauernden karibischen Einreisewelle, die als Windrush Generation in die Geschichte eingehen sollte. Insgesamt kamen danach eine knappe halbe Million Menschen bis 1973 mit dem britischen Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Vorläufer der EU, ein neues restriktives Einwanderungsgesetz dem ein Ende setzte. Bis dahin konnten die meisten Bewohner ehemaliger britischer Kolonialgebiete, nicht nur aus der Karibik, ohne große Formalitäten ins Mutterland einreisen und sich dort niederlassen. Sie wurden zum Wiederaufbau Großbritanniens nach dem Krieg offensiv angeheuert, unter ihnen zahlreiche Kriegsveteranen.

Das Wort Mutterland hat für Schwarze Menschen karibischen Hintergrunds in Großbritannien eine doppelte Bedeutung. Es ist nicht nur das Land, dessen koloniale Bürger sie waren. Es ist auch das Land, das einst ihre afrikanischen Vorfahren versklavte und über den Atlantik auf die West Indies brachte, um dort von ihrer Arbeit auf den Zuckerplantagen zu profitieren. Der Reichtum Großbritanniens, wie auch ganz Europas, hängt direkt mit dieser Sklaverei zusammen.

Als sie ab 1948 im Mutterland landeten, definierten sich diese Migranten als britisch. Aber sie stießen immer wieder auf Rassismus, sowohl bei der Arbeits- als auch bei der Wohnungssuche. Traurige Berühmtheit erlangten die Verbotsschilder Keine Schwarze, Iren und Hunde. Diskriminierung und Hetze gegen Schwarze, auch in der Schule und seitens der Behörden, war im Großbritannien der 1950er und 1960er Jahre normal.

Die karibische Gemeinde erwiderte dies mit Selbstbehauptung. Nach einem brutalen rassistischen Mord 1959 entstand im Westlondoner Viertel Notting Hill der erste karibische Karneval, damals ein Manifest Schwarzer Gegenkultur, heute das größte multikulturelle Straßenfest Europas. In britischer Musik und Kultur sind karibische Einflüsse heute nicht mehr wegzudenken, und auch nicht aus dem Straßenbild Londons.

Auf einem Foto aus den ersten Jahren der Einwanderung sieht man Eric im maßgeschneiderten Anzug mit elegantem Hut. Bis heute hat er eine ganze Kollektion von Hüten. Es waren die Jahre, in denen er in die Jazz- und

Schwierige Geschichte Vor 75 Jahren kamen die ersten karibischen Migranten auf dem Schiff Windrush nach England. Ihre Erwartung war, als britisch angesehen zu....

Tanzlokale Londons pilgerte, wo er 1956 Margaret kennenlernte, eine junge Schottin, die so tanzte, wie sonst niemand. Die beiden lebten zusammen bis zu Margarets Tod im Jahr 2008.

Rassismus habe er nie wirklich erfahren, behauptet Eric zunächst. Auf Nachfrage erinnert er sich dann aber doch an einiges: Wie ihn 1953 ein Polizist auf der Straße fragte, wo er hingehe. Als ich fragte, ob es ein Verbrechen sei, auf der Straße zu gehen, nahm er mich auf die Wache, wo mir der Wachtmeister ins Gesicht spuckte, erzählte

Sein Freund Andy, der 1966 nach England kam, bestätigt den bis heute aktenkundigen Rassismus in der Londoner Polizei. Die Polizei wollte uns immer provozieren, um uns eine Extrabehandlung zu geben, wenn wir reagierten. Ob es heute besser sei? Nein, ist sich die gesamte Gruppe einig, aber anders. Die Polizei gehe gegen Schwarze immer härter vor als gegen andere.

Gegen all diese Widrigkeiten behaupteten sich jene, die damals kamen. Der bekannte DJ Trevor Nelson, seine Familie stammt aus St. Lucia, bezeichnet die Windrush Generation als Titanen, die durchhielten, um der nächsten Generation den Weg zu ebnen. Viele arbeiteten im öffentlichen Dienst, meist in den am geringsten geschätzten Jobs. Manchen gelang der Einstieg in Wissenschaft und Politik, in den Spitzensport oder sie machten als Künstler von sich reden.

All dies schafften sie trotz anhaltender Diskriminierung. Schwarze Briten laufen laut Studien unter anderem des National Health Service 3,7-mal öfter als Weiße Gefahr, wegen des Verdachts der psychischen Störung der Freiheit beraubt und zwangseingewiesen zu werden. 45 Prozent der karibischen Schwarzen verzeichnen chronische Gesundheitsbeschwerden. Beides sind die höchsten Werte im Vergleich aller ethnischen Gruppen.

Auch in anderen soziografischen Datenanalysen schneiden karibische Schwarze schlechter ab als alle anderen ethnischen Gruppen, auch als afrikanische Schwarze. Nur durchschnittlich 3 Prozent aller Jugendlichen afrokaribischen Hintergrunds erreichten in den Jahren 2010 bis 2016 ein Abitur mit Höchstnote. Die Rate der von der Polizei angehaltenen und durchsuchten Personen ist in der Kategorie Afro-Caribbean 9,6-mal höher als bei Weißen, zeigen Daten des britischen Innenministeriums. Außerdem sind 3 Prozent der britischen Bevölkerung Schwarze, aber sie stellen 13 Prozent der Gefängnisinsassen. Nach polizeilicher Festnahme ist die Wahrscheinlichkeit zu sterben für Schwarze siebenmal höher als für Weiße.

Demgegenüber stehen Menschen afrikanisch-karibischer Abstammung heute beim Einkommen an dritter Stelle hinter Weißen und Menschen indischer Abstammung. Frauen karibischer Abstammung haben weiße Frauen bereits in den 1970er Jahren überholt. Männer taten sich schwerer.

Vielen Schwarzen mit karibischem Hintergrund geht es heute um mehr als darum, diese Statistiken zu diskutieren. Es geht um das, was der jamaikanische Intellektuelle Stuart Hall einst als Amnesie der Geschichte beschrieb: das Schöndenken des Empires. Anders als Flüchtlinge oder Gastarbeiter kamen die Menschen aus der Karibik aus eigener Sicht nicht als Fremde nach Großbritannien, die sich dankbar zu zeigen hätten. Sie kamen mit der Erwartung, als britisch und ebenbürtig angesehen zu werden. Aber in der britischen Kultur und auch im Schulunterricht gibt es herzlich wenig, das dies reflektiert. Die Geschichte der Schwarzen bleibe unsichtbar, sagte Hall. Linton Kwesi Johnson besang es einst in *Ingland is a Bitch*.

Ins Bewusstsein der breiteren britischen Öffentlichkeit gelangte die Windrush Generation erst, als sich ab 2018 herausstellte, dass manche von ihnen, ohne dies zu wissen, gar keinen gesicherten Aufenthaltsstatus hatten. Sie sahen sich ja als Briten. Doch für viele war ihr einziger Einreisennachweis nach Großbritannien der Eintrag über ihre Ankunft per Schiff. Unter der konservativen Innenministerin Theresa May wurde die Jagd auf mutmaßliche illegale Migranten drastisch verschärft und zugleich wurden die alten Schiffsregister vernichtet. Bis zu 15.000 karibische Migranten wurden daraufhin als Illegale eingestuft, obwohl sie jahrzehntelang problemlos in Großbritannien gelebt hatten.

Viele verloren ihre Arbeit, ihre Wohnungen und ihre medizinische Versorgung, mindestens 83 wurden sogar abgeschoben. Als dieser Wind-rush Scandal 2018 in der Presse aufgedeckt wurde, entschuldigte sich die britische Regierung, die mittlerweile von Theresa May als Premierministerin geführt wurde. Die Regierung leitete eine

Schwierige Geschichte Vor 75 Jahren kamen die ersten karibischen Migranten auf dem Schiff Windrush nach England. Ihre Erwartung war, als britisch angesehen zu....

Untersuchung ein und versprach Entschädigung. Auf diese warten viele Betroffene bis heute; 23 von ihnen sind vor der Wiedergutmachung gestorben. Für diese Generation hat das tiefe Wunden neu aufgerissen.

Die alte Generation bleibt heute wieder mit ihren Erinnerungen unter sich. Im Pepper Pot Centre in Ladbroke Grove in North Kensington dort, wo einst der Notting Hill Carnival entstand treffen sich betagte Se-nio-r:in-nen der Windrush Generation Tag für Tag seit dem Jahr 1981. Managerin Caroline Archer, deren Eltern aus Jamaika und dem Inselstaat Dominica abstammen, kann ihren Enthusiasmus für diesen Job nicht verstecken. Ich sah, wie glücklich meine eigene Großmutter hier immer war. Es gibt hier karibisches Essen, Gesellschaftsspiele werden gespielt.

Hamid Alli, Jahrgang 1935, ist freiwilliger Rezeptionist im Pepper Pot. Er erzählt der taz, wie er 1957 nach London zu Tante und Onkel geschickt wurde, weil sein Vater mit seiner vorherigen Freundin nicht einverstanden gewesen war. Nach dem Studium arbeitete er sich beim Ölkonzern Shell hoch. Er erinnert sie, wie eine Gruppe ihm unterstehender Arbeiter sich weigerte, ihn als Chef anzuerkennen weil er Schwarz war. Oder wie er im Ostlondoner Stadtteil Leyton ein Haus kaufte und die Nachbarn begannen, ihre Häuser zu verkaufen, weil sie glaubten, dass seine Anwesenheit den Wert ihrer Immobilien senkte. Tatsächlich war ich wohlhabender als sie alle. Ich hätte mir mit meinem Shell-Gehalt gleich mehrere der Häuser kaufen können. Später wurde Alli Kameramann bei der BBC und drehte Spielfilme.

Auch der heute 87-jährige Harold Roch hat fesselnde Geschichten zu erzählen. Im Jahr 1936 auf der Karibikinsel Montserrat geboren, folgte er 1961 seinem Bruder nach London. Dort herrschte damals wegen der vielen Kohleheizungen Dauer-smog aber es war auch der Beginn der Swinging Sixties. Ich staunte bei meiner Ankunft, wie dreckig London war, ja sogar der Buckingham Palace! Und ich staunte über die mir völlig fremden moralischen Freiheiten.

Roch erzählt, wie er sich durch seinen starken Körperbau Respekt verschaffte und sich selbst einmal gegen mehrere Polizisten behaupten konnte, die in Notting Hill auf einen anderen Schwarzen losgegangen waren. Der Wachtmeister ließ mich später gehen, weil ich ihn davon überzeugen konnte, dass zehn Mann gegen ein paar von uns unfair war.

Velma McClymont, die 1969 als Zwölfjährige mit dem Flugzeug aus Jamaika ihren Eltern nach London folgte, hat über die schwarze karibische Erfahrung ein Buch geschrieben: das semiautobiografische Hope Leaves Jamaica , veröffentlicht unter dem Pseudonym Kate Elizabeth Ernest. Der Erfolg des Buches führte zu einem verspäteten Studium der Literatur und der karibischen Geschichte, bis zur Promotion. Ihr Vater war in Jamaikas Hauptstadt Kingston ein gutsituierter Zahnarzt gewesen, mit schönem Haus und Auto mit Chauffeur .

Als sie selbst nach London kam, war es ein Kulturschock. In der Schule in England spuckten die weißen Mädchen mich an. Selbst die hier geborenen Schwarzen Mädchen wollten nichts mit mir zu tun haben, weil ich gelegentlich mal einen Begriff auf Patois sprach , schildert sie. Die monatlichen Briefe an ihre Großmutter daheim wurden zum einzigen Trost. Ich wollte eigentlich immer zurück nach Jamaika, doch England hatte den Status eines Mutterlandes, an das wir geschichtlich gebunden waren. Rückkehrer galten als Versager.

McClymont boxte sich durch, konfrontierte als Erwachsene sogar furchtlos einen rassistischen Nachbarn, der mit einer Schusswaffe auf sie losging, wie sie sich erinnert, und arbeitete bei der britischen Zentralbank während ihr Vater erleben musste, dass ihn viele Patienten aufgrund seiner Hautfarbe mieden. In den 1970er Jahren wanderte er enttäuscht nach Ghana aus.

Großbritannien leidet an geschichtlicher Amnesie , sagt die elegant gekleidete Frau mit Sonntagshut und Sonnenbrille. Es waren wir, mit den schottischen Nachnamen jener, die uns entführt und misshandelt hatten, die Großbritannien mit Blut, Schweiß und Tränen geschaffen haben. Das Jamaika und Schottland des 18. Jahrhunderts ist das Thema ihres neuesten Romans, Little River . Von dieser Epoche gebe es eine Kontinuität zum weiterbestehenden Rassismus heute, sagt sie, und macht dabei einen Unterschied zwischen Menschen mit karibischem Hintergrund und jenen aus Afrika, deren Vorfahren nicht versklavt wurden. Der Weg zur

Schwierige Geschichte Vor 75 Jahren kamen die ersten karibischen Migranten auf dem Schiff Windrush nach England. Ihre Erwartung war, als britisch angesehen zu....

Selbstbehauptung liege in guter Erziehung, Eigenständigkeit und Zielstrebigkeit, sagt sie und ordert ein gepfeffertes karibisches Essen: Curryziege mit Reis und Erbsen.

Eric, das Geburtstagskind, pflegt seit seiner Pensionierung einen Kleingarten. Auch sein alter Freund Andy hat einen: Kartoffeln, Rote Bete, Bohnen, Mais, Tomaten, Kürbisse wachsen dort. Meine Knie machen es mir sehr schwer, aber mein Motto ist, dass ich mich weiter dazu zwingen muss, durchzuhalten. Genau das, behaupten viele, sei es, was diese aus der Karibik nach Großbritannien ausgewanderten Menschen auszeichne.

Mit seinen 90 Jahren denkt Eric auch über sein Lebensende nach. Seine Bestattung hat er schon vorausbezahlt. Da, wo man stirbt, da kommt man her, meint er. Ist der alte Trinidadier also Engländer? Ich bin Afrikaner!, behauptet er. Afrika ist der Kontinent, dem sie uns entrissen hatten. Aber, gesteht er ein: Das Leben hier in London war grundsätzlich gut. Vor allem, wenn man bedenkt, dass ich nie geplant hatte, hierherzukommen.

kultur

Billigüberfahrten nach England und die britische Staatsbürgerschaft sollten die Bürger in den Kolonien locken

Großbritannien leidet an geschichtlicher Amnesie

Migration aus der Karibik

74,4 Prozent der Bevölkerung in England und Wales definieren sich laut Mikrozensus 2022 als britisch und weiß. Danach folgt die Gruppe, die sich als weiß und anders als britisch einordnet (6,2 Prozent). Die Gesamtbevölkerung beträgt 59,6 Millionen.

1 Prozent, oder 0,6 Millionen, ordneten sich als Schwarz und karibisch ein. Weitere 0,9 Prozent oder rund 0,5 Millionen, empfanden sich als mixed white und karibisch.

Der Mikrozensus beruht auf der Selbsteinschätzung der Befragten. Interessant ist, dass die Gruppe derjenigen, die sich keiner ethnischen Gruppe zuordnen konnten oder wollten, von 2011 bis 2021 von rund 333.000 auf knapp 924.000 Menschen anstieg.

Load-Date: June 20, 2023

Claudia Roth spricht Klartext zu BDS im HKW; Die Kulturstatsministerin wirbt um Vertrauen in die grüne Regierungspolitik

taz, die tageszeitung

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 41

Length: 657 words

Byline: Andreas Fanizadeh

Highlight: Die Kulturstatsministerin wirbt um Vertrauen in die grüne Regierungspolitik

Body

Von Andreas Fanizadeh

Von allen Seiten wird derzeit weiter munter auf die Grünen eingedroschen. Versuchen sie hart zu bleiben, wie bei der Energiewende, gilt dies vielen als verwerflich. Sie seien calvinistische Moralapostel. Und gehen die Grünen im Pragmatismus des Regierens einen Kompromiss ein, wie jetzt beim Asylrecht, gibt es Dresche von der anderen Seite. Moralischer Verrat heißt es, während Außenministerin Annalena Baerbock in Brasilien und Kolumbien gerade ihre feministische Außenpolitik vertritt. Da sage noch eine/r, Opposition sei Mist. Regieren kann auch ganz schön enervierend sein.

Das weiß auch Claudia Roth (Grüne). Sie trat im Dezember 2021 die Nachfolge von Monika Grütters (CDU) als Kulturstatsministerin an. Für die ökologische Nachbesserungen am Neubau des Museums für Moderne Kunst wurde sie von konservativer Seite abgewatscht. Die ästhetische Reinheit der Entwürfe sei in Gefahr. Auch als Roth Christenkreuz und fürstliche Bibelnachdichtung an der Humboldt-Kuppel in Berlin ansprach, schäumten die Traditionalisten. Und noch mehr als sie versuchte, eine Namensmodernisierung für die Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) ins Spiel zu bringen: Frau Roth aus Bayern.

Und dann ist da noch die documenta-Debatte. Der Antisemitismusskandal letzten Sommer auf der documenta 15 klebt ihr wie der Kaugummi an der Schuhsohle. Dabei war die Ausrichtung auch hier bereits zuvor unter der Ägide ihrer Vorgängerin Monika Grütters beschlossen. Auf der documenta in Kassel wurden dann so ziemlich alle Versäumnisse der Kulturpolitik von Ländern und Bund der letzten Jahre sichtbar. Angesichts von Globalisierung, Migration, neuer plurinationaler Gesellschaft wünscht man sich eine Internationalisierung und Öffnung des Kulturbetriebs. Unterschätzte dabei aber, wie komplex das Vorhaben ist. Geeignete Leitlinien gab es nicht, das Personal war hoffnungslos überfordert. So konnten die Verantwortlichen der documenta 15 künstlerisch offene Kunstsprachen von geschlossenen Systemen der Propaganda nicht unterscheiden. Die Folge: Hetze gegen Israel, USA, westliche Demokratien und Juden im Allgemeinen.

Claudia Roth spricht Klartext zu BDS im HKW Die Kulturstaatsministerin wirbt um Vertrauen in die grüne Regierungspolitik

Wir fördern keine Veranstaltungen, auf denen für den BDS geworben wird oder Ziele des BDS vertreten werden, hat Claudia Roth nun in Berlin bei der Neueröffnung des Hauses der Kulturen der Welt (HKW) unmissverständlich gesagt. Ihre Rede im HKW wurde mit Spannung erwartet, zumal der neue Intendant Bonaventure Ndikung seinerseits vor Jahren mit einem antisemitischen Post auffiel. Auch Ndikung (Herr der Ringe so Ijoma Mangold in der Zeit) war noch von Monika Grütters berufen worden. Im Mai war Roth bei einem inszenierten Eklat in Frankfurt von jüdischen Ak-ti-vis-t:in-nen überraschend ausgebuht worden. Im HKW wies sie nun erneut darauf hin, dass sie das Ausgrenzen von Künstlerinnen und Künstlern durch den BDS, durch Boykott und silent boycott, durch Drohungen und oft genug auch durch Gewalt nicht hinnehmen werde. Wer Menschen boykottiere, weil sie jüdische Israelis oder weil sie Jüdinnen und Juden sind, der handelt antisemitisch . Punkt.

Aber anders als so manche Kri-ti-ke-r:in-nen meint Roth auch, dass Dialog und Verknüpfung mitunter bessere Optionen böten, als generell zu polarisieren und gegeneinander abzuschotten. Ohne dabei allerdings menschenrechtliche Standards aufzugeben. Anders als die Kassler documenta liegt das Haus der Kulturen der Welt im Geschäftsbereich der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH. Damit ist es stark mit dem Ministerium verbunden. Und weiteres nicht unwesentliches Detail: Roth kündigt auch an, gemeinsam mit Intendant Ndikung einen code of conduct für das HKW zu entwickeln.

Damit Roth, Baerbock oder Habeck in der Regierung erfolgreich sein können, sind sie auf das Vertrauen der kritischen Öffentlichkeit angewiesen. Genau hier setzen die teilweise bewusst desinformierenden Kampagnen ihrer Gegner an. Diese Mechanismen gilt es bei aller Kritik im Blick zu behalten.

Load-Date: June 9, 2023

Der Einfluss des AfD-Landrats; Die Gestaltungsräume für Sesselmann sind eng, Amtskollegen möchten mit ihm zusammenarbeiten

taz, die tageszeitung

Dienstag 27. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 689 words

Byline: Gareth Joswig

Highlight: Die Gestaltungsräume für Sesselmann sind eng, Amtskollegen möchten mit ihm zusammenarbeiten

Body

Von Gareth Joswig

Die erste Umarmung nach dem Wahlsieg galt dem Rechtsextremisten Björn Höcke, mit dem er im Wahlkampf zusammen auftrat und dem er offensichtlich wie der gesamte Thüringer Landesverband loyal ergeben ist. Der erste designierte AfD-Landrat Robert Sesselmann im thüringischen Landkreis Sonneberg, 50 Jahre, Brille mit dünnem Rand, ist für die AfD ein symbolischer Erfolg auf dem Weg zur Normalisierung. Die extrem rechte Partei überhöht den Wahlsieg allerdings auch zu einer Zeitenwende und hofft nun auf einen braunen Dominoeffekt. Angetreten ist Sesselmann hingegen mit Hetze gegen Geflüchtete, Euro-Austritt und gegen das Heizungsgesetz.

Tatsächlich aber sind Sesselmanns Einflussmöglichkeiten als Landrat begrenzt. Er muss die Gesetze des Landes, des Bundes und die Beschlüsse des Kreistags in Sonneberg umsetzen. Eine Mehrheit hat die AfD dort nicht. Jedenfalls bis zu den Kommunalwahlen 2024 sind die CDU und ein grün-linker Zusammenschluss mit je 10 Abgeordneten die stärksten Fraktionen. Die AfD stellt 9 Abgeordnete.

Werner Henning, Deutschlands ältester amtierender Landrat aus dem thüringischen Eichsfeld und CDU-Mitglied, sagte der taz: Es ist erschreckend, wie sehr sich der neue Landrat aufs Parteipolitische konzentriert. Er bedient in der Bevölkerung die Illusion, dass er die Welt aus den Angeln heben könnte. Das ist grober Unfug! Zudem sei es schier unerträglich, wenn die Parteispitze der AfD sich mit aggressivem Auftreten einmische und bei der Wahlparty Statements abgebe.

Die Zusammenarbeit mit dem AfD-Landrat werde er dennoch nicht verweigern, sagt Henning. Erstmals werde er ihn bei der nächsten Landrätekonzferenz zum Thema kommunaler Finanzausgleich treffen. Henning werde ihm zur Wahl gratulieren, aber auch sagen: Orientieren Sie sich an Recht und Gesetz, Sie haben in ihrem Amt keine parteipolitische Freiheit, und wenn Sie meinen, diese umzusetzen zu können, ist es nichts anderes als Populismus. Wenn Sesselmann seine Kompetenzen überschreite, bekomme er Probleme mit der Rechtsaufsicht. Tatsächlich kann das Land Thüringen Zwangs- oder Strafmaßnahmen verhängen von Geldbußen bis Entlassung, wenn Sesselmann sich etwa bei der Flüchtlingsunterbringung verweigert.

Der Einfluss des AfD-Landrats Die Gestaltungsräume für Sesselmann sind eng, Amtskollegen möchten mit ihm zusammenarbeiten

Uwe Schlammer, Vorsitzender der gemeinsamen Fraktion von Linken und Grünen im Kreistag Sonneberg, klingt am Tag nach der Wahl noch verstört: Es zehrt noch immer an meinen Magenwänden, dass über 50 Prozent einem Freund des Faschisten Höcke ihre Stimme gegeben haben, sagt Schlammer.

Schon jetzt sei für ihn klar, dass der Kreistag dem AfD-Landrat Grenzen aufzeigen müsse: Wir müssen wachsam sein, wenn er versucht, Spielräume zu nutzen, um etwa die Demokratieförderung zusammenzustreichen oder nur noch Sachleistungen für Geflüchtete auszugeben, so Schlammer. Bei bestimmten Sach-themen könne man aber auch nicht gegen alles stimmen, was er einbringe, so Schlammer. Aber wenn er versuche, AfD-Themen durchzubringen, werde der Kreistag das blockieren.

Auch für die Unterbringung von Flüchtlingen müsse der AfD-Landrat sorgen, sagt Schlammer: Auch da sehe ich nicht so viel Spielraum, und die Gesamtkosten werden ohnehin vom Bund erstattet. Die AfD behauptet zwar immer, dass der Kreis horrendes Mittel dafür ausbe, das stimmt aber nicht. Anders sei es bei seiner Rolle als Chef der Verwaltung von Hunderten Angestellten: Der Landrat hat in der Personalpolitik einen großen Spielraum er kann also über Beförderungen und Stellenbesetzungen entscheiden.

Auch wichtig dürfte seine Funktion als Repräsentant des Landkreises sein. Er soll den Landkreis nach außen und innen vertreten. Eine Aufgabe, die für den rechten Kulturkampf der AfD maßgeschneidert ist unabhängig von den tatsächlichen Kompetenzen.

Laut Rechtsextremismusforscher David Begrich stelle sich die Frage, wie man mit der exekutiven Normalisierung der AfD umgehen solle: Die Landräte sollten sorgfältig unterscheiden zwischen notwendiger Interaktion und politischer Kooperation. Denn klar sei auch, dass Landräte eine gesellschaftspolitische Gestaltungsmacht hätten bei Fragen von Soziokultur, Gleichstellung und dem Umgang mit Migranten.

landratswahl

Load-Date: June 26, 2023

Unsere Realität und unsere Kämpfe in Worte fassen; Simone Dede Ayivi Diskurspogo

taz, die tageszeitung

Montag 22. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 501 words

Byline: Simone Dede Ayivi

Body

Simone Dede Ayivi Diskurspogo

Mein Englisch ist schon okay. Trotzdem nervt es mich, wenn Diskussionsrunden zu Antirassismus, Migration, postkolonialer Theorie oder Schwarzen Bewegungen in Frankfurt, Köln oder Berlin nur in englischer Sprache und ohne Übersetzung für Beteiligte und Publikum angeboten werden. Für viele, die sich für diese Themen interessieren, ist das eine Hürde. Englischkenntnisse sind oft eine Frage von Alter, Klasse, Ost oder West und des richtigen Migrationshintergrunds. Über ein Privileg wird in Schwarzen und PoC-Communities nämlich nicht gesprochen: Das Privileg des richtigen Colo-nizers. -Eltern zu haben, die aus dem englischen Sprachraum migriert sind, macht vieles leichter. Ich weiß nicht, ob einige prominente Ak-ti-vis-t*in-nen und Wis-sen-schaft-le-r*in-nen of Color wirklich denken, dass sie mehr Menschen mitnehmen, wenn sie auf Englisch vortragen und pub-lizieren oder ob es vielmehr darum geht, die eigene Arbeit besser international vermarkten zu können. Unangenehm wird es, wenn auf einer Bleiberechts-Demo alle Redebeiträge ins Englische übersetzt werden, die beteiligten Geflüchtetenorganisationen aber hauptsächlich auf Französisch und Arabisch kommunizieren. Das hatte vorher niemand erfragt.

Ich bin ein Fan von Anglizismen und anderem Sprachgemisch. Sprachreinheit ist nicht mein Point. Doch um herauszufinden, wo uns die Worte fehlen, müssen wir miteinander sprechen und Leerstellen aufzeigen, anstatt sie schnell und vor allem ohne gemeinsame Definition mit Wörtern aus anderen Kontexten zu füllen. Sichtbarkeit schaffen und eine Sprache finden. Das sind wesentliche Bestandteile der Empowerment-Arbeit und der Selbstorganisation in marginalisierten Communities.

Für Leute wie mich gab es im Deutschen über Jahrhunderte nur rassistische Bezeichnungen. Mitte der 1980er Jahre organisierten sich Schwarze Menschen in Deutschland und prägten Begriffe wie afrodeutsch oder Schwarze Deutsche. Wörter in der eigenen Sprache finden, die die eigene Positionierung und Lebensrealität wiedergeben, das ist wichtig um Erfahrungen benennen, Missstände beschreiben und solidarische Gemeinschaften bilden zu können. Der Begriff PoC zum Beispiel hilft als Sammelbezeichnung für Menschen, die von Rassismus betroffen sind. So ganz lässt er sich aber nicht aus dem US-amerikanischen Kontext in den deutschsprachigen Raum

Unsere Realität und unsere Kämpfe in Worte fassen Simone Dede Ayivi Diskurspogo

übertragen. Solange der Lückenbüßer funktioniert, werden wir nicht die Energie aufbringen, eine passendere Bezeichnung zu kreieren.

Wir müssen unsere Realität und unsere Kämpfe in Worte fassen. Damit die Begriffe und Selbstbezeichnungen, die wir wählen, praktischen Einfluss auf den Alltag haben, müssen wir in der Sprache diskutieren, in der unser Zusammenleben gestaltet wird. In der Sprache, mit der Politik und Verwaltung arbeiten.

Die Fünftage-vorschau

Di., 23. 5. Saskia Hödl

Kinderspiel

Mi., 24. 5. Lin Hierse

Poetical Correctness

Do., 25. 5. Noemi Molitor

Subtext

Fr., 26. 5. Volkan A ar

Postprolet

Di., 30. 5.

Isabella Caldart

Gossip Girl

kolumne @taz.de

Load-Date: May 21, 2023

Zerbrochene Gewehre; Kriegsdienstverweigerer werden in Russland zu ausländischen Agenten erklärt. Der deutsche Connection e. V. will sie nun über Telegram unterstützen auch in Asylfragen

taz, die tageszeitung

Montag 17. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 14

Length: 685 words

Byline: Peter Nowak

Highlight: Kriegsdienstverweigerer werden in Russland zu ausländischen Agenten erklärt. Der deutsche Connection e. V. will sie nun über Telegram unterstützen auch in Asylfragen

Body

Von Peter Nowak

Connection e. V. auf Russisch steht in kyrillischen Buchstaben neben dem zerbrochenen Gewehr vor einer Weltkugel. Es handelt sich um das Symbol des Netzwerkes Connection e. V., das sich für die Rechte von Kriegs- und Mi-li-tär-ver-wei-ge-re-r*in-nen in aller Welt einsetzt. Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine haben sich verstärkt Menschen an die pazifistische Organisation gewandt, die nicht bereit sind, eine Waffe in die Hand zu nehmen und deswegen mit Repressalien konfrontiert sind. Von ihnen komme auch der Impuls, den russischsprachigen Telegramkanal aufzubauen, erklärt Rudi Friedrich von Connection e. V. der taz. Durch unsere Arbeit zu Kriegsdienstverweigerung und Desertion in Russland, Belarus und der Ukraine bekamen wir Kontakt zu Ak-ti-vis-t*in-nen aus Russland, die aufgrund der Situation im Herkunftsland nach Deutschland gegangen sind.

Darunter sind auch Menschen, die sich in der russischen Bewegung für Kriegsdienstverweigerung engagiert hatten. Gemeinsam habe man die Idee entwickelt, einen russischsprachigen Telegram-Kanal aufzubauen, der sich speziell mit der Frage von Kriegsdienstverweigerung und Asyl befasst. Dass der Kreis der Nut-ze-r*in-nen in den ersten Tagen überschaubar blieb, sieht Friedrich gelassen. Wir haben die ersten Posts in den Telegram-Kanal eingestellt und vor wenigen Tagen angefangen, ihn zu bewerben. Nun gehe es zunächst darum, den Kanal bekannt zu machen.

Dass solche Informationen gelesen werden, zeigte sich für Rudi Friedrich im letzten Jahr. Insbesondere in den ersten Wochen nach der Erklärung der Teilmobilmachung in Russland im September 2022 haben wir viele Anfragen erhalten. Damals meldeten sich bei uns und bei der Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl, mit der wir eng zusammenarbeiten, mehr als 1.000 Personen, sagt er.

Zerbrochene Gewehre Kriegsdienstverweigerer werden in Russland zu ausländischen Agenten erklärt. Der deutsche Connection e. V. will sie nun über Telegram unters....

Dabei habe man auch die internationalen Kontakte nutzen können. Die Menschen hatten die unterschiedlichsten Fragen, Wir haben unser europaweites Netzwerk nutzen können, um Betroffene an andere kompetente Gruppen und Organisationen zu vermitteln. Mit dem russischsprachigen Telegram-Kanal erhofft er sich eine größere Reichweite. Damit könnten vielleicht auch Menschen erreicht werden, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht von selbst an pazifistische Organisationen wenden, aber den Krieg ablehnen und sich nicht daran beteiligen wollen. Dass ihre Zahl in Russland nicht gering ist, zeigte sich schon nach dem russische Einmarsch in der Ukraine. Damals hatten sich viele Männer einer möglichen Einberufung durch eine Ausreise in verschiedene Nachbarländer entzogen. Nach der russischen Teilmobilmachung war dann die Zahl der Menschen gewachsen, die sich nach Möglichkeiten erkundigt haben, Asyl in Deutschland zu bekommen.

Auf dem Telegram-Kanal soll dann auch über die Feinheiten des deutschen Asylrechts informiert werden. Während Personen, die aus einem schon angetretenen Militärdienst desertieren, mit einer Anerkennung als politischer Flüchtling rechnen können, gibt es diese Sicherheit für Kriegs-geg-ne-r*in-nen nicht, die bereits vor einer Einberufung das Land verlassen.

Friedrich betont, dass sich Connection e V. für die Rechte von Kriegs- und Militär ver-wei-ge-r*in-nen in aller Welt einsetzt. Deshalb sollen auch Informationen für Menschen aus Belarus und der Ukraine in den Telegram-Kanal eingestellt werden. Doch der Schwerpunkt wird eindeutig bei den russischen Militärverweigerern liegen. Wir haben bislang keine Kapazitäten, einen solchen Kanal in einer anderen Sprache zu betreiben, sagt Friedrich. Reaktionen der russischen Behörden habe es bisher nicht gegeben. Während sie Facebook und Twitter blockieren, ist es ihnen technisch nicht gelungen, auch Telegram einzuschränken.

Die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer Russlands wurde am 23. Juni 2023 vom russischen Justizministerium offiziell zum ausländischen Agenten erklärt. Eine der Begründungen lautete, die Kriegsdienstverweigerer hätten sich gegen die militärischen Aktionen Russlands in der Ukraine gestellt. Der Telegram-Kanal ist somit auch ein Zeichen der Solidarität mit den Verfolgten Kriegs-geg-ner*innen.

Load-Date: July 16, 2023

Fast jeden zweiten Tag; Die Zahl der Übergriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten nimmt zu: Seit Jahresbeginn registrierten die Behörden 80 Taten. Fast alle haben einen rechtsextremen Hintergrund

taz, die tageszeitung

Donnerstag 03. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 608 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Die Zahl der Übergriffe auf Unterkünfte von **Geflüchteten** nimmt zu: Seit Jahresbeginn registrierten die Behörden 80 Taten. Fast alle haben einen rechtsextremen Hintergrund

Body

Von Dinah Riese

Anfang Januar: Gerade erst sind **Geflüchtete** in einer alten Grundschule im mecklenburg-vorpommerschen Loitz untergebracht worden. Schon in der ersten Nacht schmeißt jemand die Scheiben des Gebäudes ein. Anfang Juli: Unbekannte schmieren im hessischen Zotzenbach rassistische Parolen auf Container, in denen **Geflüchtete** untergebracht werden sollen. Ende Juli: Vermummte Männer dringen in ein von **Geflüchteten** bewohntes Haus in der sächsischen Kleinstadt Sebnitz ein, attackieren und beschimpfen die Bewohner.

Diese Übergriffe sind nur drei von vielen: Die Zahl der gegen Geflüchtetenunterkünfte gerichteten politisch motivierten Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffe hat seit Anfang vergangenen Jahres kontinuierlich zugenommen.

Wie die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion mitteilte, lagen bis Mitte Juli für die erste Hälfte dieses Jahres Erkenntnisse zu insgesamt 80 politisch motivierten Straftaten vor, bei denen die Unterkunft Tatort oder direktes Angriffsziel war. Davon waren 74 Straftaten mutmaßlich rechten Tatverdächtigen zuzuordnen, zwei Delikte entfielen auf den Phänomenbereich ausländische Ideologie. In einem Fall ordnete die Polizei die Straftat dem Bereich religiöse Ideologie zu.

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ausführt, wurden bei den im zweiten Quartal 2023 verübten Straftaten gegen Asylbewerber, Geflüchtete und Unterkünfte insgesamt 39 Personen verletzt, darunter vier Kinder.

Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres hatte die Polizei 52 politisch motivierte Straftaten gezählt, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte richteten. Im zweiten Halbjahr 2022 waren es 71 Straftaten. Es ist das dritte Halbjahr in Folge, dass die Zahl der Übergriffe wieder steigt. Sie liegt dennoch weit unter den Zahlen von 2015. Damals gab

Fast jeden zweiten Tag Die Zahl der Übergriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten nimmt zu: Seit Jahresbeginn registrierten die Behörden 80 Taten. Fast alle haben....

es allein 122 Brandanschläge auf Unterkünfte im Schnitt jeden dritten Tag einen. Wie schon 2015 fällt der Anstieg der Gewalt zusammen mit steigenden Zahlen Geflüchteter, die in Europa und Deutschland Schutz suchen und mit einem sich verschärfenden Diskurs über Asylpolitik. Vor wenigen Wochen erst hat die Bundesregierung weitreichenden Asylrechtsverschärfungen auf EU-Ebene zugestimmt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, forderte mit Blick auf das Umfragehoch der AfD jüngst, das Individualrecht auf Asyl abzuschaffen und der ehemalige Bundesminister Peter Ramsauer (CSU) verglich Geflüchtete gar mit Ungeziefer.

Es ist alarmierend, dass Menschen, die hier Schutz suchen, so häufig Gewalt, Anfeindungen und Ausgrenzung erfahren, sagte die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Clara Büniger. Sie warf AfD, CDU und CSU vor, mit verbalen Angriffen auf das Recht auf Asyl den Boden für rassistische Mobilisierungen gegen Geflüchtete zu bereiten. Auch dürfe man nicht vergessen, dass SPD und Grüne mit ihrer Zustimmung zur Reform des Europäischen Asylsystems selbst für die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl in der EU gestimmt haben.

Wir haben längst wieder einen bundesweiten Flächenbrand mit Hass und Hetze gegen Geflüchtete, schrieb die Amadeu Antonio Stiftung auf dem Kurznachrichtendienst X. Medial fände der Großteil der Übergriffe aber inzwischen kaum noch Beachtung. Vielerorts stimmen kommunale Amts-trä-ge-r*in-nen in den rassistischen Sound ein, statt klare Kante gegen Hass und für Menschlichkeit zu zeigen, kritisierte die Stiftung. So seien etwa in Mecklenburg-Vorpommern schon mehrere Projekte zur Unterbringung Geflüchteter nach Protesten gestoppt worden. (mit dpa)

meinung + diskussion

Ein Flächenbrand mit Hass und Hetze gegen Geflüchtete

Load-Date: August 2, 2023

Die Migration der Form; kunstraum

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: TAZ-PLAN; S. 24

Length: 374 words

Byline: Brigitte Werneburg

Body

kunstraum

Im imposanten Eckraum der Galerie Thomas Schulte, mit seinen riesigen Fensterflächen und seiner enormen Höhe, in dem sonst eine Bildhauerin wie Franka Hörnschemeyer schwere Stahlgitter hochtürmt, erfreut jetzt ein kleines Blumenrondell den Blick. Obwohl recht zierlich, beherrscht es fraglos den Raum. Die Pflanzen in ihren Töpfen sind zwar in Erde gepflanzt, selbst aber aus Kupfer. Auf dem weiß gekachelten Fußboden sieht man Fußspuren. Dadurch ermuntert, traut man sich in den Raum. Aber der Weg zur großen Wandarbeit mit ihrem blau-schwarzen Rastermuster aus Plexiglas ist eine wackelige Angelegenheit. Die Kacheln sind nur lose auf den Boden gelegt, also bewegen sie sich, klackern leise und rutschen weg. Ja, die Installation des Künstlers José Montealegre (geboren 1992 in Tegucigalpa, Honduras) ist bezaubernd und von überraschender Lebendigkeit.

Worum geht es bei dem Pflanzenarrangement, das im Nebenraum in einer Art Gewächshaus steckt? Und den metallenen Notizbüchern, die in beiden Räumen auf verschiedenartig gemusterten Kachelwänden aufgebracht sind und deren aufgeschlagene Seiten analog zu gepressten Blumen Schnitte von älteren, vom Künstler gefertigte Pflanzen zeigen? Der Text zur Ausstellung sagt, die Pflanzenskulpturen sind auf Illustrationen im Buch *Nova Plantarum Animalium et Mineralium Mexicanorum historiae* des spanischen Naturforschers Francisco Hernández zurückzuführen. Die Spanier haben auch die Muster der Kacheln nach Südamerika importiert, die Montealegre in seinen Wandarbeiten zeigt.

Die Installation ist als postkoloniale Erzählung zu verstehen, die Ausbeutung nicht verschweigt – die Pflanzen des *Nova Plantarum* mussten Einheimische zeichnen –, ihren Fokus aber anders legt. Nämlich auf jenem Prozess, den die documenta 12 als Migration der Form zu ihrem Motto machte und den José Montealegre *Narrativas Circulares* nennt. Sammeln, dokumentieren, überschreiben, verwerfen, rekonstruieren, recherchieren, wieder hervorholen, recyceln: mit dieser Kreislaufwirtschaft der Kunst setzt er sich in seiner ersten Galerieausstellung auseinander.

Brigitte Werneburg

Galerie Thomas Schulte, José Montealegre: *Narrativas Circulares*, Di. Sa. 12 18 Uhr, bis 11. März, Charlottenstr. 24 Die Kolumne: taz.de/tazplan

Load-Date: February 28, 2023

End of Document

Mikrogeschichte geborgen; Die Ausstellung Überlebenswege im August Bebel Institut zeigt nicht nur Zeugnisse über den Völkermord an den Armenier*innen, sondern erinnert auch an den Anteil der nach Griechenland geflohenen Armenier*innen am antifaschistischen Widerstand in Athen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 24

Length: 784 words

Byline: Ingo Arend

Highlight: Die Ausstellung Überlebenswege im August Bebel Institut zeigt nicht nur Zeugnisse über den Völkermord an den Armenier*innen, sondern erinnert auch an den Anteil der nach Griechenland geflohenen Armenier*innen am antifaschistischen Widerstand in Athen

Body

Von Ingo Arend

Ein verbeulter Löffel, an der Spitze etwas abgekaut, am Stiel-ende trägt er die Prägung des deutschen Reichsadlers, der in seinen Fängen ein Hakenkreuz hält. Viel mehr erinnert nicht an Krikor Tschilingirian. Der 1897 in Cerrah in der Region Bursa geborene Mann gehörte zu den vielen Flüchtlingen, die 1922 ihre Heimat in Richtung Griechenland verließen. Nach dem Sieg Atatürks im Türkisch-Griechischen Krieg flohen nicht nur türkische Griechen, sondern auch die letzten Armenier:innen, die den Völkermord im Osmanischen Reich überlebt hatten, nach Westen.

Tschilingirian ließ sich im Athener Stadtviertel Dourgouti nieder, heiratete, gründete eine Familie. Im Februar 1944 umstellten die Nazis und griechische Milizen das Viertel im Zuge einer Blocco genannten Strafmaßnahme. Über den Umweg des KZ Chaidari in Griechenland landete der Migrant als Zwangsarbeiter in einem unbekannten Ort in Deutschland. Den Löffel, den er während seiner Gefangenschaft täglich benutzte, brachte er bei seiner Rückkehr nach Athen mit.

Ein Hochzeitsfoto aus dem Jahr 1936 zeigt Krikor Tschilingirian mit seiner zweiten Frau Yeghisapet in Athen. Beide starben 1979 in der griechischen Hauptstadt. Zwei Söhne hatten sich dem Widerstand gegen die Nazis in Griechenland angeschlossen. Krikors Enkel Mike fungiert heute als Herausgeber der Athener Zeitschrift Armenika und ist Mitinitiator der jüngsten Ausstellung des SPD-nahen August Bebel Instituts, in dessen Galerie die Zeugnisse der Existenz von Mikes Großvater derzeit zu sehen sind.

Mikrogeschichte geborgen Die Ausstellung *Überlebenswege* im August Bebel Institut zeigt nicht nur Zeugnisse über den Völkermord an den Armenier*innen, sondern....

Der 24. April, der Tag der Razzien gegen armenische Intellektuelle im damaligen Konstantinopel und ihre Deportation in Lager in Ankara, markiert den Beginn des Genozids. Am Vorabend der 108. Wiederkehr dieses Datums will die Ausstellung *Überlebenswege* mit exemplarischen Einzelschicksalen an ein wenig beachtetes Kapitel dieses dunklen Teils der türkischen Geschichte erinnern: an die armenischen Flüchtlinge, die nach Griechenland gingen.

In knapp zehn Kapiteln beleuchtet Kurator Vahé Tachjian solche Schicksale. Eine karierte braune Decke erinnert beispielsweise an Misak Misakians Deportation in das KZ Geislingen. Eine alte, schwarz-weiße Stadtansicht zeigt das Häusergewirr des Athener Viertels Dourgouti wiederholt Schauplatz drakonischer Strafaktionen der Nazis.

Weithin unbekannt ist der Beitrag der nach Griechenland geflüchteten Armenier zum antifaschistischen Widerstand im Land. Das zeigt das Faksimile der Tageszeitung *Nor Gynak* (Neues Leben). Das Blatt der armenischen Kommunisten listete die Namen der armenischen Kämpfer auf, die sich der Nationalen Befreiungsfront (EAM) angeschlossen hatten und oft in Konzentrationslagern umkamen.

Schöpfen für die Schau kann der aus dem Libanon stammende Geschichtswissenschaftler Tachjian aus den Archiven des Erinnerungsprojekts *Houshamadyan*. Der 2010 gegründete Verein rekonstruiert die Erinnerung an das armenische Leben im Osmanischen Reich. Die Stiftung *Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* (EVZ) förderte sein Ausstellungsprojekt.

Für die Rituale des bevorstehenden Erinnerungstages sind symbolische Gedenkstätten wichtig. Die drei Altäre der Erinnerung, die Teil einer 2015 auf dem Charlottenburger Luisenfriedhof eröffneten Gedenkstätte für die Genozid-Opfer im Osmanischen Reich sind, sind der Erinnerung an das Schicksal der Armenier-, Griech- und Ara-mäe-r:in-nen gewidmet.

Die gut recherchierte Ausstellung im ABI nun ist ein eindrucksvoller Beleg für die Bedeutung der Mikrogeschichte bei der Aufarbeitung der historischen Großthemen Faschismus und Widerstand, Flucht und Vertreibung. Sie fügt der Reparationendebatte zwischen Griechenland und Deutschland zudem einen neuen Aspekt hinzu.

Dass diese Archivschau nicht verstaubt daherkommt, ist der Künstlerin Silvina Der-Meguerditchian zu verdanken, selbst Enkelin armenischer Flüchtlinge aus der Türkei. Sie hat das Material so inszeniert, dass die einzelnen Schicksale greifbar werden. Wer in einen der aufgefächerten Archivordner greift, zieht etwa ein Gruppenfoto heraus, das Manuel Savulian im Kreis der Armenischen Revolutionären Föderation von Athen zeigt.

Von Der-Meguerditchian stammt auch das einzige Kunstwerk der Ausstellung. Auf einem überlangen weißen Hemd hat sie an die Stellen, an der sich Staatsmänner gern blitzende Medaillen heften, leere weiße Gipsfünfcke aufgebracht Embleme der Leiden und Leistungen der Helden des historischen Alltags.

Überlebenswege. Griechisch-armenische Zeugnisse über den Völkermord an den Armenier*innen, die Gräueltaten der Nazis und das Überleben. ABI August Bebel Institut. Berlin-Wedding, www.houshamadyan.org

In knapp zehn Kapiteln beleuchtet Kurator Vahé Tachjian Schicksale zweifacher Vertreibung

Load-Date: April 12, 2023

Hamburg lässt Kriegs-ge-flüch-te-te im Stich; Studierende aus der Ukraine ohne ukrainische Staatsbürgerschaft müssen in Hamburg um ihren Aufenthalt bangen, weil ihre vorübergehenden Aufenthaltsgenehmigungen auslaufen. Linke und Geflüchtetenorganisationen fordern vom Senat eine Verlängerung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 850 words

Byline: Emma Philipp

Highlight: Studierende aus der Ukraine ohne ukrainische Staatsbürgerschaft müssen in Hamburg um ihren Aufenthalt bangen, weil ihre vorübergehenden Aufenthaltsgenehmigungen auslaufen. Linke und Geflüchtetenorganisationen fordern vom Senat eine Verlängerung

Body

Von Emma Philipp

Noch immer ist Krieg. Noch immer müssen die einen mehr um ihr Bleiberecht in Hamburg kämpfen als die anderen. Es ist bald ein Jahr her, seit Russland die Ukraine angegriffen hat. Seitdem sind Tausende Geflüchtete nach Hamburg gekommen. Darunter auch Menschen, die keine ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen, aber in der Ukraine gelebt, studiert oder gearbeitet haben. Sie müssen nun um ihren Aufenthalt bangen. Denn ihre vorübergehenden Aufenthaltsgenehmigungen, sogenannte Fiktionsbescheinigungen, laufen aus.

Die Situation ist deprimierend und frustrierend, findet Carola Ensslen, Fachsprecherin für Flucht und Migration der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Aktuell gebe es für Personen aus Drittstaaten keine Möglichkeit, ihre Fiktionsbescheinigungen zu verlängern.

Wie das Amt für Migration auf taz- Nachfrage mitteilt, wird es dafür auch keine neuen Regelungen geben. Studierende aus Drittstaaten würden nun eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erhalten, sofern alle Erteilungsvoraussetzungen vorliegen. Anforderungen für eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung sind in erster Linie: Sprachkurse und Geld.

Laut Ensslen sei es kaum möglich, diese Voraussetzungen zu erfüllen. Das liege vor allem daran, dass die Fiktionsbescheinigungen nur für sechs Monate ausgestellt wurden. Dadurch bliebe nur begrenzt Zeit, um die Anforderungen für einen Aufenthaltstitel zu erfüllen. Ensslen findet das unverständlich, Niedersachsen habe Fiktionsbescheinigungen für zwölf Monate ausgestellt.

Hamburg lässt Kriegs-ge-flüch-te-te im Stich Studierende aus der Ukraine ohne ukrainische Staatsbürgerschaft müssen in Hamburg um ihren Aufenthalt bangen, weil

Neben der begrenzten Zeit seien die Anforderungen selbst die Tücke, sagt Asmara Habtezion, Gründerin der Hamburger Geflüchteten-Hilfsorganisation Asmaras World: Die erwarten Sachen, die kann niemand erreichen , sagt sie. Seit Anfang des Jahres hätten bereits über 200 geflüchtete Drittstaatler*in-nen ihre Organisation um Hilfe gebeten. Alle hätten eine Anordnung erhalten, Deutschland zu verlassen, da sie die Anforderungen für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis nicht erfüllen. Die Betroffenen stammen ursprünglich aus Ländern wie dem Jemen, Marokko, Iran oder Irak. Sie hielten sich bis zum Kriegsbeginn legal in der Ukraine auf.

Insgesamt, hätten bis zum 23. Januar dieses Jahres in Hamburg bereits 624 Dritt-staat-le-r*in-nen eine solche Ausreisean-ordnung erhalten, so das Amt für Migration. Eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis würde all denjenigen zustehen, die studien-vorbereitende Maßnahmen und eine Lebensunterhaltssicherung nachweisen können.

Habtezion lobt zwar, dass der Hamburger Senat als erstes Bundesland die Fiktionsbescheinigungen eingeführt hat. Doch was nützen ein paar Monate, wenn die Anforderungen nicht erfüllt werden können , bemängelt sie. Die für die Aufenthaltserlaubnis geforderten Sprachkurse würden nicht ausreichend angeboten werden, also könne man sie auch nicht absolvieren.

Das sah auch die Hamburger Wissenschaftsbehörde ein. Sie stellt über 400.000 Euro bereit, um Angebote für Sprachkurse an Hamburger Hochschulen zu unterstützen. Die Förderung wurde im vergangenen Jahr bewilligt. Laut Wissenschaftsbehörde werden die ersten Maßnahmen voraussichtlich in Kürze anlaufen. Die Ablehnungsbescheide lägen jedoch jetzt vor, beklagt Habtezion. Deshalb müssten Organisationen wie Asmaras World nun die Aufgaben der Behörde übernehmen. Jeden Tag sei sie damit beschäftigt, Widersprüche gegen Ausreiseverfügungen einzulegen.

Neben den fehlenden Integrations- und Sprachkursen stehen Geflüchtete aus Drittstaaten vor einem weiteren Problem: Lebensunterhaltssicherung. Und das Problem ist ziemlich teuer, 11.208 Euro müssen für eine Aufenthaltserlaubnis nachgewiesen werden. Wer es sich leisten kann, kann hierbleiben , beklagt die Linken-Politikerin Ensslen. Für jene, die es sich nicht leisten können, habe es bislang die Möglichkeit gegeben, einen freiwilligen Dienst zu absolvieren. Doch auch das reiche nicht aus, um die Lebensunterhaltssicherung gewähren zu können. Auch Sprachkurse könnten neben der Arbeit nicht belegt werden. Diese seien wiederum für eine Aufenthaltsgenehmigung nach dem freiwilligen Dienst gefordert.

Eigentlich kann man das alles nur als kompletten Irrsinn bezeichnen , sagt Ensslen. Abgesehen davon sehe sie die Behörden auf weitere Probleme zu steuern. Es sei davon auszugehen, dass die meisten der Betroffenen einen Widerspruch einlegen werden. Wenn der Widerspruch von dem Amt für Migration abgelehnt wird, dann kann in einem letzten Schritt eine Eingabe gemacht werden. Damit würde der Fall noch ein letztes Mal von der Hamburger Bürgerschaft geprüft werden. Meistens seien diese Verfahren hoffnungslos, so Ensslen. Doch sie verschaffen den Geflüchteten mehr Zeit. Die Konsequenz sei jedoch: totale Überforderung aller Betroffenen.

In 320 Fällen sei bereits Widerspruch eingelegt worden, das geht aus einer Kleinen Anfrage Ensslens an den Hamburger Senat hervor. Mit einer Verlängerung der Fiktionsbescheinigung könne man allen Beteiligten eine Menge Arbeit abnehmen. Die Fachsprecherin der Linken findet: Der Innensenator sollte diesen ganzen Wahnsinn stoppen.

Der Innensenator sollte diesen ganzen Wahnsinn stoppen

Load-Date: February 1, 2023

Teil des deutschen Antisemitismus ; Hass auf Jüdinnen und Juden unter Migrant*innen müsse man klar benennen, sagt Ethnologin Sina Arnold. Man dürfe aber nicht in Rassismus abrutschen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 750 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Hass auf Jü-din-nen und Ju-den unter Mi-gran-t*in-nen müsse man klar benennen, sagt Ethnologin Sina Arnold. Man dürfe aber nicht in Rassismus abrutschen

Body

Interview Dinah Riese

taz: Frau Arnold, gerade erst wurden in Berlin . Gibt es so etwas wie importierten Antisemitismus ? auf einer propalästinentischen Demonstration antisemitische Parolen gerufen

Sina Arnold: Wir erleben in der Tat schon seit Anfang des Jahrtausends eine stetige Wiederholung der Debatten. Die Fluchtmigration der Jahre 2015/16 hat das noch verstärkt. Das ist gefährlich, weil dabei auch immer mitschwingt: Hätten wir keine Mi-gran-t*in-nen oder Mus-li-m*in-nen in Deutschland, hätten wir auch kein Problem mit Antisemitismus. Das ist aber falsch. Antisemitismus hat auch nach 1945 eine Kontinuität in Deutschland. Wie mörderisch die sein kann, hat etwa der rechtsextreme Anschlag in Halle deutlich vor Augen geführt.

Sie haben gerade für den Mediendienst Integration eine verfasst. Darin unterscheiden Sie zwischen klassischem , sekundärem und israelbezogenem Antisemitismus. Können Sie das kurz erläutern? Expertise zum Thema Antisemitismus unter Menschen mit **Migrationshintergrund** und unter Mus-li-m*in-nen

Beim klassischen Antisemitismus werden Jü-din-nen*-Ju-den ganz bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, etwa Geiz, Gier oder Übermacht. Das geht teils mit Verschwörungsideologien einher. Der sekundäre Antisemitismus besteht aus einer Form von Schuldabwehr in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Er zeigt sich etwa als Relativierung oder gar Leugnung des Holocaust und dem Wunsch nach einem Schlussstrich . Dann gibt es noch den Fall, dass antisemitische Stereotype auf den Staat Israel übertragen werden. Das kann sich in einer Gleichsetzung der Politik Israels mit dem NS zeigen, oder darin, dass Jü-din-nen*-Ju-den auf der ganzen Welt für Israels Politik verantwortlich gemacht werden.

Was kam heraus?

Teil des deutschen Antisemitismus Hass auf Jüdinnen und Juden unter Migrant*innen müsse man klar benennen, sagt Ethnologin Sina Arnold. Man dürfe aber nicht in

Beim sekundären Antisemitismus zeigen die meisten Studien, dass es sowohl unter Menschen mit Migrationsgeschichte als auch unter Mus-li-m*in-nen niedrigere oder vergleichbare Zustimmungswerte zu Antisemitismus gibt wie in der Durchschnittsgesellschaft. Das überrascht nicht, wenn man bedenkt, dass es dabei um eine Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte und auch mit deutschen Familienbiografien geht. Beim israelbezogenen Antisemitismus sind die Zustimmungswerte in beiden Gruppen höher. Trotzdem ist es wichtig, sich die Daten genau anzuschauen.

Was sieht man dann?

Ob jemand Mi-gran-t*in oder Mus-li-m*in ist oder nicht, ist nicht pauschal aussagekräftig. Relevanter ist zum Beispiel, wie lange eine Person schon in Deutschland lebt. Mi-gran-t*in-nen aus der EU haben niedrigere Zustimmungswerte als etwa aus der Türkei. Aber auch mehrheitlich muslimische Länder lassen sich nicht verallgemeinern: In Nigeria etwa liegen die Werte deutlich unter dem globalen Vergleich, und in Ländern des Nahen Ostens, wo es einen starken staatlichen Antizionismus gibt, sind die Werte nicht nur unter Muslim*innen, sondern auch unter Chris-t*in-nen deutlich erhöht. Sun-nit*in-nen in Deutschland stimmen antisemitischen Aussagen häufiger zu als Alevit*innen. Das Gleiche gilt für Menschen mit einem konservativen und autoritären Wertekanon egal ob sie Mus-li-m*in-nen oder AfD-Wähler*innen sind.

Sind Begriffe wie muslimischer oder migrantischer Antisemitismus in der Debatte angebracht?

Ja. Wenn jemand seinen Antisemitismus zum Beispiel mit dem Koran begründet, ist es wichtig, das klar zu benennen damit man entsprechend angemessene Maßnahmen ergreifen kann. Genauso sollte man von arabischem Antisemitismus sprechen, wenn das Feindbild Jude auf einer arabisch-nationalistischen Argumentation aufbaut. Mein Eindruck ist aber, dass diese Begriffe in der gesellschaftlichen und medialen Debatte vorschnell verwendet werden.

Wie meinen Sie das?

Nicht jeder Antisemitismus einer muslimischen Person ist auch muslimischer Antisemitismus. Das wird aber schnell gefolgert, wenn auf einem Schulhof ein Kind, das in dritter Generation hier lebt, eine antisemitische Aussage macht ohne dass Details bekannt sind. Vor allem aber müssen wir wegkommen von der Vorstellung, Antisemitismus sei ein Problem der anderen. Wer sind denn diese anderen? Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft, alle diese Elemente sind Teil des deutschen Antisemitismus. Die Vorstellung, man könne das Problem einfach abschieben, ist fatal. Man kann Antisemitismus nicht mit Rassismus bekämpfen.

Sina Arnold, 43 Jahre, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt und dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

Load-Date: April 19, 2023

Evakuiert aus Tunis nach Westafrika; Aufgrund der Jagd auf Schwarze in Tunesien fliegen zahlreiche Regierungen ihre Landsleute aus

taz, die tageszeitung

Mittwoch 29. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 530 words

Byline: Dominic Johnson

Highlight: Aufgrund der Jagd auf Schwarze in Tunesien fliegen zahlreiche Regierungen ihre Landsleute aus

Body

Von Dominic Johnson

Ibrahima Barry lebte jahrelang in der Stadt Gabés im Süden Tunesiens. Der 26-Jährige war 2019 als Student aus Guinea gekommen, mit staatlicher Förderung seines Heimatlandes, und schlug sich danach mit Gelegenheitsarbeiten durch. Aber am 21. Februar hielt Tunesiens Präsident Kais Saied eine rassistische Rede, in denen er von Horden illegaler Migranten sprach und den nach amtlichen Angaben 21.000 Zuwanderern aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara Gewalt, Verbrechen und inakzeptable Handlungen vorwarf – also auch Ibrahima Barry.

Ich schlief noch, als ein Freund mich anrief, um mir zu sagen, ich solle das Haus nicht verlassen, erzählte der Guineer nach seiner Evakuierung in sein Heimatland am 3. März. Überall in Tunesien würden Schwarze gejagt, erfuhr er. Am Tag nach der Präsidentenrede brachen die Nachbarn in das Haus ein, wo Barry als Untermieter lebte. Der Vermieter sagte, sie könnten wieder gehen, er selbst werde sich kümmern. Dann setzte er ihn in sein Auto und fuhr ihn 400 Kilometer nach Tunis zum guineesischen Konsulat. Damit rettete er Barrys Leben.

Im meinem Stadtviertel wurden Schwarze gesucht, gejagt, angegriffen und ihre Wohnungen verwüstet, erinnerte er sich, zurück in Guinea. Polizisten hätten mitgemacht. Es genügte, dass sie einen Schwarzen sahen, auch wenn er bloß vor seiner Tür saß, um mit Steinen und Stöcken auf ihn loszugehen.

Guinea war das erste Land, das verfolgte Landsleute aus Tunesien evakuierte. Außenminister Morissanda Kouyaté nahm ein Flugzeug nach Tunis und kam mit 49 Guineern in die guineische Hauptstadt Conakry zurück, wo sie von Militärherrscher Mamady Doumbouya persönlich empfangen wurden. Unter ihnen waren auch kleine Kinder. Wir müssen Leben retten, erklärte Guineas Regierung.

Andere Länder folgten: Burkina Faso, Elfenbeinküste, Mali, Senegal. Insgesamt sind mehrere Tausend Menschen aus Tunesien nach Hause gebracht worden. Allein die Elfenbeinküste hat bislang 1.053 Rückkehrer aufgenommen von rund 7.000 Ivorern in Tunesien insgesamt. Der bislang letzte Flug landete am vergangenen Donnerstag.

Evakuiert aus Tunis nach Westafrika Aufgrund der Jagd auf Schwarze in Tunesien fliegen zahlreiche
Regierungen ihre Landsleute aus

Sie alle werden bei der Ankunft überprüft, polizeilich befragt und medizinisch untersucht, bevor sie in ein Transitzentrum kommen, jeweils umgerechnet 244 Euro bekommen und dann sehen müssen, wo sie bleiben. Viele haben alles verloren und nicht nur in der Elfenbeinküste scheuen sich Rückkehrer oft davor, zu ihren Familien zurückzugehen, wenn sie mit leeren Händen kommen.

Tunesiens Präsident hat mittlerweile behauptet, er habe sich nicht rassistisch geäußert, sondern bloß gemahnt, dass die Gesetze zu respektieren seien. Wer seine Worte anders verstehe, agiere böswillig, um Tunesien zu schaden, sagte er. Das war nicht wirklich hilfreich. Man nennt Menschen nicht Horden, empörte sich Louise Mushikiwabo, ehemalige Außenministerin Ruandas und Generalsekretärin der Internationalen Organisation der Frankophonie. Sie sei schockiert und empört. Auch die Afrikanische Union (AU) äußerte sich kritisch. Es ist nun klar: Kein Land in Nordafrika heißt schwarze Migranten willkommen.

Es genügte, dass sie einen Schwarzen sahen, um auf ihn mit Steinen loszugehen

migration in afrika

Load-Date: March 28, 2023

End of Document

Braune Fäulnis auf der Grünen Insel; In der Republik Irland bekommen Nazi-Gruppen Zulauf. Sie profitieren von der horrenden Wohnungsnot in Zeiten des zunehmenden Zuzugs von Flüchtlingen

taz, die tageszeitung

Dienstag 04. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 711 words

Byline: Ralf Sotscheck

Highlight: In der Republik Irland bekommen Nazi-Gruppen Zulauf. Sie profitieren von der horrenden Wohnungsnot in Zeiten des zunehmenden Zuzugs von **Flüchtlingen**

Body

Aus Dublin Ralf Sotscheck

Céad Míle Fáilte steht in großen Lettern am Dubliner Flughafen. Hunderttausend Willkommen gilt aber nur für Touristen und irische Emigranten auf Heimaturlaub. **Flüchtlinge** und **Asylbewerber** haben es zunehmend schwer auf der Grünen Insel.

Das liegt vor allem an den exorbitanten Mieten. Wer in Dublin eine Wohnung mit 50 Quadratmetern für 2.000 Euro im Monat ergattert, hat ein Schnäppchen gemacht. Mieterschutz gibt es nicht. Am 1. April wurde das Verbot der Zwangsräumungen, das im Zuge der Pandemie verhängt worden war, aufgehoben. Mieter können nun auf die Straße gesetzt werden, auch wenn sie ihre Miete pünktlich bezahlt und auch sonst keinen Kündigungsgrund geliefert haben. Viele Vermieter machten gleich am ersten Tag Gebrauch davon, warfen ihre Mieter hinaus und annoncierten die Wohnungen auf Airbnb. Die Aufhebung des Räumungsverbots ist im Interesse zahlreicher Politiker: Fast ein Drittel aller Abgeordneter besitzt Immobilien.

Rechtsextremisten versuchen, das auszunutzen. Ihre früheren Eckpfeiler, der militante Katholizismus und die Kam-pagne für einen Irexit analog zum Brexit, sind weggebröckelt. So muss nun die Wohnungsnot erhalten, an der angeblich die **Flüchtlinge** schuld sind.

Voriges Jahr kamen in die Republik Irland mit ihren fünf Millionen Einwohnern 13.300 Flüchtende, dazu mehr als 70.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Laut einer Umfrage von Ireland Thinks findet mehr als die Hälfte der Befragten, dass Irland zu viele Menschen aufnehme. Viele verstehen nicht, dass rund ein Drittel der Asylbewerber aus Georgien und Albanien stammt, obwohl das ja sichere Länder seien.

Braune Fäulnis auf der Grünen Insel In der Republik Irland bekommen Nazi-Gruppen Zulauf. Sie profitieren von der horrenden Wohnungsnot in Zeiten des zunehmenden....

Rechtsextreme Organisationen und Parteien, die lange Zeit vor sich hindümpelten, tauschen sich jetzt regelmäßig mit ausländischen Gleichgesinnten aus. Auf Veranstaltungen der Irish Freedom Party sprach zum Beispiel Birgit Malsack-Winkemann, die ehemalige AfD-Abgeordnete, die inzwischen wegen mutmaßlicher Beteiligung an einem Umsturzversuch der Reichsbürgerszene in Untersuchungshaft sitzt. Die Partei hat auch Kontakte zur Nazi-Szene in England und in den USA.

Die neuesten Mitglieder im rechtsextremen Reigen sind Ireland First, die vor Kurzem die notwendigen 300 Unterschriften für die Registrierung als Partei zusammenbekam, sowie Síol na hÉireann, der Stamm von Irland. Deren Chef Niall McConnel zeigt sich häufig mit den britischen Nazis Jim Dowson and Nick Griffin, die bei der British National Party und ähnlichen Organisationen mitmischen. Auch Justin Barrett, Chef der Irish National Party, tritt mit Nazis auf dem europäischen Festland auf und zitiert auf Telegram gerne Adolf Hitler.

Die Organisationen tauschen Informationen aus und lernen voneinander, wie man Angst und Wut schürt, sagt das Hope and Courage Collective, das die Aktivitäten solcher Gruppen seit 2019 verfolgt. Koordinatorin Niamh McDonald sagt, das Muster sei stets dasselbe: Es sind immer Leute von außerhalb der Gemeinden, die sehr schnell über die sozialen Medien mobilisieren können.

Das funktioniert offenbar. So zogen neulich junge Iren mit Hunden und Baseballschlägern zum Tolka-Fluss in Dublin und griffen acht Männer an, die dort in Zelten wohnten. Das waren keineswegs Flüchtlinge, schon gar nicht illegale Zuwanderer, sondern Männer aus den EU-Ländern Polen, Ungarn, Portugal, Kroatien, die sich die Mieten in der irischen Hauptstadt nicht mehr leisten konnten.

Ein paar Tage später ging eine ehemalige Schule in Dublin in Flammen auf, weil sie fälschlicherweise als Flüchtlingsunterkunft in den sozialen Medien identifiziert worden war. Auch auf dem Land wurden Asylbewerberunterkünfte und das Auto eines Politikers abgefackelt.

Die Reden auf den rechten Demos werden radikaler. Im Nord-Dubliner Stadtteil Finglas sagte ein Redner unter dem Jubel der Menge: Es gibt nur eine Möglichkeit, um mit diesen verdammten Fotzen umzugehen: Brennt ihre Unterkünfte nieder und vertreibt sie.

Es formiert sich auch Widerstand. Immer wieder demonstrieren Tausende gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sowie gegen die Untätigkeit der Regierung, die viel zu wenig gegen die sozialen Probleme unternimmt.

Die Lage wird nicht einfacher, denn nach wie vor kommen täglich fast 200 Menschen aus der Ukraine, die irgendwo untergebracht werden müssen.

Load-Date: July 3, 2023

Regieren lohnt sich ; Mit pragmatischer Politik will Tarek Al-Wazir neuer Ministerpräsident in Hessen werden. Vom Zirkus der Berliner Ampelkoalition grenzt sich der Grüne ebenso ab wie von den Aktionen der Letzten Generation. In Sachen Migration spricht er von einer schwierigen Situation

taz, die tageszeitung

Montag 25. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1537 words

Byline: Sabine am Orde, Christoph Schmidt-Lunau

Highlight: Mit pragmatischer Politik will Tarek Al-Wazir neuer Ministerpräsident in Hessen werden. Vom Zirkus der Berliner Ampelkoalition grenzt sich der Grüne ebenso ab wie von den Aktionen der Letzten Generation. In Sachen **Migration** spricht er von einer schwierigen Situation

Body

Interview Sabine am Orde und Christoph Schmidt-Lunau

taz: Herr Al-Wazir, die AfD liegt in Umfragen auf Rekordhöhe, die CDU macht ausgerechnet in Thüringen gemeinsame Sache mit ihr, eine Studie verzeichnet einen deutlichen Anstieg rechtsextremer Einstellungen. Wie gefährdet ist die Demokratie in Deutschland?

Tarek Al-Wazir: Unsere Demokratie ist im Kern stabil. Aber sie wird angegriffen. Die Warnsignale werden immer lauter. Wenn Sprüche wie Wir werden von Idioten regiert bei immer größeren Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fallen, dann dürfen wir das nicht achselzuckend zur Kenntnis nehmen. Wir als Bürgerinnen und Bürger müssen alle wieder lernen, dem zu widersprechen. Es geht um viel.

Welchen Anteil haben die Grünen an dieser Entwicklung? Etwa durch das Heizungsgesetz, mit dem Sie viele Bürgerinnen und Bürger zunächst überfordert haben?

Ordentlich regieren heißt für mich, nicht die Meinungsunterschiede wie beim Heizungsgesetz auf offener Bühne zu zelebrieren, sondern Lösungen zu präsentieren. Das hat die Ampel nicht immer gemacht. In Hessen haben Sie einen solchen Zirkus mit mir nie erlebt. Wir diskutieren mit dem Koalitionspartner hinter verschlossenen Türen und gehen dann mit einer gemeinsamen Lösung nach draußen. So möchte ich das auch als Ministerpräsident halten.

Trotzdem: Wenn Sie über die schwierige gesellschaftliche Situation derzeit nachdenken, was könnten Sie, was könnte Ihre Partei ändern?

Regieren lohnt sich Mit pragmatischer Politik will Tarek Al-Wazir neuer Ministerpräsident in Hessen werden.
Vom Zirkus der Berliner Ampelkoalition grenzt sich....

Die Gefahr ist immer, zu viel in der eigenen Blase unterwegs zu sein. Und der geht es nie schnell genug. Wir als Grüne sind dafür da, die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende voranzutreiben. Wir sind die Partei, die für eine offene und tolerante Gesellschaft steht. Aber wir müssen dabei Schritt für Schritt vorgehen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Wenn wir auf dem Weg dahin die Menschen verlieren, haben wir in der Sache nichts gewonnen.

Die gesellschaftliche Stimmung ist aufgeheizt, CDU-Chef Friedrich Merz hat die Grünen zum Hauptgegner erklärt, gerade hat jemand versucht, die grünen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Bayern mit einem Stein zu bewerfen. Merken Sie diese Anfeindungen auch?

Wahlkampf polarisiert, das war schon immer so. Aber das darf nie ein Grund sein, mit Steinen zu werfen. Wir hatten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland immer wieder rechtsextreme Parteien, die stark waren. Die NPD war in den 60er Jahren nicht nur im hessischen Landtag vertreten. Als ich 1993 ins Offenbacher Stadtparlament gewählt worden bin, da saßen neben mir 11 Republikaner mit 15 Prozent. Die haben wir beide wieder klargekriegt. Und dasselbe Ziel müssen wir mit der AfD haben. Dafür brauchen wir die Gemeinsamkeit der Demokraten.

Und wie erreichen Sie das? Wenn es für Sie schlecht läuft, landen Sie nicht mehr auf Platz zwei hinter der CDU, sondern auf Platz vier hinter der AfD.

Sachliche Politik machen, gut regieren, erklären, was man tut und tun, was man sagt. Das gelingt uns in Hessen auch ziemlich gut. Wir liegen in den Umfragen an die 20 Prozent, deutlich über dem Bundestrend. Und ich freue ich mich natürlich darüber, dass ich unter allen drei Ministerpräsidentenkandidaten die höchsten Zufriedenheitswerte habe. Dazu zählt dann auch, dass man Probleme, die es gibt, klar benennt.

Was meinen Sie da?

Die Betreuungssituation zum Beispiel. Es kann nicht sein, dass immer noch insbesondere Frauen nach der Geburt zu Hause bleiben müssen, weil sie keinen Kitaplatz finden. Deshalb möchte ich mindestens 20.000 neue Kitaplätze schaffen. Und ich will mit unseren Wohnungsbauprogrammen weitermachen. Hessen ist eines von vier Ländern, das den Negativtrend bei den Sozialwohnungen gedreht hat.

Auf sehr niedrigem Niveau.

Entschuldigung, aber wenn es 25 Jahre lang bundesweit jedes Jahr weniger wurden und dann schafft man es, dass es im vergangenen Jahr 1.600 Sozialwohnungen dazukommen und wir damit mehr Familien eine bezahlbare Wohnung ermöglichen, dann ist das ein Erfolg. Klar, das müssen noch mehr werden. Aber wenn man Erfolge nicht mehr benennen kann, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Leute denken, dass alles den Bach runtergeht.

Ihr Koalitionspartner hätte bei der Frage nach Problemen sicher das Migrationsthema angeführt. Wie wollen Sie verhindern, dass die CDU die Grünen als Bremser von vermeintlich notwendigen Verschärfungen brandmarkt?

Wir sind ohne Frage in einer schwierigen Situation. Viele Kommunen, Schulen und Kitas sind an der Belastungsgrenze und teilweise darüber. Ich finde, wir können als Land stolz darauf sein, dass wir so vielen Menschen, die auf der Flucht vor Krieg oder Verfolgung sind, individuellen Schutz bieten. Daran dürfen wir nicht rütteln. Gleichzeitig gilt: Wer dieses Asylrecht schützen will, muss auch dafür sorgen, dass Menschen, die kein Bleiberecht haben, das Land wieder verlassen. Beides gehört zusammen.

Sie regieren seit zehn Jahren mit der CDU und einiges spricht dafür, dass es nach der Wahl damit weitergeht. Sagen Sie mal drei Gründe, warum sich Schwarz-Grün lohnt.

Das Regieren lohnt sich, das hat erst mal nichts mit Schwarz-Grün zu tun.

Das ist nun mal die Koalition, Ihr Ministerpräsident ist Christdemokrat.

Regieren lohnt sich Mit pragmatischer Politik will Tarek Al-Wazir neuer Ministerpräsident in Hessen werden.
Vom Zirkus der Berliner Ampelkoalition grenzt sich....

Ich sage Ihnen drei Gründe, warum es sich gelohnt hat, dass wir hessischen Grünen in der Regierung sind. Wir haben als erste gezeigt, dass Bus- und Bahnfahrten mit günstigen Flatrate-Tickets möglich ist. Unser Schülerticket, das ich 2017 für einen Euro am Tag eingeführt habe, war die Blaupause für das Deutschlandticket. Und mit dem HessenPass mobil haben wir als einziges Flächenland das Deutschlandticket für Menschen mit geringem Einkommen nochmals vergünstigt. Wir haben die Energiewende vorangebracht. Mehr als die Hälfte der Stromerzeugung in Hessen ist erneuerbar. Auch damit sind wir trotz schwieriger Bedingungen besser als der Bund. Und wir Grüne haben den damaligen Kahlschlag der CDU bei Frauenhäusern und Schuldnerberatungsstellen mehr als rückgängig gemacht. Unser Sozialbudget mit 134 Millionen Euro ist bundesweit einmalig.

Pro Bahn ist nicht so begeistert von Ihrer Politik, der Verband hat Ihnen den Negativpreis Hessischer Hemmschuh verliehen. Und mit 13 neuen Windrädern im vergangenen Jahr wollen Sie sich wirklich schmücken?

Nennen Sie mir mal einen einzigen Verkehrsminister, den Pro Bahn lobt. Das ist auch okay für eine Lobbyorganisation. Mir geht ja auch vieles zu langsam: Aber Projekte, über die jahrzehntelang nur geredet wurde, werden jetzt endlich gebaut. Das dritte und vierte Gleis der S-Bahn von Frankfurt nach Bad Vilbel etwa, die Nordmainische S-Bahn, die Regionaltangente West. Auch bei der Windkraft geht es voran: Wir haben die Genehmigungszeiten gerade halbiert. Und genauso wichtig: Wir sind eines von zwei Ländern, das ausreichend Flächen für Windkraft ausgewiesen hat.

Wie groß ist Ihr Brass auf die Ampel und Vizekanzler Habeck, weil die Ihre Chance auf das Ministerpräsidentenamt zunichte gemacht hat?

Das ist doch Quatsch. Bei der Landtagswahl ist weiter alles drin. Und ich bin auch weiterhin froh, dass Robert Habeck in dieser Krisenzeit unser Wirtschafts- und Energieminister ist. Er hat viel für die Energiewende und Versorgungssicherheit getan.

In der Klimapolitik, das haben wir beim Heizungsgesetz gesehen, steckt ein enormes Verhetzungspotential. Wie kann die sozial-ökologische Wende überhaupt gelingen?

Wir müssen zwei Dinge berücksichtigen: Wenn ein Teil der Menschen das Gefühl bekommt, dass Politik -ihnen einen Lebensstil vorschreiben will, -werden sie grantig. Und: Ein großer Teil der Gesellschaft ist durch all die Krisen veränderungsmüde. Beides kann ich verstehen. Aber die Klimakrise verlangt Veränderung. Nichts zu tun wie es die CDU suggeriert wird die Probleme vergrößern. Deshalb: Wir müssen verändern, damit es bleiben kann, wie es ist. Das werde ich mit -Augenmaß und mit ruhiger Hand tun. Wer wie die Letzte Generation alles von heute auf morgen fordert, wird das -Gegenteil erreichen. Wir werden noch langsamer vorankommen, wenn wir die Menschen auf dem Weg verlieren.

So verlieren Sie einen Teil der Klima-bewegung.

Wir als Grüne haben ja auch Erfahrung mit zivilem Ungehorsam. Es ist aber ein Unterschied, ob ich einen Castor-Transport blockiere oder den Arbeitsweg der ganz normalen Bevölkerung. Ein Teil dieses Stimmungsumschwungs geht auch aufs Konto von Leuten, die einfach nicht verstehen, dass man in einer Demokratie Mehrheiten braucht, wenn man etwas verändern will.

Nichts überstürzen, Schritt für Schritt, geräuschlos mit der CDU regieren das ist Ihr Rezept. Bleibt dabei nicht die Sichtbarkeit der Grünen auf der Strecke und eine mutige Klimapolitik, die notwendig ist?

Nein, die Grünen sind ja sehr sichtbar und zwar in den Ergebnissen der Politik. Wir können an ganz vielen Punkten in der Landespolitik erklären, was unser Anteil daran ist, dass Hessen grüner, stärker und gerechter geworden ist. Mir kommt es immer schon mehr darauf an, wie es ist, und nicht, wie es scheint.

Ich bin froh, dass Habeck in dieser Krisenzeit unser Wirtschafts- und Energieminister ist

Regieren lohnt sich Mit pragmatischer Politik will Tarek Al-Wazir neuer Ministerpräsident in Hessen werden.
Vom Zirkus der Berliner Ampelkoalition grenzt sich....

Tarek Al-Wazir, 52, ist Politikwissenschaftler, Grüner und seit 2014 Wirtschafts- und Verkehrsminister sowie Vize-Ministerpräsident in Hessen. Bei der Wahl am 8. Oktober will er seinem Chef, Boris Rhein von der CDU, das Amt streitig machen.

Load-Date: September 24, 2023

End of Document

Kinderrechte für alle; Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge warten in Berlin monatelang auf einen Schulplatz und weiterführende Hilfen. Auf einer Demo machen sie ihrem Ärger Luft

taz, die tageszeitung

Dienstag 26. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 683 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: Unbegleitete minderjährige **Flüchtlinge** warten in Berlin monatelang auf einen Schulplatz und weiterführende Hilfen. Auf einer Demo machen sie ihrem Ärger Luft

Body

Von Susanne Memarnia

Selbstbewusst posen die Jugendlichen für die Fotografen, halten ihre Schilder hoch. Jeder junge Menschen hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung, steht auf einem. Wir fordern gleiche Rechte auf Schule für ALLE Kinder, besagt ein anderes. Etwas am Rande steht Django, schüchtern beobachtet er seine Altersgenossen, die sichtlich Spaß an dem Rummel haben. Der 16-Jährige kommt aus Mali, Familie hat er keine mehr, dort ist ja Krieg. Seit sechs Monaten ist er in Berlin, zur Schule geht er nicht und er weiß auch nicht, wie es weitergeht. Ich kann nicht schlafen, mache mir so viele Sorgen, sagt er.

Der Berliner **Flüchtlingsrat** und das Beratungs- und Betreuungszentrum für junge **Flüchtlinge** und Mi-gran-t*in-nen (BBZ) haben am Montagmittag eine Demo organisiert. Es geht um die Rechte von **geflüchteten** Kindern, vor allem von unbegleiteten minderjährigen **Flüchtlingen**, im Amtsdeutsch UMF genannt. Etwa 30 bis 40 von ihnen sind zur Müllerstraße 74 im Wedding gekommen. Drinnen, im Centre Français, tagt die Bildungsverwaltung mit Ak-teu-r*in-nen der Jugendhilfe zum Thema Versorgung der UMF.

Um die ist es zunehmend schlecht bestellt. So müssen die Jugendlichen, laut Flüchtlingsrat sind 40 Prozent der UMF 17 Jahre alt, immer länger auf ihr Erstgespräch warten. Dieses aber ist essenziell für sie, um ihr neues Leben beginnen zu können. In diesem Clearing wird ihr Hilfebedarf ermittelt, ihr schulischer Background, die Familiensituation geklärt. Vorher werden sie auch nicht in einer Schule angemeldet und haben keinen rechtlichen Vormund, der sich etwa um ihren Asylantrag kümmert, ohne den sie wiederum nicht ihre Familie nachholen können. Aktuell gibt es laut Flüchtlingsrat Wartezeiten von 8 bis 10 Monaten für das Erstgespräch, die Sprecherin der Bildungsverwaltung gibt auf taz-Anfrage durchschnittlich 6 bis 8 Monate zu. Von Anfang 2022 bis Mitte 2023 gab es laut Verwaltung 2.900 Erstgespräche, derzeit warten laut Flüchtlingsrat 800 UMF auf ihr Gespräch und täglich kommen 10 bis 15 neue Unbegleitete dazu.

Kinderrechte für alle Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge warten in Berlin monatelang auf einen Schulplatz und weiterführende Hilfen. Auf einer Demo machen s....

Ein weiterer Kritikpunkt von BBZ und Flüchtlingsrat: Die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Jugendlichen werde immer schlechter. Auch auf der Demo beklagen sich mehrere Jugendliche über zu wenig und schlechtes Essen. Jugendliche werden hier im Heim teils sogar dünner! Es gibt Heime, die haben nur kalte Duschen, berichtet Daniel Jasch vom BBZ. Die Aufnahmebedingungen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Berlin stellen einen eklatanten Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention dar, sagt Walid Chahrour vom Flüchtlingsrat.

Die Sprecherin der Verwaltung widerspricht: Priorität hat die Gewährleistung des Kinderschutzes, sagt sie. Die verlängerten Wartezeiten erklärt sie mit dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen auch bei UMF. Die Jugendlichen würden aber auch in der Zwischenzeit pädagogisch und fachlich betreut, die Unterkünfte werden von anerkannten Trägern der Kinder- und Jugendhilfe rund um die Uhr, also 24/7, betreut. Wenn es Beschwerden gibt, werde dem nachgegangen.

Bei Flüchtlingsrat und BBZ klingt das völlig anders. Sie sagen, die gesetzlichen Standards, etwa beim Betreuerschlüssel, würden schon lange nicht mehr eingehalten. Und wenn sich Jugendliche beschwerten, müssen sie mit Restriktionen rechnen, so Jasch. Dabei sei der Umgang mit den UMF nicht nur ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Auch das Sozialgesetzbuch VIII gelte für alle Kinder und Jugendlichen ungeachtet ihrer Herkunft. Überforderung ist also kein Argument, so Jasch, der Staat sei in der Pflicht. Zudem schaffe man sich neue Probleme, wenn die Jugendlichen ein Jahr ohne Schule hier leben. Dann wird ihre Betreuung und Integration hier immer schwieriger.

Auf der Kundgebung schildert Abu, ein Aktivist aus Afghanistan, warum er eine bessere Behandlung und mehr Schutz der Rechte geflüchteter Kinder fordert: Sie haben teilweise ihre Eltern verloren, mussten ihr Land, ihre Familie verlassen. Das ist ein eklatantes Gefühl. Wie sie damit zurechtkommen, hängt auch davon ab, wie es ihnen hier ergeht.

geflüchtete

Load-Date: September 25, 2023

Allein gegen die Abschottung; Kommentar von Lukas Wallraff zum Asylgipfel der EU-InnenministerInnen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 528 words

Byline: Lukas Wallraff

Body

Kommentar von Lukas Wallraff zum Asylgipfel der EU-InnenministerInnen

Die Grünen können einem fast schon leidtun. Kaum ist die Aufregung über Habecks Heizungsgesetz halbwegs abgeebbt, weil der Klimaschutzminister demütig zurückgerudert ist, da türmt sich schon das nächste Problem mit Potenzial zur Regierungskrise auf. Und diesmal wird es für die Grünen noch schwieriger, denn beim EU-Asyl-Gipfel am Donnerstag geht es nicht um technische Zukunftsfragen und Parteimanöver, die zumindest kurzfristig niemanden existenziell bedrohen, sondern um Menschen in akuter Not, die auf Schlauchbooten versuchen, in Europa Schutz zu finden.

Asylsuchenden zu helfen war immer ein grünes Herzensthema. Das macht der Appell von mehr als 700 Mitgliedern deutlich, die sich gegen die Pläne der EU wenden, die Aufnahme von Geflüchteten künftig mit dubiosen Vorprüfungen an den EU-Außengrenzen einzuschränken. Wie das praktisch ablaufen soll, bleibt bisher nebulös. In Sammelagern? Inner- oder außerhalb der EU? Klar ist nur, dass alle Zeichen auf noch härtere Abschottung stehen. Und die politischen Ausgangsbedingungen für einen erfolgreichen Widerstand gegen diese Pläne sind denkbar schlecht.

Bis auf ein paar Abgeordnete signalisiert kaum jemand aus der Ampel großen Heldenmut. Nicht nur Rechte, auch grüne und sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen berichten von ihrer Überforderung bei der Aufnahme von Geflüchteten. Auch die grünen MinisterInnen drängen sich nicht gerade nach Selfies mit SyrerInnen wie Angela Merkel 2015. Die damals kurzzeitig demonstrativ humane Kanzlerin hatte es jedoch auch leichter als Olaf Scholz heute. 2015 gab es keinen Krieg in Europa mit unabsehbaren Folgen und Millionen europäischen Binnenflüchtlingen aus der Ukraine, keine Energiekrise und keine große rechte Oppositionspartei. Heute sitzt der Ampel nicht nur die Merz-CDU im Nacken, sondern auch eine erstarkte AfD mit jetzt schon 19 Prozent.

Eine liberale Flüchtlingspolitik wäre trotzdem möglich, weil der eklatante Arbeitskräftemangel in Deutschland allen auffällt und die Aufnahmebereitschaft zumindest langfristig erhöhen müsste. Doch leider gibt es in der EU kaum noch MitstreiterInnen für eine offene Haltung und eine ausgewogene Verteilung der Geflüchteten auf die 27

Allein gegen die Abschottung Kommentar von Lukas Wallraff zum Asylgipfel der EU-InnenministerInnen

Mitgliedsstaaten. Luxemburg, vielleicht. Skandinavien? Vorbei. Die Zahl der rechtsgerichteten Regierungen ist seit 2015 deutlich gestiegen.

Regieren zwingt oft zu bitteren Kompromissen. Und zu Ehrlichkeit: Für unkontrollierte EU-Grenzen gibt es auch hier keine Mehrheit, weil ein Großteil der Geflüchteten so nach Deutschland kommt. Angesichts der Verweigerungshaltung der meisten europäischen PolitikerInnen müssen die Grünen nun wenigstens ernsthaft versuchen, punktuelle, aber wichtige Zugeständnisse zu erreichen, etwa eine bedingungslose Aufnahme von Kindern. Ja, schon eine Vertagung wäre bei diesem Asylgipfel ein Erfolg, weil menschenfreundliche Beschlüsse nicht in Sicht sind.

Eine deutsche 15-Prozent-Partei wird die Grundrichtung der europäischen Asylpolitik kaum ändern können. Wer das nicht mehr aushält, müsste die Regierung verlassen. Damit ließe man die Menschen auf der Flucht aber erst recht alleine.

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Wo ist die Brandmauer ?; Die CDU ringt mit der Abgrenzung zur AfD ganz besonders in Sachsen. Die Wortmeldungen von Ministerpräsident Michael Kretschmer sind teils nur schwer von den Positionen der radikalen Rechten zu unterscheiden. Aber wie sehen Christdemokrat*innen vor Ort die Frage nach der Brandmauer? Und wie gehen sie damit im Alltag um?

taz, die tageszeitung

Samstag 26. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 8-9

Length: 3274 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Die CDU ringt mit der Abgrenzung zur AfD ganz besonders in Sachsen. Die Wortmeldungen von Ministerpräsident Michael Kretschmer sind teils nur schwer von den Positionen der radikalen Rechten zu unterscheiden. Aber wie sehen Christ-de-mo-kra-t*in-nen vor Ort die Frage nach der Brandmauer? Und wie gehen sie damit im Alltag um?

Body

Aus Auerbach, Görlitz und Bautzen Sabine am Orde

Manchmal sorgt sich Yvonne -Magwas, wenn Sachsens -Ministerpräsident sich äußert. Manchmal ärgert sie sich auch richtig. Ich wünschte mir, Michael Kretschmer würde die Bundespolitik weniger häufig kommentieren , sagt sie. Wir haben genug Probleme vor der eigenen, sächsischen Haustür. Darum aber geht es nicht nur.

Magwas, 41, Christdemokratin wie Kretschmer, kommt aus Auerbach im Vogtland im Westen Sachsens, seit 2013 sitzt sie im Bundestag. Zweimal hat sie letzters ihren Wahlkreis direkt gewonnen, seit knapp zwei Jahren ist sie Vizepräsidentin des Bundestags. In der CDU gilt die Soziologin als liberal, damit gehört sie in der Sachsen-Union , wie sich die Partei hier stolz nennt, zu einer Minderheit. Magwas Standpunkt: Wir brauchen eine klare Abgrenzung von allem, was rechtspopulistisch ist.

Diesen Anspruch erfüllt Kretschmer nicht. Zwar schließt er eine Koalition mit der AfD klar aus. Aber er sagt eben auch all diese Sachen, die wie eine Light-Variante der radikalen Rechten klingen. Kretschmer hat für eine Einschränkung des Grundrechts auf **Asyl** plädiert. Er hat sich für eine Reparatur der Gaspipeline Nord Stream 1 ausgesprochen. Und dafür, den Krieg in der Ukraine durch Verhandlungen einzufrieren, auch wenn das auf Kosten des angegriffenen Landes geht.

Wo ist die Brandmauer ? Die CDU ringt mit der Abgrenzung zur AfD ganz besonders in Sachsen . Die Wortmeldungen von Ministerpräsident Michael Kretschmer sind t....

In der sächsischen Bevölkerung kommt das gut an. Kretschmer, der auch stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender ist, gilt als einer, der sagt, was er denkt. Und der sich von denen in Berlin nichts verbieten lässt. Eine Stimme des Ostens.

Stellt man sich die sächsische CDU als eine Achse vor, steht Magwas an dem einen Ende, irgendwann kommt Kretschmer. Und von dort geht es noch weiter nach rechts. Zum Beispiel bis zur Kreistagsfraktion in Bautzen.

Wie behauptet sich die CDU vor Ort? Wie stellt sie sich auf? Und wie ist ihre Strategie im Umgang mit der AfD? Mit diesen Fragen ist die taz zu Yvonne Magwas ins Vogtland gefahren. Zu Stephan Meyer, der seit einem Jahr Landrat in Görlitz an der polnischen Grenze ist. Und zu Karsten Vogt, dem Oberbürgermeister von Bautzen.

Auerbach

Ein Dienstag Mitte Juli, Yvonne Magwas besucht in ihrem Wahlkreis eine Kita der AWO. Bald hockt sie draußen auf dem Boden und versucht, ein zur Rakete umgestyltes Filmdöschen mit Backpulver und Essigessenz zum Fliegen zu bringen. Das Gemisch entweicht, ein leises Pffft ist zu hören, mehr nicht. Fehlstarts können passieren , sagt sie und lacht.

Als sie später mit der Kitaleiterin und einer Geschäftsführerin der örtlichen AWO beim Kaffee im Garten sitzt, geht es um die Kitaarbeit, die stark gestiegene Eigenbeteiligung in Pflegeheimen, die geschlossene Klinik im Nachbarort, schließlich um die so-zia-le Hängematte . Wer Sozialhilfe beziehe, müsse auch etwas tun, meint die Frau von der AWO, das könne sich der Staat so nicht weiter leisten. Sie könne das beurteilen, sie sei schließlich schon 30 Jahre dabei.

Sie erlebe das häufiger, sagt Magwas später im Auto. Dieses tief sitzende Gefühl, dass es ungerecht zugehe. Es sei ein Gefühl, das die AfD ausnutze. Das muss man ernst nehmen und politisch bearbeiten. Magwas Strategie: zuhören, Zusammenhänge erklären, kümmern. Wenn jemand sich mit einem Anliegen an das Wahlkreisbüro wendet, helfen Magwas und ihre Mitarbeiterinnen egal, ob es wie an diesem Dienstag um einen Pflegekostenbescheid geht, störende Signalgeräusche einer Baustelle der Bahn oder eine Folgefinanzierung für die Vogtlandpioniere , die alte Bauwerke wiederbeleben. Es ist oft sehr kleinteilige Kümmererarbeit, die wir machen , sagt Magwas. Wir nehmen uns dafür viel Zeit.

Seit 1990 kommt der Ministerpräsident in Sachsen ununterbrochen aus der CDU, der erste war Kurt Biedenkopf. Er beruhigte die Bevölkerung mit dem Satz: Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus. Allen rassistischen Angriffen, Neonazibanden und einem Erstarken der NPD zum Trotz, die 2004 mit fast 10 Prozent in den Landtag einzog.

Das Verleugnen ging lange weiter. Seitdem gab es in Sachsen rechte Terrorgruppen, Brandanschläge und Hetzjagden, rechtsextreme Aufmärsche, Drohungen. Der Sachsen-Monitor zeigt regelmäßig, wie verbreitet autoritäre und menschenfeindliche Einstellungen sind. Manche in der CDU sagen, auf dem Land sei die Sprache der AfD längst Normalität, Aussagen blieben oft ohne Widerspruch. Bei der letzten Bundestagswahl bekam die AfD mehr Stimmen als die CDU, laut Umfragen steht sie inzwischen bei 30 Prozent, bei der Landtagswahl im kommenden Jahr könnte sie stärkste Kraft werden. Die CDU will mit Michael Kretschmer wieder gewinnen.

Yvonne Magwas ist überzeugt, dass sich die CDU hart von der AfD abgrenzen muss. Als -Parteichef Friedrich Merz im Juli im ZDF- Som-mer-in-ter-view den Eindruck erweckte, dass eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene mit seinem Segen möglich sei, postete Magwas umgehend: Ob Ortschaftsrat oder Bundestag, rechtsradikal bleibt rechtsradikal. Für Christdemokraten sind Rechtsradikale IMMER Feind!

Noch heute ist sie empört, dass die Lokalzeitung sie fragte, ob sie nicht mit dem Organisator der Montagsdemonstration in Plauen, wo zeitweise Tausende auf die Straßen gingen, ein Streitgespräch führen würde. Der hat uns alle aufs Schlimmste beleidigt und ständig verhetzende Posts gemacht , sagt Magwas. Da wäre gar kein Gespräch möglich und auch nicht sinnvoll gewesen. Getroffen habe sie sich aber mit einer Gruppe, die ihr einen offenen Brief zum Ukrainekrieg und zum Umgang mit Russland geschrieben habe, ohne Beleidigung.

Wo ist die Brandmauer ? Die CDU ringt mit der Abgrenzung zur AfD ganz besonders in Sachsen . Die Wortmeldungen von Ministerpräsident Michael Kretschmer sind t....

Inhaltlich passte ihr der Brief nicht, weil noch nicht einmal benannt wurde, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg durch Russland handelte. Aber da muss man als Bundestagsabgeordnete zum Gespräch bereit sein, die Kraft der guten Argumente nutzen. Am Ende aber habe sich der Organisator des Briefs bei ihr bedankt.

Magwas gilt als Merkel-Anhängerin, im sächsischen Landesverband hat sie damit keinen leichten Stand. Erschwert wird das durch ihren Mann, den ehemaligen Ostbeauftragten der Bundesregierung, Marco Wanderwitz. Vor der letzten Bundestagswahl hat er mit der Äußerung, ein Teil der diktatursozialisierten Ostdeutschen sei für die Demokratie verloren, für Furore gesorgt. Viele fühlten sich persönlich beleidigt. Wanderwitz war bei der Bundestagswahl Spitzenkandidat der CDU in Sachsen, Kretschmer machte ihn nach der Wahl öffentlich für das schlechte Abschneiden verantwortlich und sorgte dafür, dass er den Vorsitz der sächsischen Landesgruppe verlor.

Görlitz

Stephan Meyer steht am Biertisch auf dem Hof eines Vereinsheims in Schleife, einem kleinen Ort ganz im Norden des Landkreises Görlitz. Am Rand brennt ein Lagerfeuer, aber an diesem Augustabend ist es zu warm, um sich daran zu setzen. Meyer, 42, ein schmaler Typ mit hoher Stirn und Dreitagebart, hat sich bei der Landratswahl 2022 im zweiten Wahlgang klar gegen seinen Konkurrenten von der AfD durchgesetzt. Bei Bratwurst und Bier will er hier mit den Leuten ins Gespräch kommen, gut 50 sind gekommen.

Die Idee mit dem Lagerfeuer geht auf den Wahlkampf zurück. Wir brauchen niedrigschwellige Angebote , sagt Meyer. Ans Lagerfeuer geht man gern. Da trauen sich Leute hin, die sonst nicht kommen. Ein Mann will mit ihm über den Abschuss von Wölfen sprechen, eine Frau darüber, dass eine Photovoltaikanlage nicht genehmigt worden ist.

Plötzlich steht der AfD-Bundesvorsitzende Tino Chrupalla ein paar Grüppchen weiter, breitbeinig, mit einem Bier in der Hand. Chrupalla kommt aus Görlitz, er hat 2017 bei der Bundestagswahl dem heutigen Ministerpräsidenten das Direktmandat abgenommen. Einen Sitz im Kreistag hat er auch, alle Kreisräte wurden eingeladen. Meyer spricht zu Ende, dann geht er zu Chrupalla, macht ein paar Minuten Small Talk. Als Chrupalla ansetzt mit Alle haben Angst und eine Frau zustimmend nickt, zupft ein älterer Mann Meyer am Ärmel. Dieser geht ins Zwiegespräch, zur Gruppe um Chrupalla stoßen zwei neue Leute hinzu.

Meyer, promovierter Wirtschaftsingenieur, gilt unter den sächsischen Christ-de-mo-kra-t*in-nen als einer der Smarten. Dreimal wurde er seit 2009 direkt in den Landtag gewählt, zuletzt war er parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Den Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und Grünen im Land hat er mitverhandelt. Meyer weiß, wie das politische Geschäft funktioniert. Was also ist seine Strategie für die CDU in dieser Zeit?

Die Leute seien verunsichert, sagt Meyer ein paar Tage vor dem Lagerfeuerabend in seinem Büro. Der Krieg, die Krisen, die hohen Energiepreise, die Inflation. Alles wird teurer, aber gleichzeitig steigen die Einkommen nicht entsprechend. Hinzu komme die illegale Migration, die hier an der deutsch-polnischen Grenze spürbar sei. Wir müssen die Themen, die die Menschen betreffen, tatsächlich abräumen. Nicht mit irgendwelchen populistischen Sprüchen, sondern mit konkreten Lösungen. Die Oberlausitz, einst Teil eines riesigen Kohlerevierts, ist Strukturwandel-Kernregion , wie Meyer es nennt. Hinzu kommt der demografische Wandel. Die Montagsdemonstrationen sind wieder größer geworden, seit es vor einem Club in der Stadt eine Schlägerei gab, drei Männer aus Syrien kamen deshalb in Untersuchungshaft.

Wie wollen Sie hier vor Ort Vertrauen zurückgewinnen, Herr Meyer? Ich bin jetzt Chef einer großen Verwaltung, ich mache keine Gesetze mehr, sondern muss sie umsetzen. Im Bereich Asyl zum Beispiel bin ich als Landrat für die Unterbringung zuständig, egal, ob ich das gut oder schlecht finde. Es müsse gelingen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Verständnis für die Entscheidungen habe. Nicht alle, das wird nie gelingen, aber die Mehrheit. Und das droht gerade verloren zu gehen.

Weil die Verwaltung zwei neue Sammelunterkünfte für Geflüchtete einrichten wollte, forderte die AfD eine Sondersitzung des Kreistags und beantragte, neue Unterkünfte im Landkreis grundsätzlich auszuschließen. Das

Wo ist die Brandmauer ? Die CDU ringt mit der Abgrenzung zur AfD ganz besonders in Sachsen . Die Wortmeldungen von Ministerpräsident Michael Kretschmer sind t....

steht jeder Fraktion frei , sagt Meyer. Die Bühne der AfD und ihrem Antrag zu überlassen, das aber wollte er nicht. Zur Sondersitzung lud er einen Vertreter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu einem Input ein, die Verwaltung schrieb einen eigenen Antrag. Sie versprach, die beiden Unterkünfte nur zwei Jahre lang zu nutzen. Der Landkreis setze auf dezentrale Unterbringung und wolle große Unterkünfte in kleinen Orte vermeiden, sagt Meyer. Das ist einfach konfliktärmer.

Auf der Sondersitzung appellierte Meyer laut Lokalmedien an Bund und Land, geeignete Immobilien für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, damit diese nicht in Turnhallen landeten. Er forderte, dass der Bund die Kosten der Unterbringung übernimmt und bessere Voraussetzungen für Abschiebungen schafft. Auch AfD-Mann Chrupalla war da und hielt eine Rede. Ich musste ihn mehrmals unterbrechen, weil es alles andere als sachlich war , sagt Meyer. Wir wollen keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen , rief Chrupalla und bekam dafür lautstarken Applaus aus dem Publikum. Aber der Antrag von Meyers Verwaltung wurde angenommen. Die AfD ist hier stark und laut, aber sie hat nicht die Mehrheit , sagt Meyer. Das müsse man immer wieder klarmachen.

Worauf sich Meyer im Gespräch nicht einlässt: Prinzipien für den Umgang mit der AfD zu formulieren. Wenn der Eindruck entstehe, etwas werde abgelehnt, nur weil es von der AfD komme, sei das problematisch. Das Gefühl, das nach dem Gespräch mit ihm aber bleibt: Meyer hat durchaus solche Prinzipien. Das bestätigt auch die grüne Fraktionschefin im Landtag, -Katharina Schubert, die Meyer aus Görlitz und Dresden gut kennt.

Meyer mag den Begriff Brandmauer nicht. Doch von Kom-mu-nal-po-li-ti-ker*in-nen wie ihm hängt es ab, ob das, was damit bezeichnet wird, funk-tio-niert: eine klare Grenze zu ziehen zwischen demokratischen Konservativen und antidemokratischen Rechtsradikalen. Und der AfD den Zugang zur Macht zu versperren.

Nicht allen in der sächsischen CDU scheint diese Verantwortung bewusst zu sein. Es gebe etliche Parteifreunde, die eine Zusammenarbeit mit der AfD herbeisehnten oder mindestens eine Tolerierung , sagte Marco Wanderwitz, Magwas Ehemann, jüngst dem Spiegel. Immer wieder werden Fälle der Zusammenarbeit mit der AfD bekannt. In -Limbach-Oberfrohna etwa verhinderten CDU und AfD gemeinsam die Verlegung von Stolpersteinen für zwei Opfer der Nazis, weil diese Kommunisten waren. In Plauen untersagte der Stadtrat auf Antrag der AfD dem örtlichen Thea-ter das Gendern, CDU, FDP und Freie Wähler stimmten zu. Und bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte der Kreistag von Bautzen.

Bautzen

Im Dezember hatte CDU-Landrat Udo Witschas eine Videoansprache, gespickt mit flüchtlingsfeindlichen Ressentiments, gehalten. Dann wurde bekannt, dass Witschas und fast die ganze CDU-Kreistagsfraktion mit ihren Stimmen einem AfD-Antrag zur Mehrheit verholfen hatten, der Flüchtlingen unter bestimmten Bedingungen Integrationsleistungen absprach. Ein Verstoß gegen die Beschlusslage der Bundespartei.

Es habe regen Telefonverkehr zwischen Berlin, Dresden und dem Landkreis gegeben, hört man dazu aus unterschiedlichen Ebenen der CDU. Merz hatte einst jedem ein Parteiausschlussverfahren angekündigt, der die Hand hebe, um mit der AfD zusammenzuarbeiten. Sein Generalsekretär, damals noch Mario Czaja, distanzierte sich öffentlich von der Kreistagsfraktion, Sanktionen aber gab es keine. Aus der Landes-CDU ist dazu zu hören, es sei doch wichtiger, dass so etwas nicht mehr vorkomme. Man brauche Leute wie Witschas, denn andere gebe es vor Ort nicht. Und ohnehin würden Machtworte aus Berlin die Renitenz vor Ort eher steigern.

Wenn die AfD etwas einbringt, dem ich voll zustimmen kann, dann stimme ich dafür, betonte Matthias Grahl, der Fraktionschef der CDU im Kreistag, unlängst in der Zeit. Und: Ich kann unseren Bürgern auch schlecht erklären, dass ich diese Partei mit allen Mitteln ausgrenzen müsste. Auch von Landrat Witschas ist keine Einsicht zu vernehmen. Die taz hätte gern auch mit ihm gesprochen, Witschas ließ absagen.

Zu einem Treffen bereit ist Karsten Vogt, der CDU-Oberbürgermeister der Stadt Bautzen. Das Rathaus, ein altes Gebäude mit Turm, leuchtet gelb in der Augustsonne. Vogt setzt sich in seinem Büro an den Kopf des großen Besprechungstischs. Bevor er im vergangenen Jahr gewählt wurde, war er Leiter eines Gymnasiums. Das hört man ihm an.

Wo ist die Brandmauer ? Die CDU ringt mit der Abgrenzung zur AfD ganz besonders in Sachsen . Die Wortmeldungen von Ministerpräsident Michael Kretschmer sind t....

Aufregen würde die Leute über Jahre hinweg vor allem die Bundespolitik, sagt Vogt, das Heizungsgesetz und die hohen Energiepreise etwa, aber auch das Thema Flüchtlingskrise, welches auf das Jahr 2015 zurückgeht . Also auf damals, als die CDU die Kanzlerin stellte, die mit ihrer Entscheidung, die Grenzen nicht zu schließen, einen großen Teil der Sachsen-CDU gegen sich aufbrachte.

Es scheint so, als würde Vogt am liebsten diese ganzen Diskussionen aus seiner Stadt raushalten. Mein Ziel ist es, die Stadtgesellschaft zusammenzuführen. Dafür sei persönliche Glaubwürdigkeit wichtig. Ein Profil. Und Dia-log. Es ist notwendig, die Bürger abzuholen, mit ihnen über die Dinge zu sprechen, die sie besorgen. Die Lausitz müsse nach der politischen Wende den zweiten Strukturwandel meistern, das gehe nicht von heute auf morgen.

Vogt hat die Bürgerforen wieder eingeführt, drei gab es schon, mit je 30 bis 50 Teilnehmer*innen, Es-ka-la-tio-nen seien bislang ausgeblieben. Das erste dieser Gespräche sei eines zum Spreehotel gewesen. In dem ehemaligen Hotel sind Geflüchtete untergebracht, im vergangenen Jahr sollte das durch einen Brandanschlag auf das Gebäude verhindert werden. Auf dem Forum seien von den Bür-ge-r*in-nen Ängste und Befürchtungen formuliert worden, er habe deshalb im Rathaus eine Sicherheitsrunde mit allen Beteiligten installiert. Ich habe gute Erfahrungen damit gesammelt. Wir haben die Befürchtungen erst genommen, die sind glücklicherweise aber nicht eingetreten.

Um in Dialog zu treten, geht Vogt weit, manche sagen: zu weit. Im vergangenen Oktober ist der Oberbürgermeister auf der Montagsdemonstration auf dem Kornmarkt aufgetreten, wo sich allwöchentlich eine Mischung aus Verschwörungsgläubigen, Rechts-ex-tre-men und jenen trifft, die Vogt ganz normale Bürger nennt. Früher ging es vor allem um Corona, jetzt um den Krieg. Reichskriegsflaggen und die Fahnen der rechtsextremen Freien Sachsen sind weiter dabei. Er sei angefragt worden, um vorzustellen, was die Stadt gegen die Energiekrise unternehme, sagt Vogt. Und ich bin der Meinung, dass die Leute in dieser Situation ein Auskunftsrecht haben.

Dass er dabei auch zu Rechtsradikalen gehe und deren Veranstaltung aufwerte, leugnet Vogt nicht. Das ist nicht unproblematisch , antwortet er, zögert kurz und sagt dann: Ich musste mich jedoch zwischen zwei Übeln entscheiden. Nicht zu kommunizieren, ist auch ein Problem. Und montags gehe auch ein erheblicher Teil der Stadtgesellschaft auf die Straße , der nicht rechtsextrem sei.

Jüngst hat Vogt in einem Interview die AfD-Stadträte in Bautzen vor dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit in Schutz genommen. Die Zustimmung der CDU-Kreistagsfraktion zum Antrag der AfD sieht er kritisch; dass die CDU auch im Bautzener Stadtrat für einen Antrag der AfD die Hand hebe, schließt er nahezu aus. Vogt antwortet oft formal. Als Oberbürgermeister habe er die Verpflichtung, allen Fraktionen die gleichen Informationen zukommen zu lassen. Und die AfD habe wie alle Parteien das Recht auf Sitze in den Ausschüssen. Wie alle Parteien , das ist eine Formulierung, die er häufig benutzt. Man kann daraus eine Normalisierung der AfD lesen. Oder den Versuch, die AfD nicht auch noch aufzuwerten. Wo Vogt genau steht? Schwer zu sagen.

Anruf bei Jonas Löschau, der für die Bautzener Grünen im Stadt- und im Kreistag sitzt. Löschau kritisiert Vogts Demoauftritt und seine Äußerungen zu den AfD-Stadträten, sagt aber auch: Mit der CDU in der Stadt Bautzen kann man zusammenarbeiten.

Die Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas, der Landrat Stephan Meyer und Oberbürgermeister Karsten Vogt haben zum Umgang mit der AfD unterschiedliche Positionen. Alle drei aber meinen, dass die CDU eine klare Strategie dazu braucht.

Bei Ministerpräsident Kretschmer ist diese nicht immer zu erkennen. Von seinen Äußerungen zu Krieg und Mi-gra-tion, ist aus seinem Umfeld zu hören, sei er überzeugt. Doch immer wieder scheint es, als würde er sich dem Druck der Straße beugen, um Wäh-ler*in-nen von der AfD zurückzugewinnen. Hinzu kommt seine Mission, mit fast allen zu reden. Schon seit er 2017 das Bundestagsdirektmandat an Chrupalla verloren hat, setzt Kretschmer auf Bürgernähe. Und das exzessiv. Dabei fehlen immer wieder klare Grenzen. 2021, während der Pandemie, sprach er selbst mit Coronaleugner*innen, die ihn vor seinem Privathaus in der Lausitz beim Schneeschippen überraschten und beschimpften.

Yvonne Magwas sagt: Inzwischen redet er nicht mehr mit Extremen, das ist auch gut so.

Wo ist die Brandmauer ? Die CDU ringt mit der Abgrenzung zur AfD ganz besonders in Sachsen . Die Wortmeldungen von Ministerpräsident Michael Kretschmer sind t....

Stephan Meyer sagt: Ich bin in manchem anderer Meinung, aber die Zustimmungswerte zeigen, dass Michael Kretschmer für viele Menschen in Ostdeutschland spricht.

Viele in der CDU, auch Kritiker*innen, sind deshalb der Ansicht, im kommenden Jahr könne nur Kretschmer die AfD schlagen. Die Umfragewerte scheinen dieser Einschätzung recht zu geben, die CDU liegt bislang vorn. Doch zu welchem Preis? Die Entwicklung in anderen Ländern zeigt, dass eine Annäherung mittelfristig vor allem einem nutzt: dem radikal rechten Original. Ob die Union dies in ihrer Breite verstanden hat, muss man bezweifeln. Wo sie die Grenze setzt, das ist in der sächsischen CDU nicht geklärt.

Von Leuten wie CDU-Landrat Stephan Meyer hängt ab, ob es gelingt, eine klare Grenze zwischen demokratischen Konservativen und anti-demokratischen Rechtsradikalen zu ziehen

Ob Ortschaftsrat oder Bundestag, rechtsradikal bleibt rechtsradikal

Load-Date: August 25, 2023

End of Document

Getanzter Widerstand; kunstraum

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: TAZ-PLAN; S. 24

Length: 398 words

Byline: Brigitte Werneburg

Body

kunstraum

Ein großes Vergnügen war die Multimedia-Installation *Dreams Have No Titles* von Zineb Sedira schon auf der 59. Kunstbiennale in Venedig. Sie verband alles, Set-Design, Tanz, Musik, Bilder und Gespräche in Referenz auf das Kino der 1960er und 70er Jahre, was vor allem der Film eindrucksvoll vermittelt, der in diesen Kulissen gedreht wurde und jetzt in Berlin zu sehen ist. Er ist eine großartige Auslassung über Kolonialismus und Freiheitskampf, über den eigentümlichen Charakter von *Migration*. Und er ist ein bewegendes Zeugnis von Sediras früherer Liebe zum Kino und der entscheidenden Rolle, das es für ihre politischen Bewusstwerdung spielte.

Schon das erste Filmbild mit der Großaufnahme von Orson Welles in *F For Fake* (1973), seinem betörenden, pseudodokumentarischen Filmessay und Metatext zu seinem Filmschaffen, kündigt die Fallhöhe an, von der die Künstlerin argumentiert und/also inszeniert. Widerstand wird getanzt, Geschichte wird getanzt, der Alltag wird getanzt und die Kunst. Und daher empfängt sie die Besucher mit dem Tango tanzenden Paar in dem Tanz-Café mit Bar aus Ettore Scolas Filmmeditation über 70 Jahre französische Geschichte *Le Bal* (1983).

Widerstand wird mit der Waffe geleistet, wie Gillo Pontecorvo in der *Schlacht um Algier* zeigt, seinem als Reenactment inszenierten Dokufilm von 1966 über den Zusammenstoß der französischen Armee und der algerischen Nationalen Befreiungsfront in Algier 1957. Die Szenen sind in die Geschichte eingestreut, die Sedira aus dem Off erzählt, von ihrem Aufwachsen als Kind algerischer Migranten in den Vororten von Paris, von ihrer Übersiedlung nach Großbritannien, ausgerechnet nach Brixton, über Erfahrungen von Rassismus und Klassismus, aber auch von Solidarität und befreiendem Witz, über die sie sich mit Familie und Freunden just in jenem Wohnzimmer austauscht, dessen faszinierendes, liebevoll rekonstruiertes Interieur man gerade noch bewundert hat. Zediras immersive Installation erweist sich als außergewöhnlich konzise Begegnung mit einer Geschichte von Gewalt und Ausgrenzung, von daraus erwachsender Solidarität, von individuellem wie gemeinschaftlichem Widerstand, von Freude und Lust. Brigitte Werneburg

Zineb Sedira: *Dreams Have No Titles*, Hamburger Bahnhof, So. 11 18 Uhr, Mo. geschl., Di./Mi./Fr. 10 18 Uhr, Do. 10 20 Uhr, Sa. 11 18 Uhr, bis 30. Juli, Invalidenstr. 50 51

Getanzter Widerstand kunstraum

Die Kolumne: taz.de/tazplan

Load-Date: April 18, 2023

End of Document

Flüchtlingsthema wird Chefsache; Kanzler lädt Länder zu gemeinsamen Beratungen ein

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 205 words

Highlight: Kanzler lädt Länder zu gemeinsamen Beratungen ein

Body

Nach Hilferufen aus zahlreichen Kommunen wollen die Bundesregierung und die Länder am 10. Mai über die Aufteilung der Kosten für die **Flüchtlingsaufnahme** beraten. Das kündigte eine Sprecherin der niedersächsischen Landesregierung am Mittwoch in Hannover an. Das Hauptthema werde die **Flüchtlingsfinanzierung** sein.

Eine Sprecherin von Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, bestätigte am Mittwoch in der Bundespressekonferenz, dass der Kanzler den Ländern einen Vorschlag zum gemeinsamen Gipfel gemacht habe. Den Termin bestätigte sie nicht, auch den Inhalten wolle sie nicht vorgreifen.

Unterdessen fordert Bremens SPD-Bürgermeister Andreas Bovenschulte vom Bund mehr Geld für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden. Dies solle wie 2015 in Form einer Pro-Kopf-Pauschale für Unterbringung und Versorgung geschehen, sagte er dem Spiegel. Länder und Kommunen wollten ihren Beitrag zur Integration von Geflüchteten weiterhin leisten, kämen dabei aber zunehmend an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Bundesinnenministerin Nancy Faeser, SPD, wies bei der Regierungsbefragung am Mittwoch den Vorwurf zurück, sie ignoriere die Probleme der Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. (afp, dpa, ale)

Load-Date: March 15, 2023

**Von der Polizistin zur Ministerin; Am Mittwoch wird die
Polizeihauptkommissarin Doreen Denstädt in Thüringen als Ministerin für
Migration und Justiz vereidigt. Und damit zur ersten schwarzen Ministerin
Ostdeutschlands**

taz, die tageszeitung

Freitag 27. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 1591 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Am Mittwoch wird die Polizeihauptkommissarin Doreen Denstädt in Thüringen als Ministerin für **Migration** und Justiz vereidigt. Und damit zur ersten schwarzen Ministerin Ostdeutschlands

Body

Aus Erfurt Sabine am Orde

Mit schnellen Schritten kommt Doreen Denstädt die Weidengasse am Rand der Erfurter Altstadt herunter, neben ihr trabt ein Mischling her, der wie ein groß geratener Dackel aussieht. Ob man sich an einem Ort treffen könnte, der etwas über sie erzählt, stand in der Anfrage zum Gespräch. Der Vorschlag von Denstädts Mitarbeiterin: die Wiesen von Klein-Venedig.

Das sind Inseln, die sich entlang der Gera erstrecken, im Frühling kann es hier sehr romantisch wirken. Jetzt aber ist von dem Schnee am Morgen vor allem Matsch übrig, es ist kalt und feucht, selbst die Enten ziehen die Köpfe ein. Schnell wird klar, dass für Denstädt der Ort auch nicht wichtig ist, es geht um Eddi, den Hund. Oder besser: um Eddi und die beiden belgischen Schäferhunde, die im Auto warten. Denstädt musste die drei nach dem letzten Termin noch abholen, deshalb ist sie etwas spät dran.

Seitdem die Thüringer Grünen vor zweieinhalb Wochen verkündet haben, dass sie ihre beiden Ministerposten in der rot-rot-grünen Landesregierung von Bodo Ramelow neu besetzen werden, häufen sich bei Denstädt die Termine. Die 45-jährige Polizeihauptkommissarin wird in Erfurt neue Ministerin für **Migration**, Justiz und Verbraucherschutz und damit die erste schwarze Ministerin in Ostdeutschland. In einem Land, in dem die AfD vom Verfassungsschutz als erwiesen rechtsextrem eingestuft wird und nach Umfragen größte politische Kraft ist, ist das ein starkes Signal.

Um die Personalrochade nach dem angekündigten Rücktritt von Umweltministerin Anja Siegesmund möglich zu machen, haben die Grünen Denstädts etwas blassen Vorgänger rausgeschmissen: Dirk Adams, der drei Jahre lang Minister und davor grüner Fraktionschef im Landtag war, musste gegen seinen erklärten Willen gehen. Auf einen

Von der Polizistin zur Ministerin Am Mittwoch wird die Polizeihauptkommissarin Doreen Denstädt in Thüringen als Ministerin für Migration und Justiz vereidigt. U....

kraftvollen Neuanfang hofft die Spitze der Grünen nun und der ist durchaus notwendig. Turnusgemäß wird in anderthalb Jahren in Thüringen der Landtag neu gewählt, es dürfte ein polarisierter Zweikampf zwischen Ramelow's Linken und der AfD von Björn Höcke um Platz eins werden, was es für die anderen Parteien besonders schwer macht. Laut Umfragen schrappt der kleine und zerstrittene grüne Landesverband an der Fünfprozenthürde entlang. Auf die neue Ministerin wartet also in mehrerer Hinsicht eine riesige Aufgabe.

Die Anfrage der Grünen sei auch für sie völlig überraschend gekommen, sagt Denstädt, die inzwischen an einem Ecktisch in einem kleinen Cafe sitzt. Vor ihr steht ein Milchkaffee, unter dem Tisch schnüffelt der Hund. Eine Nacht habe sie drüber geschlafen, dann zugesagt. Am kommenden Mittwoch wird sie vereidigt. Dann muss sie unter anderem mit den Kommunen über die Unterbringung von Geflüchteten verhandeln, ein Landesamt für Migration aufbauen, den Justizapparat des Landes führen. Zu ihren Vorhaben will Denstädt noch nicht viel sagen: Ich muss mir natürlich erst einmal die Situation im Haus anschauen. Aber sie habe auch eine klare Vorstellung davon, was sie diskutieren und angehen will.

Die Zukunftshoffnung der Thüringer Grünen ist weder Juristin noch eine Expertin für Migrationsfragen, was die Frage aufwirft: Was qualifiziert sie für diesen Job? Die Frage sei durchaus berechtigt, sagt Denstädt und lacht, sie wird ihr nicht zum ersten Mal gestellt. Eine Juristin sei sie nicht, aber ganz fremd sei der Bereich für sie als Polizistin auch nicht. Sie wisse, wie eine Behörde funktioniere, sei als Polizistin im Erfurter Norden Streife gefahren, habe ein Studium abgeschlossen, in der Polizeivertrauensstelle gearbeitet, einer Stabsstelle im Thüringer Innenministerium für Bürger*innen, die sich von der Polizei schlecht behandelt fühlen. Und: Ich rede mit den Menschen auf Augenhöhe und kenne viele der Herausforderungen im Land.

Dass sie ein kommunikativer Mensch ist, glaubt man ihr nach einer halben Stunde im Café sofort. Denstädt strahlt Präsenz und Selbstbewusstsein aus, 15 Jahre lang hat sie im Frauenteam des SSV Erfurt Oaks Rugby gespielt, bis die Schulter hinüber war. Sie wirkt offen und direkt, kann lustig sein und lacht auch mal laut. Eine große Klappe bescheinigt sie sich selbst. Einmal hält sie inne und sagt: Ich muss jetzt etwas mehr abwägen, ich spreche ja nicht mehr als Polizeihauptkommissarin des Innenministeriums, sondern als designierte Ministerin. Aber dann redet sie schnell weiter.

Offener noch hat Denstädt im vergangenen Oktober in dem Podcast Tupodcast über sich selbst gesprochen. Ich bin nicht so das geborene Opfer, sagt sie da und erzählt, dass sie auf dem Schulhof mal einen Jungen verprügelt habe, um ihm und anderen das auch ganz klar zu machen. Und weil sie es als schwarze Frau eh nicht allein recht machen könne, agiere sie so: Ich mache es, wie ich denke.

Außerdem, sagt Denstädt im Café und nimmt einen Schluck von ihrem Milchkaffee, gebe es ja nicht nur die Ministerin, sondern den gesamten Leitungsstab. Offiziell will sie sich zu Personalien noch nicht äußern, aber in Erfurt ist bekannt, dass mit ihr ihre bisherige Chefin in der Polizeivertrauensstelle als Staatssekretärin ins Ministerium wechseln soll. Die ist zwar Volljuristin, hat aber auch keine Erfahrung mit der Leitung eines Ministeriums. Das Ganze scheint durchaus ein risikoreiches Unterfangen zu sein.

Dass dabei eine Rolle spielt, dass sie eine schwarze Frau ist, ist Denstädt natürlich klar. Stört Sie, dass dieser Faktor so betont wird? Nein, tatsächlich nicht, antwortet sie. Aus der Mehrheitsgesellschaft hätten zwar manche darauf hingewiesen, dass man das nicht thematisieren müsse. Aber so ist das ja nicht. Viele Leute, gerade auch die schwarze Community, kommen auf mich zu. Sie sind stolz und finden wichtig, dass es benannt wird. Aber es gibt, wie zu erwarten, war, Reaktionen voller Hass. Die Erfurter Polizei spricht von einer Vielzahl von rassistischen und beleidigenden Kommentaren in den sozialen Netzwerken und hat Ermittlungen eingeleitet. Überrascht hat Denstädt das nicht.

Denstädt ist Thüringerin durch und durch, sie ist in Saalfeld geboren und in Erfurt aufgewachsen, als schwarzes Mädchen in einer rein weißen Umgebung. Das war in vielen Momenten überhaupt nicht einfach, sagt sie. Mich hat das gestört, aber damals wusste ich nicht, warum. Ihr Vater war zum Studium aus Tansania in die DDR gekommen, als er damit fertig war, musste er zurück. Mutter und Tochter aber blieben in Thüringen. Lieber als im

Von der Polizistin zur Ministerin Am Mittwoch wird die Polizeihauptkommissarin Doreen Denstädt in Thüringen als Ministerin für Migration und Justiz vereidigt. U....

Kindergarten war sie damals bei ihren Großeltern: Angeln, Bootfahren und Pilze suchen und durch den Wald rennen, das war eher mein Ding.

Bei der Wende war Denstädt zwölf Jahre alt, die von rechter Gewalt geprägten Baseballschlägerjahre in den 90ern erlebte sie als Teenager. Damals musste man sich entscheiden. Man war links oder rechts, etwas in der Mitte gab es nicht. Weil die Rechten was gegen Ausländer hatten, war klar, wo sie landete: Mein Freundeskreis war links geprägt, erzählt Denstädt. Einige von ihnen seien Punks gewesen, sie selbst habe sich auch die Haare abrasiert, sah aber eher nach Undercut als nach Iro aus. Der Weg von Schule in die Sporthalle oder vom Jugendclub nach Hause, das sei eine Zeit lang wirklich, wirklich nicht lustig gewesen. Manche Orte habe sie gemieden, immer habe sie jemand abends nach Hause gebracht. Tatsächlich sei ihr nie etwas passiert.

Ist das heute noch so, dass sie bestimmte Orte meidet? Denstädt zögert kurz. Es gibt leider immer noch Orte, an denen ich mich nicht wohl fühle, obwohl ich in Thüringen geboren und aufgewachsen bin.

In ihrer Clique sei klar gewesen, dass die Polizei böse ist, sie selbst aber habe keine schlechte Erfahrungen gemacht. Aber warum ging sie als schwarze Frau ausgerechnet zur Polizei, die immer wieder mit Rassismus und Rechtsextremismus von sich reden macht? Denstädt erzählt, wie sie nach der Schule nach Dresden ging, Bauingenieurwesen studierte, mit Anfang zwanzig zwei Kinder bekam und dann merkte, dass ein Job als Bauingenieurin mit ihrer Rolle als Alleinerziehende kaum zu machen sei. Mit Ende zwanzig habe sie sich bei der Polizei beworben, auch weil sie hoffte, dass dort viel Sport gemacht wird. Und da hat man wenigstens feste Arbeitszeiten.

Es folgen Ausbildung, Streifendienst als einzige schwarze Polizistin in Thüringen, 2021 die Abordnung in die frisch gegründete Polizeiberatungsstelle im Innenministerium. Sie begleitet Leute, die sich über die Polizei beschwert haben, führt Seminare zu Polizei und Rassismus durch, arbeitet mit Jugendämtern und Verbänden zusammen. Die haben uns als vertrauensvollen Partner anerkannt, zum Teil kann man sich da schon was drauf einbilden.

Politisch aktiv ist Denstädt erst spät geworden. Sie sei eine große Verteidigerin des Grundgesetzes, sagt sie. Als in Thüringen zwei Polizeibeamte für die AfD in den Landtag einzogen, habe sie das wirklich bewegt. Sie wird kommunalpolitisch bei den Grünen aktiv, 2021 tritt sie in die Partei ein, wird Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Innenpolitik und Vorsitzende des Erfurter Kreisverbands. Der Sprung ins Ministerinnenamt ist auch von hier aus groß.

Im Café zerrt Eddi längst an der Leine, er hat Hunger, sagt Denstädt, was wohl als klarer Hinweis zu verstehen ist, dass das Gespräch jetzt ein Ende finden muss. Dann will sie aber doch noch erzählen, dass sie auch Hundesport macht. Unterordnung nennt man das. Bei der Landesmeisterschaft sei es nicht optimal gelaufen, was sich aber ändern soll. Denn für Denstädt ist klar: Für die Hunde werde ich mir tatsächlich Zeit einplanen, auch als Ministerin.

Die Zukunfts-hoffnung der Thüringer Grünen ist weder Juristin noch eine Expertin für Migration

Load-Date: January 26, 2023

Griß di, allet jut; Lokale Akzente sind bei Moderator*innen im deutschen Fernsehen und Radio immer öfter zu hören, fremdsprachige sind dagegen noch immer stark unterrepräsentiert

taz, die tageszeitung

Montag 20. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 12

Length: 719 words

Byline: Francesca Polistina

Highlight: Lokale Akzente sind bei Mo-de-ra-to-r*in-nen im deutschen Fernsehen und Radio immer öfter zu hören, fremdsprachige sind dagegen noch immer stark unterrepräsentiert

Body

Von Francesca Polistina

Samstagmorgen beim BR24, der Nachrichtensendung des Bayerischen Rundfunks: Ein Reporter spricht über Reformen in der Katholischen Kirche. Er wirkt professionell und gut vorbereitet. Dass er mit einem rollenden r und einem bayerischen Akzent spricht, stört nicht. Beim BR, bei SWR und bei anderen regionalen Sendern sind mittlerweile immer öfter lokale Akzente zu hören. Bei fremdsprachigen Akzenten ist das dagegen anders: man hört sie beim Bäcker oder in der Straßenbahn, im Krankenhaus oder auf dem Spielplatz. Sie sind längst Teil des deutschen Alltags – aber nicht im Radio und Fernsehen.

27 Prozent der Bevölkerung hat eine **Migrationsgeschichte**, bei Jour-na-lis-t*in-nen liegt der Anteil schätzungsweise bei lediglich fünf bis zehn Prozent. Die meisten davon sind in Deutschland geboren oder aufgewachsen. Kaum vertreten ist hingegen die erste Generation der Eingewanderten. Fast alle Menschen, die nach der Jugend migrieren, haben einen Akzent. Genaue Zahlen gibt es nicht, aber wenn man bei DLF, ARD oder RTL nach diesen Re-por-te-r*in-nen sucht, wird man nicht so einfach fündig.

Ja, es gab mal das prominente Beispiel des Niederländers Rudi Carrell, der mit einem starken Akzent sprach. Aber Carrell machte Unterhaltung und nicht Journalismus. Außerdem gibt es unter den Akzenten durchaus eine Hierarchisierung. Ein französischer Akzent wird vielleicht als niedlich empfunden, ein osteuropäischer oder arabischer hingegen nicht – denn auch die Sprache ist ein ethnisches Merkmal.

Die Mehrheit der Zuschauer und der Hörer würde einen fremdsprachigen Akzent wahrscheinlich tolerieren, sogar ermutigend finden, sagt Joachim Trebbe, Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der FU Berlin. Insbesondere diejenigen, die eine Migrationserfahrung in der Familie haben, würden dies begrüßen. Wer Vorbehalte habe, seien die Medienhäuser selbst. Journalismus ist sehr stark an die Sprache gebunden und

Griß di, allet jut Lokale Akzente sind bei Moderator*innen im deutschen Fernsehen und Radio immer öfter zu hören, fremdsprachige sind dagegen noch immer stark

bezüglich der Sprache hat man in Deutschland hohe Ansprüche , sagt er. Deshalb findet er es berechtigt, dass Redaktionen Sprachfehler minimieren wollen.

Es gibt wenige Dinge, die hierzulande so identitätsstiftend sind wie die Sprache: die erhitzte Diskussion um Deutschkenntnisse von geflüchteten Menschen und der Kinder mit Migrationshintergrund, die regelmäßig geführt wird, ist nur ein Beispiel. Es überrascht also nicht, dass Mi-grant*in-nen der ersten Generation im deutschen Journalismus kaum Chancen haben. Ihnen wird vorgeworfen, die Sprache nicht perfekt zu beherrschen. Doch was heißt schon, perfekt ? Und wo sind die Grenzen zwischen einem regionalen und einem fremdsprachigen Akzent?

Eine feste Regel gibt es nicht , sagt Trebbe. Die Redaktionen können frei entscheiden, welche Abweichungen von der Standardsprache sie akzeptieren wollen. Im englischsprachigen Raum, zum Beispiel unter den CNN-Korrespondent*innen, sind fremdsprachige Akzente zwar nicht die Regel, aber auch keine Ausnahmen. Und das sei richtig so, findet Ella Schindler. Sie ist mit 16 Jahren aus der Ukraine eingewandert. Heute verantwortet sie die Volontärsausbildung im Verlag Nürnberger Presse und ist Co-Vorsitzende des Vereins Neue Deutsche Medienmacher*innen.

Schindler fordert nicht, dass man Menschen mit geringen Sprachkenntnissen die Moderation einer Sendung anvertraut, wohl aber, dass man differenziert. Im Moment heißt es: Entweder spricht man als Mut-ter-sprach-le-r*in oder man hat kaum Chancen , sagt sie. Guter Journalismus bestehe aber nicht nur aus Sprache, sondern auch aus Gewissenhaftigkeit, Recherchefähigkeit, Themengespür. Und außerdem erzähle auch ein Akzent eine Geschichte: Er macht deutlich, dass hier ein Mensch steht, der mehr als eine Kultur und ein Land kennt und viele Hürden nehmen musste, um da zu stehen, wo er heute ist , sagt sie. Auch das sei eine Kompetenz, obwohl das häufig übersehen wird.

Für Schindler wäre es Zeit, dass die Redaktionen sich den Menschen öffnen, die nicht komplett akzentfrei sind. Medienhäuser, insbesondere die Öffentlich-Rechtlichen, haben den Auftrag, die Welt da draußen abzubilden , sagt sie. Und zur Welt da draußen gehören Menschen dazu, die ursprünglich nicht aus Deutschland kommen. Auch sie sind Medienkonsumenten und wollen sich in Fernsehen und Radio wiederfinden. Das sollte in den Chefetagen nicht vergessen werden.

Load-Date: February 19, 2023

Karims langer Weg zur Schicht; Unser Autor nahm 2016 einen jungen syrischen Geflüchteten bei sich auf. Nach Startschwierigkeiten in den ersten Jahren hilft der mittlerweile mit, das Tesla-Werk in Brandenburg am Laufen zu halten. Und den Mangel an Fach- und Industriearbeiter:innen in Deutschland abzufedern

taz, die tageszeitung

Samstag 28. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 8-9

Length: 1239 words

Byline: Hannes Koch

Highlight: Unser Autor nahm 2016 einen jungen syrischen Geflüchteten bei sich auf. Nach Startschwierigkeiten in den ersten Jahren hilft der mittlerweile mit, das Tesla-Werk in Brandenburg am Laufen zu halten. Und den Mangel an Fach- und In-dus-trie-ar-bei-te-r:in-nen in Deutschland abzufedern

Body

Von Hannes Koch

Wie soll ich Karim nennen? Meistens sage ich unser ehemaliger Flüchtling, wenn ich von ihm erzähle. Jetzt hält er das Land am Laufen.

Wir treffen uns auf einem Gleis des Bahnhofs Ostkreuz in Berlin, wo die Regionalzüge nach Brandenburg abfahren. Karim, der eigentlich anders heißt, trägt eine graue Arbeitshose und feste Schuhe, unter der Regenjacke baumelt die Einlasskarte der Firma. Basecap mit Schirm nach hinten, Bart und Augenbrauen dunkel, er guckt wie immer ein bisschen finster. Zur Arbeit jetzt, Scheiße, sagt er, und dann: Ich liebe meine Arbeit.

Im Zug fällt mir auf, dass einige der Passagiere ihre Schuhe ebenfalls mit roten Schnürsenkeln binden, wie Karim. Die gehören zur Arbeitsuniform des das US-amerikanischen Autoherstellers Tesla. Eine halbe Stunde später hält der Zug in Fangschleuse, einem Dorf hinter der Berliner Stadtgrenze. Auf dem schmalen Bahnsteig drängeln sich nun zahlreiche junge Männer, die dasselbe tragen wie Karim. Sie streben zur Bushaltestelle. Zwei Gelenkbusse kommen. Im Nu sind sie voll. Es müssen an die 200 Arbeiter sein, die alle möglichen Sprachen sprechen, die meisten wohl zwischen 25 und 35 Jahren alt.

Ein paar Minuten später an den Werkstoren treffen weitere Busse aus anderen Orten ein. Die jungen Leute drängeln sich durch die Drehkreuze auf das Fabrikgelände. Fast 14 Uhr: Gleich geht die Spätschicht los in Grünheide, wo Tesla Tag und Nacht seine Elektroautos baut.

Karims langer Weg zur Schicht Unser Autor nahm 2016 einen jungen syrischen Geflüchteten bei sich auf. Nach Startschwierigkeiten in den ersten Jahren hilft der m....

Zurzeit läuft wieder eine hitzige Debatte darüber, ob nicht zu viele Einwanderer nach Deutschland kommen. Manche Po-li-ti-ke-r:in-nen überbieten sich mit Forderungen, die Zahl der Ankommenden zu verringern. Während die Europäische Union höhere Zäune baut, herrscht hierzulande ein zunehmender Mangel an Arbeitskräften. Deshalb verlangt etwa der Deutsche Städte- und Gemeindebund, Geflüchtete sollten schneller Jobs annehmen dürfen, anstatt untätig herumzusitzen. Karims Geschichte ist ein Beispiel, wie Einwanderung, die viele als Problem empfinden, am Ende funktionieren kann.

2016 kam Karim in meiner Familie an, aus dem Krieg in Syrien, auf der Flucht vor dem Islamischen Staat, seine Eltern tot, das Haus zerstört. Meine Tochter hatte ihn nachts in einem Club kennengelernt. Ihm zu helfen schien nötig. Wir nahmen ihn bei uns auf und versuchten, seinen Weg zu ebnen: Bürokratie, Papiere, Geld, Wohnung, Sprachkurs, ein bisschen Aufgehobensein. Er war oft müde, depressiv, ließ sich hängen, lag tagelang im Bett. Jedenfalls sahen wir das so. Sein Hineinfinden ins neue Leben im kalten Berlin ging uns nicht schnell genug. Wir waren überfordert.

Nach einem knappen Jahr verschafften wir ihm woanders ein Zimmer, in das er zuerst nicht einziehen wollte. Er krallte sich an uns fest. Ich schrieb damals in der taz über unsere Kämpfe mit ihm. Der Artikel Karim, ich muss dich abschieben erschien 2017.

Danach ging es auf und ab. Manchmal strandete er fast auf der Straße bis ein deutscher Freund eine kleine Wohnung für ihn fand, in der Karim sich wohlfühlte. Allmählich kam er auf die Füße. Diese Zeit ist beschrieben im Artikel Sein Name an der Tür von 2019.

Später erzählte mir Karim, dass er einen Job gefunden habe in einer Filiale der Modekette Zara. Ich holte ihn dort ab: Nun war er einer der hippen Großstädter mit trickreich gefrästen Bärten, die Tou-ris-t:in-nen aus aller Welt bedienten. Er lud mich nach Neukölln in sein arabisches Lieblingsrestaurant ein. Sein Deutsch wurde besser, wir unterhielten uns, hatten Spaß.

Einmal trafen wir uns nachts zufällig vor einem Club. Ich gehörte da eigentlich nicht mehr hin. Nach zwei Stunden Anstehen hätte mich die Türsteherin beinahe nach Hause geschickt. Karim rettete mich. Ohne ihn und seine Freunde, die den alten Mann adoptierten, wäre ich nicht reingekommen.

Und jetzt Tesla. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag mit allem Drum und Dran. Karim arbeitet am Band. In einer Schicht von acht Stunden müssen er und sein Team ungefähr 300 Fahrzeuge bearbeiten. Das bedeutet anderthalb Minuten Zeit, um die jeweiligen Teile einzubauen. Das ist harte, oft stressige Arbeit. Dafür bekommt Karim monatlich 2.200 Euro netto überwiesen.

Das entspricht nach Angaben der Industriegewerkschaft Metall nicht dem Tarifgehalt. Für Karim bedeutet diese Bezahlung jedoch, dass er im deutschen Lebensstandard angekommen ist. Flucht- und Bittstellerstatus sind zu Ende. Per Whatsapp schreibt er mir: Jetzt habe ich guten Job. Dann schickt er das listige Emoji mit der Sonnenbrille. Ich bin auf der Suche neue Wohnung. Und will auch Familie machen vielleicht.

Manchen anderen in seinem Team geht es ähnlich. Mit zwei Deutschen arbeitet er zusammen, sagt Karim, außerdem mit acht Kollegen die Migrationshintergrund hätten, aber hier geboren seien. Und dann gäbe es noch die fünf jungen Männer, die wie er selbst seit 2015 eingetroffen seien, aus Afghanistan, Irak, Syrien. Das örtliche Büro der IG Metall berichtet, dass in den Beratungen viele verschiedene Sprachen zu hören seien: Polnisch, Tschechisch oder auch Ukrainisch, Letzteres sprechen die neuen Kriegsflüchtlinge. Die migrantischen Arbeiter tragen einen guten Teil dazu bei, Tesla am Laufen zu halten. Ohne sie würde das Werk nicht funktionieren.

Im Vergleich zu Benzinfahrzeugen seien die Elektro-autos von Tesla gut für die Umwelt, findet Karim. Außerdem meint er, dass Firmenchef Elon Musk ein sehr kluger Mensch ist und sorgfältig nachdenkt, bevor er etwas unternimmt. Die Einschätzungen über Musk und sein Unternehmen gehen weit auseinander. So berichtete der Stern kürzlich über viele Arbeitsunfälle und diverse Ökohavarien in Grünheide.

Karims langer Weg zur Schicht Unser Autor nahm 2016 einen jungen syrischen Geflüchteten bei sich auf. Nach Startschwierigkeiten in den ersten Jahren hilft der m....

Karim zu sehen, ist nun nicht mehr so einfach wie früher. Er hat jetzt einen eigenen Plan. Monatelang versuchen wir, einen Termin zu finden. Ist ein Treffen verabredet, kommt kurz vorher eine Whatsapp: Keine Zeit, Arbeit macht mich richtig fertig. Beim nächsten Mal: Freitag kann ich nicht. Müssen länger arbeiten, sagt Chef. Nervig, aber normal. Dann klappt es doch, in einem Schawarma-Grill in Kreuzberg. Karim kommt vorbei auf dem Weg zur nächsten Schicht. An der Theke bestellt er auf Arabisch. Er wählt aus den Speisen, die hinter der Glasscheibe auf der linken Seite der Auslage warten, rechts lässt er weg. Dort liegt das Gemüse. Er bestellt einen Riesenteller und bezahlt für mich mit.

Beim Essen zeigt er ein Video. Holztisch, drumherum stämmige Jungs mit breiten Schultern und rasierten Nacken. Armdrücken, Karim gewinnt, großes Palaver. Ein deutscher Kollege habe ihn zum Grillen in den Garten eingeladen, erzählt er, guter Mann. Kürzlich verbrachte er mit einem Freund und dessen Mutter eine Urlaubswoche in Slowenien. Mit seinen Verwandten in Syrien telefoniert Karim kaum noch. Von dort gebe es fast nur schlechte Nachrichten, die wolle er sich vom Hals halten. Hier sei das Leben erfreulicher. Vermutlich wird es sehr lange dauern, bis er wieder in seine Heimat reisen kann, wenn überhaupt. Er hat Angst, dass sie ihn dort zum Militär einziehen und nicht mehr rauslassen.

Für Januar 2024 habe er einen Termin beim Amt, berichtet er, um sich für den deutschen Pass zu bewerben. Dafür muss er unter anderem Deutschkenntnisse auf B2-Niveau nachweisen. Das ist die vierte von sechs Stufen beim Spracherwerb. Das schaffe ich, sagt Karim. Kann gut sein, dass er Recht behält.

Karims Hineinfinden ins neue Leben ging uns nicht schnell genug. Wir waren überfordert

2.200 Euro netto kein Tariflohn, aber angekommen im deutschen Lebensstandard

Load-Date: October 27, 2023

Nazis als groteske Clowns; Der Regisseur Nuran David Calis will das Theater wieder zu einem politischen Raum machen. Jetzt hat er für das Schauspiel Leipzig Brechts *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* inszeniert

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 12

Length: 1361 words

Byline: Torben Ibs

Highlight: Der Regisseur Nuran David Calis will das Theater wieder zu einem politischen Raum machen. Jetzt hat er für das Schauspiel Leipzig Brechts *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* inszeniert

Body

Von Torben Ibs

In *God we trust* steht in goldenen Lettern über einem Säulenbogen, während sich von hinten eine Clownstruppe durch ein Loch abseilt. Irgendwo zwischen gruselig und grotesk, im Full-Mafia-Modus bringt die Chaos-Truppe die ohnehin korrupten Politiker auf ihre Seite. Dann wird eine Tür aufgetreten. Stopp, ruft es aus dem Zuschauerraum. Schaffst du es auch so, dass beide Türen gleichzeitig aufgehen? Regisseur Nuran David Calis legt Wert auf Details bei seiner Inszenierung des Brecht-Stücks *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui*, einer Parabel auf den Werdegang Hitlers in der Weimarer Republik, die am Freitag im Schauspiel Leipzig Premiere hatte. Bertolt Brecht und Heiner Müller, das sind die ganz Großen, sagt Calis, was erklärt, warum er hier im Gegensatz zu seinen sonstigen Arbeiten nicht mit Überschreibungen, Umschreibungen oder ganz eigenen Texten arbeitet. In Leipzig hat er vor einigen Jahren schon einen ähnlich angelegten *Baal* von Bertolt Brecht gezeigt und war auch mit Dürrenmatts *Besuch der alten Dame* und Fassbinders *Migrantendrama* Angst essen Seele auf zu Gast am Haus.

Dabei ist Letzteres ein Stoff, zu dem Calis auch einen biografischen Zugang hat. Selbst 1976 in Deutschland geboren, blieb er als Enkel von Gast-ar-bei-te-r:in-nen nach damals geltendem Recht Ausländer. Seine Eltern sind armenischer und jüdischer Herkunft. Nachdem die Großelterngeneration erst zum Arbeiten und dann zum Bleiben nach Deutschland gekommen war, suchten seine Eltern ihr Glück erneut im Herkunftsland Türkei. Doch mit den aufziehenden dunklen politischen Wolken Ende der 1970er kehrten sie zurück nach Bielefeld, diesmal aber nicht als Gastarbeiter:innen, sondern im prekären Status von Asylsuchenden. Nach neun Jahren Duldung dann endlich die Einbürgerung, doch der Vater starb kurz danach mit nur 44 Jahren. Nuran David Calis erfährt den Tod als ultimativen Einschnitt: Ich wusste, ich wollte was machen aus mir und meinem Leben und Schluss machen mit diesem Leben im Schatten, das meine Eltern mir vorgelebt hatten. Doch was sollte das sein?

Nazis als groteske Clowns Der Regisseur Nuran David Calis will das Theater wieder zu einem politischen Raum machen. Jetzt hat er für das Schauspiel Leipzig Brec....

Über eine Freundin kommt er nach dem Abitur nach München, hospitiert am ehrenwerten Residenztheater bei Klaus Reichert, und auch Intendant Dieter Dorn wird auf ihn aufmerksam. Es klappt beim ersten Anlauf mit dem Regiestudium an der Otto-Falkenberg-Schule in München samt Regieassistentz am Resi. Ich war der einzige Ausländer und der Einzige aus einer Nicht-Akademiker-Familie dort, resümiert er die Situation Ende der 1990er. Ich fragte mich: Wo ist hier meine Welt? Ich muss mir den Raum nehmen und sie erschaffen. Zugleich erkennt er für sich Chancen, die er nur ergreifen muss, und bemerkt zugleich, dass viele, die wie er sind, von solchen Möglichkeiten einfach nichts wissen. Hier findet er zu Brecht und Müller, zum Theater als soziale Frage, das ihn bis heute umtreibt. Das gilt für den Arturo Ui, aber noch stärker vielleicht für andere Projekten.

Ich mache zum einen politisches Theater, aber zum anderen muss Theater auch wieder ein politischer Raum werden. Das sind die Pole meiner Arbeit. Stücke wie Wedekinds Frühlingserwachen werden dabei einer Generalrevision unterzogen und als Übersreibungen ins Heute gewendet.

Sein erstes eigenes und stark biografisch geprägtes Stück Dog Eat Dog schreibt er bereits zu Schulzeiten auf dem Laptop des Rektors. Darin berichtet Calis vom Aufwachsen in einer Bielefelder Hochhaussiedlung. Es wird zu den Autoren-tagen am Thalia angenommen. 2008 beschäftigt er sich für das Schauspiel Köln in Stunde Null mit deutscher Migrationsgeschichte. Es entspricht seinem Hang zum Dokumentarischen, um so das Theater zum politischen Raum werden zu lassen, in dem wirklich etwas verhandelt wird. So ist Nuran David Calis einer der ersten Regisseure, der sich an das Thema des NSU herantraut eben mit den Mitteln des dokumentarischen Theaters. In Köln inszeniert er 2014 mit Überlebenden und Angehörigen das Stück Die Lücke, das den Nagelbombenangriff der rechtsextremen Terrorzelle am 9. Juni 2004 zum Anlass nimmt. Die Opfer berichten dabei nicht nur von der Tat selbst, sondern auch vom Umgang der deutschen Strafverfolgungsbehörden, die das rechtsextreme Motiv nicht verfolgten, sondern stattdessen die Tä-te-r:in-nen im Umfeld der An-woh-ne-r:in-nen suchten. Im Gespräch mit der taz erwähnt Calis immer wieder das Wort Empowerment. Zum einen natürlich der Opfer, die hier zu Prot-ago-nis-t:in-nen ihrer eigenen Geschichte werden, aber auch des Publikums, das an der Konfrontation mit anderen Positionen wachsen kann und Mechanismen und Vorgänge ganz im Brecht schen Sinne zu erkennen vermag. Es geht um Empathie. In den Tiefen der Gesellschaft gibt es eine große Bereitschaft zur Versöhnung, davon ist Calis überzeugt.

Das Thema bleibt an ihm haften, immer wieder beschäftigt er sich in verschiedenen Projekten mit dem NSU-Komplex, vor allem auch mit dem Versagen und der Blindheit der staatlichen Stellen. Höhepunkt dieser theatralen Aufarbeitung ist das 17-tägige Re-Enactment 438 Tage NSU-Prozess im Rahmen des Kunstfests Weimar 2021. Dafür verwandelt er ein altes Radiostudio, von dem einst Konzerte gesendet wurden, in einen Gerichtssaal. An den 17 Tagen werden die 17 Attentate des NSU verhandelt. Vorgetragen wird von Schauspielenden und prominenten Gäst:in-nen aus den Prozessakten. Konzise Textfassungen bringen die Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten zutage, jeder Inszenierung folgt eine Diskussion mit Politiker:innen, Angehörigen sowie Rechtsbeiständen. Das Theater spielt Gericht und wird damit zum öffentlichen Raum, der mehr verhandelt, als der 6. Strafsenat des Oberlandesgericht München verhandeln wollte. Als es zu Drohungen gegen eine Installation am Spielort eine Deutschlandkarte, in der Tatorte mit Einschusslöchern markiert sind kommt, sichert ihm der Münchner Polizeipräsident unbürokratisch eine Erhöhung der Streifen zu. Alles bleibt friedlich.

Im Dokumentarischen wird das Theater politisch, bringt Calis seine Position auf den Punkt. Auch im Bühnenbild von Irina Schicketanz, die auch den Saal in Weimar gestaltet hat, zum Leipziger Arturo Ui lässt sich ein Gerichtssaal sehen. Weitere Arbeiten von Calis gibt es zu den Anschlägen von Mölln, zu den Drohbriefen des NSU, mit Geflüchteten, aber auch zu den deutsch-kolonialen Massakern in Namibia oder zur türkischen Zeitgeschichte. All dies führt irgendwie zum Arturo Ui, aber eher parallel. Die Täter interessieren natürlich, aber es ist ein Gebot, dass man sich über sie lustig macht. Es muss als Farce sein. Ich würde keinen AfD-Politiker auf ein Podium laden, der dann neben einem Opfer des NSU sitzt. Das geht nicht!

Während Calis im Theater seine Räume gefunden hat, in denen er wirken kann, sieht er dass ebendiese Räume für den Nachwuchs enger werden. Ob ich meinen Weg heute noch so gehen könnte, bezweifle ich. Heute ist mehr Gegenwind, die Intendanten fürchten die AfD, mit der sie in den Kulturausschüssen sitzen. Diese fehlenden Zugänge führen seiner Meinung nach zu unfruchtbaren Polarisierungen: Ich erlebe, dass die ästhetische gegen die

Nazis als groteske Clowns Der Regisseur Nuran David Calis will das Theater wieder zu einem politischen Raum machen. Jetzt hat er für das Schauspiel Leipzig Brec....

soziale Frage ausgespielt wird, dabei müssten wir doch eine solidarische Position einnehmen. Das heißt dann aber auch, dass man Widersprüche aushält. Doch gerade die Institutionen mauern. Warum ist eine Sibel Kekilli oder ein Mehmet Kurtulu nicht auf der Auswahlliste zur Akademie der Künste. Wo sind denn diese 60 Jahre Einwanderung kulturell sichtbar? Warum sind die neuen Regeln des Bühnenvereins zur In-ten-dan-t:in-nen-su-che nur unverbindliche Empfehlungen? Calis engagiert sich bei dem Programm Dialogperspektiven, einem Forum des interreligiösen und weltanschaulichen Austausches und pluralistischen Diskurses. Gerade die aktuellen Wahlergebnisse sind für ihn ein klares Zeichen, dass die Theater viel stärker in die Offensive gehen müssen, weil es um die Freiheit geht. Nicht nur die Freiheit der Kunst, sondern die Freiheit von jedem und jeder Einzelnen.

Dazu gehört auch über die alten und neuen Nazis zu lachen, auch wenn es manchmal schwerfällt. Wenn sie wie bei Brecht linkisch als groteske Clowns auf die Bühne rutschen, ist das schon mal ein guter Anfang.

Load-Date: October 16, 2023

End of Document

brief des tages; Femizid und Frauenmord Vor den

taz, die tageszeitung

Donnerstag 31. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 205 words

Body

brief des tages

Femizid und Frauenmord

Vor den Augen der Kinder ins Gesicht geschossen , taz vom 29. 8. 23

Die Begriffe Femizid und Frauenmord werden oft synonym verwendet. Als Teil der Initiative #keinemehr schließe ich mich der transnationalen Annäherung an den Femizid-Begriff an. Was Diane Russel und ihre Mit-strei-te-r*in-nen durch den Begriff Femicide geschafft haben, ist, die geschlechtsbasierten Tötungen zu einem Politikum zu erheben. Daher passt es nicht, wenn wir im Deutschen von Frauentötungen sprechen: Nicht jede Tötung einer Frau ist ein Femizid. Der Begriff des Femizids ist ein sehr politischer, er hat eine transnationale Verbindungskraft. Mit dem Begriff des Femizids werden binär-hierarchische Gewaltverhältnisse benannt: Jede Tötung von Frauen, die nicht dem Bild entsprechen, das ein Täter von Frauen hat. Das können cis, trans Frauen, Schwarze Frauen, Frauen mit **Migrationshintergrund** sein. In Deutschland wissen wir kaum etwas über Femizide wir haben Zahlen zu (Ex)Partnerschaftsgewalt, die darüber hinaus stattfindenden Tötungen an etwa trans Frauen, Sexarbeiterinnen oder Be-woh-ne-r*in-nen in Lagern sind uns unbekannt, weil der Begriff des Femizids nicht implementiert ist. Marlene Pardeller, Berlin

Load-Date: August 30, 2023

Aufschub für Studenten-Flüchtlinge; Die rechtliche Benachteiligung von Drittstaatler*innen, die aus der Ukraine flüchten mussten, besteht weiterhin. Immerhin gibt der Senat ihnen nun erneut mehr Zeit, um ihr Bleiberecht zu verfestigen. Doch es gibt viele Hürden

taz, die tageszeitung

Freitag 17. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 1348 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: Die rechtliche Benachteiligung von Drittstaatler*innen, die aus der Ukraine flüchten mussten, besteht weiterhin. Immerhin gibt der Senat ihnen nun erneut mehr Zeit, um ihr Bleiberecht zu verfestigen. Doch es gibt viele Hürden

Body

Von Susanne Memarnia

Für 123 sogenannte Dritt-staat-ler*innen, die vor dem Ukrainekrieg nach Berlin geflohen sind und deren Fiktionsbescheinigung in diesen Tagen abgelaufen wäre, ist der Druck raus und sie können aufatmen: Der Senat hat am Dienstag einer Verlängerung ihres Bleiberechts um weitere sechs Monate zugestimmt. Damit haben diese Menschen nun mehr Zeit, um die Voraussetzungen für ein Studierenden- oder Arbeitsvisum zu erfüllen. Linken-Abgeordnete Elif Eralp, die bei den Verhandlungen zum Beschluss einbezogen war, zeigt sich gegenüber der taz erleichtert: Damit wird es bis auf Weiteres keine Ablehnungen für Drittstaatsangehörige und keine Ausweisungen geben. Sie sei sehr froh, dass wir das noch erreicht haben, bevor wir aus der Regierung fliegen.

Auch Vicky Germain, Vorstandsmitglied im **Migrationsrat** und Aktivistin im Bündnis CUSBU, das sich speziell um BIPoC-**Geflüchtete** aus der Ukraine kümmert (BIPoC ist die Abkürzung für Black, Indigenous and People of Colour), freut sich über den Beschluss: Das ist wirklich eine Erleichterung für die Betroffenen. Ohnehin sei der Umgang mit Dritt-staat-le-r*in-nen aus der Ukraine in Berlin deutlich besser als in anderen Bundesländern, sagt sie. Zwar gebe es auch beim Berliner Landesamt für Einwanderung (LEA) bisweilen problematische Einzelfall-Entscheidungen. Aber wir haben Ansprechpartner beim LEA, bei denen wir intervenieren können. Und es gibt immerhin ein geregeltes Verfahren. Dennoch, betont sie, hätten viele Menschen aus dieser Gruppe große Probleme, was Aufenthaltserlaubnis, Unterbringung und finanzielle Unterstützung angeht.

Dazu muss man wissen: Nicht-ukrainer*innen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet sind, werden rechtlich anders behandelt als Ukrainer*innen. Zu der Gruppe gehören vor allem Studierende aus afrikanischen und asiatischen Ländern in der Ukraine gab es zu Kriegsbeginn über 150.000 ausländische Studierende aus

Aufschub für Studenten-Flüchtlinge Die rechtliche Benachteiligung von Drittstaatler*innen, die aus der Ukraine flüchten mussten, besteht weiterhin. Immerhin gib....

zahlreichen Ländern. Dritt-staat-le-r*in-nen sind auch Mi-gran-t*in-nen, die dort teils seit Jahrzehnten als Arbeiter*innen, Angestellte oder Selbstständige lebten.

Laut Bundesinnenministerium haben etwa 29.000 der knapp eine Million Ukraine-Flüchtlinge in Deutschland eine andere Staatsbürgerschaft als die ukrainische. In Berlin dürften sich ein paar tausend Dritt-staat-le-r*in-nen aufhalten, genaue Zahlen gibt es nicht. CUSBU hat im vorigen Jahr 2.700 Beratungen mit Kli-en-t*in-nen aus 38 Ländern durchgeführt.

Rechtlich schlechter gestellt sind Dritt-staat-le-r*in-nen seit Inkrafttreten der EU- Massenströmrichtlinie Ende März 2022. Sie besagt, dass ukrainische Staats-bür-ge-r*in-nen eine Aufenthaltserlaubnis nach Paragraf 24 AufenthG bekommen womit ein gesicherter Aufenthalt, Sozialleistungen und Arbeitserlaubnis verbunden sind. Dritt-staat-le-r*in-nen bekommen den 24er-Aufenthalt nur unter bestimmten Voraussetzungen: etwa als Partner*in, Vater/Mutter ei-ne*r Ukrai-ne-r*in oder als Personen mit unbefristeter Niederlassungserlaubnis in der Ukraine. Jene, auf die dies nicht zutrifft, müssen individuell darlegen, warum eine sichere und dauerhafte Rückkehr in ihr Heimatland nicht möglich ist, um in den Genuss von Paragraf 24 zu kommen. Dies prüft das Bundesamt für Migration (BAMF), unterdessen haben die Personen in Berlin für ein Jahr eine Fiktionsbescheinigung bekommen.

Da diese Bescheinigung alle im vergangenen Herbst ausgegeben wurden, haben die Betroffenen doch bis kommenden Herbst einen legalen Aufenthalt. Entscheidungen des BAMF gibt es zu Berliner Fällen noch nicht. In anderen Bundesländern hat das Amt dagegen schon Anträge abgelehnt, und Dritt-staat-le-r*in-nen wurden zur Ausreise in ihr Heimatland aufgefordert.

Die dritte Möglichkeit für Nichtukrai-ne-r*in-nen auf legalen Aufenthalt ist ein Studierenden- oder Arbeitsvisum. Doch auch hier sind die Hürden hoch, bei Studierenden etwa ein Sperrkonto mit 11.000 Euro für die Sicherung des Lebensunterhalts, eine Studienplatzzusage oder zumindest ein vorbereitender Sprachkurs.

Daher haben die eingangs erwähnten 123 Dritt-staat-le-r*in-nen, die weder beim LEA erklärt haben, eine Rückkehr sei für sie unmöglich, noch die Vor-aussetzungen für ein Studentenvisum erfüllen, im vorigen Herbst eine Fiktionsbescheinigung für sechs Monate bekommen. Wie viele schon damals befürchtet hatten, haben sie es aber bislang nicht geschafft, die Voraussetzungen für ein Studierendenvisum zu erfüllen weshalb die Frist für sie nun verlängert wurde.

Wie viele Nichtukrai-ne-r*in-nen in Berlin derzeit versuchen, mit einer der anderen Möglich-keiten einen Aufenthalt zu bekommen, oder dies bereits erfolgreich getan haben, kann das LEA nicht sagen diese Daten würden nicht erhoben.

Fest steht: Einen legalen Aufenthalt zu erhalten ist für diese Gruppe schwierig. So verlangt das LEA, wie andere Ausländerbehörden auch, häufig die Vorlage von Dokumenten im Original, die auf der Flucht verloren gingen oder zurückgelassen werden mussten, etwa ukrainische Aufenthaltserlaubnisse oder Studienbescheinigungen. Manchen Menschen wird zugemutet, ins Kriegsgebiet zu reisen, um Papiere zu besorgen, auch wenn wir darauf hin-weisen, dass die erneute Einreise in die EU für diese Personen nicht gesichert ist , sagt Germain.

Schon seit Kriegsbeginn würden ukrainische Grenzbeamte Dritt-staat-le-r*in-nen oft nicht ausreisen lassen, wenn sie kein Schengen-Visum im Pass haben, berichtet die CUSBU-Leiterin. In letzter Zeit komme es zudem immer wieder zu Pushbacks auf der Seite Polens oder Ungarns, die Dritt-staat-le-r*in-nen nicht mehr in die EU hineinließen.

Ein weiteres Problem von BIPOC-Studierenden aus der Ukraine, die ihre Studiennachweise nicht mehr haben: Viele Universitäten verlangen Gebühren für die Zusendung von Unterlagen , erzählt Germain. Viele BIPOC-Studierende könnten daher keine Nachweise über ihre Zeit in der Ukraine erbringen und hätten entsprechend Probleme, hier einen Aufenthaltstitel zu erlangen oder weiter zu studieren.

Auch Elif Eralp von der Linken weiß um das Problem mit den fehlenden Dokumenten, nimmt jedoch das LEA in diesem Fall in Schutz. Dass bestimmte Unterlagen wie Identitätsnachweise und Aufenthaltserlaubnisse im Original

Aufschub für Studenten-Flüchtlinge Die rechtliche Benachteiligung von Drittstaatler*innen, die aus der Ukraine flüchten mussten, besteht weiterhin. Immerhin gib....

vorliegen müssen, seien Vorgaben des Bundesinnenministeriums. Das LEA hat da kaum Spielraum. Hierzu müsste der Bund eigentlich eine Vereinbarung mit der Ukraine treffen, etwa dass die ukrainische Botschaft auch für Drittstaatler*innen zuständig werde und dann die Dokumente besorge. Davon habe ich aber noch nichts gehört.

Ein weiteres Problem, das auch Ukrainer*innen haben, das aber aufgrund von Rassismus für BIPOCs bisweilen verschärft wird, ist die verzögerte Hilfe durch überlastete Behörden. So berichtet ein junger Mann aus Nigeria, der aus Angst vor Nachteilen für sein Aufenthaltsverfahren anonym bleiben möchte, der taz, dass er obwohl schon im Dezember in Tegel registriert seither nur einmal ein bisschen Geld vom Sozialamt bekommen habe. Immer wenn er dort vorspreche, verlangten die Mitarbeiter neue Unterlagen. Sie wollen uns Afrikanern nichts geben, ist er überzeugt. Auch auf seinen Termin beim LEA wartet er ungeduldig: Ohne Aufenthaltserlaubnis oder wenigstens eine Fiktionsbescheinigung kann er sich keine Arbeit suchen.

Auch Chrissy, eine nigerianische Studentin, die ebenfalls anonym bleiben möchte, wäre ohne Hilfe von Freunden und Bekannten schon lange aufgeschmissen. Im Dezember, berichtet sie, habe sie beim Sozialamt Treptow-Köpenick vorgesprochen: Die Sozialarbeiterin dort war von Anfang an sehr unfreundlich. Obwohl ich gesagt habe, dass ich keinen Cent mehr habe, wollte sie mir kein Bargeld geben. Die Überweisung dauere nur ein paar Tage, habe die Mitarbeiterin gesagt aber bis Februar habe sie nichts bekommen. Als sie wieder beim Amt vorsprach, erklärte dieselbe Frau, ihre Akte sei verloren gegangen, sie müsse den Antrag noch mal stellen.

Schließlich ging Chrissy zusammen mit Vicky Germain zum Amt, die eine Beschwerde verfasste. Jetzt nach über drei Monaten soll das Geld angeblich kommen.

In der Ukraine gab es zu Kriegsbeginn über 150.000 ausländische Studierende

Load-Date: March 16, 2023

Keine Zuflucht für Fulani in Ghana; Ghanas Regierung schiebt Flüchtlinge nach Burkina Faso ab. Das UNHCR fordert, sie solle das beenden

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 482 words

Byline: Katrin Gänsler

Highlight: Ghanas Regierung schiebt Flüchtlinge nach Burkina Faso ab. Das UNHCR fordert, sie solle das beenden

Body

Von Katrin Gänsler, Lagos

Die Fotos und kurzen Videos zeigen vor allem Frauen: einige tragen Babys auf dem Arm, andere halten Kleinkinder an der Hand. Ihren wenigen Besitz haben sie in große Plastiktaschen gepackt. Die Aufnahmen, die vor allem auf dem Kurznachrichtendienst Twitter zu sehen sind, stammen nach Angaben mehrerer Twitter-Nutzer:innen aus der Grenzregion von Ghana und Burkina Faso. Die Menschen darauf sind vor der anhaltenden Gewalt in Burkina Faso geflohen. Doch jetzt schiebt die ghanaische Einwanderungsbehörde sie offenbar ab.

Der Vorwand lautet: Unter den Flüchtlingen könnten sich Ter-ro-ris-t:in-nen befinden, Ghana müsse sich um seine Sicherheit sorgen. Die Geflohenen gehören der ethnischen Gruppe der Fulani im frankofonen Afrika Peul an. In verschiedenen Ländern Westafrikas, unter anderem Nigeria und Mali, wird ihnen eine Nähe zu regionalen Terrorgruppen vorgeworfen. Fulani-Vertreter:innen wehren sich seit Jahren vergeblich gegen diese Stigmatisierung.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat Ghanas Regierung unter Präsident Nana Akufo-Addo mittlerweile aufgefordert, die Abschiebungen zu beenden. Sie würden einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung darstellen, den die Genfer Flüchtlingskonvention festlegt. Der Grundsatz verbietet Ländern, Personen in Länder abzuschieben, in denen Leben und Freiheit gefährdet sind.

Rund 8.000 Menschen aus Burkina Faso haben in Ghana bisher Schutz gesucht. Burkina Faso selbst zählt mittlerweile mehr als zwei Millionen Binnenflüchtlinge. Laut UNHCR habe die ghanaische Flüchtlingsbehörde in der Region Upper East ein Aufnahmезentrum errichtet, um Geflüchtete aus der Grenznähe wegzubringen.

In der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas gilt eigentlich auch das 1979 beschlossene Protokoll zur Personenfreizügigkeit, zum Aufenthaltsrecht und zur Niederlassungsfreiheit. Es wird jedoch häufig verletzt.

Keine Zuflucht für Fulani in Ghana Ghanas Regierung schiebt Flüchtlinge nach Burkina Faso ab. Das UNHCR fordert, sie solle das beenden

Neben dem UNHCR kritisieren Interessenverbänden der Fulani die Abschiebungen. Der ghanaische Zweig von Tabital Pulaaku International sagt: Es ist besorgniserregend, wenn betont wird, dass die Menschen vor allem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit deportiert werden.

Ghanas Verteidigungsministerium geht darauf allerdings nicht ein. Der stellvertretende Verteidigungsminister Kwaku Amankwa-Manu sagte dem Radiosender Joy FM, auch Asyl-be-wer-be-r:in-nen müssten für die nationale Sicherheit überprüft werden. So seien kürzlich bei stillenden Müttern Munition und Waffen gefunden worden. Ihre wahren Absichten in Ghana sind unklar.

Dass Fulani im Sahel mit Terrororganisationen in Verbindung gebracht werden, hängt auch mit dem malischen Terroristen Amadou Koufa zusammen. Er gründete die Macina-Befreiungsfront, die 2017 Teil der al-Qaida nahestehenden Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime (JNIM) wurde. Koufas An-hän-ge-r:in-nen rekrutierten häufig Fulani.

Load-Date: July 18, 2023

End of Document

Im Moment nicht präsent ; Kiel widmet der Poetin Semra Ertan einen Platz

taz, die tageszeitung

Freitag 07. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 28

Length: 503 words

Byline: Alexander Diehl

Highlight: Kiel widmet der Poetin Semra Ertan einen Platz

Body

das wird

Interview Alexander Diehl

taz: Herr Viehöfer, ist der kommende Samstag ein guter Tag für Kiel?

Lothar Viehöfer: Es ist ein guter Tag, auf jeden Fall. Wir haben den langen Weg durch die Instanzen durchgehalten, und es wird eine Platzbenennung nach Semra Ertan geben. Das ist ja nicht selbstverständlich: Fast alle Straßennamen in Kiel beziehen sich auf einheimische Männer. Hier haben wir es mit einer Migrantin zu tun, mit einer Frau und Schriftstellerin, die auch in Kiel gelebt hat.

Wie präsent ist sie dort noch?

Wir haben einen Flyer in hoher Auflage hier im Stadtteil Friedrichsort verteilt, zweisprachig, um Semra Ertan bekannt zu machen. Ich habe ältere Mitbürger getroffen mit türkischem Hintergrund, da konnten sich einige wenige noch an sie erinnern – es ist ja alles sehr lange her. Ich selbst habe Semra 1974 zum ersten Mal getroffen, also fast vor einem halben Jahrhundert. Also: Nein, sie ist im Moment nicht präsent. Das wollen wir ja mit dieser Platzbenennung ändern.

Sie haben sie nicht durch die Dichtung, sondern als reale Person kennengelernt

Sie war damals ein gern gesehener Gast in unserem Mietshaus, in dem hauptsächlich Studenten lebten. Sie hat uns viel erzählt aus Mersin, ihrer Heimatstadt. Sie hat uns auch erzählt von der Fremdenfeindlichkeit, die ihr in Westdeutschland entgegengeblasen ist. Damals war sie 17 Jahre alt. Heute wissen wir, dass sie da schon die ersten Gedichte geschrieben hatte. Wir haben dann später, 1979, angefangen, in der Bürgerinitiativzeitung Spökenkieker Gedichte von ihr zu veröffentlichen.

Haben Sie ein Lieblingsgedicht von ihr?

Im Moment nicht präsent Kiel widmet der Poetin Semra Ertan einen Platz

Ja, klar, sogar mehrere! Ihre Gedichte sind alle zweisprachig erschienen, und bei Unheimlich glücklich hätte ich gedacht, es lässt sich nicht übersetzen, aber auch davon gibt es eine türkische Fassung. Vor allem mag ich auch das Gedicht, das den Buchtitel gestiftet hat, Mein Name ist Ausländer. Im Spökenkieker druckten wir es unter dem Titel Sie haben mich verkauft ab. Das war kurz nach Semras Tod.

Was geschieht am Samstag?

Es wird eine etwa eineinhalbstündige Veranstaltung. Unter anderem werden Semras Schwester, Zühal B I r-Meier, und ihre Nichte, Cana B I r-Meier, reden. Zwischendurch gibt es musikalische Darbietungen und vor allen Dingen natürlich Gedichtlesungen in Deutsch und auf Türkisch.

Für eine Ehrung Semra Ertans engagieren sich auch in Hamburg Menschen, wo sie zuletzt gewohnt hatte und sich das Leben nahm. Was würden Sie den Ak-ti-vis-t:in-nen in Hamburg raten?

Die Hamburger Initiative wird mit einer Delegation hier dabei sein. Sie hat, soweit ich weiß, viel mehr Gegenwind aus der Politik auszuhalten. Ein Rat? Wir haben von Anfang an darauf geachtet, dass wir nicht die Umbenennung einer Straße verlangen sondern eine Erstbenennung.

Lothar Viehöfer

promovierter Psychologe, Erwachsenenbildner, aktiv im MigrantInnenforum der Landeshauptstadt Kiel und beim runden Tisch gegen rechte Ecken in Friedrichsort.

Einweihung Semra-Ertan-Platz: An der Schanze/Ecke Falckensteiner Straße, Kiel, Sa, 8. 7., 13 Uhr

Load-Date: July 6, 2023

Keine Angst vor Abschiebung; Seit dem Beginn des Ukrainekriegs haben Hunderttausende russische Männer in der EU Zuflucht gesucht. Welche Möglichkeiten gibt es, legal nach Deutschland zu kommen? Kann Mobilmachung ein Asylgrund sein?

taz, die tageszeitung

Freitag 20. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 10

Length: 1651 words

Highlight: Seit dem Beginn des Ukrainekriegs haben Hunderttausende russische Männer in der EU Zuflucht gesucht. Welche Möglichkeiten gibt es, legal nach Deutschland zu kommen? Kann Mobilmachung ein **Asylgrund** sein?

Body

Interview Alina Danilina

Nach der Ankündigung der Mobilmachung im September 2022 verließen Hunderttausende Männer Russland, die von einer Einberufung zum sofortigen Dienstantritt oder einer Entsendung an die Front betroffen gewesen wären. Einige beantragten politisches **Asyl** in Deutschland nachdem sich in russischen Medien die Auskunft verbreitet hatte, dass die deutschen Behörden denjenigen Schutz gewähre, die nicht gegen die Ukraine kämpfen wollen. Ende Dezember brachte die Deutsche Welle einen Beitrag über fünf Russen, die vor der Mobilmachung geflohen und angeblich aus Deutschland abgeschoben worden waren. Darüber, ob das wirklich so gewesen ist, und was zukünftig mit russischen **Flüchtlings** in Deutschland passiert, hat die Novaya Gazeta mit dem Koordinator der Freiwilligenorganisation inTransit (aus Sicherheitsgründen soll sein Name hier nicht genannt werden; d. Redaktion) gesprochen. Ihre Mitarbeitenden helfen seit März 2022 russischen Kriegsgegnern bei der Ausreise und treten als Interessenvertreter gegenüber den bundesdeutschen **Asylbehörden** auf.

Im September verbreitete sich in russischen Medien Aussagen deutscher Politiker darüber, dass Deutschland bereit sei, denjenigen Russen **Asyl** zu gewähren, die vor der Mobilmachung fliehen. Inwieweit entspricht das den Tatsachen? Wie viele Menschen kamen vor diesem Hintergrund?

Viele dieser Aussagen wurden von der Presse nicht richtig interpretiert. Alle Organisationen, die Geflüchteten helfen und zum Thema politisches Asyl beraten, haben damals Richtigstellungen veröffentlicht. Tatsächlich gibt es in Deutschland noch keine Änderung beim Asylverfahren. Liest man die Aussagen der Politiker aufmerksam, merkt man schnell, dass sie ausschließlich Deserteure betreffen. Also Leute, die schon in der Ukraine gekämpft haben oder direkt aus ihrer Einheit geflohen sind. Wenn ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet wird, können sie sich in ihrem eigenen Land nicht mehr vor Verfolgung verstecken.

Keine Angst vor Abschiebung Seit dem Beginn des Ukrainekriegs haben Hunderttausende russische Männer in der EU Zuflucht gesucht. Welche Möglichkeiten gibt es, I....

Aber auch früher schon konnten Deserteure politisches Asyl beantragen, unabhängig von ihrem Herkunftsland. Nach Ankündigung der Mobilmachung gingen sehr viele Menschen nach Deutschland, um dort Asyl zu beantragen. Die meisten, bevor sie überhaupt eine Vorladung bekommen hatten. Mit Vorladung kamen deutlich weniger. Deserteure waren fast gar keine darunter, vielleicht ein Dutzend. Und viele von denen, die jetzt in Flüchtlingslagern leben, müssen gar kein Asyl beantragen, sondern können ihren Aufenthalt auf andere Weise legalisieren, mit deutlich weniger Aufwand, zum Beispiel als IT-Spezialisten oder Freiberufler. Die meisten Verfahren derjenigen, die politisches Asyl beantragt haben, befinden sich noch immer in der Schwebe und die Betroffenen haben sich noch nicht einmal an Menschenrechtsorganisationen gewandt.

Gleichzeitig schlugen deutsche Politiker vor, die Mobilmachung als weiteren Grund für den Erhalt von politischem Asyl anzusehen.

Wenn also jemand politisch verfolgt wird, und wenn er außerdem eine Vorladung bekommen hat oder das Risiko der Mobilmachung besteht, kann das theoretisch die Chancen auf eine Anerkennung erhöhen.

Aber kein deutscher Politiker hat gesagt: Lasst uns alle als politische Flüchtlinge anerkennen, die theoretisch unter diese Mobilmachung fallen könnten. Das beträfe 70 Prozent der männlichen Bevölkerung Russlands, plus diejenigen Frauen mit Berufen, die ebenfalls von der Mobilisierung betroffen sind. Aus Sicht der deutschen Behörden, die diese Asylanträge bearbeiten, ist eine Vorladung zum Wehramt nichts, wovon man sich nicht auch in seinem eigenen Land verstecken könnte. Man kann den Ort, an dem man gemeldet ist, verlassen und woanders wohnen, sich als Zivildienstleistender melden oder einfach nicht ins Wehramt gehen.

Was wissen Sie über diejenigen, die vor der Mobilmachung geflohen sind und jetzt angeblich aus Deutschland abgeschoben wurden? Ist das überhaupt möglich?

Fangen wir erst mal damit an, dass es in Deutschland verschiedene Möglichkeiten gibt, Asyl zu beantragen. Nicht alle garantieren einem aber, dass man auch im Land bleiben kann. Man kann aus einem visafreien Land per Flugzeug kommen und dann beim Umsteigen in Deutschland am Flughafen Asyl beantragen. Das ging früher, wenn man kein Schengenvisum hatte. Aber seit Beginn der Mobilmachung funktioniert das aufgrund des hohen Zustroms von Russen immer weniger.

Russische Staatsbürger, die jetzt versuchen, aus einem visafreien Land mit Umstieg in einem EU-Land in ein anderes visafreies Land zu fliegen, lässt man in Kasachstan, der Türkei oder Serbien oft gar nicht mehr an Bord des Flugzeugs. Das Geld für das Flugticket wird ihnen dann erstattet.

Die zweite Möglichkeit ist, mit einem Schengenvisum in die EU einzureisen und um Asyl zu bitten. Um aber wirklich genau in Deutschland Asyl beantragen zu können, ist es sehr wichtig, auch ein deutsches Schengenvisum zu haben. Schwierig dabei ist, dass die seit März 2022 nur noch selten erteilt werden. Wenn man in Deutschland mit einem Visum eines anderen Landes Asyl beantragt, greift die sogenannte Dublinverordnung, die die Zuständigkeit der EU-Länder für Asylanträge regelt. Sie wurde erlassen, damit nicht ein und dieselben Menschen in mehreren Ländern gleichzeitig Asyl beantragen. Für den Antragsteller ist also nur ein Land zuständig das, das ihm das Einreisevisum erteilt hat, oder das, in dem er zuerst die EU betreten hat.

Wenn Menschen in Deutschland Asyl beantragen, und sie zu Beispiel ein französisches Schengenvisum haben, ein spanisches, polnisches, finnisches oder aus irgendeinem anderen Land, werden sie meist in dieses Land zurückgeschickt. Und das ist dann keine Abschiebung, weil der Antragsteller auf EU-Gebiet bleibt. Dieses Verfahren existiert schon seit vielen Jahren. Und genau das ist mit einem Teil der Russen passiert, die nach dem Beginn der Mobilisierungskampagne in der Bundesrepublik Asyl mit Visa anderer Länder beantragt hatten. Es gab keine Sonderregelungen für Russen, die vor der Mobilmachung geflohen waren. Generell kann man sagen, dass es sich nicht lohnt, sich vor einer Abschiebung nach Russland aus einem EU-Staat zu fürchten, weil das praktisch nicht passiert.

Sind Menschenrechtsaktivisten mit deutschen Behörden im Gespräch darüber, wie man die Chancen für Menschen, die Russland im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine verlassen wollen, vergrößern kann?

Keine Angst vor Abschiebung Seit dem Beginn des Ukrainekriegs haben Hunderttausende russische Männer in der EU Zuflucht gesucht. Welche Möglichkeiten gibt es, I....

Natürlich. Alle Hilfsinitiativen und alle Menschenrechtsorganisationen versuchen, sich auf verschiedenen Ebenen für die Interessen dieser Menschen einzusetzen. Alle haben eigene Kontakte. Die Zusammenarbeit aller Organisationen bringt auch Ergebnisse. Hilfe für Asylbewerber leisten deutsche Menschenrechtsorganisationen, die schon lange auf diesem Gebiet tätig sind. Zurzeit gibt es keine russischen Initiativen oder Organisation, die sich ausschließlich mit politischem Asyl für Russen in Deutschland beschäftigen. Meistens geht es bei ihnen um eine Interessenvertretung zu verschiedenen Themen Asyl, humanitäre Visa, weil beides mit dem Schutz von Verfolgten zusammenhängt.

Neben unserem Engagement für humanitäre Visa sprechen wir mit Vertretern des Bundestags darüber, dass es für Deserteure sehr schwierig ist, überhaupt nach Deutschland zu kommen. Denn sie haben meistens gar keine Reisepässe. Viele stehen auf internationalen Fahndungslisten, sie brauchen Hilfe. Es ist absolut notwendig, die Menschen aus den Ländern herauszuholen, in denen ihnen wirklich eine Abschiebung nach Russland drohen kann.

Wie reagieren die deutschen Behörden auf diese Informationen?

Verschiedene Politiker und Vertreter verschiedener Parteien haben sich die Probleme angehört und versuchen, über Lösungsmöglichkeiten nachzudenken. Aber es ist wichtig zu wissen, dass Deutschland nicht innerhalb weniger Tage oder Wochen Gesetze oder Asylverfahren ändern kann. In diesem Land brauchen bestimmte Prozesse viel Zeit, weil es notwendig ist, dass alle zustimmen, dass alle Aspekte des Problems beleuchtet werden. Deshalb gibt es hier keine Lobbyarbeit mit schnellem Ergebnis.

Und dass Deutschland alle aufnimmt, die der Mobilmachung entkommen sind, kann keine halbwegs klar denkende Menschenrechtsorganisation fordern. Das ist unmöglich, weil wir hier von mehreren Hunderttausend Menschen sprechen. Das deutsche Sozialsystem hat schon mit der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten eine große Last auf sich genommen. Die Übergangslager sind voll, die sozialen Ressourcen in den Bundesländern sind nicht unendlich. Viele ukrainische Geflüchtete fahren in die Ukraine zurück, weil sie in Deutschland keine adäquate Unterkunft und Unterstützung finden. Wir verstehen sehr gut, dass es in dieser Situation merkwürdig wäre, anzunehmen, dass Deutschland bereit wäre, noch Hunderttausende weitere Menschen aus Russland aufzunehmen. Und das nur auf Grundlage dessen, dass diese Menschen theoretisch unter die Mobilmachung fallen oder eine Vorladung bekommen haben.

Was raten Sie im Hinblick auf eine weitere Welle der Mobilmachung?

Zuallererst sollte man sich einen Reisepass besorgen, ein beliebiges Schengenvisum (Spanien, Frankreich, Griechenland), sich einen Plan machen und Geld zusammenkratzen, weil es keine einzige Organisation gibt, die vor der Mobilmachung Flüchtenden finanziell über einen mehrmonatigen Zeitraum helfen könnte. Man kann Russland verlassen, versuchen, in einem visafreien Land Fuß zu fassen, und aufmerksam alle existierenden Visaarten prüfen die verschiedenen nationalen Visa der Bundesrepublik Deutschland und anderer europäischer Länder. Wenn man einen gefragten Beruf hat, Berufserfahrung oder einen Studienwunsch, ist das besser, als Asyl zu beantragen. Nur wegen der Mobilmachung ein Asylverfahren zu durchlaufen, kann ein Jahr lang dauern ein Jahr voller starker psychischer Belastung , an dessen Ende dann vielleicht die Ablehnung steht.

Das deutsche Sozialsystem hat schon mit der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten eine große Last auf sich genommen

Load-Date: January 19, 2023

Dieser Beruf ist gefährlich genug ; Feuerwehrmann Baris Coban ist entsetzt über die Angriffe in der Silvesternacht. Es seien Jugendliche mit Migrationsgeschichte gewesen, sagt der Enkel eines türkischen Gastarbeiters. Allerdings hätten Migranten auch fantastisch bei der Rettung von Menschen geholfen. Beides hat er den Medien berichtet, gesendet wurde nur die Hälfte

taz, die tageszeitung

Samstag 14. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: STADTLAND; S. 50,51

Length: 2621 words

Byline: Kaija Kutter

Highlight: Feuerwehrmann Baris Coban ist entsetzt über die Angriffe in der Silvesternacht. Es seien Jugendliche mit **Migrationsgeschichte** gewesen, sagt der Enkel eines türkischen Gastarbeiters. Allerdings hätten **Migranten** auch fantastisch bei der Rettung von Menschen geholfen. Beides hat er den Medien berichtet, gesendet wurde nur die Hälfte

Body

Interview Kaija Kutter Fotos Sophie Kirchner

wochentaz: Herr Coban, leben Sie in Berlin?

Baris Coban: Ich wohne im Umland, bin aber in Berlin der Feuerwache Neukölln zugeordnet. Das ist für mich keine weite Strecke: so 15 Minuten. Ich war schon als Kind mit meinen Eltern rausgezogen, aber ich arbeitete immer in Berlin und ging hier auch zur Schule.

Sie berichteten der RBB- Abendschau über Ihren Einsatz an Silvester?

Genau.

Da stoppte eine Barrikade Ihr Feuerwehrauto. Mögen Sie davon erzählen? Sofern es Sie nicht zu sehr belastet.

Wir haben es jetzt schon so einigermaßen verdaut alles gut. Wir fuhren an dem Abend diverse Einsätze, und als wir einen abgearbeitet hatten und zurück auf der Wache waren, kam die Meldung zum brennenden Bus in der Sonnenallee. Da waren Menschen in Gefahr, weil der unter einer Hochhausbrücke stand. Da zog Rauch rein, und die Bewohner waren noch drin. Und auf dem Weg fuhren wir halt durch eine Seitenstraße.

Dieser Beruf ist gefährlich genug Feuerwehrmann Baris Coban ist entsetzt über die Angriffe in der Silvesternacht. Es seien Jugendliche mit Migrationsgeschichte

Das war die Schudomastraße in Neukölln?

Ja, Ecke Braunschweiger Straße. Und da sahen wir eine brennende Barrikade vor uns: Irgendwelche massiven Müllcontainer, eine Couch. Was das genau war, habe ich erst im Nachgang gesehen, als wir noch mal im Tageslicht dort waren. Es brannte lichterloh.

Sie mussten das löschen?

Nein. Das stand mitten auf der Kreuzung, und wir kamen nicht durch. Und als wir ausstiegen, um zu löschen und das beiseite zu ziehen, kam dieser Mob an Menschen aus dem dunklen Nichts. Und dann flogen auch schon Steine, Flaschen und Pyrotechnik auf uns.

Was für Pyrotechnik? Auch Raketen?

Es hat halt alles nur geknallt. Es schossen viele mit Schreckschusspistolen. Da flogen Raketen in unsere Richtung. Es war eine Menge Pyrotechnik und definitiv mehrere Schreckschusspistolen auf uns gerichtet.

Hörten Sie, was die Leute sagten?

Man hört da nicht viel. Es war super laut durch die Knaller. Wir hatten relativ schnell alle Tinnitus, weil diese Dinger direkt neben unseren Köpfen einschlugen. Glücklicherweise wurde keiner von uns getroffen.

Wenn Sie Tinnitus hatten, wie konnten Sie sich verständigen?

Gar nicht. Das ging nur mit Anschreien und mit Körpersprache. Eigentlich reichten fast unsere Blicke. Es war halt eine sehr hektische Situation.

Wie viele sind Sie in einem Löschzug?

Sechs, wobei der Fahrer am Steuer bleibt. Wir stiegen zu fünft aus. Es war halt sehr unübersichtlich. Die ganze Situation fühlte sich an wie zwanzig Minuten. In der Realität waren es zwei oder drei.

Was machten Sie dann?

Wir fingen zu löschen an, hielten aber nur ganz kurz mit Wasser drauf. Aber das war nicht effektiv, und wir mussten aufpassen, dass wir uns gegenseitig nicht aus den Augen verlieren und aufeinander achtgeben. Da ordnete unser Zugführer den Rückzug an. Ich sprach noch einen jungen Mann an. Ich konnte gar nicht begreifen, dass uns da Leute angreifen. Ich guckte mich noch mal um: Meinen die uns? Oder bekriegen die sich, und wir sind nur zwischen den Fronten? Aber es war tatsächlich gegen uns.

Was sagte der junge Mann?

Ich fragte ihn, was das ganze soll? Aber der hat uns gleich super beleidigt. Hurensöhne , Ihr Wichser , Was willst du eigentlich von mir? . Es war nur ein kurzer Wortabklatsch, und dann flogen wieder die nächsten Dinge. Der suchte wirklich Streit, und hinter ihm standen auch schon wieder zehn, zwanzig Leute.

Sie sagten im RBB, das wären keine Linksautonomen, sondern Jugendliche mit Migrationshintergrund.

So hab ich das gesagt und auch wahrgenommen. Das zeigen ja auch die Bilder und ich arbeite nicht erst seit gestern in diesem Bezirk. Die waren zum Teil vermummt, aber ein Großteil eben nicht.

Sie sagten, dass Sie selber Migra-tions-hintergrund haben und Ihr Leben lang gegen Vorurteile ankämpfen.

Es ist beschämend für einen wie mich, der ich ein Leben lang versuche, eine gute Integrationskultur zu führen, dass ich so etwas erleben muss.

Dieser Beruf ist gefährlich genug Feuerwehrmann Baris Coban ist entsetzt über die Angriffe in der Silvesternacht. Es seien Jugendliche mit Migrationsgeschichte

Wie war die Geschichte ihrer Familie?

Mein Opa kam in den 70ern als Gastarbeiter nach Deutschland. Später holte er seine Familie aus der Türkei nach. Meine Eltern wuchsen hier auf, ich bin hier geboren und groß geworden. Natürlich kämpft man oft mit Vorurteilen, wenn man Migrationshintergrund hat. Ich versuche mein Leben lang dagegenzuhalten.

Was für Vorurteile begegnen Ihnen?

Schon, dass ich jetzt, wo ich diese Interviews gab, oft gelobt wurde, wie toll ich spreche. Das fühlt sich komisch an. Warum sollte ich das nicht können? Das ist auch eine Art Vorurteil.

Wie ging diese Nacht weiter?

Mir ist noch mal wichtig zu sagen, dass diese Angriffe geplant waren. Man wollte uns verletzen. Man hat gewartet, bis wir aus dem Löschfahrzeug steigen, um uns zu attackieren. Und das war nicht nur an einem Punkt in Neukölln so. Das haben zeitgleich die Kollegen in Kreuzberg ein paar Straßen weiter erlebt und Rettungswagen von uns auch am anderen Ende Neuköllns. Es waren diverse solcher Barrikaden aufgebaut.

Gezielt gegen die Feuerwehr?

Ich weiß es nicht. Am Ende schossen die Jungs und Mädels, na ja, größtenteils Jungs auf alles, was sich bewegt. Pkws, Taxen, Busse. Wir packten unsere Sachen schnell ins Löschfahrzeug, stiegen ein und guckten uns an, ob alles in Ordnung ist. Keiner war verletzt. Da atmeten wir schon mal durch, aber es war keine Zeit, das sacken zu lassen. Wir mussten ja immer noch zu einer Menschenrettung.

Fuhren Sie einen anderen Weg?

Nein, wir hatten die Barrikade etwas beiseite geräumt, sodass wir da durch konnten, damit wir nicht die Straße rückwärts fahren mussten. Das hätte zu lange gedauert.

Also Augen zu und durch?

Es brannte immer noch. Das gibt es sonst nicht, dass man als Feuerwehr einen Brand verlässt. Das war merkwürdig und unangenehm. Wir machten uns auch Gedanken: Fahren wir jetzt hier weiter, hält in drei Minuten das nächste Löschfahrzeug an derselben Stelle, weil es da brennt und denen passiert das Gleiche?

Konnten Sie das nicht melden?

Im Prinzip ja. Aber es war da gerade sehr, sehr viel los, sodass wir da nichts kommunizieren konnten. Wir fuhren zur Sonnenallee, und da sprach unser Zugführer auch die Polizisten an und sagte, was uns passiert ist.

Wie war die Lage am Bus?

Der Bus wurde gerade von anderen Kollegen gelöscht. Die erzählten uns später, dass sie auch beschossen wurden und erst auf Polizeischutz warten mussten. Dieser Bus stand aber sehr ungünstig unter diesem Wohngebäude, dass dort über die Sonnenallee gebaut ist. Brennt ein Bus, produziert der unfassbar viele Rauchgase, und die sind in die Wohnungen darüber gezogen. Da befindet sich unter anderem betreutes Wohnen mit alten Menschen, die teils auch gehbehindert waren. Unsere Aufgabe war, die Wohnungen zu räumen und zu kontrollieren, dass niemand mehr drin ist oder an diesen Rauchgasen erstickt ist. Als wir das Haus betraten, war unten schon eine große Traube an Bewohnern. Da hatten Leute mit Mi-gra-tions-hintergrund erwachsene Männer die Leute in Sicherheit gebracht und der Polizei geholfen. Diese Anwohner haben eine fantastische Arbeit geleistet.

Die holten die Alten aus den Wohnungen?

Die hatten die Leute mit den Rollstühlen in einen sicheren Bereich gebracht. Die nahmen uns auch in Empfang und sagten: So, ihr müsst da in die vierte, fünfte Etage, wo sie noch nicht waren. Mir ist das ganz wichtig: Es waren

Dieser Beruf ist gefährlich genug Feuerwehrmann Baris Coban ist entsetzt über die Angriffe in der Silvesternacht. Es seien Jugendliche mit Migrationsgeschichte

Leute mit Migrationshintergrund, die, während wir beschossen wurden, zwei Kilometer weiter fantastische Arbeit leisteten.

Es leben in Neukölln viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Es gibt sehr viele erfolgreiche Geschichten der Integration, ohne die eigene Kultur aufgeben zu müssen.

In einem Silvester-Video sagt ein junger Mann: Ich habe Krieg erlebt. Das war für mich normal. Es war ein bisschen Heimatgefühl.

Nach meinem Eindruck waren das keine Kriegsflüchtlinge. Es waren junge Leute in der dritten, vierten Generation hier geboren und aufgewachsen. Wir waren ja am nächsten Tag mit diesem Kamerateam in der Sonnenallee. Und als die ihre Kameras eingepackten, kamen Jugendliche an, die uns stolz ihre Videos zeigten. Ihr wollt wissen, was hier passiert ist? Guck, ich zeige dir mal ein paar Videos. Das war schon prahlerisch.

Ein anderer junger Mann sagte: Ich bekam mit, wie hier die Feuerwehr beschossen wurde. Und ich fand das ganz furchtbar. Und ich habe die Jungs alle weggezogen und denen gesagt: Man schießt nicht, wo man isst. Das war sein Problem. Dass die Jungs dieses Chaos vor der eigenen Haustür betreiben. Das war seine Motivation zu sagen: Wir beschießen jetzt nicht die Feuerwehr. Und der hat versucht, diesen Mob aufzulösen. Das waren halt Jungs, die da selber wohnen.

Sie sagten, früher war nur das rote Auto mit blauem Blinklicht die Zielscheibe und diesmal der Mensch in Uniform. Seit wann kennen Sie diese Übergriffe?

Schwer zu sagen. Jeder Feuerwehrmann erlebt Situationen, wo es handgreiflich wird. In der Regel sind das psychisch Kranke, die sich nicht steuern können.

Berichte zu Silvester-Angriffen auf Feuerwehr gab es schon 2016.

Ich glaube, vieles hat damit zu tun, dass heute Handyvideos entstehen. Das ist Fluch und Segen zugleich. Fluch, weil die wie Trophäen benutzt werden und Segen, weil einem sonst keiner glauben würde, was dieses Silvester passierte. Die Videos sind sehr eindrücklich.

2019 gab es erste böllerfreie Zonen. Sollte es ein Böllerverbot geben?

Nein. Das Ganze würde sich nur ver-lagern, weil es ein gesellschaftliches Problem ist. Auf uns flogen nicht nur Böller. Das waren Steine und Flaschen. Das waren auch keine kleinen Böller vom Discounter, die nur puff machen, sondern heftigere Sachen, teils aus dem Ausland. Man muss ergründen, wo diese Hemmungslosigkeit herkommt.

Wir feierten Sie früher Silvester?

Auch ich habe Unfug betrieben als Jugendlicher, aber niemals in der Dimension, dass ich wen verletzen wollte. Ich habe vielleicht mal einen Briefkasten demoliert, was man nicht hätte tun sollen. Mit nem kleinen Discounterböller.

Eine Rakete sieht toll aus. Den Böller wirft man, um andere zu foppen.

Der Böller ist nicht das Problem. Da in der Sonnenallee mussten wir noch einen Laden löschen, und während uns die Polizisten den Rücken freihielten, schlugen Jugendliche die Scheibe ein und steckten das Ding mit Raketen in Brand. Als wir aus diesem Hochhaus kamen und durchatmen wollten, mussten wir diesen Laden löschen. Und als wir damit fertig waren, flog drei Straßen weiter etwas in die Luft. Man sah es nur noch leuchten am Himmel. Es hat richtig gebebt. Das sind schon möglicherweise selbstgebaute Bomben.

Ein Böllerverbot hilft nicht?

Nein. Das sind zwei verschiedene Themen. Während ich arbeitete, war meine Familie zu Hause. Die starteten mit den Nachbarn auch ein kleines Feuerwerk. Das lief alles ist ganz gesittet ab. Die hatten Spaß, haben

Dieser Beruf ist gefährlich genug Feuerwehrmann Baris Coban ist entsetzt über die Angriffe in der Silvesternacht. Es seien Jugendliche mit Migrationsgeschichte

verantwortungsvoll geknallt und das schön gemacht. Das ist für die Kinder ja ein Highlight. Das wurde eben in Neukölln komplett missbraucht. Ein Böller knallt nur. Aber wenn ihn jemand nimmt und auf uns schmeißt, ist das ein Unterschied.

Es gab fünfzehn verletzte Feuerwehrleute. Wissen Sie, wie es denen geht?

Nein, ich kenne die auch nicht. Man darf nicht vergessen: Das sind 15 Kollegen, die bei Ausübung ihres Jobs nicht durch Brände-Löschen verletzt wurden, sondern durch Angriffe. Der Beruf des Feuerwehrmanns ist gefährlich genug. Hat man dann als Gefahr auch noch die Menschen ringsherum, weiß ich nicht, wohin das führen soll. Darauf, dass wir in einen Hinterhalt geführt werden, sind wir nicht geschult.

Wie kamen Sie zur Feuerwehr?

Ich war drei Jahre im Rettungsdienst im Umland, bevor ich in Berlin zur Feuerwehr kam. Ich wollte das, seit ich laufen und denken kann. Und tatsächlich war auch immer die Feuerwache Neukölln mein Ziel. Auch schon als Kind.

Echt? Wie kommt das?

Wir fuhren halt immer zu einem türkischen Supermarkt, immer an der Wache vorbei. Und mein Vater musste einen Bogen fahren, damit ich die aus dem Autofenster bestaunen konnte. Da gab es auch eine Serie, Alarmcode 112, das lief auf ARD. Die hab ich geguckt.

Daher kam Ihre Idee dieses Berufs?

Also ich trat schon mit zwölf in die Jugendfeuerwehr ein und bekam relativ schnell ein realistisches Bild von der Arbeit. Ich wusste, dass ein Großteil meines Jobs im Rettungsdienst stattfinden wird und nicht nur auf dem Löschfahrzeug beim Brände löschen.

Sie fahren auch Menschen ins Krankenhaus.

Genau. Als Feuerwehrmann ist man universell einsetzbar. Man fährt Rettungswagen, Notarzt-, Drehleiter- oder Löschfahrzeuge. Jeden Tag was anderes. Und da ich eine Ausbildung als Notfallsanitäter habe, arbeite ich 80 Prozent meiner Arbeit im Rettungsdienst und 20 Prozent auf dem Löschfahrzeug. Deswegen war es eigentlich ein Highlight, in der Silvesternacht mal wieder auf einem Löschfahrzeug zu sein.

Wie ist die Belastung? Wird es ist schwieriger mit den Jahren?

Ja, aufgrund der Dichte der Alarme. Definitiv. Die Alarmzahlen gingen in den letzten Jahren exorbitant in die Höhe. Uns fehlt Personal, und es ist extrem belastend. Tut man nicht bald was dagegen, stehen junge Leute wie ich das nicht bis zur Pension durch.

Wie alt sind Sie denn?

Ich bin 34 Jahre und arbeite jetzt seit fünfzehn Jahren im Schichtdienst. Ich merke körperlich, wie der einen verändert: psychisch und physisch. Die Hälfte meiner Dienste findet nachts statt. Und wir arbeiten im 12-Stunden-Dienst, also immer von sieben bis sieben Uhr, in einer 44-Stunden-Woche.

Der Feuerwehrverband schrieb 2013, man habe wenige Migranten. Nötig sei eine interkulturelle Öffnung.

Das ist etwas, was auch die Berliner Feuerwehr sehr unterstützt. Ja, und deswegen auch meine Botschaft an die Jugendlichen, die nichts mit sich anzufangen wissen: Sie können sich gerne bei uns bewerben.

Was muss passieren, damit Sie Silvester 2023 gern zum Dienst gehen?

Dieser Beruf ist gefährlich genug Feuerwehrmann Baris Coban ist entsetzt über die Angriffe in der Silvesternacht. Es seien Jugendliche mit Migrationsgeschichte

Ich wünsche mir, dass das, was dieses Silvester passierte, nicht noch einmal vorkommt. Was genau jetzt passieren muss, da müssen sich Entscheidungsträger Gedanken machen. Wir haben es thematisiert.

Sie sagen, Sie traten eine Debatte los. Machen Sie sich Gedanken, dass die Rechten Stimmung gegen junge Migranten machen?

Ich bin in dieser Social-Media-Welt nicht so aktiv. Mir wurde aber berichtet, dass ich da über üble Hashtags verlinkt werde. Deswegen ist mir bei meiner Erzählung ganz wichtig, dass es eben auch jene mit Migrationshintergrund gab, die in der High-Deck-Siedlung Leben retteten. Ich mache mir schon Gedanken. In diesem Interview im RBB habe ich einfach frei erzählt. Ich hatte auch das Positive erwähnt und von den Menschen im Hochhaus erzählt, aber das wurde nicht mitgesendet.

Sie reden als Gewerkschaftler der Feuer-wehr? Wie wurden Sie das?

Wenn man die Ausbildung bei der Berliner Feuerwehr startet, wird man quasi schon am ersten Tag von den Gewerkschaften abgefangen. Und tatsächlich wird man erst mal Mitglied, weil man eine schöne Dienstrechtsschutzversicherung hat. Und natürlich, man merkt, wie die Gewerkschaft sich für unsere Probleme einsetzt.

Ein Böllerverbot hilft nicht, das sind verschiedene Themen. Ein Böller knallt nur. Aber wenn ihn jemand nimmt und auf uns schmeißt, ist das ein Unterschied

Baris Coban

Der Mensch

Baris Coban, 34, ging schon mit 12 Jahren zur Jugendfeuerwehr, machte nach der Schule eine Ausbildung zum Rettungsassistenten und anschließend zum Feuer-wehr-mann und Notfallsanitäter. Er wohnt bei Berlin und arbeitet auf der Feuerwehrwache Neukölln. Nach Silvester schilderte er seine Eindrücke im Regional-fern-sehen. Auszüge seines Berichts machten die Runde durch soziale Medien, wo er von Rechten instrumentalisiert wird. Zuletzt war er als Einspieler im Silvester-Krisen-Talk bei Maisch-berger zu sehen.

Die Sache

Die Berliner Feuerwehr dokumentierte Silvester bei mindestens 38 Einsätzen Angriffe, unter anderem mit Knallern und Raketen. Sie beklagt 15 Verletzte, bei der Polizei waren es 18. Die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft Berlin-Brandenburg fordert als eine Konsequenz Videokameras an den Einsatzfahrzeugen.

Load-Date: January 13, 2023

Kein Bock auf Vielfalt; Wer kein Deutsch spricht, wird in Berliner Behörden schon mal weggeschickt. Eine Form der Diskriminierung, die fatale Konsequenzen haben kann

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 777 words

Byline: Marie Frank

Highlight: Wer kein Deutsch spricht, wird in Berliner Behörden schon mal weggeschickt. Eine Form der Diskriminierung, die fatale Konsequenzen haben kann

Body

Von Marie Frank

Mit Ämtern ist es oft so eine Sache: Selbst für deutsche Mut-ter-sprach-le-r*in-nen ist Behördensprache häufig schwer zu verstehen. Doch was, wenn die Betroffenen kein Deutsch sprechen? Berlin hat den Anspruch, eine weltoffene und vielfältige Stadt zu sein, das steht auch so im Koalitionsvertrag, sagt Karsten Krull von der Fachgruppe Migration der Landesarmutskonferenz (LAK) am Dienstag. Die Realität ist unserer Erfahrung nach leider eine ganz andere.

Die LAK wirft den Berliner Ämtern Diskriminierung von EU-Bürger*innen vor. Größtes Problem sei dabei die Sprache. Menschen werden weggeschickt, weil sie kein Deutsch sprechen, sagt Krull. Zwar sei Diskriminierung aufgrund von Sprache verboten, passieren würde das trotzdem immer wieder.

Mit teilweise fatalen Konsequenzen: Ahmed Ahmed ist gebürtiger Bulgare und auf der Suche nach Arbeit mit seiner Frau und seinen drei Kindern in diesem Jahr nach Berlin gekommen. Einen Job als Reinigungskraft habe er schnell gefunden, erzählt er am Dienstag mithilfe einer Dolmetscherin. Doch weil bei den Bekannten, bei denen sie zunächst untergekommen waren, auf Dauer kein Platz für die fünfköpfige Familie war und sie auf dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt keine Wohnung fanden, wandte er sich an das Bezirksamt. Das ist nach dem Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) verpflichtet, Menschen bei drohender oder bestehender Obdachlosigkeit unterzubringen.

Also ging Ahmed mit dem ausgefüllten ASOG-Antrag zum Sozialamt. Doch statt Hilfe zu bekommen, wurde der 24-Jährige wieder weggeschickt. Mir wurde gesagt, dass ich wegen der Sprachbarriere keine Beratung bekommen kann, erzählt er. Zwei Wochen hätten er, seine Frau und die drei Kinder im Alter von zwei, sechs und sieben Jahren daraufhin auf der Straße gelebt, bis sie jemanden fanden, der für die Familie übersetzt. Mittlerweile wohnen

Kein Bock auf Vielfalt Wer kein Deutsch spricht, wird in Berliner Behörden schon mal weggeschickt. Eine Form der Diskriminierung, die fatale Konsequenzen haben

sie in einem Wohnheim, zwar zu fünft in einem Zimmer, aber besser als gar nichts. Doch das Gefühl bleibt: Wir fühlen uns in Deutschland unerwünscht.

Ähnlich geht es Maria Coelho. Hätte ich gewusst, dass es hier so große Probleme mit der Sprache gibt, wäre ich gar nicht hergekommen , sagt die gebürtige Portugiesin auf Englisch. Ob im Kontakt mit dem Ordnungsamt oder der Polizei, sobald sie frage, ob jemand Englisch spricht, werde abgewunken. Als sie dann ihren Job beim Liefersdienst Gorillas verlor und sich bei der Agentur für Arbeit meldete, sei es noch schlimmer geworden.

Mir wurde gesagt: Wir sind in Deutschland, wir sprechen hier Deutsch , erzählt Coelho. Die Mitarbeiterin habe sich geweigert, mit ihr Englisch zu sprechen, und sie mit der Aufforderung, mit jemandem wiederzukommen, der Deutsch spricht, weggeschickt. Es gab nicht mal die Bemühung, mir zu helfen, nur Feindseligkeit. Auch Coelho habe das Gefühl, sie sei eine Bürgerin zweiter Klasse.

Ourania Kyriakopoulou ist Rechtsanwältin und kennt solche Fälle aus ihrer Arbeit beim Berliner Beratungszentrum für Migration und gute Arbeit (Bema) sehr gut. Selbst wenn die Mitarbeiter in den Behörden dieselbe Sprache sprechen, wird es ihnen untersagt, weil die Amtssprache ja Deutsch sei , berichtet sie. Zwar gibt es durchaus Dol-met-sche-r*in-nen in den Behörden, diese haben laut LAK jedoch teils lange Vorlaufzeiten oder würden einfach nicht eingesetzt. Das führe dazu, dass Menschen ihre Rechtsansprüche nicht durchsetzen können.

Das ist auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels problematisch. Das Behördenhandeln ist ein Einwanderungshindernis, weil es durch seine Einsprachigkeit das Ankommen erschwert , sagt Dirk Heinke, der als Sozialberater bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) arbeitet. Mi-gran-t*in-nen werden auf dem Arbeitsmarkt jedoch dringend gebraucht. Bereits jetzt hat mehr als je-de*r dritte Ber-li-ne-r*in Migrationshintergrund, die meisten davon kommen aus EU-Ländern. Es gibt bei den Behörden kein Verständnis dafür, dass wir in einer vielfältigen Stadt leben. Sie sehen die Bringschuld nur bei den Zuwanderern , sagt Heinke.

Dabei ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung erklärtes Ziel der Berliner Regierung auch unter Schwarz-Rot. Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU eine Machbarkeitsstudie für Übersetzungsleistungen in Behörden vereinbart. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales plant zusätzlich ein eigenes Pilotprojekt für die Jahre 2024/25 zum Audio-Videodolmetschen in Kooperation mit Bezirksämtern und Ämtern, wie ein Sprecher auf taz-Anfrage mitteilt.

Für die LAK ist das zu wenig. Sie fordert einen flächendeckenden Einsatz von Sprachmittlung per Telefon oder Videochat sowie mehrsprachige Formulare in allen Ämtern.

Ich bin eine Bürgerin zweiter Klasse

Load-Date: June 20, 2023

Aufgenommen und angezeigt; Die Bremer Innere Mission soll die ihnen anvertrauten minderjährigen Geflüchteten wegen illegaler Einreise angezeigt haben. Dabei ist diese bei Minderjährigen straffrei. Durch die Anzeige können leichter Daten erhoben werden. Die Innere Mission bestreitet die Vorwürfe

taz, die tageszeitung

Freitag 09. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 926 words

Byline: Clara Henning

Highlight: Die Bremer Innere Mission soll die ihnen anvertrauten minderjährigen Geflüchteten wegen illegaler Einreise angezeigt haben. Dabei ist diese bei Minderjährigen straffrei. Durch die Anzeige können leichter Daten erhoben werden. Die Innere Mission bestreitet die Vorwürfe

Body

Von Clara Henning

Melden sich unbegleitete minderjährige Geflüchtete in der Erstaufnahmeeinrichtung in Bremen, müssen sie mit einer Strafanzeige wegen illegaler Einreise rechnen. Und zwar nicht durch die Polizei oder die Grenzbehörden, sondern durch den Verein für Innere Mission, der die Betreuungseinrichtung in der Steinsetzerstraße betreibt. Im Auftrag des Jugendamtes nimmt die Innere Mission unbegleitete Minderjährige nach ihrer Flucht auf, versorgt und berät sie.

Der taz liegt ein Polizeischreiben vor, aus dem hervorgeht, dass der Verein Strafanzeige wegen illegaler Einreise eines jugendlichen Geflüchteten stellte. Das Absurde daran: Laut Genfer Flüchtlingskonvention ist eine illegale Einreise straffrei, wenn die Personen beabsichtigen, Asyl zu beantragen. Nach Aussage der Bremer Rechts-an-wäl-t*in-nen Nina Markovic und Jan Sürig werden selbst syrische oder afghanische Geflüchtete, die sehr gute Aussichten auf Asyl haben, von der Inneren Mission angezeigt.

Markovic und Sürig vertreten geflüchtete Minderjährige in Altersfeststellungsverfahren und kennen daher deren Akten. Dort finden sie standardmäßig Strafanzeigen der Inneren Mission wegen illegaler Einreise. Die An-wäl-t*in-nen und der Flüchtlingsrat Bremen gehen deshalb davon aus, dass nahezu 100 Prozent aller unbegleiteten Geflüchteten in der Stadt von den Anzeigen betroffen sind. Das ist eine sich selbst bestätigende Bürokratie, die von außen wenig kontrolliert wird, sagt Rechtsanwalt Sürig.

Aufgenommen und angezeigt Die Bremer Innere Mission soll die ihnen anvertrauten minderjährigen Geflüchteten wegen illegaler Einreise angezeigt haben. Dabei ist

Damit verfehlt der drittgrößte diakonische Arbeitgeber in Bremen seinen Schutzauftrag: Eine Strafanzeige untergräbt das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen So-zi-al-ar-bei-te-r*in-nen und den Kindern und Jugendlichen. Außer der Polizei und der Staatsanwaltschaft sei nach deutschem Recht niemand dazu verpflichtet, aus eigener Initiative heraus Strafanzeigen zu stellen, sagt der Rechtsanwalt. Zumal es bei illegaler Einreise nicht einmal einen Geschädigten gebe.

Das ist eine Stigmatisierung der Jugendlichen , sagt Anwältin Markovic. Es ist offensichtlich, dass die illegale Einreise bei ihnen nicht strafbar ist. Besonders bei denen mit guten Aussichten auf Asyl. Die An-wäl-t*in-nen vermuten, dass es den beteiligten Behörden und Jugendhilfeträgern darum geht, möglichst schnell von allen Geflüchteten erkennungsdienstliches Material also Fingerabdrücke und biometrische Fotos zu sammeln. Die Sozialbehörde will so schnell wie möglich abklären, ob die Geflüchteten schon in Deutschland oder anderen EU-Ländern registriert sind oder woanders Leistungen beziehen , sagt Markovic.

Tatsächlich aber gibt es für das Sammeln dieser Daten erst dann eine Rechtsgrundlage, wenn die Person Asyl beantragt. Das kann sich bei Minderjährigen über Monate hinziehen, denn sie können ohne Vormund, der ihnen vom Jugendamt zugeteilt wird, keinen Asylantrag stellen. Durch die Anzeigen wegen illegaler Einreise schafft man in Bremen nun eine andere Grundlage fürs Datensammeln. Alle Beteiligten zusammen denken sich einen juristisch abenteuerlichen Weg aus, um die Geflüchteten in die erkennungsdienstliche Behandlung zu drängen , so beschreibt es der Anwalt Jan Sürig.

Zwar werden die Verfahren wegen unerlaubter Einreise in fast allen Fällen eingestellt, dennoch bleibt der Eintrag im Verfahrensregister. Dieser kann im Zweifel gegen die Heranwachsenden ausgelegt werden. Selbst wenn das Verfahren eingestellt wurde, haben sie einen Fleck auf ihrer weißen Weste , erklärt Markovic. Das könne dazu führen, dass ein Gericht sich beeinflussen lässt, falls den Jugendlichen danach eine Straftat vorgeworfen wird. Die Person habe ja schon Kontakt zur Polizei gehabt.

Das geht in Richtung Vorverurteilung , sagt die Rechtsanwältin. Bei einem weiteren Verfahren würden die Rich-te-r*in-nen eher entscheiden, dass das Verfahren nicht eingestellt wird, weil es schon eine Akte gibt, oder in der Strafe höher gehen. Darüber hinaus riskiere die Jugendhilfeeinrichtung durch ihr Verhalten, die von ihnen betreuten Geflüchteten einer Retraumatisierung auszusetzen, sagt Markovic. Es sei nicht selten, dass die Jugendlichen vorher negative Erfahrungen mit der Polizei gesammelt hätten. Die polizeiliche Ermittlungsarbeit, die auf die Strafanzeige folge, könne sehr belastend sein.

Schon 2020 gab es Kritik

Der Inneren Mission ist nach interner Prüfung kein solcher Fall bekannt. Der Leiter der Erstaufnahmeeinrichtung, Andreas Mückley, sagt, die Strafanzeigen werden nicht durch die Mitarbeitenden der Erstaufnahmeeinrichtung gestellt. Ihm zufolge ist der Polizeibericht sprachlich irreführend. Die darin verwendete Formulierung, die Erstaufnahmeeinrichtung meldete den Verdacht einer Straftat , ließe falsche Schlüsse zu. Auch der Sprecher der bisher von Anja Stahmann (Grüne) geführten Sozialbehörde, Bernd Schneider, weist die Vorwürfe zurück, dass die Innere Mission Anzeige erstatte. Schneider schreibt auf Anfrage der taz, dass die Innere Mission die jungen Menschen aber zur Identitätsfeststellung bei der Polizei melden muss .

Bereits im Jahr 2020 übte das Bündnis Together We Are Bremen scharfe Kritik am Vorgehen der Inneren Mission. Einzelne Jugendliche wurden im Auftrag des Jugendamtes unter Androhung von Gewalt in Fußfesseln aus der Unterkunft geführt und in andere Bundesländer gebracht. In einem offenen Brief warf das Bündnis der Inneren Mission vor, Komplizin für diskriminierendes staatliches Handeln zu sein und die Jugendlichen nicht vor den gewaltvollen Umverteilungen zu schützen.

Selbst wenn das Verfahren eingestellt wurde, haben sie einen Fleck auf ihrer weißen Weste

Aufgenommen und angezeigt Die Bremer Innere Mission soll die ihnen anvertrauten minderjährigen
Geflüchteten wegen illegaler Einreise angezeigt haben. Dabei ist

End of Document

Asylrecht: Grüne kritisieren Parteispitze; Die Ampel will die Reform des EU-Asylsystems mittragen. Protest kommt nun in einem offenen Brief der grünen Basis und von Bundestagsabgeordneten von Grünen und SPD

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 12

Length: 733 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Die Ampel will die Reform des EU-Asylsystems mittragen. Protest kommt nun in einem offenen Brief der grünen Basis und von Bundestagsabgeordneten von Grünen und SPD

Body

Von Sabine am Orde

Bei Grünen und SPD nimmt der Protest gegen Pläne der Bundesregierung für die EU-Asylrechtsreform zu. Innerhalb weniger Tage haben über 700 Mitglieder der Grünen einen Brief an die eigene Spitze unterzeichnet. Die Berichte über die Prioritäten der deutschen Bundesregierung [haben uns] erschüttert, heißt es darin. Und: Wir erwarten, dass ihr [] dazu beiträgt, dass Populismus nicht in Gesetzesform gegossen wird. Zudem haben 24 Bundestags- und mehrere Landtagsabgeordnete von Grünen und SPD in einem gemeinsamen Papier die Pläne kritisiert. Sie schreiben: Wir teilen die Sorge vieler Menschen, dass die Vorschläge für ein neues Gemeinsames Europäisches Asylsystem das Recht auf Asyl abschwächen könnten.

Die EU-Innenminister beraten am Donnerstag in Luxemburg über die seit Jahren strittige Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Es geht unter anderem um die Frage, ob es Vorprüfungen von Asylanträgen an den EU-Außengrenzen geben soll. Die Ampel inklusive der Grünen hat sich dafür offen gezeigt, will aber durchsetzen, dass Minderjährige unter 18 und Familien mit Kindern diese Verfahren nicht durchlaufen müssen.

Der Brief der Grünen ist an die Mi-nis-te-r*in-nen Annalena Baerbock, Robert Habeck und Lisa Paus sowie an die beiden Parteivorsitzenden und die beiden Fraktionschefinnen gerichtet. Er soll vor allem Dingen Ausdruck der Sorge an der Basis sein, heißt es. Unterschrieben haben aber auch die Hamburger Justizsenatorin Anna Gallina, die Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, Astrid Rothe-Beinlich, und Timon Dzienus, Co-Vorsitzender der Grünen Jugend. Die Verhandlungsposition Deutschlands ist nicht, was sich die Ampel vorgenommen hat, sagte Dzienus der taz. Statt Verschärfungen braucht es mehr Unterstützung der Kommunen und der Länder an den EU-Außengrenzen.

Asylrecht: Grüne kritisieren Parteispitze Die Ampel will die Reform des EU-Asylsystems mittragen. Protest kommt nun in einem offenen Brief der grünen Basis un....

Ich könnte kein Lager an EU-Außengrenzen mitvertreten, das geht mit grüner, menschenrechtsorientierter Flüchtlingspolitik nicht zusammen, kritisierte auch die Thüringerin Rothe-Beinlich im Gespräch mit der taz. Es habe auch mit ihrer Ost-Erfahrung zu tun, dass sie grundsätzlich gegen tödliche Grenzen aufbegehre.

In dem Brief steht: Die Ausweitung sicherer Drittstaaten, schlechterer Rechtsschutz, verpflichtende Grenzverfahren in Haftlagern und eine massive Verschärfung des gescheiterten Dublin-Systems sind nur einige der Rechtsverschärfungen, die in der vorgeschlagenen Reform des Asylsystems angelegt sind. Mitgliedstaaten würden teilweise zur Inhaftierung der Schutzsuchenden verpflichtet und zusätzliche massive Möglichkeiten zu Asylrechtsverschärfungen auf nationaler Ebene erhalten.

Das gemeinsame Ziel der Grünen sei ein anderes gewesen: eine Reform, die geeignet ist, das Grundrecht auf Asyl zu schützen, menschenunwürdige Bedingungen zu beenden und für eine faire Verteilung zu sorgen. Es sei schwer nachvollziehbar, warum die deutsche Verhandlungsposition nicht annähernd den Inhalten des Koalitionsvertrags entspreche.

Der innerparteiliche Diskurs zeichnet uns als Partei aus, reagierte Grünen-Chef Omid Nouripour auf den Brief. Fakt ist, dass wir seit vielen Jahren ein dysfunktionales europäisches Asylsystem haben, das zu unhaltbaren Zuständen an den Außengrenzen führt. Deshalb setze man sich für eine europäische Reform ein, aber nicht um jeden Preis. Die Grünen machten sich für einen verpflichtenden europäischen Solidaritäts- und Verteilmechanismus stark. Schwangere und Familien mit Kindern müssten gemäß UN-Kinderrechtskonvention von möglichen Grenzverfahren ausgenommen werden.

Auch die Abgeordneten von SPD und Grünen wenden sich in ihrem Papier unter anderem gegen die geplanten Verfahren an den EU-Außengrenzen. Wir sehen die flächendeckende Einführung von Grenzverfahren kritisch, da sie haftähnliche Zustände befördern, heißt es. Auch könne ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem nur mit einer guten und verbindlichen Verteilung funktionieren. Einzelne Staaten könnten mit einer hohen Zahl von Geflüchteten an die Aufnahmegrenze kommen, nicht aber ein ganzer Kontinent. Deshalb müssten sich möglichst viele Staaten beteiligen.

Dazu aber sind nicht alle EU-Länder bereit, Ungarn und Polen etwa lehnen es ab. Unterscriben haben unter anderem die Bundestagsabgeordneten Hakan Demir, Sebastian Roloff, Carmen Wegge und Ye-One Rhie von der SPD sowie Kassem Taher Saleh, Canan Bayram, Awet Tesfaiesus und Lisa Badum von den Grünen.

Load-Date: June 6, 2023

Abschiebung vor dem Beweis; Ein tadschikischer Flüchtling sitzt schon im Abschiebeflieger, als ein DNA-Test seine Aussagen bestätigt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 474 words

Byline: Andreas Wyputta

Highlight: Ein tadschikischer **Flüchtling** sitzt schon im Abschiebeflieger, als ein DNA-Test seine Aussagen bestätigt

Body

Andreas Wyputta, Bochum

Trotz drohender Folter hat am Mittwoch die Abschiebung des nach Dortmund geflohenen Tadschiken Abdullohi Shamsiddin in sein Ursprungsland begonnen. Der 32-Jährige sei in Düsseldorf in ein Flugzeug gesetzt worden, dass kurz nach 11 Uhr in Richtung Istanbul gestartet sei, sagten nicht nur Un-ter-stüt-ze-r:in-nen Shamsiddins der taz. Auch die Stadt Dortmund, deren Ausländerbehörde die Abschiebung federführend betrieben hatte, bestätigte dies: Die laufende Abschiebemaßnahme werde durch drei Bundespolizisten begleitet.

Von Istanbul aus solle Shamsiddin am Abend weiter in Richtung der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe transportiert werden, erklärte die Dortmunder Fotografin Cornelia Suhan, Kopf eines Unterstützer:innen-Netzwerks. Und dort drohen Shamsiddin jahrzehntelange Haft und Folter. Denn er ist nicht nur Mitglied der ehemals größten Oppositionspartei IRPT, die vom Regime des autokratischen Präsidenten Emomalij Rahmon 2015 verboten wurde. Auch erwartet ihn Sippenhaft: Sein Vater Shamsiddin Saidov, der als anerkannter Flüchtling in Aachen lebt, gilt als hochrangiger Kader der nichtextremen Islamischen Partei der Wiedergeburt Tadschikistans. Deren Funktionäre wurden im Staatsfernsehen nicht nur mit deutlichen Spuren von Misshandlungen vorgeführt. Ihnen droht auch jahrzehntelange Haft.

Trotzdem hat am 6. Januar ein Einzelrichter des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen Shamsiddins dritten Asylantrag abgelehnt. Begründet wurde dies nicht nur mit einer falschen Identität, mit der Shamsiddin nach eigenen Angaben aus Furcht vor Verfolgung durch das tadschikische Regime auch in Deutschland bis 2022 in Dortmund gelebt hat. Das Gericht bezweifelte zudem, dass er überhaupt der Sohn des als Flüchtling anerkannten oppositionellen IRPT-Kaders Shamsiddin Saidov ist.

Ein DNA-Test, der dies beweist, wurde von den Behörden nicht abgewartet. Besonders bitter: Das Ergebnis erreichte die Un-ter-stüt-ze-r:in-nen am Mittwochmittag. Zwar ergab die Laboruntersuchung eine

Abschiebung vor dem Beweis Ein tadschikischer Flüchtling sitzt schon im Abschiebeflieger, als ein DNA-Test seine Aussagen bestätigt

Vaterschaftswahrscheinlichkeit größer als 99,9999 Prozent doch Abdullohi Shamsiddin saß da schon eine Stunde im Abschiebeflieger.

Das Ergebnis des DNA-Tests hätte auf jeden Fall abgewartet werden müssen , kritisiert deshalb nicht nur Sebastian Rose vom Abschiebungsreporting NRW: Das dritte, in nur 48 Stunden abgeschlossene Asylverfahren sei nicht fair und rechtsstaatlich problematisch abgelaufen. Das Gericht muss die laufende Abschiebung sofort stoppen , forderte auch die Unterstützerin Cornelia Suhan am Mittwochnachmittag.

Abdullohi muss sofort eine neue, faire Chance bekommen , sagte sie. Bis zur Landung des Abschiebeflugs in Tadschikistans Hauptstadt Duschanbe, bis zur Übergabe Shamsiddins in die Hände des Folter-Regimes blieben da noch 10 Stunden Zeit.

Vater-schafts-wahr-schein-lich-keit größer als 99,9999 Prozent

Load-Date: January 18, 2023

End of Document

Kein Bollwerk gegen Migranten; Kein anderes europäisches Land stellte Bürgern aus Asien und Afrika so viele Arbeitsvisa aus wie Polen. Warum das trotzdem ein Skandal ist, in dem bis zu 40.000 Dollar Schmiergeld pro Visum geflossen sind

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 627 words

Byline: Gabriele Lesser

Highlight: Kein anderes europäisches Land stellte Bürgern aus Asien und Afrika so viele Arbeitsvisa aus wie Polen. Warum das trotzdem ein Skandal ist, in dem bis zu 40.000 Dollar Schmiergeld pro Visum geflossen sind

Body

Aus Warschau Gabriele Lesser

Die in Warschau regierenden Nationalpopulisten von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hätten über Jahre hinweg einen schwunghaften Handel mit Schengen-Visa betrieben, so Donald Tusk, der Oppositionsführer von der liberalkonservativen Bürgerplattform (PO), auf seiner Wahlkampftour durch Polen. Polnische Konsulate in Asien und Afrika sollen rund 250.000 Arbeitsvisa ausgestellt haben. Andere Oppositionelle sprechen sogar von 350.000 Visa. In vielen Fällen habe eine Vermittlerfirma die bürokratischen Formalitäten erledigt. Dabei seien Schmiergelder geflossen bis zu 5.000 US-Dollar pro Visum nach Europa und zwischen 25.000 bis 40.000 Dollar für ein Visum, das die Einreise in die USA ermöglichte.

Das ist nicht mal ein Affärchen, zetert PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński auf seiner Wahlkampftour. Das ist irgendeine dumme Idee, die einige auszunutzen versuchten. Allerdings wurde Vize-Außenminister Piotr Wawrzyk Ende August fristlos entlassen und auch von der PiS-Kandidatenliste für die Parlamentswahlen am 15. Oktober gestrichen. Dem Nachrichtenportal Onet zufolge hat Wawrzyk mit einigen Komplizen ein illegales Netzwerk zum Einschleusen von asiatischen und afrikanischen Migranten aufgebaut. Dabei sollen polnische Konsulate mit Privatunternehmen zusammengearbeitet haben, die für die Schleusung bezahlt worden seien.

Es handelt sich lediglich um einige Hundert Visa, wiegelt Kaczyński im zentralpolnischen Thorn ab. Was Tusk sage, sei Lüge, Lüge und nochmals Lüge! Allerdings wurden der polnischen Presse Listen mit Hunderten Namen von Antragstellern zugespielt, die auf Veranlassung Wawrzyks und seiner Mitarbeiter sofort ein Visum bekommen sollten, oft ohne jede Überprüfung. So sollen sich indische Staatsbürger als Bollywood-Schauspieler oder Maskenbildner ausgegeben haben, die mit sogenannten Mehrfach-Schengen-Visa nach Mexiko und von dort weiter in die USA reisen konnten.

Kein Bollwerk gegen Migranten Kein anderes europäisches Land stellte Bürgern aus Asien und Afrika so viele Arbeitsvisa aus wie Polen. Warum das trotzdem ein Ska....

Die polnische Antikorruptionsbehörde CBA durchsuchte vor einigen Wochen die Konsularabteilung im polnischen Außenministerium. Daraufhin wurde gegen sieben Personen ein Anfangsverdacht formuliert drei wurden direkt verhaftet. Dazu wollte sich Kaczyński nicht äußern. Auch nicht zur Tatsache, dass Polen unter allen Schengen-Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren am meisten Arbeits-Visa an Nichteuropäer vergeben hat. Die von der PiS kontrollierte Staatsanwaltschaft versucht den Skandal ebenfalls runterzuspielen und spricht von Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe mehrerer Hundert Arbeitsvisa in arabischen Ländern, Indien, den Philippinen, Singapur, Hongkong und Taiwan. Als Journalisten immer drängender fragten, wo Ex-Minister Wawrzyk, der mutmaßliche Drahtzieher hinter der korrupten Visavergabe, nach seiner Entlassung abgeblieben sei, bekannte das Justizministerium, dass dieser nach einem Suizidversuch im Krankenhaus liege.

Die Visa-Affäre könnte der PiS den Sieg bei den Parlamentswahlen kosten. Denn die Heuchelei der Regierungspartei ist nun allzu deutlich geworden: Während der von der PiS kontrollierte Staatssender TVP allabendlich in den Hauptnachrichten gegen Schwarze und Araber hetzt, diese als Kriminelle, Drogenabhängige, Vergewaltiger, verunglimpft und dazu Bilder von Straßenkrawallen und Plünderungen zeigt, ist es andererseits gerade die PiS, die so viele Ausländer ins Land geholt hat, wie keine andere Partei. Populär sind auch Bilder der polnisch-belarussischen Grenze, wo die PiS auf 200 von insgesamt 400 Kilometern einen hohen Stahlzaun hat hochziehen lassen. Inzwischen berichten einige polnische Journalisten, dass sogar irregulär Geflüchtete an dieser Grenze ein polnisches Visum bekommen konnten. Die einzige Voraussetzung: Sie mussten das geforderte Schmiergeld auftreiben.

meinung + diskussion

Load-Date: September 19, 2023

Kompromisse in der Klima- und Asylpolitik; Die Grünen enttäuschen durch Zugeständnisse beim Flüchtlingsschutz, Leser befürchten Rechtsruck in Europas Demokratien und fragen sich, was von der Wärmewende bleibt

taz, die tageszeitung

Samstag 24. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 22

Length: 961 words

Highlight: Die Grünen enttäuschen durch Zugeständnisse beim Flüchtlingsschutz, Leser befürchten Rechtsruck in Europas Demokratien und fragen sich, was von der Wärmewende bleibt

Body

wortwechsel

Großes Lob

Die Illusion der Kontrolle ,

wochentaz vom 17. 23. 6 23

Es muss einmal an dieser Stelle gesagt werden Woche für Woche bringt Katja Gendikova geniale Illustrationen zu Artikeln in der wochentaz; so auch am letzten Samstag. Stefan Reinecke hat in seinem exzellenten Artikel über den neuen EU-Asylkompromiss dargelegt, dass dieses neue Verfahren einer Sortiermaschine gleicht, mit der möglichst viele der armen Geschöpfe, die bei uns Sicherheit suchen, künftig früh und restriktiv und teils aufgrund von pauschalen Kategorisierungen außen vor gehalten werden sollen. Mit ihrem Bild des EU-Trichters, in den die vielen Hilflosen hineinfließen und wo nur eine einzige, erschöpft, durchkommt, hat Frau Gendikova das Beschriebene hervorragend und berührend visualisiert.

Mark Lawrence, Stuttgart

Nationale Interessen

Die Illusion der Kontrolle ,

wochentaz vom 17. 23. 6. 23

Nicht nur der EU-Asylkompromiss hat eine zentrale Botschaft: Wir müssen uns schützen. Auch ist diese politische Linie auf vielen Feldern zu finden. Der Schutz vor allen Klima-, Energie- und Inflationskrisen und Kriegen in der Welt liegt meist außerhalb der Reichweite von Deutschland und Europa. Solidarität und Menschenrechte werden so

Kompromisse in der Klima- und Asylpolitik Die Grünen enttäuschen durch Zugeständnisse beim Flüchtlingschutz, Leser befürchten Rechtsruck in Europas Demokratien....

entkernt und zur Nebensache gemacht. Na-tio-na-le Interessen verhindern den moralischen Gemeinschaftssinn, der Rechtsruck in Demokratien hat in der Vergangenheit ganz Europa in Elend und Chaos gestürzt.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Flüchtlingspolitik

Grüne streiten über Asylrecht ,

wochentaz vom 10. 16. 6. 23

Omid Nouripour, Co-Chef der Grünen und gebürtiger Iraner, verteidigt den europäischen Kompromiss zur Flüchtlingspolitik entgegen den grundsätzlichen Beschlüssen seiner Partei und dem Koalitionsvertrag. Mein lieber Mann, unter den Bedingungen wären Sie seinerzeit gar nicht nach Europa und Deutschland gekommen, sondern an der Außengrenze gescheitert und abgeschoben worden.

Jürgen Fiege, Bremen.

Stillstandsampel?

Der Streit hat doch was Gutes ,

wochentaz vom 17. 23. 6. 23

Dieser Heizungskompromiss sichert der fossilen Industrie die Zukunft, allerdings nur so lange, bis die Heizeit auch wirtschaftlich das Chaos unbeherrschbar macht. Wenn die grüne Fraktion das als Erfolg verkaufen will (Katharina Dröge: Wir haben ein sehr gutes Gesetz noch besser gemacht), wird die Klimapolitik zur Lachnummer. Für mich als Grünen ist es sehr schmerzhaft, wenn nach unnötigen LNG-Terminals auch die Wärmewende zu überflüssigen Treibhaus-gas-emissionen führt. Die Kompromisse in der Ampel sind nur Niederlagen der Grünen. Eine Ampel ohne Grün bedeutet eben Halt beziehungsweise Halt erwarten . Wir brauchen keine Stillstandsampel!

Friedhelm Schubert, Gleichen

Bitte nicht übertreiben

Der Streit hat doch was Gutes ,

wochentaz vom 17. 23. 6. 23

Altmaier: Alle geltenden CO2-Klimaziele wurden in unserer Regierungszeit beschlossen. Keine sonderliche Leistung, wo doch vor 18 Jahren noch niemand CO2 überhaupt buchstabieren konnte. Wir haben den Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch verdoppelt und erfolgreich verhindert.

Kosten gesenkt für die Industrie, aber nicht für Endverbraucher. Den Kohleausstieg beschlossen und gleich wieder torpediert und infrage gestellt. Das CO2-Ziel für 2020 erreicht, wenn auch mit Ach und Krach und nur mithilfe von Corona.

Hannes Hegel auf taz.de

Holzheizungen

Die Streber im Südwesten

wochentaz vom 17. 23. 6. 23

Zum Thema Holzheizungen in Bezug auf die CO2-Bilanz stimme ich nicht so ganz mit euch überein! Bei uns hier in Mittelfranken wird seit einigen Jahren für die Holzheizungen größtenteils Schadholz verwendet. Dieses liegt

Kompromisse in der Klima- und Asylpolitik Die Grünen enttäuschen durch Zugeständnisse beim
Flüchtlingsschutz, Leser befürchten Rechtsruck in Europas Demokratien....

entweder eh schon verfaulend am Boden oder steht dürr und abgestorben noch im Wald. Falls es noch steht, ist man eh verpflichtet, es zu fällen wegen Verkehrssicherungspflicht. Ich persönlich habe für meine 40-kW-Scheitholz-Vergaserheizung seit Inbetriebnahme noch keinen grünen Baum geschlagen. Dieses Argument habe ich bei noch keiner Diskussion bezüglich CO2-Schädlichkeit, noch nirgends gelesen.

Oliver Bub, Roßtal

Trockenheit

Wann wird s wieder richtig nass? ,

wochentaz vom 17. 23. 6. 23

Ich bin es leid, über die Dürre zu jammern. Wir können wirklich etwas dagegen tun. Wir wissen, dass der Meeresspiegel weiterhin steigt. Warum also nicht an der Küste Filtermaschinen installieren, die Meerwasser in Süßwasser umwandeln? Ja, das kostet Geld, aber der Gewinn ist um ein Vielfaches größer. Ach ja, wenn klügere Leute fragen, wie es weitergehen soll: Ein Entwässerungssystem (landeinwärts) könnte eine Möglichkeit sein. Und ja, das kostet auch Geld, bietet aber auch Arbeitsplätze (auch für nicht gut ausgebildete Mitarbeiter).

Carl van Buijtene, Windeck

ME/CFS-Betroffene

Auf der Suche nach Atlantis ,

wochentaz vom 17. 23. 6. 23

Ich bin dem Vater von Jonas und dem Autor Martin Rücker sehr dankbar, dass der verheerende Umgang von Ärzten/Kliniken mit ME/CFS-Betroffenen in dem Artikel auf den Punkt gebracht wird. Der Fall von Jonas ist tief erschütternd und sollte die Ärzteschaft und Verantwortliche endlich wachrütteln. Denn von diesen Schicksalen gibt es unzählige. Ich bin selbst mit ME/CFS diagnostiziert worden, 2018 nach einer fatalen Odyssee und einer dramatischen Verschlechterung durch Klinikaufenthalte. Mir hat man alle möglichen psychischen Erkrankungen andichten wollen.

Sibylle Dahrendorf, Berlin

Zigarettenstummel

Verständnisfrage ,

wochentaz vom 10. 16. 6. 23

Die Begründung von Matthäus L., warum er seine Zigarettenstummel auf dem Boden entsorgt, macht mich komplett fassungslos. Die Schuld sucht er bei anderen beziehungsweise den Umständen. Und über die Auswirkungen auf die Umwelt verliert er kein Wort. Er sollte sich mal schlaumachen, was die Gifte und Stoffe im Boden und im Wasser anrichten.

Michael Peuckert, Biedenkopf

Load-Date: June 23, 2023

nachrichten; Flüchtlingsunterkünfte voll Nied

taz, die tageszeitung

Freitag 22. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 348 words

Body

nachrichten

Flüchtlingsunterkünfte voll

Niedersachsen verzeichnet einen starken Anstieg der Geflüchtetenzahlen. Seien im Juli noch pro Woche etwa 500 bis 600 Asylsuchende gekommen, seien es mittlerweile mehr als 1.300, teilte das Innenministerium mit. Die Landesaufnahmebehörde stoße dadurch an die Grenze ihrer Kapazitäten. Derzeit seien alle rund 9.500 Aufnahmeplätze belegt. In Bramsche, Braunschweig, Celle, Fallingb., Friedland, Oldenburg und Osnabrück sei man in eine Notbelegung übergegangen. Das bedeutet, dass mehr Menschen in den Zimmern untergebracht und auch Hallen und Schulungsräume als Unterkünfte genutzt werden. (dpa)

Landvolk-Symbolik kritisiert

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) hat rechtsextreme Symbole bei der Demo von Landwirten am Donnerstag in Kiel kritisiert. Unter den beteiligten Fahrzeugen waren nicht eines oder zwei, sondern Dutzende, von denen die Flagge der Landvolkbewegung wehte, sagte der agrarpolitische Sprecher der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer. Bei der schwarzen Fahne mit weißem Pflug und rotem Schwert handle es sich keineswegs nur um ein Symbol des Bauernprotests. Sie ist das Symbol einer Bewegung, deren völkisch-nationalistisches, antiparlamentarisches und antisemitisches Gedankengut und Handeln als einstiger Wegbereiter für den Erfolg der NSDAP gilt. Im Zuge der Agrarministerkonferenz in Kiel hatte der Verein Land schafft Verbindung zum Treckerkonvoi gegen die aktuelle Politik aufgerufen. (dpa)

Seltene Erden im Harz gesucht

Forscher untersuchen den Oberharz in dieser Woche nach seltenen Rohstoffen. Mit einem Helikopter, an dem eine Sonde hängt, überfliegen sie die Region Schulenberg, wie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mitteilte. Geplant seien etwa zehn Flüge. Hauptziel der Forscher ist nicht das Finden von Rohstoffen, sondern die Erprobung der Erkundungsmethode. Sie soll künftig von Bergbauunternehmen genutzt werden können, um etwa nach Seltenen Erden zu suchen, die in der Technikindustrie wichtig sind. Sie könne zudem bei der Suche nach einem Endlager für Atommüll helfen. (dpa)

nachrichten Flüchtlingsunterkünfte voll Nied

Load-Date: September 21, 2023

End of Document

Doppelte Belastungsprobe; Immigration israelischer Jüdinnen und Juden nach Deutschland ist nicht selbstverständlich. Eine Studie untersucht, warum die Zahlen dennoch steigen

taz, die tageszeitung

Montag 23. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 16

Length: 839 words

Byline: Chris Schinke

Highlight: Immigration israelischer Jüdinnen und Juden nach Deutschland ist nicht selbstverständlich. Eine Studie untersucht, warum die Zahlen dennoch steigen

Body

Von Chris Schinke

Eine doppelte Last, A Double Burden, so lautet der Titel einer neuen Studie, die den **Migrationsprozess** von Israel nach Deutschland untersucht. Obwohl die Einwanderung von Israelis nach Deutschland medial häufig thematisiert wurde, war die wissenschaftliche Datenlage über die Gruppe in Deutschland lebender Israelis bisher relativ dünn.

Vergangene Woche wurde an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität vom Studienleiter Uzi Rebhun nun eine kritische Analyse vorgestellt, die diesem Missstand entgegenwirkt. Rebhun ist Soziologe, tätig an der Hebrew University in Jerusalem und der renommierteste Demograf Israels. In der Vergangenheit untersuchte er unter anderem bereits die israelische Einwanderung in die USA. Gemeinsam mit den For-sche-r:in-nen Dani Kranz, Gastprofessorin an der Ben-Gurion-Universität und Heinz Sünker von der Bergischen Universität in Wuppertal führte er die erste Studie dieser Art durch.

Das auf vier Jahre angelegte Forschungsprojekt lässt nun erstmals ein aussagekräftiges Bild davon zu, wie genau sich die Gruppe israelischer Ein-wan-de-re-r:in-nen nach Deutschland zusammensetzt, welche Motive und Einstellungen ihre Migration bedingen und auch welche Erfahrungen mit Antisemitismus sie machen. Einen etwas genaueren Blick wirft die Studie, die verschiedene sozialwissenschaftliche Ansätze kombiniert, auch auf gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische sowie biografische Aspekte der noch recht jungen Einwanderungsbewegung.

Eine Selbstverständlichkeit ist die Einwanderung israelischer Jüdinnen und Juden nach Deutschland bis heute nicht. Was sich jedoch anhand der Studienergebnisse auf bemerkenswerte Weise niederschlägt, ist ein positives Deutschlandbild. Studienteilnehmende gaben mehrheitlich an, in ihrem Familien- und Freundeskreis starke

Doppelte Belastungsprobe Immigration israelischer Jüdinnen und Juden nach Deutschland ist nicht selbstverständlich. Eine Studie untersucht, warum die Zahlen den....

Unterstützung für ihre Absicht der Auswanderung nach Deutschland erfahren zu haben. Als Gründe für ihre Migration nach Deutschland, die seit den nuller Jahren stetig an Fahrt aufnimmt, geben die meisten professionelle und ökonomische Gründe an. Auch die deutsche Kultur erweist sich laut der Studienergebnisse als attraktiver Faktor. Die Bildungsaussichten in Deutschland sind dabei für viele Israelis ausschlaggebend. Der überwiegend akademisch gebildete Teil der Eingewanderten sieht in Deutschland die Möglichkeit, die eigene Laufbahn voranzubringen. Bemerkenswert: Über 50 Prozent gaben als Auswanderungsgrund ei-ne:n deut-sche:n Part-ne-r:in an.

Die Einwanderung der Israelis steht unter dem Eindruck der Geschichte. Mehr als die Hälfte der rund 20.000 Eingewanderten, von denen 60 Prozent in Berlin leben, sind Nach-fah-r:in-nen von Holocaustüberlebenden. Bei einem Drittel der Eingewanderten stammen die Vorfahren aus Deutschland. Die Shoah spielt bei einem großen Teil der Einwanderer:innen, so die Analyse, eine maßgebliche Rolle, bei der Identitätsbildung.

Die eingewanderten Israelis sind auffallend jung. Rund 80 Prozent sind zum Zeitpunkt der Immigration jünger als 34 Jahre. Die Studie legt nahe, dass sich ein Teil der Ausgewanderten von Israel und ihrem Jüdischsein distanziert hat. Das zeige die hohe Anzahl gemischter Ehen sowie der Umstand, dass insbesondere Deutschland als Auswanderungsziel gewählt wurde. Ein Blick auf die Zahlen verrät allerdings auch, dass gerade einmal 13,2 Prozent der Befragten angaben, sich überhaupt nicht mit ihrem Heimatland Israel zu identifizieren.

Die Ausgewanderten betrachten sich als überwiegend säkular, lediglich 20 Prozent finden ihren Weg in die einheimischen jüdischen Gemeinden. Die israelische Auswandererschaft zeigt sich als eng vernetzt, anstelle einer religiösen zeige sich häufig eine kulturelle Praxis, bei der insbesondere jüdische Feiertage weiterhin eine hohe Bedeutung für die Stu-di-en-teil-neh-me-r:in-nen hatten. Insgesamt zeige sich laut der Studie, dass die Unterschiede der ausgewanderten Israelis insgesamt viel größer seien als deren Gemeinsamkeiten.

Rebhuns Untersuchung beschäftigt sich auch mit dem Thema Antisemitismus und der Rolle, die er für die Ein-wan-de-re-r:in-nen spielt. Die Publikation benennt insbesondere den Faktor des israelbezogenen Antisemitismus, häufig tritt er im Zusammenhang mit der Israelboykottbewegung BDS in Erscheinung. Teil-neh-me-r:in-nen begegneten aber sowohl alten als auch neuen Formen des Antisemitismus. 61 Prozent gaben an, dass der Antisemitismus in der Öffentlichkeit in Deutschland grundsätzlich problematisch sei. Als ziemlich stark beziehungsweise sehr stark gaben ihn rund 25 Prozent der Israelis an. Im Vergleich schätzten 85 Prozent der in Deutschland lebenden nichtisraelischen Juden den Antisemitismus als ziemlich stark oder sehr stark ein ein auffälliger Unterschied, der genauerer Betrachtung bedarf.

Für zukünftige, weiterführende Untersuchungen, die Zusammenhänge wie diesen analysieren, dürfte die bemerkenswerte demografische Grundlagenarbeit von Uzi Rebhun, Dani Kranz und Heinz Sünker zentrale Bezugsquelle werden.

Beleuchtet wird auch der Antisemitismus und die Rolle, die er für die Eingewanderten spielt

Load-Date: January 24, 2023

Leichtere Einbürgerung? Nicht mit der FDP; Die Partei blockiert zentrale Ampelvorhaben zu Arbeitsmigration und Staatsangehörigkeitsrecht

taz, die tageszeitung

Dienstag 14. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 464 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Die Partei blockiert zentrale Ampelvorhaben zu Arbeitsmigration und Staatsangehörigkeitsrecht

Body

Von Dinah Riese

Streit ist inzwischen so etwas wie ein Markenzeichen der Ampelkoalition. 30 Gesetzesvorhaben kommen nicht voran. Auch die beiden **Migrationsvorhaben** Fachkräfteeinwanderung und Reform des Staatsangehörigkeitsrechts stocken, weil die FDP blockt.

Dem Entwurf zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zufolge sollen Menschen künftig schon nach fünf anstatt nach acht Jahren rechtmäßigen Aufenthalts einen Anspruch auf Einbürgerung haben, bei besonderen Integrationsleistungen nach drei. Auch sollen Menschen aus Nicht-EU-Staaten ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft nicht mehr abgeben müssen, wenn sie Deutsche werden.

Für Menschen ab dem 67. Lebensjahr soll es besondere Erleichterungen geben: Sie müssten demnach keinen Einbürgerungstest mehr ablegen und statt schriftlicher Deutschkenntnisse nur noch nachweisen müssen, dass sie sich mündlich ausreichend auf Deutsch verständigen können. Damit soll der Lebensleistung der sogenannten Gastarbeitergeneration Rechnung getragen werden.

Grüne und SPD pochen darauf, Arbeitsmigration und Einbürgerung im Kabinett zusammen zu behandeln. Am Mittwoch nun hätte das Kabinett eigentlich den Entwurf für das Fachkräftegesetz beschließen sollen. Doch der Termin ist gekippt, nun wird es wohl Ende März. Und für das Staatsangehörigkeitsrecht, dessen Entwurf schon seit Januar fertig ist, gibt es überhaupt noch keinen belastbaren Zeitplan.

Mit einem modernen Einwanderungsrecht kämen Arbeitskräfte nach Deutschland, mit einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht würden sie auch langfristig bleiben, sagte die Grünen-Innenpolitikerin Misbah Khan der taz. Nur wenn wir beides zusammendenken, wird Deutschland im internationalen Vergleich als Einwanderungsland attraktiv.

Leichtere Einbürgerung? Nicht mit der FDP Die Partei blockiert zentrale Ampelvorhaben zu Arbeitsmigration und Staatsangehörigkeitsrecht

Doch gerade bei den Einbürgerungen mauert die FDP, Abgeordnete fordern schon vor Beginn des parlamentarischen Verfahrens Nachbesserungen. Dabei hatten die Liberalen in ihrem Wahlprogramm sogar Einbürgerungen schon nach vier Jahren gefordert. Doch bei der Erleichterung für Ältere sperrt sich die Partei: Man unterstütze dieses Vorhaben wie im Koalitionsvertrag vereinbart für die Angehörigen der sogenannten Gastarbeitergeneration, schrieben die FDP-Innenpolitiker Stephan -Thomae und Konstantin Kuhle in einem Positionspapier. Diese jedoch auf alle Menschen über 67 anzuwenden, lehnen sie ab. Auch sollten sich spätestens die Enkelkinder von Eingebürgerten mit Doppelpass dann doch für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen.

Die Koalitionspartner sind über die Verzögerung nicht erfreut. Nichts rechtfertigt die Blockade der FDP , sagt SPD-Innenpolitiker Hakan Demir der taz. Im Koalitionsvertrag sei klar geregelt, dass es beide Gesetze brauche. Auf diese warten viele Menschen seit Jahren , so Demir.

migration

Load-Date: March 13, 2023

unterm strich; Die Schriftstellerin Iris Wolff

taz, die tageszeitung

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 15

Length: 284 words

Body

unterm strich

Die Schriftstellerin Iris Wolff (Die Unschärfe der Welt) wird am Freitag in Dresden mit dem diesjährigen Chamisso-Preis ausgezeichnet. Die Auszeichnung ist mit 9.000 Euro dotiert und seit diesem Jahr mit einer Chamisso-Poetikdozentur verbunden. Iris Wolff wuchs im Banat und in Siebenbürgen auf, im Jahre 1985 kam sie nach Deutschland und lebt heute als freie Schriftstellerin in Freiburg im Breisgau. Mit dem Chamisso-Preis Dresden werden Au-to-r*in-nen geehrt, die ausgehend von einer migrantischen Erfahrung ein Werk von hohem literarischem Rang schaffen . Die Preisjury hob hervor, dass Wolff in ihren Romanen immer wieder auch die Welt ihrer Kindheit im Banat erkunde. Der Verein Bildung und Gesellschaft und die Akademie der Künste vergeben den Preis seit 2017. Seit 2022 ist auch die Internationale Chamisso-Gesellschaft in Berlin beteiligt.

Der deutsche Maler und Bildhauer Anselm Kiefer gestaltet den Eisernen Vorhang der Wiener Staatsoper für den Rest der Saison 2023/24. Das 176 Quadratmeter umfassende Großbild soll am 8. November präsentiert werden, wie der Kunstverein museum in progress am Sonntag mitteilte. Als Eiserner Vorhang wird das Projekt bezeichnet, bei dem die Brandschutzwand zwischen Bühne und Zuschauerraum in der Wiener Staatsoper als temporärer Ausstellungsraum für zeitgenössische Kunst genutzt wird. Der originale Eisernen Vorhang der Staatsoper zeigt Orpheus und Eurydike. Er wurde von dem von Hitler bewunderten österreichischen Maler und NSDAP-Mitglied Rudolf Eisenmenger (1902 1994) gestaltet. Seit 25 Jahren wird er jeweils verhängt und von verschiedenen Künstlern gestaltet. Zuletzt war dort ein Werk der chinesischen Künstlerin Cao Fei zu sehen.

Load-Date: October 22, 2023

Unterschätze nie die Macht eines Herzens auf Instagram ; Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini in Iran vor einem Jahr ist Daniela Sepehri unermüdlich im Einsatz. Die Wahlberlinerin und Tochter iranischer Flüchtlinge nutzt ihren wachsenden Einfluss auf Instagram, um über den Fortgang der iranischen Proteste zu informieren und deutsche Politiker*innen zum Handeln zu bewegen

taz, die tageszeitung

Samstag 09. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: STADTLAND; S. 50,51

Length: 3038 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini in Iran vor einem Jahr ist Daniela Sepehri unermüdlich im Einsatz. Die Wahlberlinerin und Tochter iranischer **Flüchtlinge** nutzt ihren wachsenden Einfluss auf Instagram, um über den Fortgang der iranischen Proteste zu informieren und deutsche Po-li-ti-ke-r*in-nen zum Handeln zu bewegen

Body

Interview Susanne Memarnia Fotos Sebastian Wells

wochentaz: Frau Sepehri, mit dem Tod von Jina Mahsa Amini am 16. September 2022 begannen im , die als feministische Revolution weltweit gefeiert wurden. Wie denken Sie darüber, dass das Mullahregime immer noch an der Macht ist? Iran massive Proteste

Daniela Sepehri: Ich muss gestehen, in den ersten zwei, drei Wochen bin auch ich jeden Morgen aufgewacht und habe erst mal online geguckt, ob der Iran nun frei ist. Das war die anfängliche, sehr euphorische Hoffnung. Aber die Mullahs zu stürzen ist ein langer Prozess die sind so fest auf ihrem Thron, haben international so viel Unterstützung, auch in Europa. Ich sage dennoch: Die Mullahs werden gehen. Es ist etwas ausgelöst worden, was nicht mehr aufzuhalten ist.

Seit einem Jahr sind Sie nonstop in Sachen Iran im Einsatz, informieren auf Social Media, reden mit Politikern, haben die Patenschaften für politische Gefangene initiiert. Wie lange halten Sie noch durch?

Der Aktivismus ist etwas, das ich gewohnt bin. Ich habe mich schon vor diesem 16. September vergangenes Jahr eingebracht, wenn auch nicht in der Intensität wie heute. Dazu kommt, ich bin nicht allein, sondern Teil eines breiten Netzwerks: Ich arbeite mit vielen zusammen, von den Iranians of Berlin, die auf Instagram sehr aktiv sind, oder Feminista Berlin bis zur Organisation Hawar Help. Natürlich habe ich Phasen, wo ich alles hinschmeißen

Unterschätze nie die Macht eines Herzens auf Instagram Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini in Iran vor einem Jahr ist Daniela Sepehri unermüdlich im Einsatz. Di....

möchte vor allem an Tagen, wo es wieder neue Meldungen von Hinrichtungen gibt. Aber genau das will das Regime ja: uns einschüchtern. Schon deshalb muss ich weitermachen.

Haben Sie manchmal Angst um sich? Der iranische Geheimdienst ist ja auch hier in Berlin aktiv.

Ja, der Verfassungsschutz hat gerade erst gewarnt vor iranischen Hackern, etwa den Charming Kittens, die Ak-ti-vis-t*in-nen in Deutschland hacken. Ich bekomme auch täglich Hass im Netz ab. Das kenne ich aber schon von den deutschen Rechten wegen meiner Antirassismuarbeit, jetzt kommt die Islamische Republik dazu. Außerdem denke ich, den Menschen im Iran geht es schlechter, die müssen wirklich um ihr Leben fürchten, viel mehr als ich. Da reicht es, auf die Straße zu gehen und man ist vogelfrei. Ich habe gewusst, was ich tat, als ich an die Öffentlichkeit ging und ich stehe zu meiner Entscheidung.

Ihre Eltern mussten aus Iran fliehen. Möchten Sie davon erzählen?

Ich glaube, von meinem Vater habe ich diesen lebensmüden Aktivismus. Er ist im Iran zum Christentum konvertiert und war sehr aktiv in der Kirche. Er hat Bibeln ins Land geschmuggelt und verteilt. Er war sehr aktiv und wurde immer wieder festgenommen, war mehrfach im berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis. Er erzählte mal scherzhaft: Ich hatte nie einen langen Aufenthalt dort, man hat mich immer nur ein paar Tage zusammengeschlagen und dann wieder gehen lassen. Irgendwann wurde es aber wirklich gefährlich. Viele seiner Lehrer wurden ermordet, auch ihm hat man mit Hinrichtung gedroht. Als er meine Mutter geheiratet hat, meinte er, er habe jetzt Verantwortung für zwei Personen, und er ist nach Deutschland geflohen.

Haben Sie noch Familie im Iran, zu der Sie Kontakt halten?

Die meisten aus meiner Familie väterlicherseits sind in Deutschland beziehungsweise den USA. Ich hab mütterlicherseits Familie dort, mit der ich aber nie über Politisches rede.

Waren Sie schon oft da?

Als Kind zweimal, mit acht und mit zehn Jahren. Das erste Mal, weil meine Mama wollte, dass wir, also mein kleiner Bruder und ich, das Land sehen und ihre Familie kennenlernen. Das zweite Mal, weil meine Oma väterlicherseits, die einen Tumor hatte, vor ihrem Tod noch einmal ihren Sohn im Iran besuchen wollte. Meine Mutter ist mit ihr und uns Kindern hin geflogen. Heute sagt sie, dass sie da begriffen hat, dass ich nicht noch mal dorthin gehen sollte.

Wieso?

Weil ich schon damals sehr rebellisch war. Ich musste natürlich wie alle Frauen längere Kleidung tragen. Zwar trug ich kein Kopftuch, obwohl man das mit zehn eigentlich muss. Aber Mama meinte, ich sähe so jung aus, wir würden einfach sagen, ich sei erst acht. Es war Hochsommer, wir saßen in einem Bus und mir war viel zu warm. Ich hatte schon protestiert, dass meine Cousins woanders saßen wegen der Geschlechtertrennung. Und als ich unbeobachtet war, habe ich mir das Oberteil ausgezogen und war im Unterhemd. Meine Mutter und meine Tante waren völlig geschockt. Ein anderes Mal auf einem Spielplatz durfte ich nicht mit den Jungs aufs Trampolin. Ich habe es absolut nicht verstanden und einen Aufruhr gemacht. Was ist das für ein Land hier, was ist das für eine Sch! Ich habe ziemlich deftige Ausdrücke auf Persisch benutzt.

Ihre Mutter hatte Angst um Sie?

Natürlich. Ich war dann fünfzehn, als ich mich zum ersten Mal in der Öffentlichkeit politisch geäußert habe. Wir hatten ein christliches persisches Musikvideo aufgenommen für den iranisch-christlichen Sender Sat-7 Pars, den auch viele Christen im Iran schauen. Anschließend habe ich im Interview gesagt, wie schade ich es finde, dass im Iran Christen verfolgt werden. Als ich etwas später zu meinen Eltern sagte, ich würde gerne wieder in den Iran fahren, meinte mein Vater, nein, das sei viel zu gefährlich. Das habe ich damals nicht verstanden, ich hielt das für übertrieben.

Trotz der Geschichte Ihres Vater?

Unterschätze nie die Macht eines Herzens auf Instagram Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini in Iran vor einem Jahr ist Daniela Sepehri unermüdlich im Einsatz. Di....

Ja. Auch als mein Vater meinte, die Mullahs könnten herausfinden, dass ich seine Tochter bin, und mich als Geisel für ihn verhaften, dachte ich damals, das sei total absurd. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass im Iran deutsche Staatsbürger als Geiseln genommen werden, konnte mir auch nicht vorstellen, dass Menschen im Iran verhaftet werden, weil ihre Verwandten hier politisch aktiv sind! Und irgendwann, als ich in Paderborn, in meiner Heimatstadt, angefangen habe, öffentlich zum Thema Iran zu sprechen, sagte mein Vater: Jetzt kannst du auch wegen deiner Arbeit nicht mehr in den Iran reisen.

Wie war das so, als Kind von Iranern in Paderborn?

Ich sage immer scherzhaft, meine Eltern sind aus dem Iran nach Paderborn geflohen, und ich bin bei erster Gelegenheit aus Paderborn nach Berlin geflohen. Meine Eltern waren als Asylbewerber dorthin verteilt worden und haben, sobald sie eine Wohnervlaubnis hatten, die erste Wohnung genommen, die zur Verfügung stand, ohne sie sich vorher anzusehen. Meine Mama war hochschwanger mit mir, und mein Papa wollte auf keinen Fall, dass ich auch nur einen Tag meines Lebens in einem Geflüchtetenheim zubringen muss. Meine Eltern haben alles versucht, um es mir so einfach wie möglich zu machen. Sie haben mir einen deutschen Vornamen gegeben! Daniela deutscher geht es doch kaum!

Hat der Name für Sie etwas einfacher gemacht?

Ach, ich weiß nicht. Es gab vieles, was ich im Nachhinein als Rassismus erkenne. Damals gab es kaum Iraner in Paderborn und viele Menschen, auch Lehrer*innen, sind mit mir anders umgegangen als mit richtigen Deutschen. Und so habe ich immer versucht, diese iranische Seite in mir zu unterdrücken, sobald ich aus der Wohnung rausging was ich im Nachhinein sehr traurig finde. Ich habe zum Beispiel eine Phase gehabt, da habe ich mir die Haare blond gefärbt, weil ich dachte, je deutscher ich aussehe, desto weniger komische Fragen stellt man mir.

Das klingt nicht gut.

Inzwischen wäre das wohl auch in Paderborn anders, aber Anfang der 2000er war es eine sehr weiße Stadt. Für meine Identitätsbildung war das schwierig. Ich wollte das Iranische in mir unterdrücken und habe gleichzeitig nach Vorbildern gelehzt. Immerhin gab es Nina Moghaddam im Kinderfernsehen, sie war bei Togo Moderatorin alle haben sie geliebt. Das war für mich die Identifikation. Ich konnte meinen Freundinnen sagen: Guckt mal, wie cool die ist, und die kommt auch aus dem Land, aus dem meine Eltern kommen.

War es der Rassismus, der Sie zur Politik brachte, oder die Geschichte Ihres Vaters?

Ich war immer in der Kirche aktiv. Seit ich vier war, habe ich Gitarrenunterricht bekommen, und bald war ich in unseren persischsprachigen Gottesdiensten für die Musik zuständig. Auch hab ich mich immer schon für Politik interessiert, weil es zu Hause kein anderes Gesprächsthema gab. Wenn Besuch da war, hat man immer über Iran gesprochen. Ich weiß noch genau, wie ich die grüne Bewegung im Iran 2009 verfolgt habe. Allerdings ohne genau zu wissen, was ich da verfolge ich war elf Jahre alt. Als ich kürzlich bei Instagram erinnert habe an Neda Agha-Soltan, eine junge Frau, die damals erschossen wurde, kamen mir die Bilder wieder in den Kopf. Die letzten Minuten, bevor sie gestorben ist, wurden damals gefilmt und im Fernsehen ausgestrahlt. Ich weiß heute noch, wo im Wohnzimmer unser Fernseher stand, als das lief. Ich weiß, dass ich daran vorbeigegangen bin und von diesem Anblick so negativ gefesselt war. So bin ich aufgewachsen. Politik war immer ein Thema.

Iranpolitik?

Damit fing es an. In unserer Gemeinde hatten wir irgendwann immer mehr Geflüchtete aus dem Iran, und als hier Geborene und Aufgewachsene konnte ich viel besser Deutsch als meine Eltern. Wenn die Geflüchteten Hilfe brauchten, einen Brief zu übersetzen oder zu schreiben oder zum Arzt zu gehen oder irgendwo einen Anruf zu tätigen, bin ich eingesprungen. So habe ich sehr schnell gesehen, welche Probleme es in unserem Asylsystem gibt und wie tief rassistisch unser Migrationssystem ist. Ich habe mich mit den Lebensgeschichten der verfolgten Chris-t*in-nen aus dem Iran befasst, wenn ich für sie übersetzt habe, und gemerkt, wie heftig die Verfolgung in Iran

Unterschätze nie die Macht eines Herzens auf Instagram Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini in Iran vor einem Jahr ist Daniela Sepehri unermüdlich im Einsatz. Di....

ist. Ich konnte nichts anderes tun als zu sagen, das nehme ich so nicht hin. So habe ich angefangen, mich einzubringen.

Und wie?

Zum Beispiel hatten ich und andere junge Leute überlegt, die zwei Geflüchtetenheime, die es damals in Paderborn gab, auf eigene Faust zu renovieren, weil es die Stadt nicht tat. Die Toiletten waren in katastrophalem Zustand, die Wände mussten gestrichen werden. Wir waren dabei zu gucken, von wem wir dafür Geld kriegen. Das war 2015, dann war Bürgerkrieg in Syrien und es kamen auf einmal viel mehr Menschen, es entstanden viele neue Geflüchtetenheime. Wir haben das Renovieren dann gelassen, weil wir gemerkt haben, dass wir den Leuten bei ganz anderem helfen müssen: Übersetzungsarbeit, Asylverfahren, Anwaltsterminen, solche Dinge.

Und dann kamen ja auch die Rechten aus ihren Löchern.

Genau. Zur selben Zeit kam der Hass aus der rechten Ecke, die AfD wurde immer stärker. Wir hatten dann ein Bündnis gegen rechts in Paderborn, ganz klassisch. Da war ich sehr aktiv. Wir haben Gegendemos organisiert, wenn die AfD da war. Und ich habe das Thema beim Poetry-slam aufgegriffen.

Sie machen Poetryslam?

So mit fünfzehn habe ich damit angefangen und das später auch in meinem Aktivismus genutzt. Ich bin über die Bühnen zunächst in NRW getourt und habe in Fünfminutentexten über Rassismus, Migration und Feminismus gesprochen. Und je älter ich wurde, desto mehr hab ich gemerkt: Mein Gott, wir müssen echt viel mehr tun in unserer Gesellschaft. Dann hat sich das so entwickelt, dass ich auch Social Media als Kanal genutzt habe.

Wie kam das?

2019 war ich drei Monate für ein Praktikum in Indien bei der deutschen Botschaft. Alle meine Freundinnen meinten, ich solle auf Instagram ein Tagebuch führen, weil sie daran teilhaben wollten. Ich habe eine große Leidenschaft für Indien, und so wollte ich in der Zeit möglichst viel lernen über das Land. Ich habe also gepostet, was ich jeden Tag so gelernt habe: Dinge, die ich spannend fand, Dinge, die komisch waren oder die mich aufgeregt haben. Erst hatte ich nur ein paar Follower, aber durch die richtigen Hashtags kamen immer mehr Leute dazu. Ich dachte, oh, da interessieren sich tatsächlich Leute für das, was ich schreibe. Nach Indien wollte ich das nicht einschlafen lassen, aber ich wollte auch keine Reise-Influencerin werden. So habe ich angefangen, Social Media für meine anderen Themen zu nutzen.

Wie viele Follower hatten Sie?

Etwa 1.000. Das ist auch nur langsam gestiegen. Denn seien wir ehrlich: Wenn Menschen nach einem harten Arbeitstag nach Hause kommen, schauen sie sich lieber tollen Reisecontent oder lustige Videos an oder Katzenbilder, als sich mit Rassismus zu beschäftigen. Ich habe zum Beispiel über die berühmte Frage Wo kommst du her? gesprochen, die People of Color sich immer anhören müssen. Aber wer möchte sich in seiner Freizeit mit seinen inneren Rassismen beschäftigen? Nur die wenigsten.

Also hat Ihnen erst die Iranrevolution Ihre 30.000 Insta-Follower beschert?

Ja, den Boom gab es nach dem 16. September. Ich hatte auch vorher über Iran gepostet, es gab ja zum Beispiel im Sommer 2022 Proteste in Chusistan. Auch über den zum Tode verurteilten Deutsch-Iraner Jam-shid Shar-mahd hatte ich schon gesprochen aber da hatte ich nur eine geringe Reichweite. Seit meinem ersten Post zum Mord an Jina Mahsa Amini hat sich das gewandelt. Auf einmal wollten alle was zum Iran wissen, was mich natürlich total freut. Nur finde ich es schade, dass es dieses Interesse nicht vorher schon gab. Die Menschen im Iran hätten es allerspätestens nach den blutigen Protesten 2019 verdient, dass man da mal hinschaut. Eigentlich schon seit 1979. Aber besser spät als nie.

Was erreichen Sie mit Ihrer Instagram-Arbeit?

Unterschätze nie die Macht eines Herzchens auf Instagram Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini in Iran vor einem Jahr ist Daniela Sepehri unermüdlich im Einsatz. Di....

Ich glaube, ich erreiche ziemlich viel damit. Ich bekomme viele Rückmeldungen, dass Leute Dinge nicht wussten und was sie durch meine Beiträge gelernt haben. Ich berichte ja quasi ausschließlich auf Deutsch, weil für mich die Zielgruppe nicht in erster Linie die iranische Diaspora ist. Ich will diejenigen ansprechen, die mit dem Thema nicht vertraut sind. Mit jedem Post, den ich mache, jeder Story, die ich setze, will ich Leute aufklären, Dinge einordnen. Und natürlich geht es oft um die meist gestellte Frage: Was kann ich denn tun? Ich zeige also immer wieder, so und so kannst du dich einbringen.

Wie denn?

Zum Beispiel hatten wir kürzlich in Berlin ein Filmscreening mit *White Torture* von Narges Mohammadi, danach gab es eine Diskussion. Wenn ich auf so einer Veranstaltung bin, teile ich das natürlich, auch um zu sagen: Hey, guckt mal, das ist eine Form, Solidarität zu zeigen! Geht in die Kinos eurer Städte, bittet sie darum, einen politischen iranischen Film zu zeigen. Menschen schauen sich gerne einen Film an, auch politische Filme. Auch so kann man aufklären und Schallverstärker sein für die Menschen im Iran.

Als Social-Media-Aktivistin geht es bei Ihnen auch viel um Online-Aktivismus. Aber was bringt der? Man macht sein Herzchen bei Insta, statt auf eine Demo zu gehen?

Aktivismus ist nicht nur, auf die Straße zu gehen! Klar ist das wichtig, aber unterschätze nie die Macht eines Herzchens auf Instagram oder die Macht eines Retweets bei Twitter beziehungsweise X. Das sieht man am Iran sehr gut: Es gibt für die Protestierenden als Waffe nur die Öffentlichkeit. 2019 haben die Mullahs das Internet abgeschaltet, die Proteste wurden niedergeschossen, niemand auf der Welt hat hingeschaut. Jetzt schicken die Iraner Filme, wie sie auf die Straße gehen. Das ist lebensgefährlich, sie machen es trotzdem, damit wir es teilen, damit die Welt sieht, was ihnen widerfährt. Da ist es unsere Pflicht, das zu verbreiten und ein Like hilft in einem algorithmenunterstützten System, etwas zu verbreiten. Und wenn Menschen damit jeden Tag auf Social Media konfrontiert sind, bleibt etwas hängen.

Die deutsche Politik konnten Sie aber noch nicht überzeugen. Kürzlich haben Sie beim Tag der offenen Tür Außenministerin Annalena Baerbock besucht und kritische Fragen gestellt. Warum ist die Ampel so zögerlich in Sachen Iran?

Ich erkläre mir das Nichtstun der Bundesregierung damit, dass man die Beziehung zur Islamischen Republik nicht kaputt machen will. Das Auswärtige Amt erkennt nicht das Potenzial der Menschen in Iran, dass sie das Regime tatsächlich zum Sturz bringen werden. Stattdessen halten sie an dem Glauben fest, irgendwie das sogenannte Atomabkommen wiederzubeleben. Wobei ich es sehr naiv finde zu denken, dass man damit den Bau einer Atombombe verhindern kann. Man zögert das vielleicht um wenige Jahre hinaus, und in diesen wenigen Jahren füllt man wieder die Kriegskassen der Islamischen Republik.

Aber der Bundeskanzler hat zu Beginn der Proteste eine sehr gute Rede gehalten und das Mullahregime verurteilt.

Ja, weil wir maximalen Druck gemacht haben. Ich hatte damals mit innn.it die Petition #Olafsagwas gestartet, wo die Videos dazu über eine Million Reichweite hatten. Ich denke, wegen des öffentlichen Drucks hat er ein Statement gemacht, was nicht schlecht war, er hat wirklich gute Worte gefunden. Der Kanzler kann, wenn er will. Aber er will nicht. Er hat auch nichts gesagt, als der Oberste Gerichtshof Irans das Todesurteil gegen Jamshid Sharmahd bestätigt hat. Auch der Bundespräsident sagt nichts dazu. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Was ist das für eine Regierung, die sich nicht einmal für die eigenen Staatsbürger einsetzt?

Seien wir ehrlich: Wenn Menschen nach einem harten Arbeitstag nach Hause kommen, schauen sie sich lieber tollen Reisecontent oder lustige Videos an, als sich mit Rassismus zu beschäftigen

Daniela Sepehri

Der Mensch

Unterschätze nie die Macht eines Herzens auf Instagram Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini in Iran vor einem Jahr ist Daniela Sepehri unermüdlich im Einsatz. Di....

Daniela Sepehri kam vor 25 Jahren als Kind zweier iranischer Flüchtlinge in Paderborn zur Welt. Ihr Vater ist evangelischer Pastor für persischsprachige Christen in Westfalen. Nach dem Abitur ging sie nach Berlin und hat an der Freien Universität Geschichte, Publizistik und Kommunikationswissenschaften studiert. Inzwischen hat sie sich als Social-Media-Beraterin und Moderatorin selbstständig gemacht.

Der Aktivismus

Seit ihrer Jugend ist die engagierte Christin aktiv für Geflüchtete, gegen Rassismus, für Feminismus und in Sachen Iran. Dafür nutzt sie zunehmend ihre wachsende Reichweite auf Social Media, vor allem bei Instagram. Dort hat sie als @danielasepehri 30.000 Follower und informiert über Iran und die Solidaritätsbewegung. Sie organisiert Demonstrationen in Berlin. Zusammen mit der Organisation Hawar Help und der Aktivistin Mariam Claren hat Sepehri das Patenschaftsprogramm für politische Gefangene und von Hinrichtung bedrohte Menschen in Iran initiiert. Inzwischen haben über 400 politische Amts-trä-ge-r*in-nen Patenschaften übernommen. Vielfach führte die damit verbundene öffentliche Aufmerksamkeit zu Hafterleichterungen oder sogar zur vorzeitigen Entlassung.

Load-Date: September 8, 2023

Nach Silvester: Der Faktor Sozialisation muss endlich aus der Tabuzone geholt werden; der leitartikel

taz, die tageszeitung

Samstag 07. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 2

Length: 804 words

Byline: Gunnar Hinck

Body

der leitartikel

Von Gunnar Hinck

Es ist paradox: **Migration** ist eines der wichtigsten gesellschaftlichen Themen in Deutschland. Aber wenn es mal schwierig wird, wie jetzt bei den Silvesterkrawallen nicht nur in Berlin-Neukölln, an denen junge Männer mit Einwanderungsgeschichte doch ziemlich deutlich beteiligt waren, dominiert das Reiz-Reaktions-Schema, das vernünftige Debatten erstickt.

Jens Spahn von der CDU spricht per Ferndiagnose von unregelmäßiger **Migration** und gescheiterter Integration. Antirassismus-Aktivistinnen sehen rassistische Hetze, wenn man die Herkunft von Tatverdächtigen nennt. Und die Integrationsbeauftragten der Republik warnen vor Stigmatisierung und sehen soziale Ursachen für die Gewaltextzesse. Die Raketenschützen, die frustrierten Abgehängten.

Es ist der klassische linke Erklärungsansatz: Das Materielle, die soziale Lage erklärt Verhalten. Marxistisch gesprochen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Natürlich gibt es handfeste Ursachen für Gewalt, schon zigfach durchdekliniert. Der Anteil von Sozialleistungsempfängern in den betroffenen Wohnvierteln ist hoch und damit die Perspektivlosigkeit. Der Anteil von Schulabbrechern ist ebenso hoch, was ein Dauer-Skandal ist und wogegen der Staat viel mehr tun könnte. Wer in der Schule scheitert, häuft Frust an.

Der Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani beklagt zu Recht seit Jahren, dass ausgerechnet in den Vierteln, in denen die besten Schulen nötig wären, oft die schlechtesten Schulen liegen. Und ja, ein Syrer hat auf dem Wohnungsmarkt weniger Chancen als eine Isländerin. Man nennt es Rassismus.

Aber reicht das an Erklärungen? Muss man zwingend Silvesterraketen als Schusswaffen gegen Menschen nutzen, weil die Eltern von Hartz IV leben? Andere Faktoren, wie kulturelle Prägungen oder die Sozialisation durch Herkunft, sind eine Tabuzone in Deutschland, eben weil es leicht ins Ressentiment abrutschen kann. Das ist bedauerlich, denn die Migrationsforschung ist schon längst viel weiter. Natürlich prägt Herkunft. Aber Herkunft ist

Nach Silvester: Der Faktor Sozialisation muss endlich aus der Tabuzone geholt werden der leitartikel

kein starres Korsett. Ein konkretes Beispiel: Die Schreckschusspistolen, die massenhaft zum Einsatz kamen. Warum schießen manche arabisch- oder türkischstämmige junge Männer an Silvester gern mit Schreckschusswaffen herum? Weil in ihren Herkunftsländern oder in den Herkunftsländern ihrer Eltern Männer auf Hochzeiten gern Schüsse abgeben, oft auch aus scharfen Waffen. Das zu benennen, ist nicht Rassismus, sondern Sozialanthropologie. In Schwedisch-Lappland gilt man bis heute erst dann als so richtig männlich, wenn man einen Elch erlegt hat. Das kann man aus mitteleuropäischer Perspektive als ebenso bizarr bezeichnen.

Das enge Männlichkeitsbild, das in Neukölln oder Hamburg-Wilhelmsburg zu sehen ist, steht in einen seltsamen Kontrast zu sich auffächernden Männlichkeitsbildern insgesamt. Es dürfte einen Zusammenhang geben zwischen einem Loser -Dasein (so die Neuköllner Integrationsbeauftragte Güner Balci) und dem Drang, auf der Straße den Macker herauszukehren. Umgekehrt gesagt: Wer auf irgendetwas persönlich Geleistetes stolz sein kann, hat es nicht nötig, sich durch Raketenschüsse auf Passanten mal richtig böse und bedeutend zu fühlen. Soziale Lage und Prägung gehen hier zusammen.

Die Erziehung in muslimischen Familien ist autoritärer, es geht mehr ums Gehorchen, schreibt der Erziehungswissenschaftler Ahmet Toprak seit Jahren (dass es in nicht-muslimischen Familien autoritärer zugehen kann als in manchen muslimischen Familien, ändert nichts an der Tendenz). Jungs haben aber gleichzeitig anders als Mädchen viel mehr Freiheiten. Toprak und seine Kollegin Katja Nowacki schreiben in einer Studie für das Bundesfamilienministerium: Insgesamt besteht in vielen Familien ein inkohärenter Erziehungsstil, der einerseits () aus Disziplinarmaßnahmen wie Schlägen besteht, andererseits die männlichen Jugendlichen bereits früh auf eine dominante Rolle vorbereitet, was zu einer Überforderung führen kann.

Was tun? Helfen könnte, sich von dem bleischweren Dinosaurierwort Integration zu lösen. Es geht erst einmal um geschriebene und ungeschriebene Regeln, die sich eine Einwanderergesellschaft gibt. Miteinander statt übereinander zu reden wäre hilfreich und nicht nur dann, wenn es spektakuläre Bilder aus Neukölln gibt.

Der Faktor Sozialisation muss endlich aus der Tabuzone geholt werden, damit er nicht weiter rassistisch missbraucht werden kann à la der Araber ist eben so . Nur was nüchtern und auf Augenhöhe benannt wird, kann geändert werden. Und dabei sollte auch die Frage gestellt werden, ob es so viel Sinn ergibt, althergebrachte Geschlechterrollen in einer neuen Gesellschaft, in der man lebt, zu konservieren.

Muss man zwingend Silvesterraketen als Schusswaffen gegen Menschen nutzen, weil die Eltern von Hartz IV leben?

Gunnar Hinck, Jahrgang 1973, ist Meinungsredakteur der taz.

Load-Date: January 6, 2023

Der schwarze Kanal; Auf seinem Youtube-Channel verbreitet Ex- Bild -Chef Julian Reichelt vor großem Publikum Themen der AfD. Sein Ziel: Rechte Politik in die gesellschaftliche Mitte zu bringen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 23. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 18

Length: 756 words

Byline: Peter Nowak

Highlight: Auf seinem Youtube-Channel verbreitet Ex- Bild -Chef Julian Reichelt vor großem Publikum Themen der AfD. Sein Ziel: Rechte Politik in die gesellschaftliche Mitte zu bringen

Body

Von Peter Nowak

Gescheiterte **Migrationspolitik** Zuwanderung endet oft tödlich . Schon der Titel klingt nach AfD. Der Eindruck verstärkt sich, als der Sprecher mit eindringlicher Stimme in die Kamera sagt: Irgendwo in diesem Land werden Eltern wieder um ihre Kinder trauern, weil Innenministerin Faeser und die grünen Ideologen ihre Fehler nicht eingestehen und ihre Politik nicht ändern und unsere Grenzen nicht sichern wollen. In dieser Diktion geht es 20 Minuten lang weiter. Von der **Migrationspolitik** geht es zum Muez-zin-Ruf in deutschen Städten: Niemand hat erklärt, warum fortschreitende Islamisierung zu mehr Fortschritt führen soll.

Wir sind bei Achtung, Reichelt!, Julian Reichelts Show bei Youtube und nicht etwa bei einem Propagandavideo der AfD. Die Sendung ist kaum von deren Formaten zu unterscheiden. Reichelt, der im Herbst 2021 nach Vorwürfen des Machtmissbrauchs von seinem Posten als Chefredakteur bei Bild entlassen wurde, ist seit Juli 2022 bei Youtube. Sein Kanal hat heute über 300.000 Abonnent:innen. Woher Reichelt die Finanzierung für die aufwendigen Studioproduktionen hat, ist unklar.

Schon als Bild-Redakteur war Reichelt für rechte Propaganda bekannt. Er arbeite mit der Methode eines Revolver-Journalismus , der Emotionen hochpeitscht und in erster Linie nach Feinden sucht , attestierte ihm 2017 die FAZ. Der ehemalige Bundesrichter Thomas Fischer bescheinigte ihm 2018 kenntnisfreie Panikmache und rechtspolitische Scharfmacherei auf sehr niedrigem Niveau . Im Juli 2022 begann Reichelt mit seinen Sendungen auf Youtube. Zu seinen Mit-ar-bei-te-r:in-nen gehört auch die in rechten Kreisen bekannte Autorin Judith Sevinç Basad, die nach Reichelts Rauswurf bei Bild kündigte und über ein wokes Klima bei Springer klagte.

Der schwarze Kanal Auf seinem Youtube -Channel verbreitet Ex- Bild -Chef Julian Reichelt vor großem Publikum Themen der AfD. Sein Ziel: Rechte Politik in die ge....

Der Politikwissenschaftler Markus Linden bezeichnete Achtung, Reichelt in der Frankfurter Rundschau als rechtspopulistischen Kanal : Aus Klima-Aktivisten werden Klima-Terroristen und eine Öko-Diktatur. Cancel Culture macht er an kleinsten Fällen aus und jazzt sie zum Massen-Phänomen hoch , so Linden.

Obwohl er in seinen Sendungen nicht nur die Themen, sondern auch die Diktion der AfD verwendet, bleibt Reichelt auf Distanz zu der Rechtsaußenpartei. Sein Ziel sei es, die Themen, die heute die AfD vertritt, wieder in der politische Mitte zu verankern, sagte Reichelt, als er auf Fragen von Hö-re-r:in-nen in seiner Sendung antwortete.

Die CDU solle sich, statt über Gendern oder Frauenquote zu streiten, für die Festung Europa und einer Renaissance der Atomkraft einsetzen, fordert Reichelt. Lob gibt es für den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz. Seine Äußerung über kleine Paschas aus dem arabischen Raum , die angeblich für die Silvesterkrawalle verantwortlich gewesen sein sollen, wiederholt Reichelt gleich mehrmals hintereinander in seiner Sendung, in der er kurz vor der Berliner Wiederholungswahl die Stadt als von Linken und Grünen heruntergewirtschaftet denunziert.

Reichelt grenzt sich kaum nach rechts ab. So lobte er die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni von den post-faschistischen Fratelli d Italia für ihre migrationsfeindliche Politik. Ganz im rechten Stil diffamiert Reichelt die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Tessa Ganserer, als Mann mit einem rosa Kleid, der über die Frauenquote ins Parlament gekommen ist (Reichelt verwendet das männliche Pronomen). Alle Ausgaben von Achtung, Reichelt! werden auf der rechtspopulistischen Plattform PI News Politically Incorrect beworben. Dort kommen in der Regel Po-li-ti-ker:-innen vom rechten Rand der AfD wie Björn Höcke zu Wort.

Reichelts Sendung gegen eine Regenbogenkita in Berlin-Schöneberg wurde auf der Kampagnenseite der Jungen Alternativen, der Jugendorganisation der AfD, verlinkt, die Ende Oktober eine Demo vor der Einrichtung organisierte. Reichelts Hetze gegen angebliche Kinderschänder-Versteher, die zwei LGBT-Kitas eröffnen wollen , konnten auch sie nicht übertreffen. Jede seiner Sendungen beendet Reichelt mit dem Selbstlob, er sei der härteste Gegner von Scheinheiligkeit, Propaganda und Heuchelei in der Politik . Da knüpft Reichelt an Gerhard Löwenthal an. Der Anhänger von Franz Josef Strauß moderierte bis 1987 das ZDF-Magazin, wo er gegen Linke aller Couleur hetzte. Wie Reichelt kannte auch Löwenthal keine Abgrenzung nach rechtsaußen. Anders als Löwenthals haben Reichelts Sendungen heute eine wesentlich größere Reichweite, die er nutzt, um rechte Diskurse in der Gesellschaft zu verankern. Und die Abgrenzung zur AfD und anderen Rechts-po-pu-lis-t:in-nen aufzuweichen.

Load-Date: February 22, 2023

Demo für das Recht auf Fahnenflucht; Pazifisten aus Russland, der Ukraine und Belarus fordern Asyl für Kriegsdienstverweigerer

taz, die tageszeitung

Dienstag 16. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 335 words

Byline: Peter Nowak

Highlight: Pazifisten aus Russland, der Ukraine und Belarus fordern Asyl für Kriegsdienstverweigerer

Body

Von Peter Nowak

Circa 80 Menschen haben am Montag vor dem Büro der EU-Kommission in Mitte für den Schutz von Militär- und Kriegsdienstverweigerern aus Russland, Belarus und der Ukraine demonstriert. Gleichzeitig wurde ein Aufruf mit der Forderung übergeben, dass Deserteurinnen und Kriegsdienstverweigerern in Deutschland Schutz und Asyl bekommen. 50.000 Menschen haben unterschrieben.

Angesichts des Krieges in der Ukraine brauchen wir eine klare Zusage der Bundesregierung und der europäischen Institutionen, dass bei Desertion und ausdrücklich auch bei Militärdienstentziehung in Russland Flüchtlingsschutz garantiert wird, sagt Rudi Friedrich vom Netzwerk für Kriegsdienstverweigerung Connection e. V. Friedrich setzt sich seit den 1980er Jahren für die Rechte von Kriegsdienstverweigerern und Deserteurinnen überall in der Welt ein. Ein echter Schutz für alle, die sich dem Krieg verweigern, ist schon lange überfällig, so Friedrich. Das fordert auch das Netzwerk War Resisters International, an dem weltweit Gruppen und Einzelpersonen beteiligt sind. Sie haben den 15. Mai zum Internationalen Kampftag der Kriegsdienstverweigerern erklärt.

Auf der Kundgebung in Berlin sprachen auch Pazifistinnen aus den drei Staaten. Wir können in diesem Krieg nur gewinnen, wenn wir uns einig sind, nicht zu kämpfen, wenn wir nicht die Sprache des Krieges und des Hasses sprechen, erklärte Olga Karatsch von der zivilgesellschaftlichen Organisation Nash Dom aus Belarus. Lasst uns inmitten des Krieges die Gewaltlosigkeit verfechten, lautete auch der Appell von Maria vom russischen Movement of Conscientious Objection.

Aus Kiew war Yurii Sheliazhenko von der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung zugeschaltet und warb für gewaltfreie Widerstandsaktionen. Wie alle Männer unter 60 Jahren darf er das Land nicht verlassen. Nur digital konnte er daher an der Podiumsdiskussion teilnehmen, auf der die drei Pazifistinnen ihre jeweiligen Projekte vorstellten.

Demo für das Recht auf Fahnenflucht Pazifisten aus Russland , der Ukraine und Belarus fordern Asyl für
Kriegsdienstverweigerer

Load-Date: May 15, 2023

End of Document

Zwei rassistische Angriffe am Tag; Erster zivilgesellschaftlicher Lagebericht über antimuslimischen Rassismus in Deutschland: Muslim:innen müssen nahezu überall körperliche und verbale Übergriffe fürchten. Frauen sind besonders betroffen.

taz, die tageszeitung

Dienstag 27. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 563 words

Byline: Moritz Müllender

Highlight: Erster zivilgesellschaftlicher Lagebericht über antimuslimischen Rassismus in Deutschland: Mus-li-m:in-nen müssen nahezu überall körperliche und verbale Übergriffe fürchten. Frauen sind besonders betroffen.

Body

Von Moritz Müllender

Ob im Park, im Klassenzimmer, auf der Arbeit oder bei der Wohnungssuche: Mus-li-m:in-nen müssen rassistische Angriffe fürchten – und zwar täglich. 898 Übergriffe, also mehr als zwei am Tag, verzeichnet das am Montag vorgestellte Lagebild zu antimuslimischem Rassismus für 2022. Die Zahlen sind erdrückend! Umso wichtiger, dass wir uns dem Thema zuwenden, sagt Cihan Sinano lu vom deutschen Zentrum für Integrations- und **Migrationsforschung**. Den Bericht verantworten fünf zivilgesellschaftliche Organisationen unter Federführung von CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit. Gefördert hat den Report das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die gezählten Vorfälle betreffen alle Mus-li-m:in-nen sowie Menschen, denen der Islam zugeschrieben wird.

Ein Viertel der gemeldeten Übergriffe passierte im öffentlichen Raum. Besonders Frauen erfahren hier Beleidigungen und auch körperliche Angriffe, teils auch in Begleitung ihrer Kinder. Ein Mann griff etwa eine Schwangere im Bus an, rammte ihr das Knie in den Bauch, beschimpfte sie und riss ihr das Kopftuch herunter.

Darüber hinaus erleben Mus-li-m:in-nen in Bildungseinrichtungen von Kita bis Universität Diskriminierung – vor allem durch Lehrkräfte. Insgesamt ein Fünftel aller gemeldeten Vorfälle ereignete sich an Bildungseinrichtungen. 13,5 Prozent entfielen auf die Arbeitswelt. Die dokumentierten verbalen Attacken umfassen insbesondere Volksverhetzung und Beleidigung, aber auch Bedrohungen und Nötigungen.

Betroffene berichteten in der Folge von starken psychischen Belastungen, sagten, sie mieden bestimmte Orte und Aktivitäten oder zögen gar an einen neuen Wohnort. Auch Drohbriefe an Moscheen mit exzessiven Gewalt- und

Zwei rassistische Angriffe am Tag Erster zivilgesellschaftlicher Lagebericht über antimuslimischen Rassismus in Deutschland: Muslim:innen müssen nahezu überall

Morddrohungen dokumentiert der Bericht. Diese seien oft mit Verweisen auf das NS-Regime gespickt und folgten auf vorherige Taten gegen die muslimische Gemeinde. Elisabeth Walser von CLAIM sagt, man dürfe nicht vergessen, dass jede Zahl für eine Person steht. Und: Jeder Übergriff ist auch ein Angriff auf unsere Gesellschaft, weil sie die Menschenwürde in Frage stellt, sagt -Walser.

Das Lagebild zeigt dabei nur einen Ausschnitt. Die Organisationen gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. Denn vielen Betroffenen fehle Zugang zu Beratungs- und Meldestrukturen. Dort mangle es zudem oft an Expertise zu antimuslimischem Rassismus. Betroffene misstrauten außerdem Behörden, weil sie fürchten, dort erneut diskriminiert zu werden oder ihre Erfahrungen abgesprochen zu bekommen.

Die Or-ga-ni-sa-tionen betonen: Antimuslimischer Rassismus ist kein Randphänomen. Studien zeigten, dass Ressentiments und Gewalt zunehmen. Grassierende Einstellungen bereiteten den Boden für Taten. Gerahmt und befeuert wird das von aktuellen Debatten über Migration, sagt Rima Hanano von CLAIM. Antimuslimischer Rassismus treibe die Menschen in die Arme von Rechten. Der gesellschaftliche Diskurs sei nach rechts gerückt. Das zeigten etwa auch die Äußerungen von CDU-Chef Friedrich Merz über vermeintlichen Sozialtourismus und Paschas. Die Brandmauer nach rechts wird schwächer, so Hanano.

Die Au-to:r:in-nen des Berichts fordern, die Politik müsse das Problem angehen. Man habe alle demokratischen Parteien kontaktiert, geantwortet habe nur eine. Hanano sagt: Wir wünschen uns von allen demokratischen Parteien eine klare Haltung, nicht bloß Lippenbekenntnisse.

Load-Date: June 26, 2023

Vom Nildelta in den Tod vor den Toren Europas; Bis zu 650 Menschen sind bei einem Bootsunglück vor Griechenlands Küste ums Leben gekommen. Viele kamen aus Ägypten. Im Nildelta beginnt eine der Routen eines weit gefächerten und perfiden Schmugglersystems

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 1461 words

Byline: Karim El-Gawhary

Highlight: Bis zu 650 Menschen sind bei einem Bootsunglück vor Griechenlands Küste ums Leben gekommen. Viele kamen aus Ägypten. Im Nildelta beginnt eine der Routen eines weit gefächerten und perfiden Schmugglersystems

Body

Aus Kairo Karim El-Gawhary

Der Untergang des Schiffes voller **Migranten** vorige Woche im Mittelmeer ist eine griechische Tragödie. Doch es ist auch ein ägyptisches Drama. 43 der 104 Überlebenden sind Ägypter, enthüllte die ägyptische **Migrationsministerin** Soha Gindi am Montag. Neun der Überlebenden, die wegen Verdachts der Schlepperei festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt wurden, sind ebenfalls Ägypter. Auch unter den restlichen Menschen an Bord insgesamt waren es Schätzungen zufolge rund 750 soll sich eine hohe Zahl an Ägyptern befunden haben. Sie wurden entweder bereits tot geborgen oder gelten als vermisst.

Inwieweit die neun verhafteten Ägypter als Schlepper gearbeitet haben, ist jetzt eine Frage für die griechische Justiz. Vor dem Haftrichter erklärten die Männer ihre Unschuld. Mein Mandant sagt, er sei auch nur ein Opfer und habe eine erhebliche Summe für eine Reise von Ägypten nach Italien gezahlt, erklärte Dimitris Drakopoulos, ein Pflichtverteidiger einer der Angeklagten. Er sei von sich aus ins Meer gesprungen, um Wasserflaschen zu holen, die ein Frachter zuvor abgeworfen hatte, nachdem auf dem **Migrantenschiff** das Wasser ausgegangen sei.

Wenn es sich bei den Verhafteten tatsächlich um Schlepper handelt, dann wohl nur um die ganz kleinen Fische. Es ist üblich, dass die Organisatoren der Schiffe günstigere Preise machen, wenn man an Bord Handlangerdienste leistet. Laut der unabhängigen ägyptischen Nachrichtenplattform Mada Masr berichteten Angehörige zweier der Festgenommenen, dass diese erst vor wenigen Wochen Ägypten verlassen hätten, um nach Europa zu reisen.

Die Hintermänner sitzen woanders. Einer der Namen, die im Zusammenhang mit der Tragödie genannt werden, ist der des Libyers Muhammad Abu Sultan, genannt Kaiser des Meeres, der auch der Besitzer des gesunkenen

Vom Nildelta in den Tod vor den Toren Europas Bis zu 650 Menschen sind bei einem Bootsunglück vor Griechenlands Küste ums Leben gekommen. Viele kamen aus Ägypte....

Boots sein soll. Mit seinen Brüdern Salem Abu Sultan, auch genannt der Führer, und Ali Abu Sultan unterhält er einen Schmugglerring in Tobruk, schreibt die ägyptische Nachrichtenseite Veto. In der ostlibyschen Stadt war das Boot gestartet.

Doch das gesamte System der Schmuggler lässt sich nicht an einigen Namen festmachen, die auf lokaler Ebene zu Schmugglergrößen geworden sind. Es ist ein riesiger Schmugglerring, der sich aus dem Inneren Afrikas über Ägypten, Libyen und Tunesien bis nach Europa zieht. Von einem gigantischen Spinnennetz spricht Gamal Gohar, der für die überregionale arabische Tageszeitung Asharq al-Awsat als Investigativreporter in Sachen Migration und Libyen arbeitet. Das ist wie ein Markt mit Angebot und Nachfrage, und die Nachfrage wächst immer mehr.

Die Menschen würden von einer Schlepperbande an die nächste übergeben, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Das ist wie ein Bewässerungssystem im Nildelta. Eine Pumpe transportiert das Wasser in einen Kanal und von dort wird es über andere Pumpen in weiter entfernte Kanäle geleitet, beschreibt Gohar das System gegenüber der taz.

Im Nildelta in Ägypten befindet sich auch einer der Anfangspunkte des Systems. In den ärmlichen Dörfern sprechen sich die Namen der Ansprechpartner der Schlepper herum, auch über sozialen Medien. Sie fungieren unter falschem Namen, meist als Hagg soundso. Hagg ist im Arabischen die Anrede für einen ehemaligen Pilger nach Mekka, eine perfekte anonyme Anrede. Auf den Weg machen sich vor allem junge Männer, aber auch Kinder und Minderjährige. Er kenne viele 13- oder 14-Jährige, die die Reise angetreten haben, oftmals mit einem älteren Bruder, sagt der ägyptische Investigativjournalist. Armut sei fast immer das Hauptmotiv.

Laut Weltbank leben zwei von drei Ägyptern unter der Armutsgrenze oder drohen in diese abzustürzen. Im ländlichen Nildelta sind die Zahlen noch höher. Die Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahr liegt offiziell bei 33 Prozent, bei Nahrungsmitteln ist die Preissteigerung zum Teil noch höher. Das ägyptische Pfund hat seit März letzten Jahres die Hälfte seines Wertes verloren. Viele Familien stehen mit dem Rücken zur Wand. Oft erscheint die Fahrt übers Mittelmeer trotz aller Risiken als einzige Perspektive.

Der Preis für die Überfahrt nach Europa ist Verhandlungssache. Bis zu umgerechnet 4.500 Euro werden bezahlt. Viele Familien können sich das nur leisten, wenn sie ihr Vieh verkaufen oder sich massiv verschulden. Sie versuchen, alles was sie besitzen, zu Geld zu machen, um eines ihrer Kinder nach Europa zu schicken, sagt Gohar.

Kommt man ins Geschäft, liegt das erste Ziel hinter der libyschen Grenze. Dort werden die Menschen an eine andere Bande übergeben und in entlegenen Häusern zwischengelagert, wie es im Schmugglerjargon heiße, erzählt Gohar. Jetzt kommt es darauf an, in wessen Hände sie geraten sind. Handelt es sich um einen ehrlichen Schlepper, werden die Menschen nachts auf zehn- bis zwölfstündige Fußmärsche durch die Wüste geschickt. Die nächtlichen Wanderungen wiederholen sich, bis die Gruppe ihr Ziel erreicht hat. Kindern wird dabei oft Tramadol verabreicht, ein Opioid, das eigentlich ein starkes Schmerzmittel ist. In Ägypten ist Tramadol zu einem Suchtproblem geworden, weil es oft bei schweren Arbeiten eingesetzt wird, etwa in Marmor-Steinbrüchen. Manchmal haben die Wanderungen durch die Wüste Westlibyen zum Ziel. In letzter Zeit geht es oft aber nur bis ins ostlibysche Tobruk, von wo die Gruppen dann nach Europa ablegen. Bei der Ankunft in Europa wird die zweite Hälfte des vereinbarten Geldes bezahlt.

Handelt es sich jedoch um eine Schlepperbande, die auf anderem Wege zu schnellem Geld kommen möchte, dann endet die Reise in Libyen in einem der Zwischenlager. Besonders verwundbar sind die Kinder. Die werden an andere Banden verkauft und enden als Feldarbeiter, Bettler oder in der Prostitution in Libyen. Die Liste der in Libyen vermissten Kinder und Minderjährigen im ägyptischen Außenministerium ist lang, sagt Gohar. Von so manchen hörten die Angehörigen nie wieder etwas, entweder weil sie in Libyen als Zwangsarbeiter eingesetzt würden oder weil sie im Mittelmeer ertrunken seien.

In anderen Fällen, erzählt Gohar, würden die Menschen gefoltert. Die Banden schicken dann Videos von den Folterungen an die Angehörigen und drohen, die Kinder umzubringen, wenn sie kein Lösegeld bezahlen. Wird nicht gezahlt, verkaufen sie die Kinder wie im ersten Fall weiter. Was mit den Kindern im Anschluss passiert, sei Schicksal, sagt Gohar. Wenn sie Glück haben, werden sie in einer Razzia der libyschen Behörden entdeckt und

Vom Nildelta in den Tod vor den Toren Europas Bis zu 650 Menschen sind bei einem Bootsunglück vor Griechenlands Küste ums Leben gekommen. Viele kamen aus Ägypte....

nach Ägypten zurückgeschickt wobei in Libyen ein schwer durchschaubares Netz von Behörden, Milizen und Schleppern herrscht, die teils unter einer Decke stecken. Solche Razzien, sagt Gohar, fänden in Libyen inzwischen fast täglich statt.

Doch auch wenn die Kinder aus ihrer miserablen Lage befreit werden, ist es selten eine glückliche Rückkehr nach Ägypten. Man würde erwarten, dass man glückliche Gesichter sieht, da das Kind lebend zurückgekehrt ist, aber das Projekt und damit die ganze Familie ist gescheitert, erläutert Gohar. Dieses Kind war ein Projekt, um das Leben einer ganzen Familie zu verändern. Doch jetzt ist diese Familie tief verschuldet.

Das ist übrigens auch einer der Gründe, warum man in den Dörfern im Nildelta nur die Erfolgsgeschichten hört. Um jene, die es nicht über das Mittelmeer geschafft oder in Europa keinen Fuß auf den Boden bekommen haben, ist es still. Als gescheitert zurückzukehren gilt als die ultimative Scham, wenn die Familie dann aufgrund der Reise in der Schuldenfalle steckt.

Einige der Familien, die Angehörige auf dem vor der griechischen Küste gesunkenen Schiff verloren haben, haben mit gesprochen Mada Masr. Demnach sind unter den Opfern viele Minderjährige und Kinder. Die Geschichten, die die Angehörigen berichten, sind immer die gleichen und decken sich mit der Beschreibung des Investigativjournalisten Gohar. Der Vater des 14-jährigen Muhammad Dessouki etwa bekam einen Anruf aus Libyen mit der Drohung, sein Sohn werde umgebracht, wenn er nicht weitere umgerechnet 4.000 Euro bezahle. Der Vater stimmte zu. Ich konnte das nicht verweigern, die haben gedroht, meinen Sohn zu erschießen, zitiert ihn Mada Masr. Er habe sich das Geld von vielen Menschen im Dorf zusammengeliehen. Später erhielt er einen Anruf, dass er in einer Stunde zum Dorffriedhof kommen solle, um das Geld einer Frau in einem schwarzen Nikab, einem Vollschleier, zu überreichen. Als er dort ankam, sah er zwei Familien, die ebenfalls auf die Frau warteten.

Ein paar Tage später bekam er einen Anruf von seinem Sohn. Der Vater versuchte, ihn zu überzeugen, nach Ägypten zurückzukommen. Doch der Sohn bestand darauf, nach Europa weiterzureisen. Er wolle endlich eine vernünftige Ausbildung bekommen, sagte er. Nun ist der 14-Jährige vor der griechischen Küste ertrunken.

Die Liste der vermissten Minderjährigen ist lang

Load-Date: June 20, 2023

Ey, du Opfer; Eine neue Studie zu Diskriminierungserfahrung in Sachsen zeigt, dass Menschen am häufigsten aufgrund ihrer äußeren Erscheinung benachteiligt werden vor allem wegen ihres Körpergewichts

taz, die tageszeitung

Dienstag 21. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 523 words

Byline: Rieke Wiemann

Highlight: Eine neue Studie zu Diskriminierungserfahrung in Sachsen zeigt, dass Menschen am häufigsten aufgrund ihrer äußeren Erscheinung benachteiligt werden vor allem wegen ihres Körpergewichts

Body

Von Rieke Wiemann, Leipzig

Die Hälfte der sächsischen Bevölkerung hat Erfahrung mit Diskriminierung gemacht. Das geht aus einer Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und **Migrationsforschung** (DeZIM-Institut) hervor, die am Montag in Dresden vorgestellt wurde.

Für die Studie wurden im Sommer über 2.000 Personen ab 16 Jahren zu ihren Diskriminierungserfahrungen in den vorangegangenen zwei Jahren befragt: 45 Prozent derer, die Diskriminierung erlebt haben, gaben an, dass sie aufgrund ihrer äußeren Erscheinung benachteiligt wurden, etwa wegen ihrer Kleidung, ihrer Tattoos vor allem aber wegen ihres Körpergewichts. 39 Prozent gaben Diskriminierung aufgrund ihres Alters an und 33 Prozent aufgrund ihres sozioökonomischen Status.

Danach folgen die Merkmale Behinderung (31 Prozent), religiöse Zugehörigkeit (20 Prozent), Geschlecht (18 Prozent), Sprechweise (18 Prozent). Rassistische Zuschreibungen gaben 16 Prozent der Befragten an, jede sechste Befragte sah sich wegen sexueller Orientierung diskriminiert. Mehrfachnennungen waren möglich.

Der am häufigsten genannte Grund für Diskriminierung, die äußere Erscheinung, ist bisher noch nicht im Antidiskriminierungsgesetz als Merkmal aufgeführt ebenso wenig wie der sozioökonomische Status. Wer also aufgrund dieser Merkmale zum Beispiel in Schule oder Beruf benachteiligt wird, kann dagegen nicht klagen.

Fast jede zweite Person berichtete von Diskriminierung in Bildungseinrichtungen in den vergangenen zwei Jahren. Knapp ein Drittel gab an, im Berufsleben Diskriminierung erlebt zu haben. Ämter und Behörden wurden von einem Viertel der Befragten als Orte für Diskriminierung genannt. Ebenfalls ein Viertel berichtete, im Kontakt mit der Polizei benachteiligt worden zu sein.

Ey, du Opfer Eine neue Studie zu Diskriminierungserfahrung in Sachsen zeigt, dass Menschen am häufigsten aufgrund ihrer äußeren Erscheinung benachteiligt werden....

Am häufigsten erlebten die Befragten Formen der sozialen Herabwürdigung: Jeweils 29 Prozent haben es mindestens einmal erlebt, dass sie angestarrt wurden oder ihnen Intelligenz abgesprochen wurde; 16 Prozent der Befragten haben mindestens einmal sexuelle Belästigung erlebt und 7 Prozent sexualisierte Gewalt erfahren.

Um valide Aussagen über die Diskriminierungserfahrungen von kleinen gesellschaftlichen Gruppen in Sachsen treffen zu können etwa von queeren Personen oder Menschen mit Migrationsgeschichte, haben die Stu-di-en-au-to-r:in-nen im Frühjahr und Sommer 2021 noch eine zweite Befragung durchgeführt, die sich explizit an Menschen mit Diskriminierungserfahrung richtete.

Knapp 1.500 Menschen nahmen daran teil. Die zweite Befragung zeigt, dass queere Menschen, Menschen mit Behinderung sowie Menschen, die von rassistischen Zuschreibungen betroffen sind, in Sachsen ein hohes Diskriminierungsrisiko haben. Während der Pandemie haben zudem besonders Alleinerziehende und Menschen, die zu einer Risikogruppe gehören, verstärkt Diskriminierung erfahren. Viele Betroffene berichteten zudem von einem Anstieg von antisemitischem Rassismus, teilte Sabrina Zajak vom DeZIM-Institut mit.

Die sächsische Landesbeauftragte für Antidiskriminierung, Andrea Blumtritt, versprach, den Fokus darauf zu legen, die gesellschaftliche Sensibilität für Diskriminierung zu erhöhen und den Schutz zu stärken.

Load-Date: February 20, 2023

Völkische Siedler unter Beobachtung; Rechtsextreme werben um das gezielte Ansiedeln in Ostdeutschland. Nun nimmt sie der Verfassungsschutz ins Visier

taz, die tageszeitung

Freitag 23. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 628 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Rechtsextreme werben um das gezielte Ansiedeln in Ostdeutschland. Nun nimmt sie der Verfassungsschutz ins Visier

Body

Von Konrad Litschko

Es sind Schreckensszenarien in Dauerschleifen, die über den Telegramkanal verbreitet werden. Vor einem **Migrantenkrieg** wird dort gewarnt, vor enthemmter Gewalt oder einer Umwandlung unserer Heimat in ein orientalisches Siedlungsgebiet. Dann folgt stets eine zweite Dauerschleife: Die Werbung für ein Zusammenrücken in Mitteldeutschland, einen Umzug nach Sachsen oder Thüringen, um sich als Deutsche vor diesem Irrenhaus zu schützen und endlich unter normalen Menschen zu leben.

Fast täglich wird so seit Sommer 2020 auf dem Telegramkanal der Initiative Zusammenrücken geworben. Auch eine Webseite bewirbt das Projekt. Dahinter stecken Rechtsextreme wie der Sachse Christian Fischer, der einst bei der NPD-Jugend und der verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend aktiv war. Auch der frühere Dortmunder Neonazikader Michael Brück, der Szeneliedermacher Frank Rennecke oder Freie Sachsen -Chef Martin Kohlmann werben für die Initiative. Das Wording ist brachial: Über eine Invasion von Migranten ätzt die Initiative, die unweigerlich in den biologisch-kulturellen Abgrund führen werde. Deshalb sollten Deutsche in Mitteldeutschland geballt zusammenrücken, wo hiesige Sitten und kulturelle Gebräuche noch Bestand haben.

Fischer ging hierbei voran: Schon vor Jahren zog er von Niedersachsen auf einen Hof ins sächsische Leisnig bei Leipzig. Nebenan wohnen inzwischen andere Rechtsextreme. Auch Brück zog 2020 von Dortmund nach Chemnitz.

Antifaschistische Initiativen oder die Landeszentrale für Politische Bildung warnen schon länger vor der rechtsextremen Siedler-Initiative. Nun bestätigten das Bundesamt für Verfassungsschutz und das sächsische Landesamt der taz, dass sie die Gruppierung unter Beobachtung gestellt haben.

Völkische Siedler unter Beobachtung Rechtsextreme werben um das gezielte Ansiedeln in Ostdeutschland.
Nun nimmt sie der Verfassungsschutz ins Visier

Bei der Initiative Zusammenrücken handele es sich um ein organisationsübergreifendes Netzwerk von Rechtsextremisten und eine rechtsextremistische Siedlungsbestrebung mit insbesondere völkisch-nationalistischer Ausprägung, sagte eine Sprecherin des Bundesamts der taz. Deren Ziel: Mittels des taktischen Zusammenzuges von völkisch-nationalistisch gesinnten Deutschen wolle man den Volkstod abwenden und die eigene Art erhalten. Die Gruppe bediene sich dabei wiederholt völkischer und fremdenfeindlicher Aussagen, so die Sprecherin. Ihre Vertreter bekunden offen und regelmäßig ein ausschließlich ethnisch geprägtes Volksverständnis unter häufiger Bezugnahme auf nationalsozialistische Begrifflichkeiten. Propagiert werde die Dystopie einer schwindenden deutschen Gesellschaft, dem der Volkserhalt entgegengesetzt werden solle.

Laut sächsischem Verfassungsschutz bleiben die Ansiedlungen bisher indes überschaubar. Die bereits Umgezogenen seien aber sehr aktiv und hätten 2021 und 2022 mehrere Versammlungen organisiert, in diesem Februar auch den alljährlichen Szeneaufmarsch in Dresden. Und das Bundesamt warnt vor der Gefahr weiterer gezielter Ansiedlungen.

Erst vor zwei Wochen hatte die taz publik gemacht, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz weitere Siedler unter Beobachtung gestellt hat: die Anastasia-Bewegung. In seinem am Dienstag vorgestellten Jahresbericht wird vor vermehrten rechtsextremen Siedlungsbestrebungen in jüngster Zeit gewarnt. Die Szene versuche damit, einzelne Ortschaften oder Regionen ideologisch zu prägen oder gar zu vereinnahmen.

Vor der Initiative Zusammenrücken hatte auch das Kulturbüro Sachsen, das Kommunen zum Umgang mit Rechtsextremismus berät, bereits im Jahr 2021 gewarnt. Diese forciert die Ausbildung einer faschistischen Bewegung im ländlichen Raum, hieß es schon damals. Die Gefahr solcher völkischen Siedler sei groß, weil sie in Nachbarschaften, Arbeitsstätten und Schulen ihre menschenfeindliche Ideologie verbreiten könnten.

Load-Date: June 22, 2023

Kiziltepe fordert Flüchtlingsnotlage; Schuldenbremse

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 119 words

Body

Schuldenbremse

Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe hat die Bundesregierung aufgefordert, eine **Flüchtlingsnotlage** auszurufen, um dann die Schuldenbremse auszusetzen. Im Zusammenhang mit der Finanzierung von **Migration** steht der Bund in der Verantwortung, sagte die SPD-Politikerin am Mittwoch. Statt über die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für **Asylbewerber** zu debattieren, solle Finanzminister Christian Lindner (FDP) wegen der hohen finanziellen Herausforderungen eine Notlage erklären. Die Schuldenbremse im Grundgesetz gibt dem Bund nur einen geringen Spielraum zur Aufnahme von Krediten. Ausnahmen sind bei Naturkatastrophen und in außergewöhnlichen Notsituationen zulässig, wie zuletzt wegen Corona. (dpa)

Load-Date: November 1, 2023

Heime machen kränker; Geflüchtete mit Behinderungen und schweren Krankheiten werden in den Unterkünften nur unzureichend versorgt, kritisieren Experten

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 915 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: Geflüchtete mit Behinderungen und schweren Krankheiten werden in den Unterkünften nur unzureichend versorgt, kritisieren Experten

Body

Von Susanne Memarnia

Die Unterbringungssituation für Geflüchtete wird immer dramatischer – besonders für schwer kranke Menschen: Krebskranke und Menschen mit anderen schlimmen Leiden werden in normalen Gemeinschaftsunterkünften abgeladen, ohne dass man sich um sie kümmert, kritisiert eine Sozialarbeiterin, die anonym bleiben möchte. Allein in ihrem Bezirk, sagt sie, seien infolge der unzureichenden Unterbringung im vergangenen Jahr drei Menschen gestorben. Sie sind schwer krank angekommen und die Verhältnisse hier haben sie weiter geschwächt, so dass sie früher gestorben sind, als es hätte sein müssen.

So sei ein HIV-kranker Mann, der dringend Ruhe gebraucht hätte, in einem Zweibettzimmer untergebracht gewesen – mit einem Alkoholiker, der immer Party machte. Der Kranke hätte zudem eine Diät gebraucht, berichtet die Sozialarbeiterin, doch das gebe es nicht in einem Flüchtlingsheim mit Selbstversorgung. Dazu sei er nicht in der Lage gewesen und habe sich nur von Keksen ernährt, schließlich sei er an Schwäche gestorben. Ähnlich sei es einem alten, krebserkrankten Ukrainer gegangen, der allein in einer Gemeinschaftsunterkunft gelebt habe. Ich habe versucht, eine Palliativ-Einrichtung für ihn zu finden, aber das hat zu lange gedauert, berichtet die Frau.

Die Sozialdienste in den Gemeinschaftsunterkünften seien zum Teil überlastet, zum Teil würden sie wegen der Sprachbarrieren nicht mitbekommen, was Be-woh-ne-r*in-nen fehlt – oder deren Beschwerden bagatellisieren. Den Mitarbeitenden in den Heimen fehlen die Zeit und die medizinische Expertise, sich um Kranke zu kümmern.

Aktuell betreut die Sozialarbeiterin zwei krebserkrankte Frauen in einer Containerunterkunft, die völlig ungeeignet für Kranke sei: im Sommer zu heiß, im Winter zu kalt, dazu Gemeinschaftsküche und -bad – viel zu unhygienisch für Menschen, die eine Chemotherapie machen müssen. Doch ihre Bemühungen, für die Frauen eine angemessene Unterbringung zu organisieren, würden im Behördenpingpong zerrieben: Die soziale Wohnhilfe des Bezirks

Heime machen kränker Geflüchtete mit Behinderungen und schweren Krankheiten werden in den Unterkünften nur unzureichend versorgt, kritisieren Experten

verweist mich zum Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, das verweist mich zum Jobcenter, das wiederum zur sozialen Wohnhilfe verweist.

Was Berlin dringend benötigt, so die Expertin, seien zwei bis vier bedarfsgerechte Unterkünfte für kranke und pflegebedürftige Geflüchtete. Andere Fachleute stimmen ihr zu: Es brauche mehrere Schwerpunktunterkünfte für krankheits- und behinderungsbedingte Bedarfe mit besonders geschultem Personal, der angemessenen baulichen Ausstattung und mit Platz für pflegende Angehörige, sagt Emily Barnickel vom Flüchtlingsrat der taz. Ulrich Hundt vom Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen (BZSL) kritisiert ebenfalls eine unzureichende Versorgung behinderter und schwer kranker Geflüchteter. Das verletze die Menschenwürde, denn sie macht noch kränker oder begünstigt sogar lebensgefährdende Situationen.

Hundts Verein hatte Anfang Oktober in einem Pressestatement auf die drei Todesfälle in Flüchtlingsheimen aufmerksam gemacht und erklärt, dass diese bei einer bedarfsgerechten Versorgung und Unterbringung zu diesem Zeitpunkt und auf diese Art und Weise hätten verhindert werden können. Auch sei anzunehmen, heißt es in der Erklärung, dass die Dunkelziffer weitaus höher ist.

Die zuständige Senatssozialverwaltung weist die Kritik von sich: Niemand kann aktuell eine seriöse Aussage über eine vermeintlich eklatante Unterversorgung schwer kranker und behinderter Geflüchteter treffen, sagt Sprecher Stefan Strauß auf taz-Anfrage. Dazu brauche es ein Identifizierungsverfahren, das gerade erst erarbeitet werde. Im Zuge dessen werde auch die Einrichtung von spezialisierten Schwerpunktunterkünften geprüft, so Strauß. Ein Modellversuch dazu starte demnächst, dabei sollen in einer Lichtenberger Gemeinschaftsunterkunft 20 Pflegeplätze für Menschen ab Pflegestufe 3 von einem ambulanten Pflegedienst betreut werden. Ein weiteres Modell werde aktuell evaluiert.

Im Ankunftszentrum Tegel gibt es laut Senatsverwaltung 40 Plätze für Menschen mit besonderem Pflegebedarf, die perspektivisch in Regelunterkünften verlegt werden sollen, so Strauß. Sollte dies nicht möglich sein, müssten die Betroffenen eigentlich in ein Pflegeheim, doch dies wollten die mitreisenden Angehörigen oft nicht, da sie dann voneinander getrennt würden.

Die 40 Pflegeplätze in Tegel seien viel zu wenig, kritisiert Hundt vom BZSL. Auch würden Menschen mit Gehbehinderungen dort wie alle anderen in Großzelten leben und bekämen nur enge Doppelstockbett zugewiesen. Die Sozialarbeiterin, die anonym bleiben möchte, berichtet, die Geflüchteten würden bei der Erstregistrierung zwar gefragt, ob sie Beeinträchtigungen haben, dies habe jedoch keine Konsequenzen. Sie bekommen dann einen Zettel, wo Rollstuhl oder Tumorerkrankung draufsteht, und werden trotzdem in normale Unterkünfte geschickt.

Ein weiteres Problem besteht laut Hundt in der langen Anmeldezeit bei der Krankenkasse. Das verzögert den Zugang zu Behandlungen und Hilfs- und Heilmitteln wie Rollstühlen und Therapien manchmal für Monate.

Barnickel vom Flüchtlingsrat macht auf eine weitere Lücke bei der medizinischen Versorgung aufmerksam, den so genannten Rechtskreiswechsel etwa wenn nach der Anerkennung eines Asylantrags nicht mehr das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, sondern das Jobcenter zuständig wird. Dann wird die Krankenkasse erst einmal wieder abgemeldet.

Den Mitarbeitern in den Heimen fehlen die Zeit und die medizinische Expertise

Load-Date: December 4, 2023

**Mehr Deutsche mit rechtsextremem Weltbild, mehr Geflüchtete in Europa
und mehr Farbe am Brandenburger Tor; wie geht es uns, herr
küppersbusch?**

taz, die tageszeitung

Montag 25. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 805 words

Byline: Friedrich Küppersbusch

Body

wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: 1975 begannen die gehässigen Opas Waldorf und Statler bei der Muppet Show .

Und was wird besser in dieser?

2023 vertragen sich Schröder und Lafontaine.

Deutschland und Italien seien bei der Aufnahme von **Geflüchteten** an der Belastungsgrenze , sagt Bundespräsident Steinmeier. Wo liegt die Belastungsgrenze der **Geflüchteten**?

Bei drei Tagen ohne Wasser. Die tunesische Armee entführt Flüchtlinge in der Hafenstadt Sfax und setzt sie in der Wüste gen Libyen zum Verdursten aus. So viele, dass das UNHCR protestiert. Zugleich haben EU und Tunesien ein Migrationsabkommen geschlossen nach türkischem Vorbild. Tunesien scheint den gut bezahlten Zöllner-Job eher rustikal umzusetzen. Zuletzt kam dann noch gutes Schlauchbootwetter auf der Strecke Sfax-Lampedusa (187 Kilometer) hinzu. Kurz: Das aktuelle Desaster auf Lampedusa ist ungefähr das Gegenteil des allseits beschworenen Kontrollverlustes . Nämlich eine planmäßig herbeigestümperte Tunnelsituation: Wer jetzt nicht flieht, flieht nie mehr. Nun fordern Grüne mehr Abschiebungen und der Bundespräsident fällt der Zivilgesellschaft in den Rücken. Es ist Politik by paranoia.

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung teilen acht Prozent der Menschen in Deutschland ein rechtsextremes Weltbild. In den Vorjahren seien dies zwei bis drei Prozent gewesen. Wie kommt das zustande?

Globalisierung, Klimawandel, Corona, Ukrainekrieg. Je größer die Bedrohungen, desto inniger die Sehnsucht nach Abgrenzung. Dann soll es der hermetische Nationalstaat richten und darin am besten ein weiser Oberbestimmer.

Mehr Deutsche mit rechtsextremem Weltbild, mehr Geflüchtete in Europa und mehr Farbe am Brandenburger Tor wie geht es uns, herr küppersbusch?

Die Demokratie hat bestenfalls eine Lokalrunde halbleerer Gläser zu bieten; je ängstlicher die Kundschaft, desto gieriger schießen die Fantasien gen Schlaraffenland. Dabei ist das so rechts wie links, sondern vor allem: eine autoritäre Versuchung . Das Gegengift heißt politischer Kompromiss , und nun gehen wir alles raus auf die Marktplätze und predigen den. Wird nicht leicht.

Die Letzte Generation hat das Brandenburger Tor mit Farbe besprüht, im Eifelörtchen Nusbaum richtete ein Tornado Schäden in Millionenhöhe an. Was empört Sie mehr?

Wenn Tornados und Klimaaktivisten ungefähr gleich beliebt sind, ist ja nix gewonnen.

Seit einigen Wochen nimmt die Zahl der Corona-Infektionen zu. Der neue Impfstoff soll kein Booster für alle sein, sondern einer für Risikogruppen. Ist das angemessen?

Hier schreibt ein frisch Genesender und in der Abwägung des gehabten milden Verlaufs und der Impfnebenwirkungen damals bin ich nun durchaus unentschlossen. Aber ja eh erst mal immun.

In der chinesischen Verfassung wird von einer demokratischen Diktatur des Volkes gesprochen. Dann darf Baerbock doch wohl Xi Jinping als Diktator dieser demokratischen Diktatur bezeichnen, oder?

Baerböcke gibt es in der Geschmacksrichtung unkonzentriert der Frühstücksspeck der Freiheit in Südafrika oder Putin muss seine Haltung um 360 Grad ändern bei der EU. Stressiger Job, Flugreisen, wenig Schlaf, neu im Amt. Okay. Dann die Kategorie Hardcore-Patzer , etwa die Sanktionen, die Russland ruinieren sollen oder gleich wir sind im Krieg mit Russland , beides wieder bei EU-Gremien. Die dritte Kategorie weder Versprecher noch versehentlich ehrlich kann bei der aktuellen Schmähung gegen China angenommen werden: Körper in den Fettnapf. China ist nach unseren Kriterien eine Diktatur, klar; so wie Katar, wo Kumpel Habeck den Kotau machte; oder Saudi-Arabien, das Baerbock mit Waffen beliefert sehen möchte, weil Lisa sonst nicht genug Geld für die Kindergrundsicherung hat . Deutschland ist 150 Jahre alt und hat in dieser kurzen Spanne zwei Weltkriege und den größten Völkermord der Menschheitsgeschichte hinbekommen. China ist 3.000 Jahre alt und sicher sehr gespannt, was es hier an weisen Lehren mitnehmen kann. Eine Politikerin, die mal patzt, mal sich verplaudert und mal für die Galerie daheim spricht, ist ein interessanter Versuch im Außenamt.

Die CDU verwechselt in einem Werbevideo den Reichstag mit dem georgischen Präsidentenpalast. Was verwechselt die Union als Nächstes?

Das neue Logo ist schwarz auf weiß, mit Schwarz-Rot-Gold und flächig Türkis dahinter. Hinzu der Georgien-Spaß und eine plagierte Kurve aus dem AfD-Logo. Die Agentur Guru muss vorher gelost haben, welcher Loser dem Adenauerhaus den Farbdurchfall präsentieren muss. Die Union hat immer vor der Cannabis-Freigabe gewarnt.

Und was machen die Borussen?

Hier bleiben alle bis zum Abpfiff , kommentierte der Radioreporter aus dem Westfalenstadion. Härter ist Bayern nie geschmäht worden.

Fragen: Anna Hollandt, Franziska Mayr, Vivien Mirzai

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und negativ

Dann soll es der hermetische Nationalstaat richten und darin am besten ein weiser Oberbestimmer

Load-Date: September 24, 2023

**Halb Luxemburg geht wählen; Nirgendwo in Europa ist der
Ausländer:innenanteil größer als in Luxemburg. An den Parlamentswahlen
am Sonntag dürfen die meisten allerdings nicht teilnehmen. Dafür treten
einige Kandidat:innen mit Migrationsgeschichte an. Die taz hat zwei von
ihnen durchs Land begleitet**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 2338 words

Byline: Tobias Müller

Highlight: Nirgendwo in Europa ist der Ausländer:innenanteil größer als in Luxemburg. An den Parlamentswahlen am Sonntag dürfen die meisten allerdings nicht teilnehmen. Dafür treten einige Kan-di-da-t:in-nen mit Migrationsgeschichte an. Die taz hat zwei von ihnen durchs Land begleitet

Body

Aus Luxemburg Tobias Müller

Ende Juli 2023 klingelt Raphaël Stacchiotti's Telefon. Auf dem Display erscheint der Name des Premierministers. Stacchiotti weiß, dass die Parteien demnächst ihre Kandidat*innen-Listen einreichen müssen. Er weiß auch, dass andere mehr Erfahrung haben als er, der mit gerade 31 Jahren eben erst in die Politik eingestiegen ist. Mit einiger Spannung nimmt er den Anruf an. Am anderen Ende hat Xavier Bettel gute Nachrichten: Herzlichen Glückwunsch! Du bist Teil unseres Teams, sagt der Premier.

Natürlich ist dies nicht die Art, wie man normalerweise auf Wahllisten gelangt, nicht einmal in Luxemburg. Das Land mag winzig sein, die Wege kurz und Bettel, das sagen alle, die mit ihm zu tun haben, ein außergewöhnlich zugänglicher Zeitgenosse. Doch dass Raphaël Stacchiotti nun als einer von 21 Chamber-Kandidaten der Demokratesch Partei (DP) am 8. Oktober in Luxemburg antritt, erklärt sich neben seinen Ambitionen vielleicht auch dadurch, dass er den Premier seit Jahren kennt.

Stacchiotti kommt aus einer blauen, also liberalen Familie, wo schon immer DP gewählt wurde, genau wie seine Frau. Als Bettel 2013 erstmals gewählt wurde, gratulierte er ihm per Facebook und bekam überraschend eine Antwort. Seither sind sie in Kontakt. Im September 2022 war Bettel als Gast bei Stacchiotti's Hochzeit. Irgendwann nahm der Bräutigam ihn zur Seite und vertraute ihm an: Ich möchte der Gesellschaft etwas zurückgeben und in die Politik gehen. Wäre es eine Option, auf der DP-Liste anzutreten?

Halb Luxemburg geht wählen Nirgendwo in Europa ist der Ausländer:innenanteil größer als in Luxemburg. An den Parlamentswahlen am Sonntag dürfen die meisten alle....

Ein Jahr später sitzt Stacchiotti an einem Spätsommernmittag auf der Terrasse eines Restaurants in Colmar-Berg. Er trägt Jeans und einen grauen Pullover und hat Hunger mitgebracht. Im Sportgelände am Rand des Städtchens gab er Kindern bis vor Kurzem Schwimmunterricht. Genau in diesem Element kennt man ihn in Luxemburg. Viermal nahm der Lagenspezialist an Olympischen Spielen teil, erstmals 2008, mit 16 Jahren. Zwei Mal trug er die rot-weiß-blaue Landesfahne bei der Eröffnungsfeier. Nach den Spielen von Tokio 2020 beendete er seine Karriere.

Was für Stacchiotti in all den Jahren im Wasser nie aufkam, war der Gedanke, dass etwas Besonderes daran sein könnte, dass er mit seinen italienischen Wurzeln Luxemburg vertrat: Ich bin Luxemburger, kein Italiener. Ich habe einen italienischen Namen, aber spreche kein Italienisch. Und mein ganzes Leben lang gab es keine einzige Situation, in der ich mich diskriminiert oder nicht dazugehörig fühlte. Ich war immer vollkommen integriert. Dass das Restaurant ein italienisches ist – purer Zufall. Die Auswahl ist nicht gerade groß in Colmar-Berg.

Über seiner Pizza chèvre chaud erzählt Stacchiotti, dass sein Urgroßvater nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Gegend um Perugia nach Luxemburg kam, um in einer Mine zu arbeiten, wie italienische Migranten das seit dem späten 19. Jahrhundert im Süden des Großherzogtums taten. Der Großvater folgte. Die Großmutter wiederum wurde bereits in Luxemburg geboren, ebenso Stacchiottis Vater, der als Erster aus der Familie studierte. An einer frankophonen Universität in Belgien lernte er seine Frau kennen, eine Belgierin. Zusammen zogen sie nach Luxemburg, wo sie drei Kinder bekamen. Raphaël ist das Jüngste.

Enkel und Urenkel italienischer Arbeitsmigranten, bei denen nur noch Nachname und die Herkunft aus der Stahlregion an ihre Vorfahren erinnern, gibt es viele in Luxemburg. Auch der schnoddrige Ermittler Luc Capitani ist einer von ihnen, Protagonist der gleichnamigen RTL-Krimiserie, die später mit großem Erfolg auf Netflix lief. Auch in der Politik gibt es Personen mit einer solchen Biografie. Musterbeispiele gelungener Integration, findet Stacchiotti. Verantwortlich dafür macht er die Rahmenbedingungen: Luxemburg gibt dir die Chance, dich zu entfalten, und zu sein, wer immer du sein willst.

In der oppositionellen Linkspartei Déi Lénk sieht man das ein wenig anders. Ana Correia da Veiga ist eine ihrer Spitzenkandidatinnen – in Luxemburg benennt jede der vier Regionalabteilungen einer Partei mehrere davon: In der Hauptstadt dürfen 70 Prozent nicht wählen, bringt sie es auf den Punkt. Für mich ist das wie der Kampf um das Wahlrecht für Frauen, Afroamerikanerinnen oder Arbeiter. Sie berichtet vom Referendum, das 2015 über drei Verfassungsänderungen gehalten wurde. Eine davon: Wahlrecht für Personen, die seit zehn Jahren im Land leben. 78 Prozent lehnten ab – ein Tiefschlag für viele Aktivist:innen im Bereich Anti-Diskriminierung und Emanzipation.

Correia da Veiga, die im Sommer 40 wurde, erhielt ihren Luxemburger Pass als Teenager nach der Einbürgerung ihrer Eltern. Beide kamen von den Kapverden, die Mutter 1980, der Vater wenige Jahre zuvor. In der Familie wurde Kreolisch gesprochen. Sie selbst wurde in Luxemburg geboren und verbrachte fast ihr ganzes Leben in der Hauptstadt. Eigentlich will sie nirgendwo anders im Land wohnen – weil ich Kulturveranstaltungen brauche. Sie erzählt das am vorletzten Sonntag des Wahlkampfs, während sie das Auto, das ihre Déi-Lénk-Abteilung für diese Zeit geliehen hat, durch ihr Quartier lenkt.

Im Süden von Bonnevoie leben Besserverdiener, im Norden viele finanziell Schwache. Schon in meiner Kindheit hatten sich dort viele Migranten niedergelassen. Meine Eltern kauften Ende der 1980er ein Haus im Norden. Damals ging das noch mit zwei Mindesteinkommen. Meine Mutter war Reinigungskraft, mein Vater Bauarbeiter, erzählt Correia, als sie die Autobahn ansteuert. Wegen des warmen Wetters trägt sie einen braunen, sommerlichen Hosenanzug. Ziel der Fahrt: Sanem im Südwesten Luxemburgs, kurz vor Esch. Die hiesige Linken-Abteilung veranstaltet dort ihr traditionelles Choucroute-Essen.

Kurz staut es sich auf der Ausfahrt Richtung Süden, also gibt es noch etwas Migrationsgeschichte. Knapp 3.000 Menschen aus der ehemaligen portugiesischen Kolonie der Kapverden leben in Luxemburg. Offiziell. Rechnet man die, die etwa portugiesische Pässe haben, dazu, sind es dreimal so viel. Eine der drei Schwestern der Spitzenkandidatin schrieb eine Masterarbeit über die kapverdische Einwanderung nach Luxemburg. Die Familie Correia da Veiga war sehr katholisch. Ana selbst wollte als Kind Priesterin werden und wurde wütend, als die Mutter ihr erzählte, das sei für ein Mädchen unmöglich.

Halb Luxemburg geht wählen Nirgendwo in Europa ist der Ausländer:innenanteil größer als in Luxemburg. An den Parlamentswahlen am Sonntag dürfen die meisten alle....

Es waren nicht die einzigen Schwierigkeiten, auf die sie traf. Diskriminierung und rassistische Beschimpfungen zählten zu ihrem Alltag als Kind. Sobald man mit anderen Streit hatte, kamen diese Beschimpfungen. Später war das auch bei der Arbeit manchmal so. In einem Küchenjob sagte mir jemand, ich sollte zurück in meinen Käfig gehen. Heute habe ich das verdaut, aber als Kind war es sehr belastend.

Wenige Kilometer entfernt vom italienischen Restaurant in Colmar-Berg liegt Bissen, wo Schwimmprofi Stacchiotti aufwuchs und heute als Sportkoordinator bei der Kommune angestellt ist. Durch das Zentrum plätschert träge das Flüsschen Atert, es gibt ein Veräinshaus mit ausladenden Geranien in den Fenstern, einen Festsaal, einen Sportpark. Vor der Kirche steht ein enormes aufklappbares Wahlplakat des Bürgermeisters David Viaggi, eines Sozialdemokraten, ebenfalls mit italienischen Wurzeln. Um die Ecke liegt das Cafè de la Place, das heute den Zusatz Chez Cristina führt. Drinnen wird vor allem portugiesisch gesprochen, von Männern in Arbeitskleidung, die nach der Schicht ein Bier der portugiesischen Marken Sagres oder Super Bock zu sich nehmen. In vielen Luxemburger Städtchen und Dörfern gibt es diese Cafés, die noch immer ihre alten letzeburgischen oder französischen Namen tragen, aber portugiesisch geführt und vor allem frequentiert werden. An den Wänden hängen oft Devotionalien des Fußballclubs Benfica Lissabon, auch die Nachrichten- und Musikprogramme kommen aus Portugal.

In einem solch polyglotten Umfeld aufgewachsen, musste der Schwimmer Raphaël Stacchiotti oft Kol-le-g*in-nen von außerhalb Europas erklären, wo dieses Luxemburg eigentlich liegt. Manche dachten, wir seien ein Teil von Deutschland, erklärt er lachend und räumt ein: In einer Stunde fährt man von Norden nach Süden, in einer halben von Westen nach Osten. Es beeindruckt ihn, dass sich dieses kleine Land hält, zwischen dem großen Deutschland und dem starken Frankreich, und dass wir all die sprachlichen und kulturellen Einflüsse aufnehmen und diese Vielfalt umarmen.

Wie er sich in diesem Miniatur-melting-pot künftig einsetzen will? Sport- und Familienpolitik, Work-Life-Balance, Mobilität, kommt es enthusiastisch. Stacchiotti lacht, als er einen Bekannten zitiert, der ihm riet: Wenn du Politik machst, mach es richtig auch wenn du damit deiner Familie zur Last wirst. Die Fachgebiete skizzieren seine Situation recht zutreffend: Seine Frau und er haben dreijährige Zwillinge, das alltägliche Puzzle ist durch den Wahlkampf noch komplizierter geworden. Nach dem Kaffee empfiehlt er sich, eine Nachmittagsschicht im Gemeindehaus von Bissen steht bevor.

Am selben Abend steht der Neuling auf der liberalen Liste nun in dunklem Jackett und weißem Hemd schon wieder vor der städtischen Musikschule in Bertrange. Das Städtchen westlich der Hauptstadt ist eine DP-Hochburg, Mitglieder und Wäh-le-r*in-nen finden sich zur Walversammlung ein. Man begrüßt sich herzlich mit Umarmungen und Wangenküssen, kurz vor Ende kommt auch Xavier Bettel an, der kürzlich noch vor den Vereinten Nationen sprach. Im letzeburgischen Plauderton nimmt er eine Momentaufnahme vor, dann stellt Finanzministerin Yuriko Backes die Kan-di-da-t*in-nen in alphabetischer Reihenfolge vor. Gegen Ende kündigt sie den Mann mit den breitesten Schultern unserer Equipe an. Beschwingten Schrittes kommt Raphaël Stacchiotti zu langem Applaus auf die Bühne.

Der Tageszeitung Luxemburger Wort ist am nächsten Tag dagegen das Klatschen vergangen. Der Wahlkampf sei absurd und realitätsfremd, so ein Kommentar, weil er um Themen wie Ungleichheit, Erwerbsarmut und Klimawandel einen Bogen mache, vor allem aber, weil die Hälfte der Einwohner nicht an den Wahlen teilnimmt. Ein solches Land, so das Fazit, sei auf Dauer nicht tragfähig und auch keine wirkliche Demokratie. Natürlich gilt dieser Mangel in anderen EU-Ländern genauso. Nur stellen jene, die nicht wählen dürfen, dort nicht die halbe Bevölkerung.

Diese Tatsache gerät leicht aus dem Blick, wenn man all die portugiesischen, italienischen oder serbokroatischen Namen auf den Wahlplakaten sieht, entlang der Serpentina durch die grünen Hügel im Norden oder vor den Schornsteinen des Südens, in den Felsschluchten, durch die man sich der Hauptstadt nähert, und an den Laternenpfählen auf der Brücke über die Petrus, dieser Dorfbach tief unter einem spektakulären Viadukt. Luxemburg floriert durch Migration, jubiliert das Regierungs-Portal Luxembourg Let's make it happen und preist Offenheit und kosmopolitischen Flair. Beim Thema Partizipation stößt sie an Grenzen.

Halb Luxemburg geht wählen Nirgendwo in Europa ist der Ausländer:innenanteil größer als in Luxemburg. An den Parlamentswahlen am Sonntag dürfen die meisten alle....

Diese Erfahrung hat auch Ana Correia da Veiga gemacht. Ihre Politisierung begann kurz nach dem Millennium im Comité Spencer , benannt nach einem ermordeten kapverdischen Jugendlichen. Es war ein Bündnis gegen Jugendgewalt, aber es ging auch um Rassismus, kapverdische Kultur, Ausgrenzung, Homophobie. Correia da Veiga wurde dort Trainerin, las im Gymnasium Literatur der Bürgerrechtlerin Maya Angelou, studierte im belgischen Liège Sozialarbeit. Noch heute arbeitet sie in dem Sektor. Vor den Parlamentswahlen 2013 wurde Déi Lénk auf sie aufmerksam und bot ihr einen Listenplatz an, fünf Jahre später war Ana Correia da Veiga erstmals Spitzenkandidatin.

Im Boulodrome von Sanem wird sie mit Applaus begrüßt. Schweres Sauerkraut-Aroma hat das Foyer eingenommen. Die Plakate enthalten Slogans für 300 Euro zusätzlichen Mindestlohn und gegen Wohnungsspekulation. Mit Kennermiene verspeist Correia da Veiga ihr Sauerkraut mit Würsten, trinkt ein alkoholfreies Bier und sitzt wenig später, während der Solidaritäts-Tombola, schon wieder im Auto. Eigentlich wollten mehrere aus unserem Team hier sein. Aber sie sind geschlaucht , kommentiert sie die heiße Wahlkampfphase.

Helperknapp heißt das letzte Ziel des Tages. Die Gemeinde liegt eine halbe Stunde nördlich. Bei Mersch geht es ab von der Autobahn und hinein in die Hügel. Der Anruf eines Genossen, der schon vor Ort ist, instruiert sie, wo sie an diesem Nachmittag Wahlbroschüren austeilen muss: im Ortsteil Tuntange, geprägt von meist neuen Einfamilienhäusern der wohlhabenderen Sorte. Der Luxemburger Traum , kommentiert Correia die oft grauen, verschachtelten Blocks, deren Form durchaus an die Briefkästen erinnert, in die sie ihre Broschüren steckt. Aus dem tiefer gelegenen Ortsteil weht Kirmesmusik nach oben.

Bis zum Abend ist sie damit beschäftigt, mehrere Hundert der kleinen Heftchen in die Kästen zu werfen. Zurück geht es durch die dämmrigen Hügel. Wenn sie an einem Wahlplakat mit ihrem Gesicht vorbeifährt, findet sie das immer noch komisch, sagt Ana Correia da Veiga. Es ist das erste Mal, dass Déi Lénk Personen dort abbildet statt Forderungen. Was mit dem Luxemburger Wahl-system zu tun hat, in dem sowohl einzelne Kan-di-da-t*in-nen als auch Parteien gewählt werden können.

Gesichter, die man kennt, sind für neue Wäh-le-r*in-nen weniger abschreckend als der Name Déi Lénk , so Correia. Auch ihre Mutter, die gemeinsam mit dem Vater auf die Kapverden zurückgekehrt ist, sähe es lieber, würde die Tochter bei den Christ-de-mo-kra-t*in-nen antreten. Schwester Marlène dagegen, die in Esch wohnt und mittags auf einen Teller Sauerkraut vorbeischaute, bewertet die Kandidatur sehr positiv: Ich bin stolz auf Ana. Sie ist dafür gemacht. Dass Kap-ver-de-r*in-nen in die Luxemburger Politik gehen, ist neu. Überhaupt, es wird Zeit, dass People of Colour das tun.

Luxemburg gibt dir die Chance dich zu entfalten, und zu sein, wer immer du sein willst

In einem Küchenjob sagte mir jemand, ich sollte zurück in meinen Käfig gehen. Heute habe ich das verdaut, aber als Kind war es sehr belastend

Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V. taz.de/auslandsrecherche

Load-Date: October 4, 2023

Am Puls der Angst; Wer in den Niederlanden Asyl beantragen will, muss sich in Ter Apel registrieren lassen. Warum dieser kleine Ort das Unbehagen eines ganzen Landes verkörpert und was das mit der neuen rechten Dominanz zu tun hat

taz, die tageszeitung

Donnerstag 28. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 9

Length: 1339 words

Byline: Tobias Müller

Highlight: Wer in den Niederlanden Asyl beantragen will, muss sich in Ter Apel registrieren lassen. Warum dieser kleine Ort das Unbehagen eines ganzen Landes verkörpert und was das mit der neuen rechten Dominanz zu tun hat

Body

Aus Ter Apel Tobias Müller

Wenn in niederländischen Schlagzeilen mal wieder Ter Apel ist voll steht, ist nicht das Dorf im äußersten Nordosten der Niederlande gemeint, das ein paar Kilometer nur von der deutschen Grenze liegt. Gemeint ist das Anmeldezentrum für Asylbewerber*innen. Wer in den Niederlanden Zuflucht sucht, muss sich hier registrieren lassen. Etwa 2.000 Personen kann die angeschlossene Unterkunft beherbergen. Aber häufig reicht die Kapazität nicht aus, und dann müssen Menschen auf dem Boden vor dem Zentrum übernachten. Im Sommer 2022 waren es mehrere Hundert.

Nun braucht Eric van der Burg, der Staatssekretär für Asyl, Platz für 4.000 Personen bis zum Jahresende. Und das ist ein Problem, denn voll fühlt man sich nicht nur in Ter Apel, sondern auch im Rest des Landes. Acht von zehn Teilnehmenden einer Umfrage im November forderten, weniger Asyl-be-wer-be-r*in-nen ins Land zu lassen. Voll ist voll, hieß es in einer Videoansprache von Geert Wilders, bevor dessen Partij voor de Vrijheid (PVV) im November die Parlamentswahlen gewann. Er warnte vor Asylsuchenden, die auf Luxusschiffen untergebracht würden, mit gratis Heizung und medizinischer Versorgung, während Einheimische jahrelang auf eine Wohnung warteten und kaum die Energiekosten stemmen könnten.

In diesem Klima ist der Name Ter Apel ein mit Symbolik überladenes Zerrbild: Projektionsfläche für Überfremdungsängste, Argument in einem Diskurs, dessen Ton immer aggressiver wird, und nicht zuletzt Drohung, dass es so wie dort auch bei Ihnen in der Nähe wird, wie Wilders in besagtem Video prophezeit. Der vermeintliche Grund: ein geplantes Gesetz, mit dem die Regierung Kommunen verpflichten kann, Unterkünfte für

Am Puls der Angst Wer in den Niederlanden Asyl beantragen will, muss sich in Ter Apel registrieren lassen.
Warum dieser kleine Ort das Unbehagen eines ganzen La....

Asyl-be-wer-be-r*in-nen bereitzustellen oder, im Wilders schen Duktus, ausländische Eindringlinge unterzubringen.

Dafür, dass diese Botschaft in großem Stil Anklang findet, hat die Syrerin Jude durchaus Verständnis. Die Leute hier haben das Recht, erschrocken zu sein. Sie empfangen Menschen in ihrem sicheren Land, die sie nicht kennen. Es ist verständlich, dass sie Angst haben. Ich würde auch nicht einfach so Unbekannte in mein Haus lassen. Jude, so wie Hey Jude von den Beatles, ist 31, stammt aus Aleppo und beantragte vor fünf Monaten in den Niederlanden Asyl. Sie selbst ist nicht in Ter Apel untergebracht, engagiert sich aber als Freiwillige bei der Behörde COA, zuständig für die Unterkünfte von Asylsuchenden.

An einem schneidend kalten Mittag im Dezember steht Jude mit blauer COA-Weste und pastellroter Mütze am Bahnhof des Provinzstädtchens Emmen, über das der Weg nach Ter Apel zwangsläufig führt. Ankommende sehen hier als Erstes ein Schild, das zum Bus in Richtung AZC weist, dem asielzoekerscentrum, und gleich danach Jude, die auf alle zugeht, die aussehen, als suchten sie etwas auch auf eine alte niederländische Dame, wenn sie Hilfe braucht. Judes Mann und ihr Sohn sind noch in Aleppo. Wenn ihr Status geklärt ist, will sie ihre Familie nachkommen lassen. So sehr sie die Bedenken der Nie-der-län-de-r*in-nen versteht: Dass die PVV die Wahlen haushoch gewonnen hat, macht sie ein bisschen nervös.

Auf dem Weg nach Ter Apel fährt der Bus an einem schnurgeraden Kanal vorbei, dahinter Häuser aus rotem Klinker, braunem Klinker, dunstige Felder mit den Regen-Pfuhlen dieses Spätherbsts. Im Bus wird geschwiegen. Die Starre dieses Bilds steht im Kontrast zu den derzeitigen Turbulenzen rund um das Thema Ter Apel.

Der Inspektionsdienst des Justizministeriums schlägt Alarm: Das Aufnahmezentrum ist so überfüllt, dass weder der Brandschutz gewährleistet ist noch die grundlegendsten Bedürfnisse der Bewohnerinnen. Immer häufiger käme es zu Gewalt, das COA könne die Lage nicht mehr kontrollieren, heißt es in einem Bericht.

Die Regierung in Den Haag, die von hier aus sehr weit weg erscheint, sucht unterdessen händeringend nach Notunterkünften. Gut 1.300 Personen können in Hotels unterkommen, heißt es Mitte Dezember. 200 weitere werden jeden Abend zum Schlafen in ein Dorf nahe Ter Apel gefahren. Der Staatssekretär ruft die Kommunen zur Hilfe auf, wie so oft. Doch schon seit Jahren regt sich an immer mehr Orten Protest, wenn in der Nähe ein asielzoekerscentrum aufmacht. Der Slogan AZC nee schallt schon seit der Flüchtlingskrise 2015 durchs Land. Dass die Regierung die Solidarität jetzt erzwingen will, verstärkt die Wut.

Der Wahlsieg der Rechtspopulisten macht die Lage noch zusätzlich brisant: Obwohl das Parlament das Gesetz im Oktober annahm, rufen sie mit anderen Rechts-Parteien den Senat dazu auf, die fällige Abstimmung im Januar aufzuschieben. Maarten Winkel kann darüber nur den Kopf schütteln. Ich weiß nicht, ob den Menschen hier klar ist, dass gerade die Parteien, die sie gewählt haben, Ter Apel im Stich lassen, so der 30-jährige Angestellte der Gemeinde Westerwolde, zu der das Dorf gehört. Dort haben 33 Prozent die PVV gewählt, in vier der fünf Wahlbüros des Dorfs gar mehr als 40 Prozent.

Rechts wählen habe durchaus Tradition in Ter Apel, erzählt Winkel, der 20 seiner 30 Lebensjahre hier verbracht hat und nach dem Studium aus Groningen zurückkam. Aber nicht so wie diesmal! Er steht auf dem Marktplatz, der Fisch-Schreier preist seine Ware an, vom Hühner-Grill ziehen Schwaden herüber. Ob seinen Dorfgenossen die Symbolik dieses Orts bewusst ist, und dass sich im ganzen Land bange Augen auf Ter Apel richten? Die Leute hier haben eher das Gefühl, das ganze Land habe sie vergessen.

Die Überzeugung, nicht dazuzugehören, dass das politisch, kulturelle und wirtschaftliche Zentrum im Westen der Niederlande einen vernachlässige, dieses Gefühl trifft man an der Peripherie häufig an. Auch in Ter Apel, im strukturschwachen Osten der Provinz Groningen, nicht wohlhabend und das auch ausstrahlend. Dort vermischt es sich zudem mit dem Gefühl, mit einem nicht funktionierenden Asylsystems allein dazustehen.

Dabei spielt weniger eine Rolle, dass sich im ganzen Land Kommunen sträuben, Unterkünfte für Be-wer-be-r*in-nen einzurichten, dass zahlreiche frühere geschlossen wurden oder dass wegen des Wohnungsmangels viele Menschen, die anerkannt wurden, noch immer in Asyl-Zentren wohnen. Solche Details

Am Puls der Angst Wer in den Niederlanden Asyl beantragen will, muss sich in Ter Apel registrieren lassen.
Warum dieser kleine Ort das Unbehagen eines ganzen La....

verschwinden gegenüber der rabiaten Rhetorik eines Wilders, in dessen Windschatten sich ein Konsens bis weit in die Mitte der Gesellschaft gebildet hat. Gehör verschafft er sich in Parolen wie Voll ist voll .

Im Dorf Ter Apel ist die Atmosphäre angespannt, immer wieder kommt es zu Ladendiebstählen durch Be-woh-ne-r*in-nen des Zentrums, auch von Einbrüchen wird berichtet. Auch Maarten Winkel sagt: Ich bin froh, dass ich hier keinen Laden betreibe. Rund um das Einkaufszentrum patrouilliert inzwischen die BPT, eine Art Bürgerwehr, die sich Nachbarschafts-Präventionsteam nennt. Landesweit bekannt wurde sie durch mehrere gewalttätige Verhaftungen vermeintlicher Diebe.

An diesem Nachmittag im Dezember sind die Patrouillen unauffindbar. Ein Mann mittleren Alters, der aus einem Discountsupermarkt kommt, zückt hilfsbereit sein Telefon. Ich kenne jemand vom BPT. Doch der Anruf bringt nichts ein. Sie wollen nicht mit Medien reden , berichtet er. Da werden Dinge verdreht, und dann entsteht ein seltsamer Eindruck.

Der Gründer der Bürgerwehr heißt Harry Siemers und ist Mitglied der PVV Westerwolde. Auf der Partei-Website schreibt er, seine Truppe sei wegen Mangel an Polizei in unserer Gemeinde nötig.

So schlägt in Ter Apel laut und vernehmlich der Puls der Angst. Sein Echo tönt durchs ganze Land. Noch immer sucht der Staatssekretär händeringend nach Unterkünften. Noch immer weigern sich Kommunen, noch immer wollen die rechten Parteien, die nun über eine Koalition verhandeln, das ungeliebte Gesetz aufschieben, bis eine neue Regierung gefunden ist. Am selben Abend wird in Den Haag Martin Bosma, der Partei-Ideologe der PVV mit Hang zur Verschwörungserzählung des Großen Austauschs , zum Parlamentsvorsitzenden gewählt.

In diesem Diskursklima ist der Name Ter Apel ein mit Symbolik überladenes Zerrbild, auf das die Angst vor Überfremdung projiziert wird

Load-Date: December 27, 2023

Robinsonade ohne Moral; kritisch gesehen: steffen menschings roman hausers ausflug bei der literatour-nord

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 28

Length: 547 words

Byline: Frauke Hamann

Body

kritisch gesehen: steffen menschings roman hausers ausflug bei der literatour-nord

Die Geschäftsidee ist so zynisch wie lukrativ: AIRDROP stellt Rückführungsboxen her, in denen abgewiesene **Flüchtlinge** in ihre Heimatländer geflogen und dann dort abgesetzt werden. Dieser Lieferservice ist David Hausers Idee. Politisch bestens vernetzt, verdient er gut daran, dass deutsche Behörden AIRDROP intensiv nutzen: In Parchim starten jeden Tag zwei Maschinen.

Das ist das Szenario von Steffen Menschings Roman Hausers Ausflug. Mensching steigt am Sonntag mit Lesungen in Oldenburg und Bremen in die Literatour-Nord-Reihe ein: Der Lese-Wanderzirkus hat Ende Oktober begonnen, die Au-to-r*in-nen gastieren nacheinander in sieben norddeutschen Städten. Ende Januar startet noch taz-Kolumnistin Fatma Aydemir mit ihren Dschinns als fünfte und letzte Teilnehmerin in den Wettbewerb.

Mensching, Jahrgang 1958, hat seinen Roman im Oktober 2029 angesiedelt: Ab 2023 seien immer mehr Flüchtende nach Europa gekommen so das Ausgangsszenario: Viele Repatriierte würden die ungewöhnliche, aber sehr effektive Art der Rückführung sogar bevorzugen, behauptete Hauser vollmundig.

Hausers Ausflug beginnt damit, dass der AIRDROP-Geschäftsführer seinen Menschen-Lieferdienst am eigenen Leib erfährt. Festgeschnallt in einem Aluminiumkasten, landet er auf unbekanntem Gelände fern seiner Heimatstadt Berlin. Der Erfolgsmensch hat nicht nur seinen feinen Anzug und seine Patek-Philippe-Uhr verloren, sondern auch die Orientierung. Wer ihn betäubt und verschickt hat, bleibt unklar, wenngleich Hauser unablässig grübelt, wer ihm das angetan haben könnte. Da ihm das eigene Leben am liebsten ist, beginnt er sofort, die gebirgige, unwirtliche Gegend zu erkunden und Hilfe zu suchen. Das Handy, das er bei sich findet, funktioniert nicht, der syrische Pass mit seinem Foto ist gefälscht.

Plötzlich taucht ein alter Mann auf, der Hauser zu einer Höhle führt. Obwohl er ihn dort fesselt, glaubt Hauser sich gerettet: Hör zu, Hassan, hörte er sich sagen, oder wie du auch immer heißt, ich weiß nicht, was sie dir über mich erzählt haben, es ist mit Sicherheit nicht wahr, ich bin jedenfalls nicht dein Feind. Er glaube an keinen Gott, sondern allenfalls an den Lieferservice, Angebot und Nachfrage, das sei vielleicht sein Verhängnis: Mein Vater ist

Robinsonade ohne Moral kritisch gesehen: Steffen Mensching's Roman 'Hauser's Ausflug' bei der Literatur-Nord

Kommunist, ich wurde Konsumist, es klingt ähnlich, ist aber nicht das Gleiche. Im Verlauf ihrer Begegnung erfährt Hauser von der Migrationsgeschichte des alten Kurden, der lange in Deutschland gelebt hat, und wird im türkisch-irakischen Grenzgebiet, wo man ihn abgesetzt hat, Augenzeuge eines brutalen Gefechts.

Mensching's Roman zielt nicht auf eine moralische Verurteilung: Er zeigt stattdessen Hauser als gnadenlos pragmatischen Menschen, der unbedingt überleben will. Diese Robinsonade verstört durch den kaltblütigen Narzissmus des Geschäftsmanns, der sich als Diener der Humanität sieht, durch seinen nackten Glauben an materielles Glück vor allem aber durch den Gedanken, dass AIRDROP ein realistisches Zukunftsszenario sein könnte. Frauke Hamann

Steffen Mensching auf : Literatur15. 1., OL, Wilhelm 13, 11 Uhr, HB, Theater, 20 Uhr. Weitere Termine: 16. 1., Lübeck, 17. 1., Rostock, 18. 1., Lüneburg, 19. 1., Hannover, und 20. 1., Osnabrück

Load-Date: January 12, 2023

End of Document

Brennpunkt Berlin; Nach den Silvester-Krawallen spricht ganz Deutschland mal wieder über Neukölln. Was sagen die Menschen im Kiez? Ein Spaziergang durch die High-Deck-Siedlung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1006 words

Byline: Oskar Paul

Highlight: Nach den Silvester-Krawallen spricht ganz Deutschland mal wieder über Neukölln. Was sagen die Menschen im Kiez? Ein Spaziergang durch die High-Deck-Siedlung

Body

Aus Berlin Oskar Paul

Seit Silvester steht ein ausgebrannter Reisebus in Neukölln. Dach, Heck und Stühle sind verkohlt, ein rot-weißes Absperrband ist um das Gerippe des Buses gewickelt. Über der Straße steht ein Wohnhaus, die Fassade ist schwarz vor Ruß. Eine Papiermülltonne wurde abgepackelt, es riecht nach geschmolzenem Plastik. Zwei Tage nach Silvester katert Neukölln immer noch aus.

Am ausgebrannten Bus bleiben immer noch Pas-san-t:in-nen und Rad-fah-re-r:in-nen stehen, um Fotos zu knipsen. Ein Mann filmt mit Selfie-Stick das verkohlte Innere des Buses. Ein Fernsighteam ist auch da. Die Republik redet über Neukölln mal wieder. Weil auch hier an Silvester Po-li-zis-t:in-nen und Feuerwehrleute angegriffen wurden. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) kündigte einen Gipfel gegen -Jugendgewalt an, CDU-Chef Friedrich Merz bezeichnete Berlin im Münchner Merkur als Chaos-Stadt. Es geht um Schreckschusspistolen und Böller, aber auch um Gewalt und Migration.

Uwe Feindt arbeitet im Nachbarschaftstreff Mittendrin, nur ein paar Meter vom verbrannten Reisebus entfernt. Ihn nervt das einseitige Bild. Mit den Leuten, die hier wohnen, habe ich einen sehr freundlichen Umgang. In seinem engen Büro stapelt sich Papier, er kramt nach einem Flyer. Im Flachbau organisiert der Nachbarschaftstreff Teestunden, Kochkurse, Bingo-Abende und Mieterberatungen. Wir versuchen für die Leute das Beste rauszuholen. Ob es Deutsche, Araber, Türken oder Griechen sind, sollte egal sein. Wir leben in einer Großstadt. Ihn stört die Vorverurteilung, man wisse noch viel zu wenig über die Silvesternacht. Seit einem halben Jahr ist er jetzt hier, düst mit seinem grünen Renault zur Arbeit. Der wurde in Tempelhof und in Pankow zerkratzt, hier nicht.

Rund 330.000 Menschen wohnen in Neukölln, knapp die Hälfte hat Migrationshintergrund. Die Be-woh-ne-r:in-nen stammen aus 155 Ländern. Neukölln kennt man nicht nur in Berlin: der Kiez, wo 4-Blocks gedreht wurde; der Kiez,

Brennpunkt Berlin Nach den Silvester-Krawallen spricht ganz Deutschland mal wieder über Neukölln. Was sagen die Menschen im Kiez? Ein Spaziergang durch die High....

über den alle immer reden, wenn es um Kriminalität und Ausländer geht. Jetzt also Silvester. Nach Angaben der Polizei wurden in der Silvesternacht in ganz Berlin 145 Menschen festgenommen, 45 Deutsche, 27 Afghanen, 21 Syrer.

Silvester sei viel schlimmer gewesen als in den letzten Jahren, erzählt eine Anwohnerin. Sie sei deshalb in ihrer Wohnung geblieben. Die 56-jährige Frau trägt ein schwarz-lilanes Kopftuch und zieht einen Einkaufstrolley hinter sich her. Sie stammt aus dem Libanon und lebt seit 1991 in Deutschland, erzählt sie. In der Silvesternacht musste sie an den libanesischen Bürgerkrieg 1990 denken. Sie hatte Angst. Bis fünf Uhr. Bum, bum, bum. Vielen Menschen, glaubt sie, fehlt der Respekt vor der Polizei.

Seit 12 Jahren wohnt sie in Neukölln. Während des Gesprächs winkt sie einer Nachbarin. Man kennt sich hier in der High-Deck-Siedlung, einem Komplex aus mehreren Gebäuden im Osten von Neukölln. Aber viele der Menschen, die in der Silvesternacht hier waren, hat sie noch nie gesehen. Sie glaubt, sie seien -extra zum Feiern gekommen. Der ganze Boden ist mit leeren Schreckschusspatronen übersät. Auch zwei Tage nach Silvester knallt immer wieder ein Böller in der Siedlung. Der Hall verliert sich zwischen den Häusern. Die Siedlung wurde in den 70ern und 80ern gebaut. Sozialer Wohnungsbau. Hier leben rund 8000 Menschen. Hochgelagerte Pflasterwege durchziehen die Siedlung daher der Name. Brücken, Treppen und Rampen verbinden die Straßen mit diesen Fußgängerwegen und den gelblich-weißen Häusern.

Wenn man sich hier nicht auskennt, ist es wie ein Labyrinth, sagt Enes Erol. Der 27-Jährige ist in der High-Deck-Siedlung groß geworden. Man kann relativ schnell abhauen von der Polizei. Erol hat Wirtschaftsingenieurwesen studiert. Er und seine Familie betreiben einen Späti und eine Bäckerei gleich beim High-Deck. Sie sind bekannt für ihre Zimtschnecken.

In der Silvesternacht war er auf dem High-Deck. Letztes Jahr wurden hier die Scheiben von einem Imbiss eingeschmissen, erzählt Erol, deshalb sind er und sein Bruder dieses Jahr um Mitternacht in die Bäckerei, haben das Licht angemacht und auf den Laden aufgepasst. Da war hier Action. Hier sind gut Böller geplatzt. Obwohl ich waschechter Neuköllner bin, hab ich das so noch nie gehört. Ich bin überrascht, dass unsere Scheiben nicht geplatzt sind. Böse wirkt Erol dabei nicht. Wie auch? Viele der Jungs kennt er. Halloween und Silvester seien Ausnahmesituationen, aber die Krawalle heißt er nicht gut. Angriffe auf Polizei und Feuerwehr, sagt er, sind unterste Schublade.

Er sagt: Die Leute werden über einen Kamm geschoren. Es gibt genug Leute, die hart schufteten, die probieren, sich was Vernünftiges aufzubauen. Und da wird dann gesagt: 'Die Migranten bauen, auf gut Deutsch, Kacke. Deshalb spricht er mit Jour-na--lis-t:in-nen in seiner Bäckerei, Erol bietet Kaffee an. Er will für Neukölln werben. Wie man's besser machen kann, weiß ich nicht, sagt Erol. Bildung! Das Problem ist, die Jungs besuchen hier oft Oberschulen, da sind die Lehrer überlastet. Dann haben die Schüler so nach zwei Stunden Schluss und dann hungern die halt hier rum und beschäftigen sich selbst.

An der Bushaltestelle vor Erols Bäckerei steigen kurz vor dem Gespräch drei Jungs aus, schwarze Jacken, schwarze Caps. Am Boden finden sie einen Böller, mit einem Feuerzeug versuchen sie abwechselnd, ihn anzuzünden. Aber der Böller explodiert nicht. Jetzt bleibt es still in Neukölln.

Schon lange vor Silvester ging das mit der Knallerei los, erzählt eine Rentnerin, die im Haus wohnt, vor dem der Bus gebrannt hat. Sie ist gegen s Böllern, auch wegen der Umwelt. Das muss nicht sein. Seit drei Jahren wohnt sie hier, und ihr gefällt s im Kiez. Die Diskussion über Mi-gran-t:in-nen und Gewalt findet sie unfair. Ich glaube, man schmeißt alle Migranten in einen Topf. Und das ist nicht richtig. An Silvester selbst hat sie nicht viel mitbekommen sie hat geschlafen.

berlin

Eine Anwohnerin aus dem Libanon erinnerte Silvester an den Bürgerkrieg in der Heimat

gewalt an silvester

Brennpunkt Berlin Nach den Silvester-Krawallen spricht ganz Deutschland mal wieder über Neukölln. Was sagen die Menschen im Kiez? Ein Spaziergang durch die High....

Load-Date: January 4, 2023

End of Document

nachrichten; Längerer Schutzstatus für Ukrain

taz, die tageszeitung

Donnerstag 14. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 224 words

Body

nachrichten

Längerer Schutzstatus für Ukrai-ne-r:in-nen

Die EU-Kommission plant, den besonderen Schutzstatus für **Flüchtlinge** aus der Ukraine zu verlängern. Das kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Mittwoch vor dem Europäischen Parlament in Straßburg in ihrer jährlichen Rede zur Lage der Union an. Mit ihm erhalten Ukrainerinnen und Ukrainer ohne aufwendiges **Asylverfahren** das Recht auf Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheitsversorgung und Unterkunft. Die neue Verlängerung läuft vermutlich bis März 2025. Von der Leyen betonte zudem, Geld bereitzustellen für einen Wiederaufbau der Ukraine. Deshalb habe die Kommission die Bewilligung von 50 Milliarden Euro für Investitionen vorgeschlagen. (epd, ots)

Russland-Uran nach Lingen

Deutsche Behörden haben nach Angaben von Atomkraftgegnern 40 weitere Uran-transporte aus Russland zur Brennelemente-Fabrik im emsländischen Lingen genehmigt. Die erste dieser Lieferungen sei bereits in der vergangenen Woche angekommen, teilten die Anti-Atom-Organisation ausgestrahlt und das Bündnis Atomkraftgegner im Emsland am Mittwoch mit. Hintergrund ist laut den Ak-ti-vis-t:in-nen ein Joint Venture der französischen der Betreibergesellschaft der Atom-Fabrik mit dem russischen Staatskonzern Rosatom. Demnach solle die Brennelemente-Produktion in Lingen sogar noch ausweitert werden (epd)

Load-Date: September 13, 2023

Über 75.000 Ankünfte in Tegel; Die Behörden registrieren im dortigen Ankunftszentrum seit einem Jahr vor allem Ukrainer*innen

taz, die tageszeitung

Dienstag 21. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 267 words

Highlight: Die Behörden registrieren im dortigen Ankunftszentrum seit einem Jahr vor allem Ukrai-ne-r*in-nen

Body

In dem vor einem Jahr eröffneten Ukraine Ankunftszentrum auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel sind in den vergangenen zwölf Monaten 75.645 Menschen registriert worden. Davon wurden rund 74.500 in dem Ankunftszentrum auch vorübergehend untergebracht und versorgt, wie das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) am Montag mitteilte. Rund 69.400 von ihnen kamen aus der Ukraine. 5.100 waren Asylsuchende aus anderen Ländern. Auch 1.671 Haustiere der Geflüchteten wurden versorgt, darunter 861 Hunde und 727 Katzen.

Von den registrierten Flüchtlingen wurden mehr als die Hälfte (38.119) in andere Bundesländer weitergeleitet. Die andere Hälfte (37.526) wurde Berlin zugewiesen. Das Ankunftszentrum hat am 20. März 2022 offiziell den Betrieb aufgenommen. Derzeit würden im Durchschnitt täglich knapp 80 Geflüchtete vor Ort neu registriert. Aktuell seien rund 3.500 Menschen im Ankunftszentrum untergebracht.

Berlins Integrationssenatorin Katja Kipping (Linke) sagte, vor einem Jahr sei der ehemalige Flughafen Tegel innerhalb kürzester Zeit zu einem Ankunftsort für geflüchtete Menschen aus der Ukraine geworden: Es war und ist für uns eine humanitäre Selbstverständlichkeit, den Menschen zu helfen, die vor Putins Angriffskrieg fliehen mussten.

Die Menschen würden in Tegel untergebracht, bis sie einen Platz in einer Gemeinschaftsunterkunft bekommen. Das sei natürlich nicht vergleichbar mit einem eigenen Zimmer oder einer Wohnung: Deshalb brauchen wir in Berlin deutlich mehr erschwinglichen Wohnraum auch für Geflüchtete und ebenso Wohnberechtigungsscheine für sie, sagte Kipping. (epd)

Load-Date: March 20, 2023

Ein tödlicher Mensch; Hamburgs Bürgerschaft debattiert über den Messerangreifer von Brokstedt und wie es dazu kommen konnte, dass er überhaupt frei herumlief. Justizsenatorin Anna Gallina weist Vorwürfe zurück, der Mann sei in und nach der U-Haft nicht ordentlich betreut worden

taz, die tageszeitung

Freitag 03. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 1336 words

Byline: Lea Scholz

Highlight: Hamburgs Bürgerschaft debattiert über den Messerangreifer von Brokstedt und wie es dazu kommen konnte, dass er überhaupt frei herumlief. Justizsenatorin Anna Gallina weist Vorwürfe zurück, der Mann sei in und nach der U-Haft nicht ordentlich betreut worden

Body

Von Lea Scholz

Am 18. Januar wird Ibrahim A. der Messerstecher von Brokstedt aus der Hamburger Untersuchungshaft freigelassen. Ein Gericht hatte ihn wegen Diebstahls und gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr und einer Woche Haft verurteilt, weil er vor einer Tages-aufenthaltsstätte für Obdachlose einen Mann schwer verletzt hatte mit einem Klappmesser. Nur sechs Tage nach seiner Freilassung hat er im Regionalzug von Kiel nach Hamburg auf mehrere Menschen eingestochen und dabei zwei junge Menschen getötet.

Doch wie konnte es dazu kommen, dass der mehrmals straffällige, obdachlose und psychisch auffällige Ibrahim A. ohne Auflagen aus der Hamburger Untersuchungshaft entlassen wurde? Hätte die Justiz anders mit dem **Geflüchteten** umgehen müssen und damit das Attentat verhindern können? Diesen unbequemen Fragen musste sich die bisher auffällig schweigsame Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) im gestrigen Justizausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft stellen.

Von allen Seiten wurden die Anfeindungen gegen Gallina und den Umgang ihrer Justizbehörde mit dem Attentäter von Brokstedt lauter. Der Vorwurf: Es habe Anzeichen gegeben, dass Ibrahim A. eine Zeitbombe ist. Diese hätten die Hamburger Behörden ignoriert und nicht an die zuständige Ausländerbehörde in Kiel weitergeleitet, wie Schleswig-Holsteins Innenministerin Aminata Touré (Grüne) Senatorin Gallina am Mittwoch vorwarf. Im Justizausschuss konnte Gallina diesen Vorwurf ausräumen. Auch die übrigen Anschuldigungen im Umgang mit Ibrahim A. wies sie zurück.

Ein tödlicher Mensch Hamburgs Bürgerschaft debattiert über den Messerangreifer von Brokstedt und wie es dazu kommen konnte, dass er überhaupt frei herumlief. Ju....

Schon wenige Monate, nachdem Ibrahim A. im Dezember 2014 aus Gaza nach Deutschland geflüchtet war, wurde er straffällig: Die lange Strafakte beginnt mit einem Diebstahl im nordrhein-westfälischen Euskirchen. Ibrahim A. wird mehrmals angeklagt wegen Drogenmissbrauchs, sexueller Nötigung und gefährlicher Körperverletzung. Nicht immer wird er verurteilt, nicht immer werden die Verfahren beendet.

Was bei den mindestens zwölf Straftaten, die A. vorgeworfen werden, auffällt: Immer häufiger griff der heute 33-Jährige als Tatwaffe zu einem Messer. Als er im November 2021 in einer Kieler Geflüchteten--Unterkunft Mitbewohner bedroht und auf dem Flur mit einem Messer hantiert haben soll, bekommt er ein Hausverbot. Seitdem war Ibrahim A. wohnungslos.

Als Folge des Vorfalls entzog ihm das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) auch seinen Aufenthaltstitel den subsidiären Schutzstatus. Diesen Schutz bekam er 2017, weil ihm nach Angaben des Bamf weder Flüchtlingsschutz noch Asyl zustehe, sein Leben im Gazastreifen aber gefährdet sei.

Warum war der Attentäter von Brokstedt dann überhaupt noch in Deutschland, wenn er gar keinen Aufenthaltstitel mehr hatte? Solche Leute sollen abgeschoben werden, forderte die fraktionslose Bürgerschaftsabgeordnete Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein am Mittwoch in der Hamburger Bürgerschaft. Die hiesigen Gesetze geben ihr Recht, sie hätten eine Abschiebung von A. vorgesehen. Denn damit der subsidiäre Schutz vor Gefahr im Ausland endet, genügt es nach deutschem Recht, eine Gefahr für die Allgemeinheit darzustellen. Doch so einfach ließ sich der Palästinenser nicht abschieben. Das Problem: Weder die Hamas in Gaza noch Israels Regierung wollten ihn zurück. Also blieb Ibrahim A. in Deutschland.

Egal, wo sich Ibrahim A. in Deutschland aufhielt, geriet er in das Visier der Justizbehörden: Ohne gemeldeten Wohnsitz tauchte der Palästinenser immer wieder unter und durch Straftaten wieder auf. So auch am 18. Januar 2022 in Hamburg: Vor der Essensausgabe in der Obdachlosenunterkunft Herz As geriet A. mit einem Mann in einen Streit und verletzt ihn mit einem Klappmesser an Armen, Händen und dem Hals, wie aus Gerichtsdokumenten hervorgeht. Wenige Stunden danach soll er aus einem Supermarkt Lebensmittel gestohlen haben. Zwei Tage später, als A. einem Kontrahenten in der Drogenhilfeeinrichtung Drob Inn am Hauptbahnhof mit einem Klappmesser auf den Kopf geschlagen haben soll, wurde der Geflüchtete festgenommen.

Wegen Verdachts auf gefährliche Körperverletzung beim Herz As und Diebstahls kam Ibrahim A. in Untersuchungshaft in die Justizvollzugsanstalt (JVA) Billwerder. Erst sieben Monate später wurde er vom Amtsgericht St. Georg zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und einer Woche verurteilt.

Wie kann es sein, dass jemand, der mutmaßlich mit einem Messer mehrfach auf einen anderen Mann eingestochen habe, lediglich zu einer so milden Freiheitsstrafe verurteilt wird? , fragte der Bürgerschaftsabgeordnete Dennis Thering (CDU). Tatsächlich führt das Amtsgericht St. Georg in dem Urteil eine Reihe strafmildernder Faktoren auf: Ibrahim A. soll bei der Tat unter Einfluss von Alkohol, Heroin und Kokain gestanden haben, dadurch sei er enthemmt gewesen. Auch seien die Haftbedingungen für den Angeklagten besonders schwer gewesen. Er sei der deutschen Sprache nicht mächtig, heißt es in dem Urteil. Während der Haft entwickelte Ibrahim A. Schlafprobleme.

Die Freiheitsstrafe konnte nicht zur Bewährung ausgesetzt werden. Ibrahim A. fehle eine günstige Sozialprognose, urteilte das Gericht. Er habe in Hamburg weder ein tragfähiges soziales Netz noch einen Beruf oder die Möglichkeit, sich seinen Lebensunterhalt zu finanzieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass Ibrahim A. wieder straffällig werde, sei höher als die Chance, dass er sich gesetzestreu verhalte. Auch die Vorstrafen des Angeklagten aus Nordrhein-Westfalen fielen ins Gewicht. Und Ibrahim A. sei ein Drogenkonsument, wobei er keine Notwendigkeit für eine Therapie anerkennt. Weil der Angeklagte A. Berufung gegen das Urteil einlegte, wurde es nie rechtskräftig. Ibrahim A. blieb in der Untersuchungshaft der JVA Billwerder.

Ibrahim A. war kein Vorzeige-Häftling: Nach Angaben der Hamburger Justizbehörde soll er in der JVA Billwerder zuerst einen Mithäftling angegriffen haben, zwei Monate später warf Ibrahim A. eine Tasse mit warmem Tee auf einen Vollzugsbeamten. Der Tatverdächtige A. kam in Isolationshaft und wurde seither durchgängig psychiatrisch betreut. Auch weil Ibrahim A. während seiner Haft Stimmen hörte, wie die Justizsenatorin Gallina erklärte.

Ein tödlicher Mensch Hamburgs Bürgerschaft debattiert über den Messerangreifer von Brokstedt und wie es dazu kommen konnte, dass er überhaupt frei herumlief. Ju....

Ohne, dass es bis dahin zu der Berufungshauptverhandlung gekommen war, wurde A. nach genau einem Jahr aus der Haft entlassen. Der Grund: Die Dauer der Untersuchungshaft darf nicht länger sein, als die Strafe maximal andauern würde. Doch wie konnte es sein, dass Ibrahim A. ohne weitere Auflagen aus der U-Haft entlassen wurde?

Im Justizausschuss machte es sich Anna Gallina mit ihrer Antwort leicht: Weil der Haftbefehl gegen Ibrahim A. so kurzfristig aufgehoben worden sei hätten ihm keine Auflagen erteilt werden können. Die JVA Billwerder hatte es lediglich geschafft, Ibrahim A. noch eine Methadon-Behandlung zu organisieren und ihn kurz vor seiner Entlassung von einem Psychiater begutachten zu lassen. Das Ergebnis: Von Ibrahim A. gehe keine Fremd- und Selbstgefährdung aus. Es handelte sich dabei nicht um eine Prognose, betonte Gallina immer wieder.

Ibrahim A. fiel bei seiner Entlassung also wieder durch das Raster dieses Mal durch das des Resozialisierungs- und Opferhilfegesetzes. Nach diesem bundesweit vorbildlichen wie Gallina es im Ausschuss nannte Gesetz steht Untersuchungsgefangenen kein umfassendes Übergangsmanagement zu. Lediglich seien individuell zugeschnittene Beratungs- und Unterstützungsangebote möglich. Im Fall des Attentäters hieß das: Ein Übernachtungsangebot im Winternotprogramm und ein Perspektivgespräch. Beides soll Ibrahim A. wahrgenommen haben.

Den Vorwurf, ihre Behörde habe versäumt, bestimmte Informationen über Ibrahim A. an die Ausländerbehörde in Kiel weiterzuleiten, wies Gallina mit Blick auf die klare Aktenlage von sich: Sowohl die JVA Billwerder, wie das Oberlandesgericht als auch die Polizei hätten die zuständige Ausländerbehörde in Kiel mehrfach telefonisch und per Mail über das Verfahren im Fall Ibrahim A. informiert.

Egal, wo Ibrahim A. sich in Deutschland aufhielt, geriet er in das Visier der Justizbehörden, so auch in Hamburg

Load-Date: February 2, 2023

Fünf nüchterne Episoden; Eindrucksvolle Annäherung: Störung , ein Dokumentarfilm von Constantin Hatz, widmet sich den Texten eines toten Freundes

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 20

Length: 789 words

Byline: Fabian Tietke

Highlight: Eindrucksvolle Annäherung: Störung , ein Dokumentarfilm von Constantin Hatz, widmet sich den Texten eines toten Freundes

Body

Von Fabian Tietke

Ein Lkw hält auf einer Landstraße, am Rand Büsche, links ragt ein Baum hervor, rechts ein Hochspannungsmast, von dem eine Leitung schräg rechts in den Bildhintergrund führt. Der Fahrer steigt aus. Ich bin in einen kontinuierlich beklemmenden Existenzzustand hineingeboren. [] Ständig muss sich meine Existenz gegen Trümmer der Vergangenheit zu Wehr setzen ununterbrochen der Gedanke: Warum ich zufällig übrig geblieben bin . Dann steigt der Fahrer wieder ein, fährt weiter. Die Sonne wirft Schatten auf den Aschenbecher, der neben dem Schalthebel steht.

Die Worte des Brummifahrers am Anfang von Constantin Hatz Störung sind nicht seine, sie stammen von Notizen eines Freundes des Regisseurs, der sich 2015 umgebracht hat und Hatz seine Aufzeichnungen überlassen hat. Ende Oktober feierte der Film auf den Hofer Filmtagen Premiere. Der Lkw-Fahrer-Text spricht von einer Flucht über Feldwege, von Soldaten, die den Vater des Schreibers mitgenommen haben, und vom Fund einer Leiche auf einem der Felder, der Mutter, die versucht, ihren Sohn zu beschützen. Als Mutter und Sohn im Flüchtlingsheim ankommen, sind die Füße des Sohnes mit Blasen bedeckt.

Der Text liegt unter Bildern aus dem Arbeitsalltag des Lkw-Fahrers. Sie sind schwarzweiß und so reich an Graustufen, dass sie an Silbergelatineabzüge aus der frühen Fotografie erinnern. Schärfentiefe und Licht heben den Fahrer leicht vom Hintergrund ab. Hatz hat aus den umfangreichen Notizen seines Freundes, die dessen Leben reflektieren, fünf Episoden kondensiert: fünf Settings mit fünf Darstellern. Ein junger Mann, der in einer Pension ein Zimmer putzt, spricht Texte über die Untersuchung an der Grenze, das Leben im Wohnheim, die erste Zeit in der neuen Heimat. Die meisten Passagen widmen sich den Herausforderungen, sich einen neuen Alltag an einem neuen Ort, mit neuen Menschen, einer neuen Sprache aufzubauen.

Fünf nüchterne Episoden Eindrucksvolle Annäherung: Störung , ein Dokumentarfilm von Constantin Hatz, widmet sich den Texten eines toten Freundes

Verstanden habe ich die deutsche Sprache schnell. Doch ich fürchtete mich davor, sie zu verwenden. Es war schlimm für mich, in manchen Situationen keine Sprache zur Verfügung zu haben. In der Ton-Bild-Schere zwischen dem scheinbar einfachen Alltag der Spreche-r:In-nen und dem Kampf des Textverfassers um ein Ankommen macht Störung die psychischen, körperlichen, emotionalen Herausforderungen sichtbar, die nach einer erfolgreichen Flucht den Prozess des Ankommens begleiten.

Der scheinbare Moment der Sicherheit, der neue Unsicherheiten produziert. Nach etwa einem Drittel, der Verfasser des Textes hat gerade erfahren, dass die Leiche seines Vaters gefunden wurde, taucht erstmals der eigene Tod als Option auf: In diesem Moment begriff ich, dass es einem danach verlangen kann, zu sterben.

Indem Hatz die Texte seines Freundes als Grundlage für einen inszenierten Dokumentarfilm nutzt und sie mit Spielszenen unterlegt, entfernt sich der Regisseur von einem rein abbildhaften Filmkonzept. Im Presseheft erläutert er seine Entscheidung für diese Form in Abgrenzung zu anderen Optionen: Man hätte sein Leben dramatisieren und für einen Spielfilm adaptieren können. Oder man hätte mit einem rein dokumentarischen Ansatz Personen auswählen können, die ihn kannten und etwas über ihn vor einer Kamera erzählen dadurch würde man aber nur einen Zugang zu Wahrnehmungen über ihn von anderen Personen erhalten, seine Innenwelt bliebe jedoch verborgen.

Sein Freund sei immer davon überzeugt [gewesen], dass ein Mensch in seiner Vollkommenheit nur im Geschriebenen existieren kann. Er hat an einem bestimmten Punkt seines Lebens seine physische Existenz beendet und existiert für mich dennoch in seinen Texten weiter. Die Strenge der Form, die Nüchternheit der Inszenierung und die Reibung zwischen Bild und Text öffnen einen Resonanzraum für die Assoziationen und Reaktionen.

In zwei Punkten bleibt die Entscheidung des Regisseurs für diese Form ambivalent: die gleichen Mechanismen, die den Resonanzraum öffnen, erwecken bisweilen vor allem in den Fluchtszenen einen überpersönlichen Eindruck. Wird hier eine Person mit Fluchterfahrung ins Zentrum gerückt oder Flucht thematisiert? Durch den vermutlich unvermeidlichen Eingriff des Regisseurs, der die Texte zu den fünf Episoden verdichtet hat, stellt sich die Frage nach dem Stellenwert des Textes. Sind die Passagen noch im Tonfall, Duktus und Gedankengebäude des Toten oder haben sie sich (auch ungewollt) dem des Regisseurs angeglichen?

Störung ist eine formal ungewöhnliche, eindrucksvolle Annäherung eines Filmemachers an seinen toten Freund. Anhand von dessen Texten lädt das Werk zu einer Reflexion über Fragen von Flucht, Migration und psychischer Gesundheit.

Störung . Regie: Constantin Hatz. Deutschland 2022, 96 Min.

Die Formstrenge öffnet einen Resonanzraum für Assoziationen

Load-Date: November 29, 2023

Wir lassen es zu, dass nicht gerettet wird ; Während die Europäer an den Küsten des Mittelmeers urlauben, sterben täglich zahlreiche Menschen auf ihrer Flucht zwischen Afrika und dem reichen Norden

taz, die tageszeitung

Samstag 17. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SPEZIAL; S. 33

Length: 1030 words

Byline: Dierk Jensen

Highlight: Während die Europäer an den Küsten des Mittelmeers urlauben, sterben täglich zahlreiche Menschen auf ihrer Flucht zwischen Afrika und dem reichen Norden

Body

Von Dierk Jensen

Ich hatte keinen blassen Schimmer wie schwierig diese Reise für mich werden würde , erzählt der 21-jährige Akthar aus Bangladesch: Ich harnte in Libyen über ein Jahr aus, lebte in einem Camp mit Leuten aus aller Welt. Wir waren zu neun auf 10 Quadratmetern mit einer Toilette für über 200 Leute. Dann brachte man den jungen Mann mit anderen Verzweifelten auf ein seeuntaugliches Boot und stach damit ins Mittelmeer. Am Ende hatte er verdammt viel Glück, er ertrank nicht, überlebte und kam auf europäischem Boden an.

Das Schicksal von Akthar stehe stellvertretend für den Wahnsinn der Sklavenhändlerindustrie , die sich auf verschiedenen Fluchtrouten übers Mittelmeer entwickelt hat, so Karl Kopp, Leiter der Europaabteilung der Organisation Pro **Asyl**. Derweil überschlagen sich die Meldungen von Geflohenen, die von Tunesien, Libyen oder Marokko aufs offene Mittelmeer treiben, um Europa zu erreichen. Immer mehr wagen diese Routen und damit steigt die Zahl der Toten. So sind an jedem Tag in diesem Jahr nach Schätzungen durchschnittlich sieben Menschen auf der Flucht übers Mittelmeer gestorben; über tausend Menschen, die entweder an italienischen, spanischen, griechischen oder anderen Küsten tot angeschwemmt wurden oder auf dem offenen Meer tot in die Tiefe sinken.

Das ist ein Elend, eine Katastrophe, ein Desaster, ein menschlicher Abgrund. Und was macht die Europäische Union gegen diese unbeschreibliche Unsäglichkeit vor ihren Grenzen? Sehr wenig, erschreckend wenig. Und sie will sich trotz aller menschenrechtlicher Beteuerungen noch mehr abschotten, als sie es ohnehin schon macht.

Wir befürchten, dass ähnlich wie auf den griechischen Inseln die beschleunigten Grenzverfahren dazu führen, dass der Schutzbedarf von Menschen, die aus dem Mittelmeer gerettet wurden, nicht erkannt wird , merkt Felix Braunsdorf zu den aktuellen Verschärfungen des Asylrechts in der EU an. Viele von ihnen sind traumatisiert,

Wir lassen es zu, dass nicht gerettet wird Während die Europäer an den Küsten des Mittelmeers urlauben, sterben täglich zahlreiche Menschen auf ihrer Flucht zwi....

wurden Opfer von Folter oder haben einen anderen besonderen Schutzbedarf. Braunsdorf ist Politischer Referent von Ärzte ohne Grenzen, die mit ihrem eigenen Schiff, der Geo Barents , seit mehreren Jahren schon viele Menschen auf dem Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet haben. Allein im Mai 2023 hat das Schiff über 900 Flüchtlinge aus den Mittelmeerfluten retten können.

Für die einen ist das ein humanitärer Erfolg , für andere, wie die Regierung in Rom unter der Führung von Giorgia Meloni, ist es ein zu verhinderndes Ärgernis. Meloni und Co behaupten, dass die auf dem Mittelmeer aktiven Hilfsorganisationen weitere Flüchtlinge animieren, übers Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Diese Theorie vom Pull-Faktor mag Petra Krischok von SOS Humanity nicht mehr hören. Dies wird immer wieder von vielen behauptet, aber sie ist mehrfach wissenschaftlich widerlegt worden ist , winkt Krischok ab.

Sie berichtet, dass der Crew auf ihrem Schiff Humanity 1 ein eisiger Gegenwind seitens der italienischen Behörden entgegenweht. Wir müssen mit den aus Seenot Geretteten derzeit Häfen ansteuern, die weit im Norden Italiens liegen. Diese absichtliche Schikane verlängert die Fahrzeiten unseres Rettungsschiffes um mehrere Tage, die wir für die Rettung vor Ort verlieren , kritisiert sie. Ganz abgesehen davon sind die längeren Strecken umweltschädlich und gehen aufgrund gestiegener Preise für Treibstoffe ziemlich ins Geld , ärgert sich Krischok über die Vorgehensweise der Italiener. Karl Kopp von Pro Asyl bringt es auf den Punkt: Es existiert eine Gleichgültigkeit gegenüber den über das Mittelmeer Flüchtenden.

Das ist auch insofern bemerkenswert, als dass seit dem Beginn der russischen Invasion über eine Millionen Menschen aus der Ukraine allein in Deutschland Zuflucht finden konnten. Zum Vergleich: Im letzten Jahr flohen rund 65.000 Menschen übers Mittelmeer. Verglichen mit anderen Fluchtbewegungen kann also gar nicht von dramatisch angestiegenen Fluchtzahlen gesprochen werden , mahnt Kopp im Namen von Pro Asyl an, dramatisch seien dagegen die Todeszahlen von allein in diesem Jahr über 1.000 Menschen.

Entsetzt ist Kopp daher von der Haltung der grünen Außenministerin Annalena Baerbock, die ihre im Koalitionsvertrag fixierte Kurskorrektur der bisherigen, gescheiterten Flüchtlingspolitik aufgegeben zu haben scheint. Statt die Italiener zu kritisieren, setzt die grüne Außenministerin auf den Ausbau von Kooperationsabkommen mit vermeintlich sicheren Drittstaaten wie Libyen.

Unmut über diese Position gibt es genau deshalb innerhalb der Grünen, aber auch in Teilen der SPD-Bundesfraktion; nicht zuletzt auch deswegen, weil die libysche Wasserschutzpolizei die Aufgefischten dahin zurückbringt, woher sie gekommen sind: in Camps, in denen unmenschliche Verhältnisse herrschen.

Deshalb fallen in den Reihen der Hilfsorganisationen deutliche Worte: Die EU-Staaten und -Institutionen müssen ihre politische und materielle Unterstützung für die libysche Küstenwache sofort einstellen und dürfen erzwungene Rückführungen nach Libyen nicht länger unterstützen , fordert beispielsweise Felix Braunsdorf.

Die Zahlen sprechen indes für sich. Allein Ärzte ohne Grenzen hat seit 2015 mit mehreren Schiffen über 80.000 Menschen vor dem Ertrinken retten können. Trotz ihrer und Anstrengungen anderer Akteure sind seit den vergangenen acht Jahren rund 25.000 Tote zu beklagen. Wir lassen es zu, dass nicht gerettet wird , zieht Karl Kopp ein lakonisches Fazit.

Kopp muss sich arg zusammenreißen, um nicht zynisch zu werden angesichts einer Situation, bei der der edle Anspruch eines demokratischen, weltoffenen und Menschenrechte verteidigenden Europas von Ursula von der Leyen und anderen EU-Entscheidern zwar kakophonisch daherkommt, aber die Wirklichkeit in eine andere Richtung zeigt.

Das gilt auch für die aktuelle Politik der Ampelkoalition, die sich nicht mehr an das hält, was der Koalitionsvertrag festgeschrieben hat. Was ist das jetzt, etwa eine Asylwende? , fragt Kopp provozierend. Unterdessen sitzen Afghanen, Eritreer oder Bangladescher nach unglaublichen Strapazen auf dem Mittelmeer in gefängnis-ähnlichen Unterbringungen, von wo aus sie oftmals abgeschoben werden.

Wir lassen es zu, dass nicht gerettet wird Während die Europäer an den Küsten des Mittelmeers urlauben,
sterben täglich zahlreiche Menschen auf ihrer Flucht zwi....

weltflüchtlingstag

die verlagsseiten der taz

Load-Date: June 16, 2023

End of Document

Tausenden droht die Abschiebung; Russische Staatsbürger*innen in Lettland sind zum Sprachtest aufgefordert worden. Wer sich weigert, muss Konsequenzen tragen

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 699 words

Byline: Barbara Oertel

Highlight: Russische Staats-bür-ge-r*in-nen in Lettland sind zum Sprachtest aufgefordert worden. Wer sich weigert, muss Konsequenzen tragen

Body

Von Barbara Oertel

Lettlands Behörden machen Ernst: Tausende Staats-bür-ge-r*in-nen der Russischen Föderation könnten im September Briefe von der **Migrationsbehörde** erhalten, in denen sie zur Ausreise aufgefordert werden. Das berichtet das Webportal rus.lsm.lv. Dabei handelt es sich um Personen, die sich nicht zur lettischen Sprachprüfung angemeldet und keine Unterlagen zur Verlängerung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis eingereicht haben. Die neue gesetzliche Regelung wurde im April verabschiedet.

Ingmar Lidaka, Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für Staatsbürgerschaft, Migration und sozialen Zusammenhalt sowie Abgeordneter der Regierungspartei Vereinigte Liste, bezifferte die Anzahl der Betroffenen auf 5.000 bis 6.000. Sie hätten auf eine Aufforderung nicht reagiert und seien offenkundig weder an der Prüfung noch an einer Aufenthaltserlaubnis interessiert.

Das Innenministerium bestätigte die Information. Die Menschen hätten nach der Aufforderung drei Monate Zeit, Lettland zu verlassen. Wer sich dennoch weiter im Land aufhalte, könne mit einer Geldstrafe belegt werden. Auch staatliche Leistungen könnten wegfallen. So würden beispielsweise Renten nicht mehr gezahlt. Aus dem Innenministerium hieß es dazu, die Menschen hätten das Recht, sich um ein Visum oder eine befristete Aufenthaltserlaubnis zu bemühen, sofern es hierfür eine Grundlage gebe.

Der Abgeordnete Lidaka befürchtet, dass es zu Abschiebungen kommen könnte. Auch wenn Po-li-ti-ke-r*in-nen abwiegeln und sagen, dass das nicht passieren werde, das Gesetz sieht Ausweisungen vor. Sie hoffen nun, dass sich die Gesetzgebung noch ändert. Aber ich befürchte, dass dies nicht vor dem 1. September passiert, sagt Lidaka. Laut Grenzschutz müsse das Gesetz durchgesetzt werden, zitiert ihn rus.lsm.lv.

Tausenden droht die Abschiebung Russische Staatsbürger*innen in Lettland sind zum Sprachtest aufgefordert worden. Wer sich weigert, muss Konsequenzen tragen

Lettland hat rund 1,9 Millionen Einwohner*innen, rund ein Viertel sind russische Muttersprachle-r*innen. Bei ihnen handelt es sich mehrheitlich um zwischen 1940 und 1990 eingewanderte Personen beziehungsweise deren Nachkommen. Ein Teil hat sich nicht einbürgern lassen (dafür ist ein Sprachtest für Lettisch Voraussetzung) und den Status Nichtbürger*in. Dieser ist häufig mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel verbunden.

Nach dem Beginn von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 wurden die Aufenthaltsregelungen für Rus-s*in-nen verschärft. Jetzt müssen Kenntnisse der lettischen Sprache auf dem Niveau A2 nachgewiesen werden. Passiert dies nicht, wird die dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in Lettland annulliert. Die betroffene Person erhält eine befristete Aufenthaltserlaubnis und ein Jahr Zeit, um die Sprache zu lernen. Wer die Prüfung nicht vor dem 1. September bestanden hat, kann sie bis zum 30. November auf Antrag noch einmal nachholen. Nach Angaben der lettischen Behörden gelten die neuen Anforderungen für rund 20.000 russische Staatsbür-ge-r*in-nen mit ständigem Wohnsitz im Lettland im Alter von 17 bis 74 Jahren.

Derweil wächst die Kritik an dem neuen Gesetz. Wir glauben, dass jeder Fall individuell behandelt werden sollte. Wir müssen verstehen, warum diese Menschen die Sprache nicht beherrschen, die Prüfung nicht bestehen und was wir tun können, um sicherzustellen, dass sie die Sprache lernen, sagt Martin Lewuschkan, Vorsitzender der Bürgerbewegung Russische Stimme für Lettland. Derzeit könne der Staat pro Jahr nur noch 400 Personen Lettisch-Sprachkurse anbieten.

Auch bei Lettlands Nachbarn Estland von knapp 1,3 Millionen Ein-woh-ne-r*in-nen gehören 25 Prozent der russischen Minderheit an ist Sprache derzeit wieder Thema. Laut einem Gesetz von 2022 soll Estnisch in Schulen perspektivisch zur einzigen Unterrichtssprache werden. Um dieses Ziel in allen Klassenstufen zu erreichen, ist eine mehrjährige Übergangsphase vorgesehen. Ab dem 1. August 2023 müssen Schulen jedoch mit einer Geldstrafe von knapp 10.000 Euro rechnen, wenn ihre Leh-re-r*in-nen nicht über ausreichend gute estnische Sprachkenntnisse verfügen. Angaben der estnischen Sprachaufsichtsbehörde zufolge betreffe das rund 2.500 Pädagog*innen.

Wir glauben, dass jeder Fall individuell behandelt werden sollte.

Wir glauben, dass jeder Fall individuell behandelt werden sollte

Load-Date: August 7, 2023

Ein Hilferuf zweier Lehrkräfte und seine Folgen; Von Ralf Pauli Im April haben zw

taz, die tageszeitung

Dienstag 25. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 302 words

Byline: Ralf Pauli

Body

Von Ralf Pauli

Im April haben zwei Branden-burger Lehrkräfte recht-s-ex-treme Vorfälle an ihrer Schule im Spreewald öffentlich gemacht und damit eine breite Debatte ausgelöst. In dem zunächst anonymen Brandbrief schilderten sie einen Alltag, in dem Schü-le-r:in-nen mit **Migrationshintergrund** tagtäglich rassistisch beleidigt und bedroht werden, Jugendliche im Unterricht den Hitlergruß zeigen und couragierte Lehrkräfte im Kollegium alleine dastehen.

Die Verfasser beklagten in dem Brief eine Mauer des Schweigens und forderten in eine Null-Toleranz-Politik gegen Rechtsextremismus, Homophobie und Sexismus. Das Kultusministerium in Potsdam hatte daraufhin das Schulamt eingeschaltet und unter anderem Gespräche mit der Schulleitung geführt.

Drei Monate später haben die beiden Lehrkräfte Max Teske und Laura Nickel die Schule nach Anfeindung von Seiten der Eltern verlassen. Von der versprochenen Unterstützung zeigt sich Teske enttäuscht (siehe Interview). Brandenburgs Bildungsminister Steffen Freiberg (SPD) hat alle Lehrkräfte dazu aufgerufen, rechtsextreme Vorfälle zu melden, zur Not an der Schulleitung vorbei. Freiberg kritisierte aber, dass Teske und Nickel sich an die Presse und nicht zuerst an das Ministerium gewandt haben.

Nach dem Vorfall in Burg verzeichnete Brandenburg einen sprunghaften Anstieg von rechtsextremen Vorfällen an Schulen. Allein im Mai zählte das Ministerium in Potsdam 34 entsprechende Vorfälle. Auch Schulen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern meldeten zuletzt deutlich mehr rechtsextreme Vorfälle.

Bundesweite Zahlen stehen nicht zur Verfügung auch weil sich die Meldepflichten in den Bundesländern teils stark unterscheiden. Die Kultusministerkonferenz (KMK) sieht aktuell jedoch keinen Bedarf für eine bundesweit einheitliche Meldepraxis.

rechtsextremismus in der schule

Ein Hilferuf zweier Lehrkräfte und seine Folgen Von Ralf Pauli Im April haben zw

Load-Date: July 24, 2023

End of Document

Nicht nur Burger braten; Geflüchtete sollen auch mit wenig Deutschkenntnissen schnell in Arbeit kommen und sich dabei weiterqualifizieren können. Daniel Terzenbach, Sonderbeauftragter der Bundesregierung, sucht neue Wege

taz, die tageszeitung

Samstag 18. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 12

Length: 996 words

Byline: Barbara Dribbusch

Highlight: Geflüchtete sollen auch mit wenig Deutschkenntnissen schnell in Arbeit kommen und sich dabei weiterqualifizieren können. Daniel Terzenbach, Sonderbeauftragter der Bundesregierung, sucht neue Wege

Body

Von Barbara Dribbusch

So könnte es laufen: Die gelernte Apothekerin aus der Ukraine ist nach Deutschland geflüchtet und spricht nach einem ersten Sprachkurs nur ein bisschen Deutsch. Sie kann erst mal nur als Helferin in einer Apotheke arbeiten, betreut den nichtpharmazeutischen Bereich und verbessert ihr Deutsch im Kontakt mit den Kol-le-g:in-nen und in einem weiteren berufsbezogenen Sprachkurs.

Wenn die Menschen in Arbeit sind, wird die deutsche Sprache on the job sehr viel schneller gelernt, als wenn sie einen Integrationskurs nach dem anderen machen würden, sagt Daniel Terzenbach, von dem das Beispiel stammt, im Gespräch mit der taz. Terzenbach ist der neue Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Integration von Geflüchteten und Vorstandsmitglied bei der Bundesagentur für Arbeit.

Terzenbachs Aufgabe besteht darin, den von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) angekündigten Jobturbo für Geflüchtete im Bürgergeldbezug in Gang zu setzen und dabei Arbeitgeber, Weiterbildungsträger, Kommunen und Migrantenorganisationen an einen Tisch zu bringen. Am kommenden Montag ist dazu ein Arbeitsmarktgipfel in Berlin geplant. Nach Äußerungen von Heil sollen 400.000 Geflüchtete im Bezug von Bürgergeld, darunter etwa die Hälfte Ukrainer:innen, schon nach einem ersten Integrationskurs, der zum Beispiel mit einem einfachen sprachlichen Level von B 1 endet, möglichst schnell in Arbeit kommen.

Der politische Druck auf die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten steigt, seitdem sich die Debatte um Migration verschärft hat. Zumal die Beschäftigungsquoten von geflüchteten Ukrai-ne-r:in-nen laut Bundesagentur für Arbeit nur bei rund 19 Prozent liegen. Unter den Geflüchteten seit 2015 aus den acht wichtigsten Herkunftsländern sind nach Erhebungen des Nürnberger IAB-Instituts nach sechs Jahren 54 Prozent in Arbeit.

Nicht nur Burger braten Geflüchtete sollen auch mit wenig Deutschkenntnissen schnell in Arbeit kommen und sich dabei weiterqualifizieren können. Daniel Terzenbach....

Im Job Deutsch lernen

Für die Integration der Geflüchteten sucht Terzenbach neue Wege , wie er sagt. Es macht mehr Sinn, Arbeitsaufnahme, Spracherwerb und Qualifikation parallel zu verfolgen und nicht nacheinander, weil sich erwiesen hat, dass man die Sprache am besten bei der Arbeit lernt , so der Sonderbeauftragte. Wir brauchen Arbeitgeber, die Menschen erst mal als Helfer einstellen, die eben noch nicht so gut Deutsch können, und ihnen dann Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen, auch entsprechend ihrer Qualifikation .

In der Praxis bedeutet dies, dass etwa gelernte Krankenschwestern aus der Ukraine erst mal als Hilfs-pfle-ge-r:in-nen arbeiten, ausgebildete Leh-re-r:in-nen nur als Be-treue-r:in-nen an Schulen tätig sind.

Viele Ukrai-ne-r:in-nen haben eine Ausbildung in einem Dienstleistungsberuf. Wenn Menschen im Heimatland im Einzelhandel gearbeitet haben als Kassierer oder als Kundenberaterin, dann können sie als Helferin beginnen und Tätigkeiten übernehmen, die nicht so kundenintensiv sind, etwa im Lager und beim Auffüllen von Regalen im Verkaufsraum , sagt Terzenbach, damit lernt man weiter Deutsch und kann sich so Stück für Stück in den kundennahen Bereich einarbeiten und sich der eigenen Qualifikation nähern.

Das Entscheidende ist die Aufstiegsmöglichkeit: Es sei wichtig, dass man nicht hängen bleibt in einer Helfertätigkeit, sondern Entwicklungsmöglichkeiten hat und wenn nötig dafür entsprechende Unterstützung bekommt , so der Sonderbeauftragte, wir brauchen jede Fachkraft in Deutschland . Unterstützungen sind etwa berufsbegleitende Qualifizierungen, Sprachkurse und Eingliederungszuschüsse für die Arbeitgeber vom Jobcenter.

Nach dem Jahr 2015 fanden viele Geflüchtete Arbeit zum Beispiel in Versandzentren und in der Systemgastronomie. Bei Amazon im Lager muss man nicht unbedingt gut Deutsch sprechen können. Und bei McDonalds gab es schon genügend arabisch sprechendes Personal, um neue Helfer einzuarbeiten. Diese Jobs können aber zu einer Sackgasse werden.

Bei der Vorstellung des neuen Jobturbo für Geflüchtete kündigte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil an, arbeitslose Geflüchtete sollten künftig vom Jobcenter alle sechs Wochen vorgeladen werden, es gebe Mitwirkungspflichten , und Angebote müssen angenommen werden .

Geflüchtete wollen arbeiten

Dieser verschärfte politische Ton irritiert manche. Die Frauen wollen arbeiten , sagt etwa Natalia Craciun, Seminarleiterin beim beruflichen Fortbildungszentrum der bayerischen Wirtschaft (bfz) in München. Sie kennt viele Ukrai-ne-r:in-nen aus den Sprachkursen und von ihrer ehrenamtlichen Arbeit bei der Tafel und hat selbst Verwandtschaft in der Ukraine. Viele Frauen wollen sich integrieren, die wollen, dass sie und ihre Kinder eine Zukunft haben in Deutschland, sie wissen, dass sie nicht auf Dauer vom Jobcenter leben können. Aber es fehlt an Kinderbetreuungsplätzen, die Frauen warten und warten auf einen Kitaplatz, viele leben in Heimen, manche sogar in Notunterkünften , erzählt Craciun.

Die Behauptung, das angeblich zu hohe Bürgergeld verleite Geflüchtete zum Nichtstun, wird durch Studien jedenfalls nicht bestätigt. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Beschäftigungsquoten der Ukrai-nie-r:in-nen in den Niederlanden zum Beispiel sehr viel höher, bei annähernd gleich hoher Sozialleistung. Und in Österreich sind die Beschäftigungsquoten so niedrig wie in Deutschland, bei deutlich geringerer Sozialleistung. Die Zusammenhänge sind also komplizierter. In einem Arbeitsmarkt, zu dem immer mehr Menschen ohne deutsche Abschlüsse einen Beitrag leisten, müsse man umdenken, sagt Terzenbach. Wir sind in Deutschland überverliebt in Zertifikate . Dabei sollte das Lernen während der Arbeit wichtiger werden, auch um anschlussfähiger zu werden an einen immer globalisierteren Arbeitsmarkt.

In den Fokus geraten dabei auch sogenannte Teilqualifizierungen, das sind mehrmonatige Kurse für spezielle Fachkenntnisse etwa in Computer-Lagerhaltung, Maschinenführung oder Pflegeassistenten. Teilqualifizierungen seien ein sicherlich sinnvoller Ansatz , sagt Terzenbach. Ohne mehr Flexibilität wird es jedenfalls nicht gehen.

Nicht nur Burger braten Geflüchtete sollen auch mit wenig Deutschkenntnissen schnell in Arbeit kommen und sich dabei weiterqualifizieren können. Daniel Terzenba....

Load-Date: January 31, 2024

End of Document

Das ukrainische Wort des Jahres: Mobilmachung ; Der Ukraine fehlen Soldaten. Das Verteidigungsministerium setzt nun darauf, dass sich ukrainische Männer im Ausland zum Dienst an der Waffe melden. Verpflichten dazu kann man sie wohl nicht

taz, die tageszeitung

Freitag 22. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 936 words

Byline: Juri Konkewitsch

Highlight: Der Ukraine fehlen Soldaten. Das Verteidigungsministerium setzt nun darauf, dass sich ukrainische Männer im Ausland zum Dienst an der Waffe melden. Verpflichten dazu kann man sie wohl nicht

Body

Aus Luzk und Berlin Juri Konkewitsch und Tanja Tricarico

Neuerdings interessiert sich die ukrainische Regierung für Ukrainer, die ins Ausland gegangen sind – zumindest für Männer. Alle Männer zwischen 25 und 60 sollen eine Vorladung bekommen und sich bei einem Wehramt der ukrainischen Streitkräfte melden. Das sagte der ukrainische Verteidigungsminister Rustem Umjerow in einem Interview mit deutschen Journalisten. Wir wollen Gerechtigkeit für alle, denn hier geht es um unser Land. Wir werden ihnen Vorladungen schicken. Sein Land verteidigen und ihm zu dienen ist keine Strafe. Es ist eine Ehre, sagte Umjerow. Die Regierung berate noch darüber, was geschehen solle, wenn die Männer nicht freiwillig zurückkämen. Offene Fragen gibt es viele: Wie viele Männer verstecken sich in Europa vor der Armee? Wie kann das Verteidigungsministerium ihren Aufenthaltsort ausfindig machen? Welche Sanktionsmöglichkeiten gibt es?

In Deutschland sind laut Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** im Ausländerzentralregister bis Ende November rund 197.000 Männer im Alter zwischen 25 und 60 Jahren mit ukrainischer Staatsangehörigkeit registriert. Zu einer Ausreise aus Deutschland gezwungen werden können sie nicht. Wie in der gesamten Europäischen Union wird Ukrainerinnen und Ukrainern in Deutschland aufgrund des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs vorübergehender Schutz gewährt, sagte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums der taz. Die Aufenthaltserlaubnisse von Ukraine-**Geflüchteten** gälten aktuell bis zum 4. März 2025. Aus dem Bundesjustizministerium hieß es, dass man zu hypothetischen Szenarien keine Stellung nehme.

Ein Sprecher des ukrainischen Verteidigungsministeriums versuchte zu erklären, was Minister Umjerow tatsächlich gesagt habe. Die deutschen Medien hätten die Aussagen des Ministers leicht missinterpretiert, sagte der Leiter der Abteilung für Presse und Information in einem Kommentar für das ukrainische Nachrichtenportal Babel. Der Minister hat mit den Journalisten über Rekrutierungen gesprochen und über die Notwendigkeit, Ukrainern im

Das ukrainische Wort des Jahres: Mobilmachung Der Ukraine fehlen Soldaten. Das Verteidigungsministerium setzt nun darauf, dass sich ukrainische Männer im Ausla....

Ausland zu vermitteln, wie wichtig es sei, dass sie sich den Streitkräften anschließen. Eine Diskussion darüber, mit welchen Mitteln man Ukrainer im Ausland in die Armee einberufe, steht nicht auf der Tagesordnung, heißt es in einer Erklärung des Verteidigungsministeriums.

Dass ukrainische Beamte jetzt solche Aussagen machen, ist leicht zu erklären. Das Thema, wie Menschen mit allen Mitteln versuchen, einer Mobilmachung zu entgehen, ist derzeit sehr aktuell in der Ukraine: Vor allem jetzt, wo durch die russische Offensive an allen fünf Frontabschnitten die Zahl der gefallenen ukrainischen Soldaten steigt. Die Menschen empören sich darüber, dass nur sie ihr Land verteidigen, während andere sich durch Trickereien oder Korruption ins behagliche Europa absetzen, um dem Kriegseinsatz zu entkommen. Die Gerechtigkeitsfrage lässt sich leicht für politische Zwecke instrumentalisieren, zum Beispiel um das Ansehen von Präsident Wolodimir Selenski zu verbessern, dessen Umfragewerte 2023 ein wenig gesunken sind.

Es ist leicht gesagt, dass wir gerade auch diejenigen zum Dienst in der Armee zwingen müssen, die irgendwie nach Europa ausreisen konnten. Aber das in die Praxis umzusetzen, dürfte sich schwierig gestalten.

Nicht zum ersten Mal gibt die Regierung der Ukraine sich populistisch, wenn es um Mobilmachungen geht. Im August dieses Jahres wurden auf Anweisung von Präsident Selenski auf einen Schlag alle Wehramtsleiter entlassen. Anlass dafür war, dass sich einige dieser Männer durch Ausstellung von Ausreisegenehmigungen für Wehrpflichtige persönlich bereichert hatten. Dafür bestraft wurden aber demonstrativ alle Wehramtsleiter.

Zufall oder nicht im Herbst wurden dann in der Ukraine vermehrt Einberufungsbescheide auf der Straße, in Kinos und Fitnesscentern ausgegeben. Würde man in der Ukraine das Wort des Jahres 2023 wählen, wäre es höchstwahrscheinlich Mobilmachung. Meldungen zu diesem Thema sind täglich unter den Top-Nachrichten ukrainischer Medien.

Auf seiner Pressekonferenz zum Jahresende erklärte Wolodimir Selenski am 19. Dezember, dass der Generalstab und Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyj vorgeschlagen hätte, 450.000 bis 500.000 Ukrainer zusätzlich zu mobilisieren. Dies würde die Ukraine, so Selenskij, noch einmal 500 Milliarden Hrywnja (etwa 12 Milliarden Euro) kosten. Gleichzeitig verlangte der Präsident von den Streitkräften aber auch konkrete Aussagen zum Fronturlaub, zum Rotationsprinzip von kämpfenden Soldaten und zur Demobilisierung. Selenski wandte sich auch an die Zivilbevölkerung. Er erklärte, dass ein Frontsoldat von sechs Steuerzahlern unterstützt werde. Damit machte er klar, dass die Mobilmachung auch ihre Grenzen habe.

Um mehr jüngere Menschen für die Armee zu gewinnen, wird das Einberufungsalter wahrscheinlich von 27 auf 25 Jahre gesenkt. Der Präsident erklärte, er werde einer solchen Entscheidung zustimmen, wenn das entsprechende Gesetz auf Vorschlag des Militärs vom Parlament verabschiedet wird. Eine weitere wichtige Neuerung, die die Regierung aktuell vorbereitet, ist ein elektronisches Register für Wehrpflichtige. Wolodimir Fitio, ein Vertreter der Bodentruppen, erklärte, dass das elektronische Register Oberig, das derzeit in der Ukraine in Betrieb sei, nicht mit anderen staatlichen Registern synchronisiert werden könne. Sobald diese Synchronisierung möglich wird, sollen keine Vorladungsbescheide mehr auf Straßen und in Fitnesscentern ausgeteilt werden.

Aus dem Ukrainischen Gaby Colde-vey

Das Einberufungs-alter für die Armee soll von 27 auf 25 Jahre gesenkt werden

Load-Date: December 21, 2023

Über 45.000 Bootsflüchtlinge; Großbritannien

taz, die tageszeitung

Montag 02. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 205 words

Byline: Dominic Johnson

Body

Großbritannien

Das Vereinigte Königreich hat erneut eine Rekordzahl an Bootsmigranten verzeichnet. Wie der britische TV-Sender Sky News am Sonntag unter Berufung auf Statistiken des Innenministeriums meldete, belief sich die Zahl der Menschen, die in kleinen Booten erfolgreich den Ärmelkanal aus Frankreich an die englische Südküste überquerten, im Jahr 2022 auf mindestens 45.728 Menschen. Das sind über 17.000 mehr als im Vorjahr, als 28.536 gezählt wurden. Bootsflüchtlinge, die britische Gewässer erreichen, werden im Regelfall von der britischen Küstenwache geborgen und an Land gebracht, wo sie in Sammelunterkünfte gebracht und ins Asylverfahren aufgenommen werden. Eine unbekannte zusätzliche Zahl erreicht die Küsten selbstständig und taucht unter. 2022 war Albanien eines der wichtigsten Herkunftsländer. Die konservative Regierung hat trotz zahlreicher Ankündigungen die rapide Zunahme der Anlandungen nicht stoppen können. Ein unter Premierminister Boris Johnson beschlossenes Vorhaben, sie ohne Prüfung eines Asylantrags nach Ruanda auszufliegen, wurde bislang aufgrund von juristischen Einwänden ebenso wenig umgesetzt wie die Idee, Flüchtlinge gleich im Meer zu stoppen und zurück nach Frankreich zu schicken. (D. J.)

Load-Date: January 1, 2023

Was heißt Nie wieder ?; Aufgrund der Geschichte steht Deutschland an Israels Seite. Aus dem gleichen Grund muss es Völker- und Menschenrechte verteidigen. Das ist ein Dilemma

taz, die tageszeitung

Freitag 10. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1019 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: Aufgrund der Geschichte steht Deutschland an Israels Seite. Aus dem gleichen Grund muss es Völker- und Menschenrechte verteidigen. Das ist ein Dilemma

Body

debatte

Nie wieder darüber war sich die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg und dem deutschen Völkermord an den Juden Europas einig. Aber wofür genau steht dieses Nie wieder ? Nie wieder Krieg und Völkermord?

Das war das Motiv, das zur Gründung der Vereinten Nationen im Oktober 1945, zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 und zur Verabschiedung der ersten Genfer **Flüchtlingskonvention** 1951 führte. Oder sollte es vor allem bedeuten, dass Jüdinnen und Juden so etwas nie wieder zustoßen dürfe? Diese Überzeugung führte zur Staatsgründung Israels 1948.

Diese beiden Vorstellungen müssen sich nicht widersprechen. Noch nie aber standen die unterschiedlichen Lesarten des Nie wieder in einem so schroffen Widerspruch wie jetzt. Auf der einen Seite steht eine israelische Regierung, die nach dem schrecklichen Massaker der Hamas für sich freie Hand beansprucht, um ihre Vorstellung von Sicherheit wiederherzustellen. Auf der anderen Seite stehen die Prinzipien des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, die von Menschenrechtsorganisationen und Institutionen wie der UNO verteidigt werden.

Im aktuellen Krieg in Gaza scheint die israelische Armee wenig zurückhaltend vorzugehen, und israelische Amtsträger haben mehrfach deutlich gemacht, dass das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der Schutz der Zivilbevölkerung nicht ihre höchste Priorität haben. Israels Präsident Isaac Herzog machte die gesamte Bevölkerung von Gaza für die Taten der Hamas verantwortlich. Premier Netanjahu stilisiert den Krieg in religiöser Sprache zu einem Kampf mit dem absolut Bösen, der keine Zwischentöne zulässt. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit, sagte der israelische Armeesprecher Daniel Hagari über die militärische Strategie seiner Streitkräfte.

Was heißt Nie wieder ? Aufgrund der Geschichte steht Deutschland an Israels Seite. Aus dem gleichen Grund muss es Völker- und Menschenrechte verteidigen. Das i....

Solchen Worten folgen Taten. Israel stoppte die Zufuhr von Wasser, Strom, Treibstoff und Medikamenten was alle Menschen trifft, die im Gaza-streifen leben, nicht nur die Hamas. Am 30. Oktober bombardierte Israels Armee das dichtbesiedelte Flüchtlingslager Dschabalia im Norden des Gazastreifens. Zur Begründung hieß es, ein Hamas-Führer wäre das Ziel gewesen.

Nach fünf Wochen Krieg ist die Zahl der Toten im Gazastreifen nach palästinensischen Angaben bereits auf die Rekordzahl von über 10.000 gestiegen, darunter mehr als 4.000 Kinder mehr Kinder, als in den vergangenen vier Jahren in allen anderen Konfliktzonen der Welt zusammengerechnet umkamen, wie die Organisation Save the Children klagt. Über 36 Journalisten wurden seit Beginn des Krieges getötet, die meisten von ihnen durch israelische Luftangriffe so viele wie in keinem anderen Krieg der vergangenen 30 Jahre, wie das Committee to Protect Journalists sagt. Reporter ohne Grenzen (RDF) haben sich deshalb an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gewandt. Einige Journalisten, darunter der palästinensische Reporter Mohammed Abu Hattab, kamen mitsamt ihrer gesamten Familie um. Sie waren nach israelischen Warnungen vor einem Einmarsch aus dem Norden geflohen. Doch im Gazastreifen ist keine Gegend mehr sicher.

Im Westjordanland gehen radikale Siedler im Schatten des Kriegs unterdessen immer brutaler gegen dort lebende Palästinenserinnen und Palästinenser vor. Über 160 von ihnen wurden dort in den vergangenen Wochen getötet. Auf Tiktok machten Videos von israelischen Soldaten die Runde, die palästinensische Gefangene misshandeln und demütigen.

Angesichts dieser Entwicklungen wirkt es naiv, wenn Bundeskanzler Olaf Scholz beim EU-Gipfel in Brüssel behauptet, er habe keine Zweifel daran, dass die israelische Armee das Völkerrecht beachte. Und es wirkt kurzsichtig, wenn sich Außenministerin Baerbock in der UN-Generalversammlung zusammen mit den rechten Regierungen Großbritanniens und Italiens der Stimme enthält, statt mit zwei Dritteln aller Staaten, darunter den EU-Partnern Frankreich und Spanien, für eine sofortige, nachhaltige und dauerhafte Waffenruhe, ungehinderte humanitäre Hilfe für Gaza und die Freilassung aller gefangenen Zivilisten zu stimmen. Israel, die USA und eine Handvoll weiterer Staaten votierten gegen die Resolution.

Die Bundesregierung macht sich die israelische Lesart des Nie wieder zu eigen. Aber damit macht sie es sich zu einfach. Natürlich hat Israel das Recht, sich gegen den brutalen Terrorangriff der Hamas zu verteidigen, dem über 1.400 seiner Bürgerinnen und Bürger auf schreckliche Weise zum Opfer fielen. Das heißt aber nicht, dass dies in der Form passieren muss, in der dies nun geschieht, zumal es damit auch das Leben israelischer Geiseln gefährdet.

Selbst US-Präsident Joe Biden warnte Israels Regierung davor, nicht die Fehler zu begehen, welche die USA nach dem 11. September gemacht hätten. Allein mit brachialer militärischer Gewalt lässt sich dieser Krieg nicht gewinnen.

Die Bundesregierung sollte sich daher an die andere, die universalistische Bedeutung des Nie wieder erinnern und auf dem Völkerrecht und der Achtung der Menschenrechte beharren. Sie sollte auf Menschenrechtsorganisationen hören und die internationalen Regeln verteidigen. Und sie sollte dafür sorgen, dass der internationale Strafgerichtshof in den Haag mögliche Kriegsverbrechen verfolgt, die im Nahost-Konflikt von beiden Seiten begangen werden. Das könnte sich sowohl gegen israelische Politiker und Offiziere als auch gegen Mitglieder von Hamas und Islamischem Dschihad richten. Deutschland sollte solche Ermittlungen unterstützen.

Dass es dies bisher unterlassen hat, trägt zu einer Kultur der Straffreiheit bei, die neue Kriegsverbrechen begünstigt und Israels Sicherheit letztlich schadet. Eine wertegeleitete Außenpolitik müsste anders aussehen. Ansonsten droht das schrankenlose Recht des Stärkeren weltweit noch weiter um sich zu greifen.

Die Bundesregierung sollte sich an die universalistische Lesart des Nie wieder erinnern

Daniel Bax

Was heißt Nie wieder ? Aufgrund der Geschichte steht Deutschland an Israels Seite. Aus dem gleichen Grund muss es Völker- und Menschenrechte verteidigen. Das i....

ist Redakteur im Parlamentsbüro der taz. Er schreibt über Politik und Gesellschaft, Migration und Integration sowie Außenpolitik. 2015 erschien sein Buch Angst ums Abendland über antimuslimischen Rassismus. 2018 veröffentlichte er das Buch Die Volksverführer über Rechtspopulisten.

Load-Date: November 9, 2023

End of Document

Zollbonus für Rücknahme Geflüchteter; Der Europäische Rat und die Kommission wollen Zollbegünstigungen für ärmere Länder an Kooperation bei Rücknahmen koppeln. Das Parlament ist empört über Missbrauch

taz, die tageszeitung

Dienstag 13. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 9

Length: 778 words

Byline: Leila van Rinsum

Highlight: Der Europäische Rat und die Kommission wollen Zollbegünstigungen für ärmere Länder an Kooperation bei Rücknahmen koppeln. Das Parlament ist empört über Missbrauch

Body

Von Leila van Rinsum

EU-Vertreter verhandeln gerade über Sonderregeln für Zölle, die für ärmere Länder gelten. Mit dem Allgemeinen Präferenzsystem (APS) der Europäischen Union (EU) fallen auf ihre Produkte weniger oder gar keine Zölle an. Im Gegenzug müssen sie sich zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichten. Das bestehende System läuft Ende 2023 aus. Die Trilogverhandlungen zur Überarbeitung laufen derzeit zwischen der Europäischen Kommission, den Mitgliederstaaten im Rat und dem Europäischen Parlament.

Dort gibt es gerade Krach. Denn die Kommission und der Rat wollen eine neue Bedingung für die Zollvergünstigungen einführen: Empfängerländer müssen abgelehnte **Asyl-be-wer-be-r***in-nen zurücknehmen. Staaten, die nicht ausreichend kooperieren, könnten Handelspräferenzen verlieren. Das hat für Empörung im Europäischen Parlament gesorgt: Es ist falsch, dieses wichtige entwicklungs- und handelspolitische Instrument als **migrationspolitisches** Werkzeug zu missbrauchen, sagte der Vorsitzende des Handelsausschusses Bernd Lange (SPD) der taz. Das Parlament werde die Vorschläge nicht akzeptieren. Für Montagabend waren weitere Verhandlungen angesetzt. Lange hofft, dass es die letzten werden. Die Verhandlungsführenden des EU-Parlaments sind einen Schritt auf Kommission und Rat zugegangen: Rückführungen könnten als Erwartung für die Länder formuliert werden nicht als Bedingung.

Das Allgemeine Präferenzsystem wurde von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) ins Leben gerufen. Viele Industriestaaten folgten der Aufforderung. Mit den Zollbegünstigungen sollte Armut in Entwicklungsländern verringert werden. In der neuen Fassung der EU soll Nachhaltigkeit eine größere Rolle spielen. Empfängerländer müssen etwa das Pariser Klimaabkommen unterzeichnen und Maßnahmen ergreifen, die Ziele umzusetzen. Bei schwerwiegenden Verstößen können Sanktionen folgen. Das APS soll zudem flexibler werden, zum Beispiel mit mehr Spielraum bei den Ursprungsregeln. Dabei geht um es den Status des

Zollbonus für Rücknahme Geflüchteter Der Europäische Rat und die Kommission wollen Zollbegünstigungen für ärmere Länder an Kooperation bei Rücknahmen koppeln. D....

sogenannten präferenziellen Ursprungs eines Produktes: Der wird einer Ware bisher verliehen, wenn diese zu festgelegten Teilen in der betreffenden Region gewonnen oder hergestellt wurde. Künftig sollen die Inhaltsstoffe auch aus mehreren Regionen kommen dürfen. In der Überarbeitung des APS geht es außerdem um effektivere Kontrolle: Das Allgemeine Präferenzsystem ist eine Maßnahme der EU, die vielen Ländern hilft. Wenn man partnerschaftlich die Umsetzung der Regeln zu Menschenrechten, Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz stärkt, kann es noch mehr Menschen vor Ort helfen, so lange. Bei der Umsetzung soll es deshalb mehr Transparenz über Ziele und Maßnahmen geben, besseren Dialog bei Verfehlungen und eine stärkere Einbeziehung von Gewerkschaften, NGOs und Unternehmen vor Ort. Das begrüßen auch viele Akteure aus der Zivilgesellschaft. Sie sehen in dem Präferenzsystem einen Hebel, um ihre Rechte besser durchzusetzen. Oft argumentieren sie, dass die EU zu wenig von Sanktionen Gebrauch machen würde, selbst bei schweren Menschenrechtsverletzungen. Zuletzt strich die EU 2019 etwa die Zöllbegünstigungen von Kambodscha wegen systematischer Verletzungen der grundlegenden Menschen- und Arbeitnehmerrechte. Allerdings wurde das größte Exportgut ausgenommen: Textilien durften weiterhin günstig in die EU. Nach den neuen Regeln sollen auch die negativen Auswirkungen von Sanktionen, etwa auf Arbeitnehmerrechte, besser analysiert werden.

Es gibt aber auch andere Kritik. Zum einen heißt es, bei der einseitigen Gesetzesinitiative der der EU würden betroffene Entwicklungsländer zwar konsultiert, aber von einer partnerschaftlichen Ausgestaltung könne keine Rede sein. Zum anderen wird das marktwirtschaftliche, vor allem exportorientierte Verständnis von Entwicklung kritisiert verbunden mit der Frage, ob die Maßnahmen tatsächlich der Bevölkerung oder nur exportierenden Unternehmen zugute kommen. Die Halbzeitbewertung des Allgemeinen Präferenzsystem der Europäischen Kommission von 2019 kommt zu dem Schluss, dass das System positive Effekte auf Menschenrechte habe. Exporte hätten Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Entwicklung in den Empfängerländern erhöht, heißt es weiter. Kurz danach räumt der Bericht aber ein, dass exportorientiertes Wirtschaftswachstum einen negativen Einfluss auf die Umwelt habe, in manchen Fällen in Zusammenhang mit Landvertreibungen stehe, oder dass Unternehmen aus Wettbewerbsgründen gegen Arbeitsrechte verstoßen. Kritiker zweifeln ebenso, ob es eine direkte Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum im Zuge von Handelsliberalisierung und Armutsbekämpfung gibt.

Load-Date: June 12, 2023

Nächste Ankunft 2.46 Uhr; Neun Züge treffen täglich in Záhony ein. Sie bringen ukrainische Flüchtlinge über die Grenze in die ungarische Kleinstadt. Hier werden die Menschen willkommen geheißen, bekommen Essen und Obdach. Denn in Záhony geht es menschlich zu

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 1808 words

Byline: Diana Laarz

Highlight: Neun Züge treffen täglich in Záhony ein. Sie bringen ukrainische **Flüchtlinge** über die Grenze in die ungarische Kleinstadt. Hier werden die Menschen willkommen geheißen, bekommen Essen und Obdach. Denn in Záhony geht es menschlich zu

Body

Aus Záhony Diana Laarz (Text) und Florian Bachmeier (Fotos)

Am Morgen melden die Nachrichten, in Odessa sei der Strom flächendeckend ausgefallen. Russische Drohnen haben das ukrainische Energienetz angegriffen. In Záhony fällt der erste Schnee des Jahres vom Himmel. Es sind kleine harte Flocken, die auf der Haut wehtun.

Der Bürgermeister zieht sich seine schwarze Mütze tiefer ins Gesicht. Bald werden wieder mehr **Geflüchtete** kommen. Die Mitarbeitenden der Internationalen Organisation für **Migration** (IOM) treffen sich und beraten darüber, die Schichten neu einzuteilen. Es werden demnächst mehr Leute benötigt. Als um 15.30 Uhr der nächste Zug aus der Ukraine am Bahnhof einrollt, sind 174 Passagiere an Bord. Die Helfenden am Bahnhof holen noch mehr Plastiktüten mit Wasserflaschen und Lebensmitteln aus dem Lager.

Záhony ist eine Stadt im äußersten Nordosten Ungarns. Nicht weit entfernt von der ungarisch reformierten Kirche fließt die Theiß, und auf der anderen Seite des Flusses liegt schon die Ukraine. Die gemeinsame Grenze der beiden Länder ist nicht sonderlich lang, knapp 140 Kilometer. Es existieren fünf Grenzübergänge, aber nur in Záhony können Reisende die Grenze mit dem Zug überqueren.

Záhony ist während des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zu einem Dreh- und Angelpunkt der Flucht geworden. Die ungarischen Grenzen sind sonst eher für elektrisch gesicherte Stacheldrahtzäune und bewaffnete Grenzbeamte bekannt. Die Politik der Migrationsverhinderung nach Europa ist zum Kernprogramm des ungarischen Premierministers Viktor Orbán geworden. In Záhony aber hat sich zehn Monate nach Kriegsbeginn

Nächste Ankunft 2.46 Uhr Neun Züge treffen täglich in Záhony ein. Sie bringen ukrainische Flüchtlinge über die Grenze in die ungarische Kleinstadt. Hier werden

eine freundliche Routine etabliert. Die Menschen haben Erfahrung im Helfen. Sie tun es mit Gelassenheit und Ruhe. Manchmal scheint es sogar, als habe die kleine Stadt die neue Aufgabe gebraucht, um daran zu wachsen.

Neun Züge aus der Ukraine kommen täglich in Záhony an. Sie kommen aus Tschop auf der anderen Flussseite. Nur 20 Minuten Fahrt und doch gefühlt eine weite Reise. Als der Nachmittagszug zum Halten gekommen ist, stellen sich die Helfenden mitten auf das Gelände, breitbeinig, unübersehbar. Die Passagiere tröpfeln aus der Bahn heraus. Vor dem Aussteigen prüft die ungarische Grenzpolizei alle Pässe. Mehr nicht. Die Einreise ist derzeit ohne Visum möglich.

Die Menschen klettern die steilen Zugtreppen hinunter, hieven Gepäck und Kinder hinaus, blicken sich suchend um. Die Bahnhofsangestellten verweisen gleich auf die Helfer und Helferinnen. Wann fährt der Zug nach Budapest? Und wie geht es dann weiter nach Wien? Eine Frau sagt, sie habe Fieber und Halsschmerzen. Sie wird in das Behandlungszimmer des Roten Kreuzes gebracht.

Auf dem Bahnsteig steht auch ein Helfer, der vom Zugpersonal mit Handschlag begrüßt wird. Eine alte Frau legt ihm ein Stück Konfekt in die Hand. Er bedankt sich mit einer Umarmung. Der Mann heißt Anmol Gupta, indischer Medizinstudent aus der ostukrainischen Stadt Charkiw. Er ist in Záhony gestrandet. Aber er fühlt sich ganz wohl dabei.

Anmol Gupta kam vor neun Jahren aus dem nordindischen Roorkee zum Studium nach Charkiw. Im Februar fehlten ihm noch sechs Monate bis zum Abschluss. Als der Krieg ausbrach, half er seinen Nachbarn, die Keller als Schutzräume herzurichten. Das Helfen fühlte sich besser an als das Ausharren in der unterirdischen Metrostation. Als eine Rakete vor seinem Wohnhaus einschlug, floh Gupta und fuhr mit dem Zug über Lwiw nach Záhony. Ich hatte keine Ahnung, wo ich gelandet war.

Anmol Gupta, angehender Herzchirurg, kam am 5. März in Záhony an und beschloss zu bleiben. Er sagt, die Menschen in Záhony hätten ihm geholfen, als er müde und verängstigt war. Sie gaben ihm zunächst etwas zu essen, Wärme und Freundlichkeit, dann eine Unterkunft. Er versucht nun das Gleiche zu tun und den Geflüchteten die Ankunft im Nachbarland zu erleichtern.

660.000 Ukrainer und Ukrainerinnen sind seit Kriegsausbruch über die Grenze bei Záhony gekommen. Die Einwohner sagen, Anmol Gupta habe sie fast alle persönlich gesehen. Sie sagen, er sei der gute Geist des Bahnhofs. Der Kühlschrank im Aufenthaltscontainer der IOM ist voll. Frauen aus der Stadt bringen Anmol Gupta regelmäßig Essen vorbei.

Er müsste eigentlich nach Charkiw fahren, seine Zeugnisse abholen. Aber wer weiß schon, ob die medizinische Fakultät überhaupt noch steht. Wer weiß, ob noch jemand von den Lehrenden dort ist. Ich habe keinen Plan, sagt Anmol Gupta. Er lernt jetzt Ungarisch. Der Putzmann im Bahnhof unterrichtet ihn nebenbei.

Záhony hat schon einmal bessere Zeiten gesehen. Im Verladebahnhof, in der die Spurbreite der Züge vom ungarischen auf das ukrainische Schienensystem umgestellt wird, arbeiteten in den 1980er Jahren 8.000 Menschen. Jetzt hat die Stadt selbst noch gut 4.000 Einwohner. Davon sind 1.300 Rentner und nur noch 300 Kinder. Es gibt drei Kirchen, eine Schule, ein Hotel, ein Restaurant und eine Bar, die Pepe heißt, mit Billard, Darts und Jägermeister.

Eigentlich war Záhony eine Stadt, die langsam von der Landkarte verschwand. Bis der Krieg ausbrach.

Da kamen gleich am ersten Tag Tausende Ukrai-ne-r*in-nen am Bahnhof an, drängten sich an den Schaltern, saßen erschöpft auf dem Vorplatz. Um ein Uhr am Mittag postete der Bürgermeister auf Facebook einen Hilferuf an die Einwohner seiner Stadt. Fünf Stunden später war das Kulturhaus zur Notunterkunft umgerüstet. Die Männer und Frauen aus Záhony hatten Matratzen, Laken und Decken gebracht.

An diesem ersten Kriegstag ging auch Agnesa Zeplaki sofort zum Bahnhof, als sie von den vielen Geflüchteten hörte. Nichts auf der Welt hätte mich davon abhalten können.

Nächste Ankunft 2.46 Uhr Neun Züge treffen täglich in Záhony ein. Sie bringen ukrainische Flüchtlinge über die Grenze in die ungarische Kleinstadt. Hier werden

Agesa Zeplaki, 60 Jahre alt, war Anfang des Jahres gerade in Rente gegangen. Bis dahin hatte sie die Bankfiliale in Záhony geleitet. Zeplaki sitzt außerdem im siebenköpfigen Stadtrat von Záhony. Das Helfen ist für sie auch eine Pflicht. Ich möchte mit gutem Beispiel vorangehen.

Agesa Zeplaki teilt die freiwilligen Helfer der Stadt ein. Am Anfang hatte sie über 200 Personen auf ihrer Liste, die sich gemeldet hatten. Sie kamen überall her. Aus der Schule, aus der Bank, aus dem Supermarkt. Bis heute schließt Zeplaki jeden Morgen den Container vor dem Bahnhof auf. Sie lässt die Rollläden hoch, stellt die Kessel mit Heißwasser und Tee an und sterilisiert die Tische.

Sie teilt jetzt noch zwanzig Helfende ein, hauptsächlich Frauen aus der Stadt. Das genügt momentan. Die Hilfe ist zur Routine geworden. Das Gefühl aus den Anfangstagen ist aber immer noch da. Viele Menschen aus der Stadt haben gemeinsam angepackt, das hat uns einander nähergebracht, sagt sie.

Wenn Agesa Zeplaki in diesen Tagen durch die Fenster des Containers in Richtung Bahnhof schaut, sieht sie die Flocken, die inzwischen auf eine geschlossene Schneedecke fallen. Auch sie hat gehört, was die Ankommenden am Bahnhof erzählen. Dass es selbst in Tschop, so weit im Westen der Ukraine, nur wenige Stunden am Tag Strom gibt. Zeplaki seufzt. Und in dieser Situation werden Kinder geboren. Unvorstellbar. Bald wird sie vielleicht wieder mehr Helfende von ihrer Liste benötigen.

Vor dem Rathaus von Záhony blinken weiß-blaue Lichterketten, ein luftgefüllter Schneemann wälzt sich im Schnee. Gut 200 Menschen stehen im Dunkel des späten Nachmittags auf dem Platz und hören zu, wie die Kinder der Kita Lieder singen. Die Kita-Leiterin und der katholische Pfarrer sprechen ein Gebet, danach gibt es Glühwein und ein paar kurze Gespräche, bei denen der Atem in Wolken davonfliegt.

Der Bürgermeister von Záhony ist auch da. Aber er spricht an diesem Nachmittag nicht in das Mikrofon. Er wippt auf den Füßen, um sich warm zu halten, und lächelt still in sich hinein.

Seit acht Jahren ist László Helmeczi Bürgermeister von Záhony. Als er sich für das Amt bewarb, nahm er sich vor, wieder mehr Leben in die ruhige Stadt zu bringen. Für große Baumaßnahmen, sagt Helmeczi, fehle das Geld in der Stadtkasse. Aber eine Gemeinschaft könne er auch ohne viel Geld aufbauen.

László Helmeczi möchte gern, dass wieder mehr junge Leute in Záhony wohnen. Er sagt, er würde gern Konzerte planen und Bildungsprogramme auflegen, statt sich um den Zustand des Friedhofs zu kümmern.

Die Menschen in Záhony sprechen sehr gut vom Bürgermeister. Der indische Medizinstudent Anmol Gupta sagt: Er ist unvoreingenommen und in vielerlei Hinsicht ein weiser Mann. Die Stadträtin Agesa Zeplaki: Die Stadt ist seine Familie. Er tut alles für sie. Ein IOM-Mitarbeiter: Er schafft es, in einer Krise die Balance zu halten. Wenn er auftaucht, wird alles gut.

László Helmeczi ist sehr oft am Bahnhof. Und wenn er dort ist, trägt er Frauen den Koffer und sammelt Müll auf, der vor dem Mülleimer liegt. Er sagt: Helfen ist einfach menschlich.

Ungarns Reaktion auf die Fluchtbewegungen im vergangenen Jahrzehnt waren zwiespältig. Als im Jahr 2015 Menschen aus Syrien, Iran und Afghanistan kamen, schwadronierte Regierungschef Viktor Orbán in Budapest von einer gelenkten illegalen Migration, die die Eliten des Westens angezettelt hätten. Im Ukrainekrieg gibt sich die Regierung offener. Die Schutzsuchenden aus dem Nachbarland reisen von Záhony aus mit dem sogenannten Solidaritätsticket mit der Bahn kostenlos weiter.

László Helmeczi sagt, er interessiere sich nicht für die Politik in Budapest. Er und die sechs anderen Mitglieder des Stadtrates gehören keiner Partei an. Bei der vergangenen Parlamentswahl im April 2022 wählten in der Region etwa 70 Prozent der Bevölkerung die Orbán-Partei Fides. In Záhony selbst waren es 40 Prozent. Laszlo Helmeczi erzählt davon mit Stolz. Wir gehen unseren eigenen Weg.

Nächste Ankunft 2.46 Uhr Neun Züge treffen täglich in Záhony ein. Sie bringen ukrainische Flüchtlinge über die Grenze in die ungarische Kleinstadt. Hier werden

Helmeczi besucht an diesem Abend die Notunterkunft für Geflüchtete in Záhony. Inzwischen ist eine ehemalige Grundschule dafür hergerichtet worden. 20 Jahre stand das Gebäude leer. Nun werden dort diejenigen untergebracht, die so spät am Abend ankommen, dass kein Zug mehr fährt. Einige bleiben länger.

László Helmeczi leert die Schale unter einem tropfenden Heizungsrohr, prüft die Essensvorräte im Kühlschrank. Einiges hat sich verändert in Záhony, seitdem das Helfen zum Alltag geworden ist. Wir passen besser aufeinander auf. Außerdem gibt es zwölf neue Kinder im Kindergarten und 17 in der Schule.

Spät am Abend verlässt Agnesa Zeplaki den Container vor dem Bahnhof. Alles ist schon vorbereitet für den nächsten Tag. Im Container bleibt Anmol Gupta zurück. Er schläft nur selten in der Wohnung, die ihm die Stadt zur Verfügung stellt. Stattdessen rückt er zwei Campingstühle zusammen, legt sich auf die beiden Sitzflächen und breitet eine Decke über sich aus.

Um 2.46 Uhr kommt der nächste Zug aus Tschop. Dann wird Anmol Gupta am Gleis stehen und helfen.

Viele Menschen aus der Stadt haben gemeinsam angepackt, das hat uns einander nähergebracht

Der Inder Anmol Gupta kam im März aus Charkiw. Er sagt, die Menschen in Záhony hätten ihm geholfen, als er müde und ver-ängstigt war. Er versucht nun Gleiches zu tun

Load-Date: January 3, 2023

Zum Tod der Geflüchteten Yazy A. in Berlin-Pankow; Bobby Rafiq Bobens Späti

taz, die tageszeitung

Samstag 25. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: STADTLAND; S. 46

Length: 608 words

Byline: Bobby Rafiq

Body

Bobby Rafiq Bobens Späti

Ursprünglich sollte dieser Text von Hans-Georg Maaßen handeln. Davon, dass es erst das Wort Rassenlehre brauchte, bis die CDU aus dem Quark kam. Davon, dass nicht bereits sein Versagen beim Aufklären der NSU-Morde als Verfassungsschutzpräsident ausreichte, auch nicht seine relativierenden Äußerungen zu den rechtsextremen Ausschreitungen 2018 in Chemnitz. Nicht mal, als ihn die Süd-Thüringer CDU zu ihrem Direktkandidaten für den Bundestag wählte, erfolgte eine eindeutige Ächtung durch Partei-Pascha Merz, wie es nun das Ausschlussverfahren symbolisieren könnte. Anschließend hätte der Text einen Zusammenhang zwischen Maaßen und der Entstehung von Parallelgesellschaften hergestellt.

Der Grund, warum ich das ursprüngliche Thema nun lediglich als Paraphrase bringe, ist erschütternd und illustriert mein eigentliches Anliegen leider sehr treffend. Es ist der Tod der 44-jährigen Syrerin Yazy A., die, wie erst kürzlich bekannt wurde, vor zwei Wochen an den Folgen eines Feuers starb. Der Brand brach in der Nacht zum 26. Januar in ihrer Unterkunft in Berlin-Pankow aus. Die Familie steht unter Schock, darunter ihre sechs minderjährigen Kinder.

Zum Redaktionsschluss dieser Kolumne ist von Brandstiftung mit Todesfolge die Rede. Wegen fehlender Anhaltspunkte schließen die Behörden ein politisches Tatmotiv bislang aus. Ernsthaft? Immerhin brannte es in einem von Geflüchteten bewohnten Haus. Die Gegend ist bekannt für rechtsextreme Umtriebe und Übergriffe. Bewohner* berichten von rassistischen Beleidigungen im Vorfeld, auch Yazy A. sei angefeindet worden. Warum ermittelt die Polizei nicht in alle Richtungen, ohne auch nur irgend etwas vorerst auszuschließen?

Publik wurde der Tod von Yazy A. erst durch Tarek Baé, einen Polit-Influencer mit syrischen Wurzeln. Am 20. Februar bestätigte schließlich auch die Polizei ihren Tod. Lange nachdem die Meldung bereits kursierte und zehn Tage nachdem Yazy A. gestorben war. Medienberichten zufolge gebe es erst seit vergangener Woche Kontakt zum Bezirksamt. Eines der Kinder habe erzählt, die Polizei hätte die Familie mehr als drei volle Wochen nach dem Feuer und eine Woche nach dem Tod der Mutter vernommen. Zur Beisetzung am nächsten Tag sei niemand Offizielles gekommen.

Zum Tod der Geflüchteten Yazy A. in Berlin-Pankow Bobby Rafiq Bobens Späti

Was auch immer die Ermittlungen ergeben werden, das Verhalten der Behörden ist bereits jetzt skandalös. Wie konnten Polizei und Justiz in einem solch sensiblen Thema mindestens kommunikativ dermaßen versagen, zumal beide mit Rechtsextremismus in den eigenen Reihen wiederholt für großes Misstrauen unter Migranten sorgen? Ausgerechnet zum dritten Jahrestag des Hanauer Anschlags, wo bis heute behördliches und politisches Versagen die Angehörigen am Rechtsstaat zweifeln lassen, straft der Pankower Fall jeden zaghaften Optimismus Lügen.

Hier schließt sich der Kreis zu Maaßen und der Parallelgesellschaft: Wann problematisieren wir endlich jene Parallelgesellschaft, in der der Rechtsstaat den Anschein erweckt, er gelte für Migranten nicht gleichermaßen wie für den Rest der Gesellschaft? Seit Jahrzehnten wiederholt sich eine ausgeprägte Nachlässigkeit bei der Strafverfolgung von Menschenfeinden. Seit Jahrzehnten bleiben klare Distanzierungen von sowie hartnäckige Aufklärung bei Rassismus innerhalb und außerhalb staatlicher Institutionen aus. Maaßen ist das bisher gewichtigste Beispiel dafür.

Zur gefälligen Erinnerung: Er wurde der Aufklärung beim NSU wegen zum Chef der Schlapphüte berufen, stattdessen stellt sich im Nachgang heraus, dass er mit dessen ideologischem Umfeld nicht gerade fremdelt. Deutschland, wir müssen reden!

Die Gegend ist bekannt für rechts-extreme Umtriebe und Übergriffe

Load-Date: February 24, 2023

Zeitalter des Wa22ermanns; Die Kreuzberger Rapperin Wa22ermann mischt den hiesigen HipHop mit Berliner Migrantenschнауze auf

taz, die tageszeitung

Donnerstag 31. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 16

Length: 820 words

Byline: Carolina Schwarz

Highlight: Die Kreuzberger Rapperin Wa22ermann mischt den hiesigen HipHop mit Berliner Migrantenschнауze auf

Body

Von Carolina Schwarz

Berlin bleibt nicht gleich Berlin. Wo in den Nullerjahren nach einer durchzechten Nacht noch von Schwarz zu Blau gesungen wurde, heißt es heute Blaurot. Wenn damals Künstler wie Peter Fox für sich reklamierten, Lokalkolorit mit Berliner Schnauze zu erzeugen, schafft das jetzt die junge Rapperin Wa22er-mann und es klingt glaubwürdig. Mit nur wenig veröffentlichten Songs liefert die Newcomerin einen Soundtrack für den eigenen Kiez: Wa22ermanns Kreuzberg ist mindestens so dreckig, wie das von Peter Fox, aber noch fertiger. Straßengestank, begleitet von Rauch / Junkies sind links, heißt ich lauf geradeaus. Gemeinsam mit dem Rapper Apsilon erzählt sie von einer Nacht irgendwo zwischen den Bezirken Moabit und Kreuzberg: Schlaflos, ich lauf los / Gleit durch die Nacht/ Sie ist blaurot, 3-6, gleich hell, blaurot.

Kreuzberg ist das Zuhause von Wa22ermann. Hier ist sie aufgewachsen, nachdem sie 2008 als Neunjährige aus Pakistan nach Berlin gekommen ist. In der Nähe vom Checkpoint Charlie und dem taz-Redaktionsgebäude ist sie zur Schule gegangen. Ich hatte einen schweren Kulturschock, von einer Schule mit Schuluniformen und strengen Regeln in Pakistan, zu einer Schule, in der sich jeden Tag irgendjemand geprügelt hat und die Lehrer überfordert waren, erzählt sie der taz. Doch sie passt sich an und zieht ihr Ding durch.

Heute wirkt sie abgeklärt und cool und so beschreibt die 24-Jährige auch ihr Aufwachsen in der Hauptstadt. Diese Haltung findet sich in ihrer Musik wieder. Mit der rhetorischen, fast sloganhaften Frage Was denn? zwingt sie zu Beginn fast aller ihrer Songs die Zu-hö-re-r*in-nen zu einer Reaktion. Doch neben der herausfordernden Coolness kommt im Gespräch mit ihr auch tiefe Dankbarkeit zum Vorschein für das, was sie nun als Raptalent erleben darf. Wa22ermann weiß sehr wohl, dass der Hype um sie jeder Zeit vorbei sein kann. Was heute geil läuft, kann morgen schon wieder scheiße ankommen, sagt sie.

Doch im Moment läuft es bei Wa22ermann, man kann es gar nicht anders sagen. Nun erzählt sie, wie ihr Fans im Supermarkt Hallo sagen. Im Sommer 2022 steht sie zum ersten Mal auf der Bühne, in dieser Festivalsaison spielt

Zeitalter des Wa22ermanns Die Kreuzberger Rapperin Wa22ermann mischt den hiesigen HipHop mit Berliner Migrantenschnauze auf

sie über 20 Shows. Dass Wa22ermann, deren Name eine Mischung aus ihrer Lieblingszahl, ihrem Sternzeichen und der Übersetzung ihres bürgerlichen Vornamens aus dem Türkischen ist, mittlerweile als Rapperin Karriere macht, ist eigentlich der Langweile geschuldet. Nach der Schule probiert sie sich in verschiedenen Studiengängen und Jobs aus: vom Einzelhandel bis zu Security beim Helene-Fischer-Konzert. Doch in der Coronapandemie fällt ihr auf, dass sie gar keine Hobbys hat und fängt an, mit ihren Freun-d*in-nen zu Beats zu rappen. Die anderen verlieren schnell wieder die Lust, doch Wa22ermann bleibt dabei. Sie nimmt Songs auf, dreht eigene Videos und lädt sie bei Instagram hoch.

Man geht nicht davon aus, dass die Leute etwas gut finden, das man in seinem Zimmer ins Handymikrofon gerappt hat. Doch sie haben es gefeiert, erzählt sie. Dann geht alles schnell: Produzenten fragen an und schon bald sitzt Wa22ermann im Studio, macht professionelle Aufnahmen und absolviert ihre ersten Auftritte. Videos von Menschen in Moshpits und einer Crowd, die ihre Reime von Anfang bis Ende mitrappen, beweisen, dass ihre Musik relevant geworden ist.

Im Februar 2023 erscheint dann ihre Debüt-EP 07:30 mit fünf Songs. Die Musik klingt wie ein durchgefeiertes Wochenende: In Dracula zieht sie gemeinsam mit Freunden durch die Straßen, in Bienennest gibt es eine Clubnacht mit Tanzen und mieser Anmache. Bis sich im letzten Song Glück die Stimmung wendet. Ängste und eine Cannabis-Psychose bestimmten den Kater am nächsten Tag.

Auf einen bestimmten Sound lässt sich die Berliner Künstlerin trotzdem nicht festlegen. Ich lass mich von überall her inspirieren und probier einfach aus, erklärt sie ihren Schaffensprozess. Bei Wa22ermann hört man melancholische Reime zu Lo-Fi-Beats, fröhliche Songs wechseln sich ab mit synthetischen Sounds, die nach einer harten Clubnacht klingen. Wa22ermann liefert einen wilden Mix aus allem, was Trap und HipHop zu bieten hat. Und gerade dieses Unausrechenbare und dieses Grenzüberschreitende klingt so erfrischend.

Die Sommerzeit und damit die zweite Festival-Saison von Wa22ermann neigt sich langsam dem Ende zu, aktuell tritt die Newcomerin in deutschen Großstädten auf, morgen etwa in Berlin beim Festival Pop-Kultur. Auch nach Ende des Sommers hat sie große Pläne: Ich will neue Songs aufnehmen, ein Album rausbringen, geile Kollabos machen und eine eigene Tour. Aber gerade hab ich einfach Lust, mein Leben zu leben. Und das heißt bei Wa22ermann: mit Freunden abhängen, Musik ausprobieren und Inspiration suchen auf den Straßen von Berlin-Kreuzberg.

Wa22ermann: 1. September, Festival Pop-Kultur, Kulturbrauerei Berlin

Wa22ermann weiß sehr wohl, dass der Hype um sie jeder Zeit vorbei sein kann

Load-Date: August 30, 2023

Boris Palmer ist dann erst mal weg; Nach dem jüngsten Eklat tritt Tübingens Oberbürgermeister aus den Grünen aus. Späte Einsicht eines berufsmäßigen Provokateurs und Grenzüberschreiters mit Potenzial

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 1041 words

Byline: Benno Stieber

Highlight: Nach dem jüngsten Eklat tritt Tübingens Oberbürgermeister aus den Grünen aus. Späte Einsicht eines berufsmäßigen Provokateurs und Grenzüberschreiters mit Potenzial

Body

Aus Stuttgart Benno Stieber

Für Boris Palmers Verhältnisse kam das Einsehen diesmal geradezu blitzartig. Am Freitagabend hatte er in Frankfurt vor einer Gruppe Demonstranten, die ihn mit Nazi, Nazi -Rufen niederbrüllen wollten, die Nutzung des N-Worts verteidigt. Wer ihn deshalb zum Rassisten stemple, handle nicht anders als die Nazis. Das ist der neue Judenstern, sagte Palmer daraufhin.

Schon in der Veranstaltung an der Goethe-Universität Frankfurt zum Thema **Migration** bekam er dafür harsche Kritik zu hören. Und die weiteren Reaktionen aus der Partei und seinem Umfeld dürften dem Tübinger Oberbürgermeister gezeigt haben, dass er mit dem Auftritt, der auf Twitter dokumentiert wurde, endgültig zu weit gegangen ist. Selbst einer seiner wichtigsten Unterstützer, der ehemalige grüne Spitzenpolitiker Rezzo Schlauch, hatte Palmer noch am Wochenende in einer öffentlichen Erklärung die persönliche und politische Loyalität aufgekündigt und sein Mandat als Anwalt für ihn niedergelegt.

Am Montagabend schrieb Boris Palmer auf Facebook ungewöhnlich zerknirscht, er sehe ein, er habe als Oberbürgermeister nie so reden dürfen: Eines ist mir klar: So geht es nicht weiter. Die wiederkehrenden Stürme der Empörung kann ich meiner Familie, meinen Freunden und Unterstützern, den Mitarbeitern in der Stadtverwaltung, dem Gemeinderat und der Stadtgesellschaft insgesamt nicht mehr zumuten.

Palmer gibt bekannt, eine einmonatige Auszeit im Juni zu nehmen, und meldete sich am Montag in seinem Rathaus krank. In der Zeit übernimmt der Erste Bürgermeister Cord Soehlke (parteilos) gemeinsam mit Bürgermeisterin Daniela Harsch (SPD) die Amtsgeschäfte, wie die Stadt am Dienstag mitteilte. Gleichzeitig erklärte Palmer an die Bundes- und Landespartei seinen Austritt aus den Grünen, die er trotz aller Differenzen stets als seine politische Heimat bezeichnet hatte.

Boris Palmer ist dann erst mal weg Nach dem jüngsten Eklat tritt Tübingens Oberbürgermeister aus den Grünen aus. Späte Einsicht eines berufsmäßigen Provokateurs....

Damit geht das Kapitel Boris Palmer und die Grünen nach vielen Irrungen in 22 Jahren wohl endgültig zu Ende. Lange provozierte er seine Partei bis an die Schmerzgrenze und darüber hinaus. Mitten im Flüchtlingsommer 2015 entgegnete er im Gegensatz zu seiner Partei der Kanzlerin Wir schaffen es nicht und wollte damit auf die drohende Überlastung der Kommunen bei der Flüchtlingsbetreuung hinweisen. Er wehrte sich gegen Sprechverbote im Grünen-Milieu, die Umbenennung der Tübinger Universität und verteidigte Tierversuche. Dann wollte er Flüchtlingen fundamentale Menschenrechte absprechen, wenn es den Ermittlungen in einem Mordfall diene. Kurz vor dem Auftakt zu Bundes- und Landtagswahlen seiner Partei 2021 platzte er schließlich mit einem rassistisch intonierten Face-book-Tweet in den Landesparteitag der Partei.

2022 folgte darauf das Verfahren zum Parteiausschluss, den Rezzo Schlauch als sein Anwalt noch einmal abbiegen kann. Dabei hilft, dass Palmer inzwischen zum dritten Mal die Oberbürgermeisterwahl in absoluter Mehrheit gegen eine grüne Kandidatin gewonnen hatte. Das Enfant terrible ist da wohl auf dem Zenit seines persönlichen Erfolgs. Bundesgrüne, die Palmer sonst auch eher kritisch gegenüberstehen, staunen, dass er zusammen mit seiner Gegenkandidatin Ulrike Baumgärtner 70 Prozent der Tübinger dazu gebracht hat, für acht weitere Jahre grüne Politik zu wählen.

Spätestens dieser Erfolg zeigt, was Boris Palmer für seine Partei auch hätte sein können: eine kommunal- und klimapolitische Galionsfigur seiner Partei, von denen sie nicht so viele hat. Palmer schafft in seiner Stadt eine hohe Akzeptanz für eine sozialökologische Politik. Er vereint Wirtschaftswachstum und CO2-Reduktion, er machte in der Wohnraumfrage Ernst und drohte Besitzern leerstehender Wohnungen mit Enteignung. Und als Fridays for Future auf die Straße ging, nutzte er diesen Rückenwind, um dem Stadtrat ein einstimmiges Bekenntnis zum klimaneutralen Tübingen bis 2030 abzurufen. Das ist der Grund, warum die Tübinger Grünen selbst jetzt noch bereit sind, mit ihm an dieser realistischen Chance zu arbeiten, wie sie in einer Stellungnahme schreiben.

Großen Teilen der Öffentlichkeit wird Palmer aber nicht als erfolgreicher Klimapolitiker und Oberbürgermeister in Erinnerung bleiben, sondern als kalter Provokateur und Rechthaber. Zuletzt hatte er nach dem Mord an dem Geflüchteten Basiru Jallow noch während der Ermittlungen den Toten des Drogenhandels beschuldigt. Erst nach Gesprächen unter anderem auch mit Seelsorgern hatte er sich dafür entschuldigt. Es war nicht die erste ressentimentgeladene Wortmeldung mit ungünstigem Timing. Die SPD-Fraktion im Stadtrat weigerte sich daraufhin, weiter mit Palmer zusammenzuarbeiten.

Am Ende ist es ausgerechnet ein Nazivergleich, der offenbar auch Palmer selbst klargemacht hat, wie wenig er sich unter Kontrolle hat. Das Rassismus-Label als den neuen Judensterne zu bezeichnen hätte in fast jeder Partei für ein Parteiausschlussverfahren gereicht, das der Grüne Volker Beck dann am Wochenende auch erneut beantragt hatte.

Dabei müsste er es, anders als irgendwelche Querdenker-Wichtigtuere, aus eigener Anschauung besser wissen. Palmer schreibt selbst in seiner Erklärung vom Wochenende: Aus einer großen übermächtigen Gruppe als Nazi bezeichnet zu werden, hat tief in mir sitzende Erinnerungen wach gerufen. An die Gruppe Jugendlicher, dir mir als Junge Schläge androhten und riefen, man habe nur vergessen, meinen Vater zu vergasen.

Vater Helmut Palmer war das uneheliche Kind eines jüdischen Vaters, der vor den Nazis geflohen ist. Eigentlich Obstbauer, wurde er nach dem Krieg als Remstal-Rebell zum bundesweit bekannten politischen Original, der mit teils maßloser Polemik vermeintliche und tatsächliche Naziseilschaften in der Politik kritisierte. Für seine Beleidigungen war er mehrfach in Haft. Sein Sohn Boris hat öfter bekannt, wie sehr er darunter gelitten hat.

Es scheint, als hätte Boris Palmer jetzt erkannt, dass er diesem Weg des Vaters nicht weiter folgen darf. Er wolle sich professionelle Hilfe holen, schreibt er nach dem jüngsten Vorfall. Das zu tun und öffentlich zu bekennen, nötigt Beobachtern Respekt ab, auch den vieler seiner zahlreichen Gegner und wenigen verbliebenen Unterstützern. Respekt, den der Politiker Boris Palmer anderen gegenüber zu oft hat vermissen lassen.

Eines ist mir klar: So geht es nicht weiter

Boris Palmer ist dann erst mal weg Nach dem jüngsten Eklat tritt Tübingens Oberbürgermeister aus den Grünen aus. Späte Einsicht eines berufsmäßigen Provokateurs....

Load-Date: May 2, 2023

End of Document

Ein Toter bei Brand in Heim für Geflüchtete; Nach dem Feuer in der Unterkunft im thüringischen Apolda bleiben viele Fragen offen unter anderem nach der Brandursache. Derweil stehen die Rettungskräfte in der Kritik

taz, die tageszeitung

Dienstag 06. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 656 words

Byline: Sarah Ulrich

Highlight: Nach dem Feuer in der Unterkunft im thüringischen Apolda bleiben viele Fragen offen unter anderem nach der Brandursache. Derweil stehen die Rettungskräfte in der Kritik

Body

Von Sarah Ulrich

Es ist etwa fünf Uhr am Sonntagmorgen, als das Feuer ausbricht. Warum, das ist weiterhin ungeklärt. Aber der Brand hat schwerwiegende Folgen: Ein Mensch stirbt in den Flammen. Mutmaßlich, das muss die Obduktion erst noch eindeutig klären, ein neunjähriger Junge. Dieser wird seit dem Brand vermisst.

Einen Tag nach dem Brand in der Geflüchtetenunterkunft im thüringischen Apolda bleiben weiterhin Fragen offen. Was war die Ursache? Wer ist der Tote? Wann kamen die Einsatzkräfte? Und was passiert nun mit den Menschen, die erneut ihr Zuhause verloren haben?

Klären wollen diese Fragen nun Politiker*innen, Initiativen und die Staatsanwaltschaft Erfurt. Erst am Montag konnten die Brand-er-mitt-le-r*in-nen mit Spürhunden den grauen Plattenbau nach Hinweisen auf einen Sprengsatz durchsuchen. Wegen der durch den Brand entstandenen Hitze war das am Sonntag noch nicht möglich. Bis Redaktionsschluss gab es zu den Untersuchungen keine neuen Erkenntnisse. Hinweise auf Fremdverschulden gebe es bislang nicht, sagte ein Polizeisprecher am Montag. Es werde in alle Richtungen ermittelt. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Todesermittlungsverfahren ein.

Der Thüringer Innenminister Georg Maier (SPD) sagte der taz, es gebe zwar momentan keine Hinweise auf einen Anschlag, man werde jedoch alles dafür tun, die Ursache zu einhundert Prozent aufzuklären. Ein Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Apolda im Oktober 2022 ist nach aktuellen Erkenntnissen unwahrscheinlich.

Ein Toter bei Brand in Heim für Geflüchtete Nach dem Feuer in der Unterkunft im thüringischen Apolda bleiben viele Fragen offen unter anderem nach der Brandur....

Noch nicht abschließend geklärt ist außerdem, wer die Person ist, die bei dem Brand ums Leben gekommen ist. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass es sich um den vermissten 9-Jährigen aus der Ukraine handelt. Abschließend klären muss das aber die gerichtsmedizinische Untersuchung, die für den Dienstagvormittag geplant ist. Der Junge war mit seiner Familie aus der Ukraine nach Apolda gekommen, sie sind Rom*nja. Nach taz-Informationen wird die Mutter des Jungen derzeit im Krankenhaus versorgt, die restliche Familie wurde in Apolda untergebracht. Andere Geflüchtete, die zuvor in der Unterkunft gelebt hatten, wurden in eine Notunterkunftshalle im nahegelegenen Hermsdorf gebracht.

Kritik regte sich derweil am Einsatz der Feuerwehr. Demnach soll es bis zu dreißig Minuten gedauert haben, bis die Rettungskräfte eingetroffen seien. Ein Sprecher der Feuerwehr Apolda dementierte die Vorwürfe gegenüber der taz. So sei bereits nach acht Minuten der erste Einsatzwagen eingetroffen, der die Sicherheitslage hochgestuft habe, woraufhin fünf Minuten später der Löschzug eingetroffen sein soll.

Initiativen wie die Seebrücke Erfurt kritisieren dennoch, dass die Geflüchteten nach Nationalitäten getrennt evakuiert und versorgt worden seien. Dabei seien ukrainische und russische Geflüchtete priorisiert worden. Auch die Versorgung mit Wasser und Essen sei mangelhaft gewesen. Anders schätzte Migrationsministerin Doreen Denstädt von den Grünen die Lage am Sonntag ein. Sie lobte die Arbeit der Einsatzkräfte und sprach von einem reibungslosen und für die Betroffenen nicht zusätzlich belastenden Ablauf. Ob es hier tatsächlich zu Fehlern kam, sollen die Ermittlungen klären.

Ebenfalls unklar ist derzeit noch, wo die Betroffenen in Zukunft leben sollen. Sultana Sediqi, eine Aktivistin, die die Geflüchteten unterstützt, kritisierte die Massenunterkünfte als Gefahrenquelle. Es kann keine erneute Lösung sein, Menschen in Lagern unterzubringen und sie damit erneut zur Angriffsfläche zu machen, so Sediqi. Auch Katharina König-Preuss, die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraction im Thüringer Landtag, wandte ein, dass die Halle in Hermsdorf für eine längere Unterbringung nicht geeignet sei. Für die Klärung der weiteren Unterbringung sieht sie die Kommunen in der Verantwortung. Aber sie gehe davon aus, dass das Land die Kommune dabei unterstützen wird.

Es ist keine Lösung, die Menschen erneut in Lagern unterzubringen

Load-Date: June 5, 2023

Die Zähmung des Löwen dauert noch; Die neue Dekoloniale-Ausstellung Solidarisiert Euch! erzählt von antikolonialen Aktivist*innen und Netzwerken im Berlin der Weimarer Zeit und ihren Wirkungen ins Heute

taz, die tageszeitung

Donnerstag 14. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 967 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: Die neue Dekoloniale-Ausstellung Solidarisiert Euch! erzählt von antikolonialen Ak-ti-vis-t*in-nen und Netzwerken im Berlin der Weimarer Zeit und ihren Wirkungen ins Heute

Body

Von Susanne Memarnia

Dass das bürgerliche Charlottenburg einst Hotspot antikolonialer Bewegungen und Ak-ti-vis-t*in-nen aus aller Welt war, wird heute kaum jemand vermuten. Und doch war es so: Im ersten chinesischen Restaurant der Stadt, dem Tientsin in der Kantstraße 130b, trafen sich etwa viele chinesische Student*innen, die nach der Rückgabe der deutschen Kolonien in China nach Berlin kamen. Auch das Humboldt Haus in der Fasanenstraße 23, heute Literaturhaus, war ab 1927 als Sitz chinesischer und arabischer Studierendenvereine Treffpunkt von Migrant*innen. Die Liga gegen koloniale Unterdrückung wiederum hatte ihre Adresse in der Bambergerstraße unweit des KaDeWe.

Überhaupt war Berlin nach dem Ersten Weltkrieg ein beliebter Anlaufpunkt für Menschen aus den gerade verlorenen Kolonien des untergegangenen Kaiserreichs sowie den Kolonien anderer europäischer Länder. Warum dies so war und wie daraus Netzwerke entstanden, die von hier aus den antikolonialen Kampf in die Welt trugen und Spuren bis zur berühmten Bandung-Konferenz 1955 und weiter hinterließen, erzählt die neue Ausstellung Dekolonisiert Euch! Schwarzer Widerstand und globaler Antikolonialismus in Berlin, 1919 1933, die an diesem Donnerstagabend im Bezirksmuseum Charlottenburg eröffnet.

Die Ausstellung, die einen Raum der weitläufigen Villa Oppenheim nahe dem Schloss Charlottenburg bespielt, ist nach einer in Treptow-Köpenick und einer in Friedrichshain-Kreuzberg die dritte Kooperation des vom Senat geförderten Projekts Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt. Der Titel Solidarisiert Euch verweist auf das, was die Prot-ago-nis-t*in-nen angestrebt haben, untereinander und mit ihren weißen Alliierten, erklärt Bebero Lehmann, eine der beiden Kuratorinnen, bei der Pressevorbesichtigung am Mittwoch. Gleichzeitig sei dieser Titel aber auch als Aufruf an die Stadtgesellschaft zu verstehen. Das antikoloniale Berlin, erklärt die zweite Kuratorin, Laura Frey, war eigensinnig, revolutionär, flüchtig. Das ist die These der Ausstellung: Berlin sei wegen der

Die Zähmung des Löwen dauert noch Die neue Dekoloniale-Ausstellung Solidarisiert Euch! erzählt von antikolonialen Aktivist*innen und Netzwerken im Berlin der

Universitäten attraktiv gewesen für Menschen aus aller Welt, aber auch wegen seiner günstigen Lebensbedingungen und weil es Raum bot für antikoloniale Aktivitäten, die hier weniger verfolgt wurden als in den anderen Kolonialländern. Anhand von Fotos und Dokumenten aus der Zeit sowie kurzen Texttafeln Stellwände und weitere Materialien wurden aus der Ausstellung in Friedrichshain-Kreuzberg entnommen und wiederverwendet geben die Ausstellungen zunächst einen Überblick über die Akteure in der Stadt und ihre Kämpfe.

Diese richteten sich nicht nur auf die Unabhängigkeit ihrer Länder, sondern auch gegen den Rassismus hier. Beispielhaft für Proteste gegen kolonial-rassistische Inszenierungen in Filmen, die in Berliner Kinos gezeigt wurden, wird etwa die Geschichte vom US-Dokumentarfilm *Afrika spricht* von 1930 erzählt. Darin wird ein Mann vor einen Löwen getrieben und von diesem getötet. Erst nach wiederholten Protesten von Schwarzen Aktivist*innen wurde der Film vom Spielplan genommen.

Im zweiten Teil der Ausstellung geht es um Momente der Solidarität, in denen die verschiedenen Gruppen der Stadt, die durchaus eigene Ziele verfolgten, zeitweise zusammenkamen. Großen Anteil daran hatten Willi Münzenberg und die Kommunistische Internationale. Münzenberg, kommunistischer Reichstagsabgeordneter und Verleger, organisierte im Februar 1926 ein Treffen im Rathauskeller, wo verschiedene migrantische und kommunistische Initiativen die Liga gegen koloniale Unterdrückung gründeten, den wohl weltweit ersten internationalen Verband gegen Kolonialismus weltweit, so der Ausstellungstext. Die Liga organisierte einen Kongress in Brüssel, wo erstmals Freiheitskämpfer aus fünf Kontinenten zusammenkamen, darunter die späteren Staatsgründer Sukarno, Nehru, Senghor (Indonesien, Indien, Senegal).

Doch schon Anfang der 1930er Jahre bröckelten die Netzwerke. Frey: Die kommunistische Organisation war ein Möglichkeitsraum, aber mit der Stalinisierung der Komintern wird alles brüchig. 1933, mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, wurde die antikoloniale Bewegung zerschlagen. Erzählt wird etwa das Schicksal der Aktivistin Hu Lanqi, die wegen des chinesischen Bürgerkriegs 1930 nach Berlin floh, in der KPD aktiv war und 1933 von den Nazis verhaftet wurde. Ihre Erfahrungen beschrieb sie in ihrem Buch *In einem deutschen Frauengefängnis*.

Wie diese Geschichten ins Heute wirken, ist Thema einer zweiten Ausstellung namens *Agitp(r)op*, die am Freitagabend im Pavillon auf der Mittelinsel des Ernst-Reuter-Platzes eröffnet. Dort zeigen die diesjährigen drei Künstler des Artists-in-Residence-Programms der Dekoloniale die Ergebnisse ihrer Auseinandersetzung mit der antikolonialen Bewegung von Weimar bis heute. Jere Ikongio aus Nigeria greift etwa die Geschichte des Films *Afrika spricht* auf. Auf einer lebensgroßen Manga-Zeichnung geht eine selbstbewusste Frau neben einem Löwen auf den Betrachter zu, auf die Zeichnung ist zusätzlich ein animierter Film projiziert, in dem ein Löwe mit einem Menschen spielt.

Der Kommentar des nigerianischen Künstlers: In einer idealen Welt wäre es vielleicht wirklich so.

Dekoloniale Festival 2023

Am Donnerstag um 18.30 Uhr beginnt das diesjährige Festival mit der Eröffnung der Ausstellung *Solidarisiert Euch!*. Die Ausstellung läuft bis 17. März 2024, der Eintritt ist frei.

Am Freitag um 17.30 Uhr wird die Ausstellung *Agitp(r)op* im Pavillon auf der Mittelinsel des Ernst-Reuter-Platzes eröffnet. Um 19.30 Uhr ist die Europapremiere der ersten Oper Namibias, *Chief Hijangua*, im Haus des Rundfunks. Tickets: rsb-online.de.

Am Samstag ab 9.30 Uhr gibt es eine Stadtführung mit den HistorikerInnen der Ausstellung. Alle Infos unter dekoloniale.de. (sum)

Load-Date: September 13, 2023

Die Zähmung des Löwen dauert noch Die neue Dekoloniale-Ausstellung Solidarisiert Euch! erzählt von antikolonialen Aktivist*innen und Netzwerken im Berlin der

End of Document

Realistischer Rassismus; Italiens Rechtsaußenregierung unter Giorgia Meloni will von ihrer fremdenfeindlichen Rhetorik nicht lassen. Doch eine immer älter werdende Bevölkerung und miese Arbeitsbedingungen schaffen Fakten massive Zuwanderung lautet nun die Devise

taz, die tageszeitung

Dienstag 11. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 706 words

Byline: Michael Braun

Highlight: Italiens Rechtsaußenregierung unter Giorgia Meloni will von ihrer fremdenfeindlichen Rhetorik nicht lassen. Doch eine immer älter werdende Bevölkerung und miese Arbeitsbedingungen

Body

talkshow

Aus Rom Michael Braun

Was ist bloß in Giorgia Meloni gefahren? Jahrelang wollte die harte Rechtsauslegerin der **Migration** Richtung Italien den Riegel verschieben, propagierte sie *Prima gli italiani!*, Italiener zuerst! Nicht zuletzt mit dieser Stimmungsmache gewann sie im September 2022 die Parlamentswahlen.

Doch jetzt macht ausgerechnet die von ihr angeführte Rechtsaußenregierung das Tor für Mi-gran-t*in-nen ziemlich weit auf. Letzte Woche beschloss das Kabinett, in den Jahren 2023/24 sollten insgesamt 452.000 Menschen aus dem Ausland eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in Italien erhalten. Mehr Aus-län-de-r*in-nen als unter allen Vorgängerregierungen der letzten Jahre sollen ins Land, und mehr Berufsgruppen haben die Chance auf die Eintrittskarte für Italien: nicht nur die bisher immer präsenten Ern-te-ar-bei-te-r*in-nen und die in der Tourismusbranche Beschäftigten, sondern auch Busfahrer*innen, Klempner und Elektriker*innen, Fischer und in der häuslichen Pflege Tätige.

Noch vor wenigen Wochen tönte der Meloni-Minister Francesco Lollobrigida, Italien müsse sich gegen die Massenmigration verteidigen, weil sonst der ethnische Austausch drohe und jetzt organisiert die Regierung selbst einen Teil der Massenmigration.

Der Grund ist simpel: Es geht schlicht nicht anders. Vorneweg der Unternehmerverband Confindustria hatte im März der Regierung zugerufen, es gebe einen großen und kontinuierlichen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften. Diesen Bedarf kann das rasant alternde Italien aus sich selbst heraus nicht abdecken. Allein in den

Realistischer Rassismus Italiens Rechtsaußenregierung unter Giorgia Meloni will von ihrer fremdenfeindlichen Rhetorik nicht lassen. Doch eine immer älter werden....

letzten fünf Jahren verlor das Land eine Million Einwohner, im letzten Jahr kamen erstmals weniger als 400.000 Kinder zur Welt, während gut 700.000 Menschen starben. Das Durchschnittsalter im Land liegt mittlerweile bei über 46 Jahren, gut 25 Prozent der Bevölkerung sind über 65. Und die Geburtenrate liegt statistisch bei 1,25 Kinder pro Frau, Tendenz weiter fallend

Meloni und ihre postfaschistische Partei Fratelli d Italia (FdI Brüder Italiens) wissen dagegen ein probates Mittel: Man müsste bloß die heimische Geburtsfreudigkeit wieder ankurbeln, nicht wahr? In den Worten der Ministerin für Familie, Gleichstellung und Geburten , Eugenia Roccella: Man kann die Vitalität, die durch das Zeugen von Kindern entsteht, nicht an Drittländer delegieren.

Dumm nur, dass selbst die entschlossenste Geburtenpolitik selbst dann, wenn sie sofort griffe, erst in rund 20 Jahren Resultate für den Arbeitsmarkt zeitigen würde. Monatelang hatte die Meloni-Regierung sich und dem Land eingeredet, es gebe schon jetzt ein nicht abgeschöpftes Reservoir heimischer Arbeitskräfte. Immerhin meldet das Statistikinstitut Istat, 1,7 Millionen junger Leute zwischen 15 und 29 Jahren seien als sogenannte Neet (Neither in Employment, Education or Training) schlicht untätig. Und Meloni dachte, sie müsse nur die allgemeine Grundsicherung abschaffen, um das faule Pack vom Sofa aufzuscheuchen. Jetzt ist die Grundsicherung gekippt, doch immer noch bilden sich keine Schlangen Arbeitssuchender vor den Hotels und Restaurants, die dringend Personal brauchen; sei es deswegen, weil Arbeitsbedingungen und Löhne absolut unattraktiv sind, sei es weil die Neets mangels auch elementarer Qualifikation nicht vermittelbar sind.

Jetzt müssen es also auch für Italiens radikale Rechte die Mi-gran-t*in-nen richten. Weiterhin aber jammert die Regierung, schon die 70.000 in der ersten Jahreshälfte 2023 angekommenen, weiterhin illegalisierten und abgewehrten Flüchtlinge seien zu viele . Ökonomisch werden Zu-wan-de-r*in-nen gebraucht doch sie werden in ein Land kommen, das sie eigentlich nicht will. Kulturell nämlich hat Melonis FdI, hat auch ihr Koalitionspartner, Matteo Salvinis fremdenfeindliche Lega, seit Jahren bis hin zum Gerede vom ethnischen Austausch oder davon, den Europäern drohe das gleiche Schicksal wie den heute in Reservaten lebenden indigenen Völkern in den USA alles dafür getan, Mi-gran-t*in-nen für unerwünscht zu erklären. Jetzt plötzlich sollen sie kommen, als Arbeitskräfte doch als Menschen will man auch die nun Angeworbenen weiterhin nicht willkommen heißen.

Mehr Mi-gran-t*in-nen als unter allen Vorgängerregierungen der letzten Jahre sollen jetzt ins Land

Load-Date: July 10, 2023

Linkspartei setzt Messlatte für Europa-Programm; Bei der Europawahl will die Linkspartei mit sozialen Forderungen, Klima und linker Asylpolitik punkten. Über Wagenknecht möchten die Vorsitzenden nicht spekulieren

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 651 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: Bei der Europawahl will die Linkspartei mit sozialen Forderungen, Klima und linker Asylpolitik punkten. Über Wagenknecht möchten die Vorsitzenden nicht spekulieren

Body

Von Daniel Bax

Am Ende der Pressekonferenz kamen die beiden Vorsitzenden unvermeidlich auf ihre prominente Noch-Parteifreundin Sahra Wagenknecht zu sprechen. Würde es den Wahlkampf zur Europawahl der Linkspartei überschatten, wenn Wagenknecht mit einer eigenen Liste antritt und ihrer bisherigen Partei damit Konkurrenz macht? Auf die Frage antwortete Linken-Parteichef Martin Schirdewan schwammig. Man wolle sich nicht an Spekulationen beteiligen. Wir reden über ein Phänomen ohne Programm. Seine Mit-Vorsitzende Janine Wissler sekundierte: Über eine Partei zu spekulieren, die es nicht gebe und von der man nicht wisse, wofür sie stehe, sei nicht sinnvoll. Unsere Aufgabe ist es, unseren Job zu machen.

Zuvor hatten die beiden Linken-Vorsitzenden über eine halbe Stunde lang ausführlich das Programm ihrer Partei zur Europawahl referiert, dazu wurden mehrere dicht beschriebene Folien eingeblendet. Dieses Programm habe der Vorstand einstimmig angenommen und verabschiedet, betonte Schirdewan stolz. Die Zeit der Streitereien in der Linkspartei sei vorbei, so lautete die Botschaft.

Mehr als 80 Seiten umfasst der Programm-Entwurf in gedruckter Form, die Broschüre wurde nach der Pressekonferenz ausgegeben. Das ganze liest sich wie ein Best-of aller linken Vorschläge für ein besseres Europa, ein bisschen auch wie ein Wunsch dir was. Das Programm enthält Forderungen nach einem europäischen Mindesteinkommen, einer Vier-Tage-Woche, einer kostenlosen Grundsicherung und einem Ausbau des Schienennetzes samt kostenlosen Bussen und Bahnen. Wir wollen Europa zum Kontinent der Eisenbahn machen, sagte Janine Wissler. Die Vision einer United Railways for Europe sei eine meiner persönlichen Lieblingsforderungen, sagte sie.

Linkspartei setzt Messlatte für Europa-Programm Bei der Europawahl will die Linkspartei mit sozialen Forderungen, Klima und linker Asylpolitik punkten. Über Wag....

Mehr öffentliche Ausgaben und massive Investitionen , weniger Auflagen durch Schuldenbremsen will die Linkspartei, denn Schuldenbremsen sind Zukunftsbremsen , so Wissler. Konzerne wolle man stärker besteuern, die Rechte der Arbeit-neh-me-r:in-nen stärken. Sozial gestaffelte Energiepreise gemeinnütziger Versorger sollten Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Ein Kommunalisierungsfonds soll helfen, öffentliches Eigentum zurückzukaufen.

Außerdem im Programm: keine Waffen in Krisengebiete liefern und Doppelstandards in den internationalen Beziehungen überwinden. Ziel sei ein geeintes Europa, das sich an Abrüstung und Verhandlungen orientiert und strategisch unabhängig ist , erklärt Schirdewan. Das Programm sei ein Angebot an alle, die sich ein friedliches, soziales und gerechtes Europa wünschen . Unser Ziel ist das gute Leben für alle in der Europäischen Union. Im November soll das Programm bei einem Europa-Parteitag der Linken in Augsburg beschlossen werden. Dort werden dann auch die Kan-di-da-t:in-nen offiziell gekürt.

Stolz zeigte sich Wissler darüber, zwei parteilose Kan-di-da-t:in-nen auf der Liste zu haben: die Seenotretterin Carola Rackete und den Sozialmediziner Gerhard Trabert, bekannt als Arzt der Armen . Zusammen mit Martin Schirdewan, der im Osten verankert sei, als Spitzenkandidaten und der Gewerkschafterin Özdem Demirel repräsentiere diese Liste die Vielfalt der Linken .

Und: Alle vier agieren auf der Grundlage unseres Programms , betonte Wissler. Dieser Satz soll wohl als kleiner Seitenhieb auf Wagenknecht und deren Freunde gelten, bei denen das bekanntlich nicht immer der Fall gewesen war.

Gerade in der Flüchtlingspolitik setzt sich das Programm sehr deutlich von Wagenknecht ab. Wir stehen für eine solidarische Flüchtlingspolitik , sagte Schirdewan. Die Linke sei ein Bollwerk gegen rechts . Wagenknecht hatte dagegen in der Bild-Zeitung geklagt, wer Zuwanderung steuern und begrenzen wolle, werde als Nazi abgestempelt . Mit einer neuen Partei will sie ausdrücklich auch bisherigen Wäh-le-r:in-nen der AfD eine politische Heimat bieten, erklärte sie dort.

Wir wollen Europa zum Kontinent der Eisenbahn machen

Load-Date: September 11, 2023

Gestern in LMd, heute in den Nachrichten; Zerstörung in Dschenin Zwei Tage

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 2

Length: 395 words

Body

Zerstörung in Dschenin

Zwei Tage lang hat das israelische Militär Anfang Juli das dicht besiedelte **Flüchtlingscamp** von Dschenin aus der Luft und mit Bodentruppen attackiert. Mindestens zwölf Palästinenser und ein israelischer Soldat wurden getötet. Über 100 Menschen wurden verletzt, tausende Ein-woh-ne-r:in-nen verließen das Lager und suchten in anderen Stadtvierteln und umliegenden Dörfern Zuflucht. Vielerorts wurden Wasser- und Stromleitungen zerstört, Häuser und Geschäfte verwüstet. UN-Generalsekretär António Guterres sprach von der schlimmsten Gewalttätigkeit im Westjordanland seit vielen Jahren. Möglich, dass Guterres sich an die Besetzung des **Flüchtlingslagers** während der zweiten Intifada erinnert fühlte. Im LMd-Artikel Unter den Ruinen von Dschenin beschrieb Amnon Kapeliouk im Mai 2002 ein ähnliches Bild des Grauens.

Eritreer in Gießen

Fast 80 000 Mi-gran-t:in-nen aus Eritrea leben in Deutschland. Doch die Diaspora ist gespalten. Während die einen Eritreas Herrscher Isayas Afewerki dafür bewundern, dass er vor 30 Jahren die Unabhängigkeit von Äthiopien erkämpfte, flohen die anderen vor dessen brutalem Militärstaat. Alex de Waal hat Das System Eritrea im November 2015 in LMd beschrieben. Laut Afewerkis Opfern ist das sogenannte Eritrea-Festival, das der Zentralrat der Eritreer seit 2011 in Gießen organisiert, ein Propagandafest. Die Diaspora-Organisation United4Eritrea wirft den Veranstaltern vor, Spenden für das Regime zu sammeln. Nachdem es bereits im letzten Jahr zu schweren Ausschreitungen gekommen war, hatte die Stadt vergeblich versucht, das Festival zu verbieten. Am Samstag, den 7. Juli, eskalierte die Gewalt erneut.

Niederlande vor Neuwahlen

Ministerpräsident Mark Rutte hat das Scheitern seiner Regierung erklärt. Der Chef der konservativen VVD konnte sich mit seinen Koalitionspartnern nicht auf einen Kompromiss in der Asylpolitik einigen, bei der es vor allem um die Familienzusammenführung ging. Damit wird es im kommenden November zu Neuwahlen kommen. Bis dahin wird sich Rutte wahrscheinlich mit einer härteren Abschottungspolitik profilieren, um der rechtspopulistischen BauerBürgerBewegung das Wasser abzugraben. Dass deren Vorsitzende Caroline van der Plas sich zur

Gestern in LMd, heute in den Nachrichten Zerstörung in Dschenin Zwei Tage

ernsthaften Konkurrentin für Rutte entwickeln könnte, zeigt Tobias Müller in seinem Bericht Unter umgedrehter Flagge , der im Mai 2023 in LMd erschien.

Load-Date: July 13, 2023

End of Document

Träumen auf Koreanisch; Das versäumte Leben meistern: Celine Songs Spielfilmdebüt *Past Lives* erzählt mit genau gezeichneten Figuren eine Migrationsgeschichte

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 15

Length: 1234 words

Byline: Tobias Obermeier

Highlight: Das versäumte Leben meistern: Celine Songs Spielfilmdebüt *Past Lives* erzählt mit genau gezeichneten Figuren eine **Migrationsgeschichte**

Body

Von Tobias Obermeier

Die Geschichte beginnt mit neugierigen Blicken und einer Frage. Im schummrigen Licht einer mondänen Bar im New Yorker Stadtteil East Village sitzen drei Menschen am Tresen. Zwei von ihnen, ein Mann und eine Frau, beide mit ostasiatischem Hintergrund, unterhalten sich intensiv, während der Dritte, ein weißer Mann, daneben sitzt und schweigend in sein Glas schaut. Die Kamera beobachtet das Trio distanziert von einem der Tische gegenüber. Aus dem Off sind zwei Stimmen zu hören. Sie rätseln, wie die drei Personen wohl zueinander stehen. Sind die beiden asiatisch gelesenen Personen ein Paar oder doch Geschwister? Oder ist vielleicht der andere Mann mit der Frau zusammen?

Ein Rätsel, das erst im Lauf des Films beantwortet wird. Die Anfangsszene von Celine Songs beeindruckendem, semiautobiografischen Debütfilm *Past Lives* ist eigentlich Teil des Endes. Als Ausgangspunkt ihrer Geschichte hat die Regisseurin nach eigenem Bekunden eine Szene aus ihrem Leben genommen. Vor fünf Jahren sei sie selbst in einer Bar in East Village zwischen ihrem US-amerikanischen Ehemann und ihrer Kindheitsliebe aus Südkorea gesessen. Sie habe dabei gespürt, wie die Leute sie beobachteten und grübelten, wie die drei wohl zusammengehören.

Als Song zwölf Jahre alt war, zog ihre Familie von Südkorea nach Kanada. Anfang zwanzig ging sie für ihr Theaterstudium nach New York. Dort lernte sie ihren Partner, den Autor Justin Kuritzkes, kennen. Wo in den Details die eigene Biografie aufhört und die Fiktion beginnt, sei dahingestellt. Die wahre Geschichte sei jedenfalls weniger romantisch gewesen als der Film, erzählte Song in einem Interview. *Past Lives* darf durchaus mit dem Label Romanze versehen werden.

Träumen auf Koreanisch Das versäumte Leben meistern: Celine Songs Spielfilmdebüt *Past Lives* erzählt mit genau gezeichneten Figuren eine Migrationsgeschichte

Doch der Film ist weit mehr als das. Im Grunde ist er eine bedachte und unaufgeregte Reflexion darüber, wie eigene Lebensentscheidungen und äußere Umstände die Liebe zwischen zwei Menschen ermöglichen oder auch verhindern. Geradezu beiläufig ergründet der Film auch die innere Zerrissenheit, die Menschen mit Migrations-erfahrung oft in sich tragen.

Celine Songs Biografie ist die Geschichte einer asiatischen Einwandererfamilie, wie sie derzeit häufiger im US-amerikanischen Kino zu sehen ist. Vor allem das Produktionsstudio A24, das für seine originellen Independent-Filme bekannt ist und auch hinter *Past Lives* steckt, feierte mit Filmen wie *The Farewell*, *Minari* oder auch dem diesjährigen Oscar-Abräumer *Everything Everywhere All at Once* große Erfolge. So unterschiedlich die Filme auch sein mögen, im Zentrum stehen immer Fragen nach der eigenen Identität als Asian Americans oder kulturelle Konflikte zwischen den Eltern und ihren in den USA geborenen Kindern.

Past Lives erzählt in drei Kapiteln und im Abstand von jeweils zwölf Jahren die Geschichte von Na Young und Hae Sung. Beide wachsen als unzertrennliche Schul-freun-d:in-nen in Seoul auf. Auch wenn sie mit zwölf Jahren so etwas wie romantische Liebe noch nicht kennen, spüren sie eine tiefe Verbundenheit zueinander. Doch sie werden jäh auseinandergerissen, als Na Young mit ihrer Familie nach Kanada auswandert.

Zwölf Jahre später lebt Na Young (Greta Lee) als Dramatikerin in New York. Ihren koreanischen Namen hat sie inzwischen gegen den westlichen Nora eingetauscht. Auf Facebook entdeckt sie zufällig, dass Hae Sung (Teo Yoo) auf der Suche nach ihr ist. Er konnte sie wegen ihres neuen Namens nicht finden. Als sie sich in einem Videocall wiedersehen, ist die alte Verbundenheit schnell wieder da. Ich habe dich vermisst. Das ergibt keinen Sinn, versucht Hae Sung sein Gefühls-chaos zu sortieren.

Trotz Zeitverschiebung werden ihre langen, intensiven Gespräche fester Bestandteil des Alltags. Eines Tages bricht Nora den Kontakt abrupt ab. Sie möchte sich auf ihr Leben in New York konzentrieren, anstatt sich mit dem über 10.000 Kilometer entfernten Hae Sung in Träumereien zu verlieren. Weitere zwölf Jahre vergehen, bis Hae Sung immer noch angetrieben von einer diffusen Sehnsucht, die mittlerweile verheiratete Nora in New York besucht und es zu jener Szene in der Bar kommt.

Celine Song, die auch das Drehbuch schrieb, hätte sich auf ausgetretene Romantikpfade begeben können, indem ihre Hauptfigur aus einer festgefahrenen Ehe ausbricht und sich auf ein Abenteuer mit dem einstigen Schulfreund einlässt. Sie entzieht sich jedoch geschickt diesem Klischee. Nora ist glücklich verheiratet, möchte dennoch ihre seltsame Verbundenheit mit Hae Sung verstehen. Einmal fragt ihr Partner Arthur (John Magaro), ob sie sich immer noch von ihm angezogen fühle. Ich glaube nicht, antwortet sie. Aber er war in meinem Kopf so lange dieses Kind. Ich glaube ich vermisse einfach Seoul.

Als sie Jahre zuvor in einer Artist Residency in Montauk Arthur kennenlernt und sich in ihn verliebt, erzählt sie vom In-Yun, dem koreanischen Begriff für Schicksal, demzufolge zwei Menschen, die sich über den Weg laufen, Seelenverwandte aus vergangenen Leben seien. Das würden aber Koreaner nur erzählen, um jemanden zu verführen. Auch Nora und Hae Sung könnten Seelenverwandte aus früheren Leben sein. Einzig ihre Lebensumstände verhinderten mehr. Denn was wäre, wenn Nora in Südkorea geblieben wäre, fragt Hae Sung sie in New York: Hätte ich nach dir gesucht? Hätten wir ein Date gehabt? Uns getrennt? Geheiratet? Hätten wir Kinder bekommen? Fragen, auf die beide keine Antwort wissen.

Past Lives ist ein Film ohne Ecken und Kanten. Auch wenn sich der Film vor Kitsch bewahrt und nie in Rühseligkeit abrutscht, wirkt die Konstellation doch zu abgegriffen. Hier das erfolgreiche Autorenpaar in ihrer New Yorker Stadtwohnung, dort der adrette Bauingenieur aus Seoul, der aus einer Sehnsucht heraus schnell für ein paar Tage in die USA fliegt.

Die Geschichte mag auf dem Leben der Regisseurin basieren, dennoch fragt man sich auch hier, wo im Kino die Liebesgeschichten derjenigen erzählt werden, die kein Geld für teure Restaurants und schicke Hotels haben. Über die werden in der Regel andere Geschichten erzählt. Dass der Film trotzdem so gut funktioniert, liegt vor allem an der grandiosen Figurenzeichnung und den tief sinnigen und ebenso aufrichtigen Dialogen.

Träumen auf Koreanisch Das versäumte Leben meistern: Celine Songs Spielfilmdebüt Past Lives erzählt mit genau gezeichneten Figuren eine Migrationsgeschichte

So ist sich Arthur der für eine Romanze perfekten Dreieckskonstellation durchaus bewusst: Was für eine gute Geschichte das ist. Eine Jugendliebe, die sich 20 Jahre später wiederfindet und erkennt, dass sie füreinander bestimmt sind. In der Geschichte wäre ich der böse weiße amerikanische Ehemann, der sich dem Schicksal in den Weg stellt. Auch verspürt er keinerlei Eifersucht, als Hae Sung zu Besuch ist. Vielmehr begegnet er der Verbundenheit zwischen seiner Frau und Hae Sung mit sanftem Verständnis. Du träumst nur auf Koreanisch. Du träumst in einer Sprache, die ich nicht verstehe, offenbart er Nora einmal wohlwissend, dass es einen Bereich in ihr gibt, zu dem er keinen Zugang hat.

Nora stellt sich den eigenen Fragen über ihr (versäumtes) Leben bis zum Schluss mit aufrechter Standhaftigkeit. Nur am Ende, als sie sich von Hae Sung nach ihrem Wiedersehen verabschiedet, eine der traurigsten und zugleich schönsten Szenen des ganzen Films, brechen sich ihre Gefühle Bahn. Es ist die zwischen Glück und Unglück gleichermaßen mäandernde Gewissheit darüber, dass sich in ihr die Wege einer verpassten und erfüllten Liebe gleichermaßen kreuzen.

Past Lives In einem anderen Leben . Regie: Celine Song. Mit Greta Lee, Teo Yoo u. a. USA 2023, 106 Min.

Load-Date: August 16, 2023

End of Document

Wenn ich fliehe, nehme ich nicht mein Diplom mit ; Familienministerin Lisa Paus (Grüne) will geflüchtete Erzieher_innen besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Wie das gelingen kann, weiß Delal Atmaca von DaMigra

taz, die tageszeitung

Donnerstag 22. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 825 words

Byline: Nicole Opitz

Highlight: Familienministerin Lisa Paus (Grüne) will **geflüchtete** Erzieher_innen besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Wie das gelingen kann, weiß Delal Atmaca von DaMigra

Body

Interview Nicole Opitz

taz: Frau Atmaca, die Bundesfamilienministerin Lisa Paus will **geflüchtete** Erzieher_innen besser in den Arbeitsmarkt bringen. Wie schätzen Sie diese Nachricht ein?

Delal Atmaca: Es ist tatsächlich positiv, was die Anerkennung von Berufen angeht. Aber die selektive Anerkennung von ausländischen Berufsausschlüssen ist schade. Und die Fachverbände fragen sich natürlich: Warum erst jetzt? Es wird seit Jahren gefordert, seit Jahren brennt es schon. Dazu kam die Bertelsmann Stiftung letztes Jahr.

Sie meinen die Studie, die berechnet hat, dass bundesweit etwa 384.000 Kitaplätze und etwa 100.000 Erzieher_innen fehlen.

Genau. Fachkräftemangel in Erziehungseinrichtungen besteht auch, weil diese Berufe nicht attraktiv sind. Mitarbeitende sind überarbeitet, werden schlecht bezahlt, Ressourcen fehlen. Das ist oft so in Berufen, die feminisiert sind. Viele Geflüchtete, die bereits als Erzieher_innen gearbeitet haben, würden natürlich gerne arbeiten. Aber es hat einen bitteren Beigeschmack, wenn unter dem Deckmantel von Integration und Systemrelevanz Zugänge geschaffen werden, die weiterhin stereotype Geschlechterrollen zementieren und Betroffene immer noch an Hürden scheitern.

Haben Sie ein Beispiel?

Das fängt dabei an, dass man immer einen Arbeitsnachweis braucht. Wenn ich aus der Ukraine fliehe, nehme ich vielleicht meinen Personalausweis mit, aber doch nicht meinen Berufsnachweis. Oder mein Diplom oder mein Abiturzeugnis. Das ist eine Hürde von vielen. Oder dass neu zugewanderte oder geflüchtete Frauen ihre Rechte oft nicht kennen, heißt, Arbeitsagenturen müssen Informationen mehrsprachig und zugänglich zur Verfügung stellen.

Wenn ich fliehe, nehme ich nicht mein Diplom mit Familienministerin Lisa Paus (Grüne) will geflüchtete Erzieher_innen besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Wi....

Gibt es da geschlechtsspezifische Unterschiede?

Klar. Geflüchtete Frauen haben oft keinen Zugang zu Sprachkursen, aber verlangt werden Sprachkenntnisse. Sie finden keine Kitaplätze. Auch bei ihnen ist das Patriarchat nicht abgebaut, die stereotype Rollenverteilung ist auch nicht anders als in Deutschland: Es wird verlangt, dass die Frau sich um die Kinder kümmert. Aber wenn sie in einen Sprachkurs gehen würden, hätten sie auch mehr Möglichkeiten.

Quasi ein Teufelskreis. Auf welchem Niveau sollten Erzieher_innen ihrer Meinung denn Deutsch sprechen ging es im Zweifel auch ohne Sprachkenntnisse?

Es ist sehr wichtig, dass sie Deutsch können, für das gemeinsame Miteinander und die Verständigung. Aber es kommt auch immer darauf an: Gibt es schon fünf Erzieher_innen in der Kita, deren Muttersprache Deutsch ist? Dann können sie es auffangen, dass zwei geflüchtete Erzieher_innen noch nicht gut Deutsch können. Sie lernen dann im Alltag. Und es kommt auch darauf an, was das für eine Kita ist.

Inwiefern?

Wenn es eine Sprachkita ist, in der die Kinder türkisch-deutsch erzogen werden, macht es vielleicht weniger aus als anderswo. Aber alles ist Kontext. Zum Beispiel fehlen prozentual gesehen die meisten Erzieher_innen in Mecklenburg-Vorpommern. Da stellt sich die Frage: Wollen Geflüchtete in ländliche Regionen, in denen normalisierte rassistische Anfeindungen sie vielleicht mehr treffen? Man muss es ganzheitlich sehen.

Die Familienministerin hat angekündigt, vor allem mit der Arbeitsagentur zu sprechen. Was sollte Ihrer Meinung nach dort verbessert werden?

Behördenmitarbeitende sprechen die Frauen zu wenig an oder sagen zum Beispiel: Ach, du hast im Bereich Erziehung Erfahrung schlagen dann aber nur einen Praktikumsplatz vor. Da fehlt Wertschätzung für Erfahrung und Leistung. Und zeitgleich gibt es Frauen, denen jahrelange Praxiserfahrung fehlt, die total gerne in der Kita oder der Schule ein Praktikum machen würden, um das Praktische zu erleben. Sie müssen gezielter angesprochen werden.

An welcher Stelle sollte das eingebracht werden?

Das kann beim Asylantrag schon gefragt werden, wenn es zum Beispiel um die Erfahrung geht. Aber auch bei der Beratung im Jobcenter könnte das besser angesprochen werden. Und gesamtgesellschaftlich natürlich auch: Die Menschen, die hierher nach Deutschland gekommen sind, verfügen über wertvolles Wissen und Fähigkeiten. Das muss Wertschätzung erfahren und gefördert werden.

Also braucht es vor allem Schulungen beim Personal, wenn ich es richtig verstehe?

Genau. Und wir müssen aufpassen, dass wir geflüchtete Frauen, die andere Erfahrungen mitbringen, nicht zu Quereinsteiger_innen machen. Oft wird übersehen, dass Frauen, zum Beispiel aus dem Iran, Irak oder afrikanischen Ländern, beispielsweise Ingenieurinnen sind. Wenn wir sie zu Erzieherinnen umschulen oder in Care-Berufe im Gesundheitswesen stecken, ist das keine Gleichstellung. Der Zugang zu Weiterbildung oder zum Arbeitsmarkt ist mit Schwierigkeiten verbunden und Barrieren müssen abgebaut werden. Die Politik sollte Veränderung vorantreiben und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vertiefen. Nur so wird die Theorie der Praxis gerecht.

Delal Atmaca

ist Geschäftsführerin und Mit-begründerin des Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen (DaMigra e. V.).

Wenn ich fliehe, nehme ich nicht mein Diplom mit Familienministerin Lisa Paus (Grüne) will geflüchtete Erzieher_innen besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Wi....

End of Document

Absolution für Mutter Mechthild; Ein Amtsrichter drohte ihr einst mit Haft, weil sie Geflüchtete in ihrem Kloster aufgenommen hatte. Nun wurde das Verfahren gegen Äbtissin Mechthild Thürmer in Bayern eingestellt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 992 words

Byline: Dominik Baur

Highlight: Ein Amtsrichter drohte ihr einst mit Haft, weil sie **Geflüchtete** in ihrem Kloster aufgenommen hatte. Nun wurde das Verfahren gegen Äbtissin Mechthild Thürmer in Bayern eingestellt

Body

Aus Bamberg Dominik Baur

Mutter Mechthild muss nicht ins Gefängnis. Der Satz klingt für jeden, der sie einmal kennengelernt hat, wie eine Selbstverständlichkeit und ist es dennoch nicht. Denn als die ganze Angelegenheit losging, hatte ein Amtsrichter der Nonne durchaus zu verstehen gegeben, dass sie mit einer empfindlichen Freiheitsstrafe zu rechnen habe, wenn sie nicht Vernunft annehme und einen Strafbefehl über 2.500 Euro akzeptiere. Dafür, dass sie drei Frauen in Not geholfen hatte. Doch das, was der Richter für Vernunft hielt, wollte Mutter Mechthild nun wirklich nicht annehmen.

Doch der Reihe nach: Mutter Mechthild, die mit bürgerlichem Namen Anna Thürmer heißt, ist Äbtissin des Klosters Maria Frieden im oberfränkischen Kirchsletten und hat dort schon Dutzenden von **Flüchtlingen** Kirchenasyl gewährt. Wegen drei der Fälle musste sie sich nun vor dem Amtsgericht Bamberg verantworten. Der Vorwurf: Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt.

Die drei Frauen kamen aus Eritrea, Nigeria und dem Irak und hätten in den Jahren 2018 bis 2020 gemäß dem Dublin-Verfahren nach Italien beziehungsweise Rumänien abgeschoben werden sollen. Dieser Plan des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wurde durch die von Mutter Mechthild gewährten Kirchenasyle vereitelt.

Die Bamberger Staatsanwaltschaft hatte argumentiert, die Äbtissin habe sich strafbar gemacht, weil sie das Kirchenasyl jeweils auch dann fortgesetzt habe, nachdem das Bamf ihr mitgeteilt habe, dass eine Härtefallprüfung nicht mehr in Betracht komme oder abschlägig beschieden worden sei.

Absolution für Mutter Mechthild Ein Amtsrichter drohte ihr einst mit Haft, weil sie Geflüchtete in ihrem Kloster aufgenommen hatte. Nun wurde das Verfahren ge...e.

Als es am Dienstag schließlich zur Verhandlung kommt, lässt sich die Sache jedoch anders an. Der Staatsanwalt verliert zwar die ursprünglichen Vorwürfe, bringt aber dann sofort eine Einstellung des Verfahrens ins Spiel. Als unter Umständen tatsächlich strafbar betrachtet er nunmehr nur noch den Fall der Nigerianerin, da in diesem Fall das Bamf schon vor Beginn des Kirchenasyls abgelehnt habe, die Frau als Härtefall einzustufen und von einer Abschiebung abzusehen. Dass sie das allerdings gewusst habe, so räumt der Staatsanwalt ein, sei der Äbtissin nicht nachzuweisen. In der Tat gibt Mutter Mechthild an, davon keine Kenntnis gehabt zu haben.

Überhaupt ist sich die 64-Jährige keiner Schuld bewusst. Sie habe immer das Okay der Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für Kirchenasyl bekommen und sei der Ansicht, alle Vorschriften eingehalten zu haben, erzählt sie dem Gericht. Da wäre ich nie draufgekommen, dass es illegal ist, wenn die öffentlichen Stellen es wissen.

Und die Schicksale der Frauen seien tatsächlich zum Erbarmen gewesen. Die nigerianische Geflüchtete sei bereits dreimal zurück nach Italien und einmal sogar vor dort zurück nach Libyen gebracht worden. In Italien sei sie vergewaltigt worden, habe unter Brücken schlafen müssen. Auch in Libyen sei sie vergewaltigt, mit HIV infiziert und misshandelt worden, ihr Oberkörper sei mit den Narben von Messerstichen übersät gewesen.

Sie habe die Hoffnung gehabt, dass die Frauen im Kloster sich erst mal etwas hätten erholen können, um dann bei einer neuen Bamf-Anhörung vielleicht noch einmal eine Chance zu bekommen. Schließlich sei es den Frauen auch nicht leicht gefallen, all die traumatischen Erlebnisse zu berichten. Gerade in einer Anhörungssituation mit anwesenden Männern sei dies besonders schwierig.

Der Sachverhalt ist freilich nicht neu. Dass vonseiten des Staatsanwalts nun von Strafe keine Rede mehr ist, hat einen anderen Grund: Im vergangenen Jahr hat das Landgericht Würzburg die Verurteilung einer Franziskanerschwester aufgehoben, die zwei Nigerianerinnen Kirchenasyl gewährt hatte.

Kurz zuvor hatte das Bayerische Oberste Landesgericht (OLG) in Bamberg den Freispruch eines Benediktinermönchs bestätigt, bei dem ein Flüchtling aus dem Gazastreifen Zuflucht gefunden hatte. Es war das erste letztinstanzliche Urteil zur Strafbarkeit von Kirchenasyl in Bayern, wo die Staatsanwaltschaften in den vergangenen Jahren besonders rigoros gegen Kirchenangehörige vorgegangen waren. Das OLG war zu der Auffassung gelangt, dass der Mönch sich strikt an eine Vereinbarung zwischen Kirchen und Staat aus dem Jahr 2015 gehalten hatte.

Nach diesen beiden Urteilen war kaum vorstellbar, dass das Amtsgericht Bamberg im Verfahren gegen Mechthild Thürmer auf einer Strafe beharren könnte. Denn auch sie hatte sich an die Vereinbarung gehalten, in der das Bamf den Kirchen zusicherte, das Kirchenasyl zu respektieren. Diese versprachen im Gegenzug, alle Fälle zu melden und nur in Härtefällen Kirchenasyl zu gewähren, um neue Einzelfallprüfungen zu erreichen. Anfangs lief dieses Prozedere relativ reibungslos, doch begann das Bamf, die Fälle nur noch pro forma zu prüfen und fast immer an den ursprünglichen Entscheidungen festzuhalten.

In diesen Fällen erwartete man dann, dass die Pfarrer oder Ordensangehörigen ihre Schützlinge nach spätestens drei Tagen wieder aus ihren Räumlichkeiten verjagten, um eine Abschiebung zu ermöglichen. Eine Vorgabe, die nicht von der Vereinbarung von 2015 gedeckt war und den Gedanken des Kirchenasyls ad absurdum führte. Im Prozess gegen den Benediktinermönch hatte das OLG denn auch explizit festgestellt, dass es für die Aufnehmenden keine Pflicht gebe, ein Kirchenasyl aktiv zu beenden.

Auch Amtsrichter Thomas Fahr, das ist der Mann, der Mutter Mechthild die Freiheitsstrafe angedroht hat, unterstützt in der Verhandlung den Antrag der Staatsanwaltschaft, das Verfahren nach Paragraph 153 Absatz 2 der Strafprozessordnung einzustellen. Verteidiger Franz Bethäuser hätte zwar einen Freispruch bevorzugt, da in Paragraph 153 immerhin doch von einer zu erwartenden geringen Schuld die Rede ist, zu guter Letzt einigt man sich dann aber doch auf die Einstellung. So, das war's dann, beschließt der Richter die Sitzung. Und als die Äbtissin ihm zum Abschied noch die Hand gibt, fügt er hinzu: Es war nicht böse gemeint.

Die geflüchteten Frauen sollten sich bei ihr im Kloster erholen

Absolution für Mutter Mechthild Ein Amtsrichter drohte ihr einst mit Haft, weil sie Geflüchtete in ihrem Kloster aufgenommen hatte. Nun wurde das Verfahren gege....

Load-Date: March 1, 2023

End of Document

Schlachthof statt Ausbildung; Die Ausstellung De-Zentralbild gibt in einem Onlinearchiv Einblick in das Leben von Migranten in der DDR

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 17

Length: 812 words

Byline: Fabian Lehmann

Highlight: Die Ausstellung De-Zentralbild gibt in einem Onlinearchiv Einblick in das Leben von **Migranten** in der DDR

Body

Von Fabian Lehmann

Die Alltagsgeschichte der DDR dringt erst allmählich, mehr als 30 Jahre nach dem Mauerfall, ins Licht der Öffentlichkeit. Grit Lemkes 2021 erschienenes Buch *Kinder von Hoy* über das Leben in Hoyerswerda war da ein wichtiger Vorstoß. Zu Wort kommen darin auch ehemalige Ver-trags-ar-bei-te-r:in-nen aus sozialistischen Bruderstaaten, die mit einer Ausbildung gelockt wurden und oft als billige Arbeitskräfte endeten. Dem Leben dieser Osis of Colour widmet sich nun die Onlineausstellung De-Zentralbild mittels privater Fotoarchive und aktueller Videoporträts.

Einer, der in diesen Videos zu Wort kommt, ist Augusto Jone Munjunga. In den 80er Jahren arbeitet der Finanzkaufmann in einem angolanischen Ministerium. Weil er studieren möchte, lässt er sich für eine Ausbildung in der DDR anwerben. Statt des Ausbildungsplatzes findet er sich im Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde wieder, wo er für vier Jahre Schichtarbeit eingeteilt ist. Mensch, wo bin ich jetzt gelandet? , habe sich Munjunga, der mit portugiesischem Akzent spricht, gefragt. In die Kamera hält er ein Foto aus dem Jahr 1987. Auch damals trägt er Schnurrbart. Und eine Adidas-Jacke. Den Westkonsum ermöglichte der Kontakt zu polnischen Arbeitskolleg:innen, denen Munjunga Klamotten abkaufte.

Der Eberswalder hält ein weiteres Foto in die Kamera, das er selbst aufgenommen hat. Es zeigt seinen Freund Amadeu Antonio im Jahr 1989 lachend an ein Moped gelehnt. Das Foto wird eine von zwei Aufnahmen bleiben, bevor der junge Mann am 24. November 1990 von einem rassistischen Mob zu Tode geprügelt wird. Die feige Tat hätte auch Munjunga treffen können. Der aber bleibt in der Stadt und gründet 1994 den Verein Palanca als Treffpunkt und Schutzraum.

Es sind solche Geschichten aus den Jahren 1957 bis 1990, die De-Zentralbild erzählt. Bereits 2017 hatten sich die Dokumentarfilmregisseurin Julia Oelkers, die freie Historikerin Isabel Enzenbach und die interkulturelle Beraterin und ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiterin Mai-Phuong Kollath in der Webdokumentation *Eigensinn* im

Schlachthof statt Ausbildung Die Ausstellung De-Zentralbild gibt in einem Onlinearchiv Einblick in das Leben von Migranten in der DDR

Bruderland der Immigration in die DDR gewidmet. Dabei griffen sie auch auf Material der staatlichen Bildagentur Zentralbild zurück und damit auf Bilder eines idealisierten proletarischen Internationalismus.

Mit De-Zentralbild nun schaffen Oelkers und Enzenbach Gegenbilder zum offiziellen Bilderkanon. Wir hatten nach privaten Fotos unserer Interviewpartner gefragt, und da wurde uns deutlich, dass das eine ganz andere Bildsprache ist, erklärt Enzenbach die Motivation hinter der neuen Onlineausstellung, die durch Bundesmittel für die nächsten fünf Jahre gesichert ist.

Die in mehrere Sprachen übersetzte Website erlaube auch denjenigen den Zugang zum Material, die nach dem Ende der DDR in ihre Heimatländer zurückkehrten, so die Historikerin. Das sei auch für die Kinder und Enkel der Rück-keh-re-r:in-nen wichtig, die oft wenig über diesen Teil ihrer Elterngeschichte wüssten. Oelkers und Enzenbach beschränken sich jedoch nicht auf die Lebenswelt der Vertragsarbeiter:innen, wie sie in Birgit Weyhes Comic Mad-germanes (2016) erzählt wird. Das Onlinearchiv lässt auch Menschen zu Wort kommen, die in der DDR geboren, aber als ausländisch gelesen wurden.

So wie der Dresdener Danilo Starosta, der in den 60er Jahren als Sohn eines mongolischen Vertragsarbeiters im ländlichen Sachsen aufwächst. Weil der Vater früh in die Mongolei zurückkehrt, lebt Starosta bei den Großeltern. Die kleiden ihn in bester Absicht mit Lederhosen und Hüten aus, damit er mit seinen glatten schwarzen Haaren nicht auffalle. Aber gerade die folkloristische Mimikry lässt den Schüler herausstechen, und so muss er im Biologieunterricht als Beispiel für die mongolide Rasse herhalten. Starosta, der heute in Dresden für das sächsische Kulturbüro arbeitet, wird seinen Vater nie kennenlernen, dafür hält er mittlerweile engen Kontakt zu seinen Schwestern in der Mongolei.

Das Ausstellungsteam hat zudem Menschen in Mosambik, Kuba und Vietnam aufgesucht. So wie Tran Thanh Huong, die 1990 aus der Textilfabrik in Apolda entlassen wird und mit einer Abfindung von 3.000 D-Mark unfreiwillig zurück nach Vietnam fliegt, wo sie heute, in Hanoi, lebt. Auf einem Geburtstagsfoto vom Januar 1988 sieht man die junge Frau inmitten ihrer freudestrahlenden Kolleginnen. Zwei Jahre später dieselbe Gruppe, dieselbe Situation, aber statt ausgelassener Partystimmung steht Ernüchterung in die Gesichter der Frauen geschrieben.

Auch wenn man leicht Gefahr läuft, zu viel in solche Momentaufnahmen hineinzulesen, lässt De-Zentralbild anschaulich in Biografien eintauchen und vervielfältigt so die Erzählungen über das Leben in der DDR.

De-Zentralbild : Online-ausstellung, aufrufbar unter www.dezentralbild.net

Das Onlinearchiv lässt auch Menschen zu Wort kommen, die in der DDR geboren, aber als ausländisch gelesen wurden

Load-Date: August 23, 2023

Aktivist:innen scheitern mit Blockadeversuch; Aktivist:innen blockieren Zugänge am BER, einen Abschiebeflug können sie nicht verhindern. Auch eine Mutter mit vier Kindern sitzt im Flugzeug

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 633 words

Byline: Timm Kühn

Highlight: Ak-ti-vis-t:innen blockieren Zugänge am BER, einen Abschiebeflug können sie nicht verhindern. Auch eine Mutter mit vier Kindern sitzt im Flugzeug

Body

Von Timm Kühn

Nach Informationen des **Flüchtlingsrats** Brandenburg sind am Mittwochabend 34 Menschen gegen ihren Willen nach Pakistan abgeschoben worden. Davor hatten Ak-ti-vis-t:in-nen versucht, die Abschiebung zu verhindern. Seit dem Nachmittag hatten rund 200 De-mons-tran-t:in-nen stundenlang alle drei Zufahrten zum Terminal 5 des BER blockiert. Sie wollten damit verhindern, dass Menschen auf das Flughafengelände gebracht werden. In Gruppen aufgeteilt blockierten die Ak-ti-vi-st:in-nen den Haupteingang an der Willy-Brandt-Straße, eine zweite Zufahrt über einen Parkplatz und den Hintereingang in der Kirchstraße.

Auf der Willy-Brandt-Straße funktionierten die Ak-ti-vis-t:in-nen zeitweise einen Transporter zur Straßenblockade um. Bei der Blockade auf der Kirchstraße kletterten zwei Protestierende auf Tripods: meterhohe Gestelle, in die sie sich einhängten. Die Räumung von Tripods ist zeitaufwändig und herausfordernd. Denn dafür sind technische Einheiten notwendig, um ein Zusammenbrechen zu vermeiden.

Doch am Abend startet der Abschiebeflieger nach Islamabad trotzdem wohl von einem anderen Terminal aus. Für die Ak-ti-vis-t:in-nen der Aktionsgruppe gegen Abschiebungen ist es das frustrierende Ende ihrer Aktion. Gegen 19:30 Uhr lösen sich die Blockaden selbst auf und sammeln sich zu einer Mahnwache am S-Bahnhof von Terminal 5.

Während der Blockade macht die Information die Runde, dass sich unter den Abzuschiebenden auch eine Mutter mit vier Kindern befindet, vier, acht, neun und elf Jahre alt. Der Flüchtlingsrat Brandenburg, der an der Blockadeaktion laut den Ak-ti-vis-t:in-nen vor Ort nicht beteiligt war, bestätigte das gegenüber der taz. Man habe noch versucht, ihre Abschiebung in letzter Minute über einen Asylfolgeantrag zu verhindern erfolglos. Die Frau, die für diesen Artikel Adya Shabir heißen soll, sitzt am Ende mit ihren Kindern im Abschiebeflieger.

Aktivist:innen scheitern mit Blockadeversuch Aktivist:innen blockieren Zugänge am BER, einen Abschiebeflug können sie nicht verhindern. Auch eine Mutter mit vie....

Seit bald fünf Jahren habe Adya Shabir in Deutschland gelebt, zuletzt in der Gemeinde Traben-Trarbach in Rheinland-Pfalz, erzählt Samar Khan der taz. Khan ist Erzieherin, setzt sich ehrenamtlich für Geflüchtete ein und hatte Adya Shabir zuletzt unterstützt. Shabirs Kinder würden fließend Deutsch sprechen, sagt sie. Das jüngste sei in Deutschland geboren, das älteste käme bald in die 5. Klasse. Straffällig geworden sei Shabir nicht. Vor Jahren sei ihr Asylantrag abgelehnt worden, seitdem werde sie nur noch geduldet.

Es ist krass, was Deutschland für elende Wege gefunden hat, den Menschen Steine in den Weg zu legen, findet Khan. Die Polizei sei um 6 Uhr morgens in die Wohnung gekommen und habe alle mitgenommen. Am Telefon hat sie nur geheult, sie konnte gar nicht mehr reden, erzählt Khan. Was für ein Trauma tut der Staat diesen Kindern an, sie zu zwingen, ihre Mutter so zu sehen?, fragt sie. Ein Menschleben ist für manche deutsche Behörde nichts wert, sagt sie.

An Abschiebungen sei nichts normal, sagt auch eine der Aktivist:innen, die sich bei der Blockade in einen der Tripods gehängt hatte. Ich will diesen Abschiebebetrieb noch effektiver stören, sagt sie.

Jibran Khalil vom Flüchtlingsrat Brandenburg sieht in der Abschiebung ein Beispiel für globale Ungerechtigkeit. Erst vergangenes Jahr hat eine Flutkatastrophe Pakistan verwüstet, 15.000 Menschen starben, acht Millionen Menschen mussten ihre Heimatregion verlassen. Diese Katastrophe ist auch von der globalen Klimakrise ausgelöst worden, sagt Khalil. Die aber sei zum überwältigenden Anteil im globalen Norden in Ländern wie Deutschland verursacht. Deutsche Hilfsorganisationen seien vor Ort, um die Menschen mit dem Nötigsten zu unterstützen. Nicht zuletzt deshalb findet er: Jetzt dorthin abzuschieben, das ist doch absurd.

In Gruppen aufgeteilt blockierten die Ak-ti-vi-st:in-nen alle drei Zufahrtswege zum Flughafen-Terminal 5

Load-Date: February 16, 2023

was macht die bewegung?; Bleiberechts-Netzwerktreffen Jed

taz, die tageszeitung

Freitag 25. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 338 words

Body

was macht die bewegung?

Bleiberechts-Netzwerktreffen

Jeden letzten Freitag im Monat ist während der Küfa der No Border Assembly in der Regenbogenfabrik das Supportgruppen-Netzwerk Sugrun zugegen zur Vernetzung, und um Erfahrungen zu teilen. Wer als Supportgruppe für Bleiberecht kämpft, sich mit anderen Antira-Gruppen austauschen möchte, eine Gruppe gründen will oder selber von der deutschen Grenz- und **Migrationspolitik** betroffen ist, ist hier genau richtig. Freitag, 25. August, Lausitzer Str. 22a, 18 Uhr

Beyond Borders Festival

Das Beyond Borders Kollektiv lädt erstmalig zum Beyond Borders Festival in Kreuzberg ein und begrüßt eine Vielzahl weiterer Kollektive wie No Nation Truck und Refugees Emancipation. Das Straßenfest mit breitem Informationsangebot sowie diversen Mitmachaktionen ist familienfreundlich und umsonst. Es wird vegane Soli-Küche geben und eine nietenfreie Tombola, deren Einnahmen an das Seenotrettungskollektiv r42-sailandrescue gehen. Samstag, 26. August, Spreewaldplatz, 11 Uhr, barrierearme Sanitäranalgen

Diskussion über Grenzregime

Bei einem Abend mit Sea Watch in der B-Lage mit dem Titel Zivile Seenotrettung wird die grenzpolitische Situation in Europa mit Fokus auf Italien und Libyen eingeordnet und zusammen mit Ak-ti-vis-t:in-nen diskutiert. Der Kurzfilm Seabird Das zivile Auge, in dem es um die Zusammenarbeit der EU mit der -libyschen Küstenwache geht, wird gezeigt mit anschließender Fragerunde. Montag, 28. August, Mareschstr. 1, 19.30 Uhr

Antifaschistisches Gedenken

Im August 1992 wurde der Kunstmaler Günter Schwannecke in Berlin-Charlottenburg von Neonazis ermordet. Er hatte diese vertreiben wollen, als sie Studierende aus Sri Lanka auf einem Spielplatz rassistisch beleidigten und mit Baseballschlägern bedrohten. Seine Ermordung jährt sich zum 31. Mal und gibt Anlass zum gemeinsamen

was macht die bewegung? Bleiberechts-Netzwerktreffen Jed

Gedenken und Austausch am Ort seines gewaltsamen Todes, an dem Blumen niedergelegt werden können.
Dienstag, 29. August, Günter-Schwannecke-Spielplatz, Pestalozzistr. Ecke Fritschestr. 18 Uhr

Load-Date: August 24, 2023

End of Document

Schläger will Freispruch; Der Polizist Stefan K. wurde 2022 wegen Körperverletzung verurteilt. Jetzt will er das Urteil anfechten

taz, die tageszeitung

Mittwoch 22. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 413 words

Byline: Ann-Kathrin Leclère

Highlight: Der Polizist Stefan K. wurde 2022 wegen Körperverletzung verurteilt. Jetzt will er das Urteil anfechten

Body

Stefan K. geht in Berufung. Der 40-jährige Berliner Polizist wurde letztes Jahr wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Er und zwei weitere Männer sollen einen Geflüchteten krankenhausesreif geschlagen haben. Eine rassistische Tatmotivation sah die Richterin des Amtsgerichts als gegeben an. Das Urteil und die verhängte Geldstrafe von insgesamt 9.600 Euro möchte der Polizist K. nun anfechten.

Zum fünfstündigen Auftakt des Berufungsverfahrens an diesem Dienstag will sich der Angeklagte nicht äußern, sein Anwalt plädiert für einen Freispruch. Geladen waren die Zeugen Philipp G. und Dennis Y. Im ursprünglichen Verfahren wurden sie mitangeklagt: Gemeinsam sollen sie den Geflüchteten Jamal Ahmadi (Name geändert) im April 2017 am S-Bahnhof Karlshorst im Rahmen eines Streits angegriffen haben.

Philipp G. ist gesprächsbereit, gibt auf die Fragen der Richterin aber zu erkennen, dass er sich nicht mehr so gut an den Vorfall vor sechs Jahren erinnern könne. Dennis Y. ist bei der Befragung weniger auskunftsfreudig, was die Richterin veranlasst zu sagen, dass sie der plötzlichen Demenz des Zeugen nicht so ganz Glauben schenken könne.

Bei der ebenfalls geladenen Zeugin Melina G. weichen die Erinnerungen von den früheren Aussagen vor Gericht und Polizei an einigen Stellen ab. Sie gibt an, dass sie sich an den genauen Ablauf nicht erinnern könne.

Während die Zeu-g*in-nen in der in den Sicherheitstrakt verlegten Kammer aussagen können, sitzt der Nebenkläger Ahmadi in Kabul, wohin er noch während des laufenden Prozesses abgeschoben wurde. Ein Antrag seiner Anwältin, dass es eine Videoschleife zu Ahmadi geben müsse, damit er aussagen kann, wurde angehört, auch der Anwalt von Stefan K. plädierte für eine Zuschaltung. Die Entscheidung darüber wurde vertagt.

Ein im Vorhinein angekündigter Protest des Flüchtlingsrats vor dem Gebäude fand nicht statt. Der Flüchtlingsrat hatte vor dem Berufungsprozess eine Rückholung von Ahmadi nach Deutschland gefordert. Für den Flüchtlingsrat und Pro Asyl ist die Abschiebung Ahmadis ein Skandal. Denn eigentlich gibt es in Berlin eine Regelung, dass Opfer von Hasskriminalität ein Bleiberecht erhalten. Diese trat aber erst zwei Monate nach der Tat in Kraft und wurde

Schläger will Freispruch Der Polizist Stefan K. wurde 2022 wegen Körperverletzung verurteilt. Jetzt will er das Urteil anfechten

deshalb von der damaligen SPD-Innensenatorin Iris Spranger nicht anerkannt. Stefan K. war vor der Tat in der Sondereinheit der Berliner Polizei eingesetzt, die in der bis heute nicht aufgeklärten rassistischen Anschlagsserie in Neukölln ermittelte.

Load-Date: February 21, 2023

End of Document

Sicherer Hafen versandet; Die Stadt Lübeck schmückt sich damit, ein sicherer Hafen für Geflüchtete zu sein. Das Flüchtlingsforum hat daran seine Zweifel und fordert mehr Engagement ein

taz, die tageszeitung

Donnerstag 31. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 697 words

Byline: Katarina Machmer

Highlight: Die Stadt Lübeck schmückt sich damit, ein sicherer Hafen für **Geflüchtete** zu sein. Das **Flüchtlingsforum** hat daran seine Zweifel und fordert mehr Engagement ein

Body

Von Katarina Machmer

Fünf Jahre nachdem sich die Stadt Lübeck zu einem Sicherem Hafen für **Geflüchtete** erklärt hat, kritisiert das Lübecker **Flüchtlingsforum**, dass die Stadt dem Titel bisher nicht ausreichend gerecht wird. Vor der heutigen Lübecker Bürgerschaftssitzung appellieren das Forum sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure an die Stadtverwaltung, sich gegen die EU-**Asylrechtsreform** zu positionieren, um als Sicherer Hafen Verantwortung zu übernehmen.

Jene Städte, die sich zu Mitgliedern des Bündnisses Sicherer Hafen erklärt hatten, zeigen damit die Bereitschaft an, mehr Geflüchtete bei sich aufzunehmen, als es die gesetzlichen Quoten erfordern. Ins Leben gerufen hatte das Bündnis die Initiative Seebrücke, die sich für Geflüchtete einsetzt. Laut der Seebrücke bilden die Mitgliedsstädte damit eine starke Gegenstimme zur europäischen Abschottungspolitik.

2019 schloss sich auch Lübeck dem Bündnis an. Damals erklärte sich Lübeck bereit, 40 Aufnahmeplätze mehr zur Verfügung zu stellen, als es die Quoten erforderten. Doch die Stadt könnte mehr für den Titel Sicherer Hafen tun, findet Torsten Heise vom örtlichen Flüchtlingsforum. Problematisch sei vor allem die Intransparenz bei der Umsetzung der Geflüchtetenhilfe. Die Stadt dokumentiere nicht ausreichend, welche Maßnahmen für die Geflüchtetenhilfe umgesetzt werden. So sei nach Angaben der Seebrücke noch immer unklar, ob die Stadt tatsächlich die besagten zusätzlichen 40 Plätze geschaffen und darin Geflüchtete aufgenommen hat. Auf Nachfrage der taz wollte sich die Lübecker Stadtverwaltung zur Kritik vor der heutigen Bürgerschaftssitzung nicht dazu äußern.

Laut Mariella Hettich von der Seebrücke Deutschland machen viele Städte nicht öffentlich, was sie als Sicherer Hafen umsetzen. Dabei ist Transparenz eine der Forderungen der Seebrücke an die Städte mit dem Titel. So

Sicherer Hafen versendet Die Stadt Lübeck schmückt sich damit, ein sicherer Hafen für Geflüchtete zu sein.
Das Flüchtlingsforum hat daran seine Zweifel und fo....

möchte die Seebrücke das Engagement der Städte regelmäßig dokumentieren. Jedoch melden die Städte teils schon seit Jahren keine Fortschritte mehr. Auch die Stadt Lübeck übermittelte ihre Angaben der Seebrücke zufolge zuletzt 2019.

Dabei gibt es in Lübeck laut dem Vorsitzenden der Linksfraktion Andreas Müller viel Unterstützung für Geflüchtete allerdings in großem Umfang auf zivilgesellschaftlicher Ebene. So gibt es ein ehrenamtlich betriebenes Hilfsprogramm für Geflüchtete bei ihrer Ankunft. Zwar werde das auch von der Stadt mitfinanziert und sie unterstütze auch weitere Projekte. Doch ein Großteil der Gelder für das Hilfsprogramm komme von der privaten Possehl-Stiftung. Solche Angebote sind laut Müller jedoch nicht ausreichend. Es fehlen Sprachkurse und Wohnungen , sagt Müller. Und die kann man leider nicht ehrenamtlich bauen.

Mariella Hettich sagt, dass das kein Einzelfall ist: Vieles wird auf die Zivilgesellschaft ausgelagert. In manchen Städten übernehmen Privatpersonen die Unterbringung von Geflüchteten. Dadurch ist der Staat dann raus aus der Finanzierung , sagt Hettich.

Andererseits gibt es auch kleinere Kommunen, die eine besonders aktive Geflüchtetenhilfe leisten. Da ist man dann schon ein bisschen überrascht, wenn diese kleinen Kommunen zusätzlich zehn Plätze zur Verfügung stellen , sagt Hettich. Das zeige, was Kommunen leisten können, wenn der Wille da ist.

So etwa hat die 18.000-Einwohner:innen-Gemeinde Bruchhausen-Vilsen in der Nähe von Bremen über die Quoten hinaus Geflüchtete bei sich aufgenommen, nachdem sie sich zum Sicherem Hafen erklärt hatte. Dort gibt es keine Geflüchtetenunterkunft alle Schutzsuchenden kommen nach Angaben der Stadtverwaltung in Wohnungen unter. Natürlich ist unser Wohnungsmarkt auch entspannter als der in Großstädten , sagt Volker Kamman von der Stadtverwaltung Bruchhausen-Vilsen. Trotzdem sei der Verzicht auf Geflüchtetenunterkünfte mit mehr Aufwand verbunden, den die Gemeinde aber zu Integrationszwecken betreibe.

In Lübeck hoffen das Flüchtlingsforum und die Linksfraktion nun darauf, dass die Verwaltung transparent macht, welche Maßnahmen sie seit 2018 ergriffen hat, um dem Titel Sicherer Hafen gerecht zu werden.

Nach Angaben der Seebrücke ist immer noch unklar, ob Lübeck die versprochenen zusätzlichen Aufnahmeplätze geschaffen hat

Load-Date: August 30, 2023

Es gibt Hunde, aber wir sind hier nicht bei Paw Patrol ; Fatma Aydemir Red Flag

taz, die tageszeitung

Samstag 14. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 16

Length: 655 words

Byline: Fatma Aydemir

Body

Fatma Aydemir

Red Flag

Höchstwahrscheinlich bin ich nicht die einzige Person, die seit Silvester den Kopf in den Sand steckt. Mit größter Mühe versuche ich mich aus der ex-trem willkürlichen Debatte über migrantische Krawallmacher rauszuhalten, meine Zeit und Energie nicht an diese Schleife von aufgewärmten Integrationsimperativen aus den Neunziger- und Nullerjahren zu vergeuden. Aber ja, hier bin ich zwei Wochen später und laufe an einem Wahlplakat der Berliner CDU vorbei, auf dem steht: Was Kriminelle bald häufiger hören: Haftbefehl.

Man könnte meinen, es sei ein Fortschritt, dass dort nur Kriminelle statt Ausländer steht, aber im Grunde muss es das gar nicht, denn zusammen mit den Parolen, die seit Wochen nicht nur, aber besonders aus der CDU dringen, und der Referenz an den Offenbacher Rapper Haftbefehl, funktioniert die Botschaft auch so. Quasi das Ausländer raus der bürgerlichen Mitte. Ein Stück weit will man sich dann doch von Rechtsaußen abgrenzen können.

Den Vogel komplett abgeschossen hat dagegen die Gewerkschaft der Polizei in Hamburg mit ihrem Positionspapier. Darin geht es um die Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte an Silvester, an denen neueren Zahlen zufolge zwar doch nicht mehrheitlich migrantische Jugendliche beteiligt gewesen sind, wie anfangs behauptet wurde, doch Zahlen sind diesem Positionspapier eher unwichtig. Lieber zieht die Gewerkschaft darin einen direkten Zusammenhang zwischen dem Musikgenre Gangsta-Rap und der vermeintlichen Gewaltbereitschaft unter dessen Zielpublikum, ein Vorwurf, der so alt ist, wie das Genre selbst, und der nicht nur seltsam aus der Zeit, sondern auch vom Himmel gefallen scheint, wo es doch eigentlich um ein Böllerverbot gehen könnte, wie es so gut wie in jedem Land auf dieser Welt existiert.

Punkt eins in besagtem Positionspapier behauptet sogar allen Ernstes, die von bestimmten politischen Kreisen und Politikern formulierten Rassismusbewürdungen gegen die Polizei hätten dem Ansehen der Institution geschadet. Das Feindbild Polizei verfestige sich bei Jugendlichen, nicht etwa, weil Racial Profiling und Polizeigewalt institutionelle

Es gibt Hunde, aber wir sind hier nicht bei Paw Patrol Fatma Aydemir Red Flag

Probleme sind, die die Polizei seit Jahren uneinsichtig und aggressiv von sich weist. Sondern weil dieser Umstand öffentlich thematisiert wird. Zugespitzt formuliert: Das Problem ist laut Gewerkschaft nicht, dass schwarze Menschen in Polizeigewahrsam sterben. Sondern dass Black Lives Matter darauf aufmerksam macht und dem Image der Polizei schadet. Keine Ahnung, was man saufen muss, damit einem diese Argumentation als spruch- und druckreif erscheint. Und das ausgerechnet in einer Woche, in der erneut ein schwarzer Mann in Polizeigewahrsam, diesmal in Braunschweig, unter ominösen Umständen starb.

Allein die Vorstellung, Rassismus sei nicht mehr als ein lästiges Imageproblem, lässt tief ins Selbstverständnis der Polizei blicken. Als seien rechtsextreme Netzwerke innerhalb der Institution, die in den vergangenen Jahren ans Licht gekommen sind, nicht Grund genug, zumindest misstrauisch zu sein was einen Angriff gegen Rettungskräfte nicht rechtfertigen soll. Doch die Positionen von CDU und der Polizei sind wenig interessiert daran, die Ereignisse von Silvester wirklich aufzuklären, sondern stellen eher ein gesellschaftliches Klima her, in dem integrationsverweigernde Teens zum Buhmann und Gangsta-Rapper zu deren falschen Vorbildern erklärt werden. Als wären sie sehnsüchtig danach, wieder der Held sein zu wollen, für den man sich zeitlebens gehalten hat. Es mögen zwar viele Hunde unterwegs sein, aber wir sind hier trotzdem nicht bei Paw Patrol, der Zeichentrickserie mit den süßen Polizei-tierchen, die die Welt retten. Vielleicht sollten Christdemokraten und Sicherheitsbehörden ja mal die eigenen Vorbilder und Versäumnisse auf den Prüfstand stellen.

Ein Stück weit will man sich dann doch von Rechtsaußen abgrenzen können

Nächste Woche schreibt Erica Zingher die Wechsel-kolumne Grauzone

Load-Date: January 13, 2023

**So radikal wie möglich gegen Flüchtlinge; Italiens rechte
Regierungskoalition will Wahlkampfversprechen halten und behindert
Retter*innen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 391 words

Byline: Michael Braun

Highlight: Italiens rechte Regierungskoalition will Wahlkampfversprechen halten und behindert Ret-te-r*in-nen

Body

Aus Rom Michael Braun

Goldene Zeiten hatte Giorgia Meloni den Ita-lie-ne-r*in-nen im letzten Wahlkampf versprochen: goldene Zeiten im Kampf gegen die illegale Immigration. Endlich sollte Schluss sein mit dem Schlendrian des angeblich ungehinderten Zustroms von Menschen, die dann so die Sicht von Ministerpräsidentin Meloni als Dealer oder Prostituierte auf italienischem Territorium ihr Unwesen treiben würden.

Und kaum hatte Meloni an der Spitze ihrer postfaschistischen Fratelli d Italia, im Verein mit der fremdenfeindlichen Lega Nord unter Matteo Salvini und Silvio Berlusconi's Forza Italia, am 25. September 2022 die Wahlen gewonnen, kaum hatte sie im Oktober dann die Regierung gebildet da ging es auch schon zur Sache.

Umgehend wurde von Melonis Regierung ein Dekret aufgelegt, das den in der Seenotrettung tätigen NGOs die Arbeit deutlich erschwerte. Hinter dem Schritt stand die Behauptung des neuen Innenministers Matteo Piantedosi, die NGOs wirkten als unseliger Pull factor sprich, sie brächten die Mi-gran-t*in-nen überhaupt erst darauf, sich in Libyen oder Tunesien in die Boote zu setzen.

Dass es ganz so nicht ist, musste die radikal rechte Regierung dann in den ersten Monaten des Jahres 2023 erfahren, als trotz der weitgehenden Neutralisierung der NGOs weit mehr Menschen übers Meer kamen als noch im Vorjahr: Bis zum 18. April waren es mehr als 34.000 und damit viermal so viele wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Nur ein minimaler Prozentsatz wurde von NGO-Schiffen gerettet.

Doch die Regierung Meloni macht unverdrossen weiter. Gegenwärtig berät das Parlament über ein Gesetzesdekret, dass die Anerkennung von Flüchtlingen in Italien erschweren soll. Außerdem sollen Asyl-be-wer-be-r*in-nen für die Dauer ihrer Verfahren nicht mehr in kleinen Einrichtungen untergebracht werden, sondern in großen Camps, in denen außer ein bisschen Sprachunterricht keinerlei Integration-sarbeit erfolgt.

So radikal wie möglich gegen Flüchtlinge Italiens rechte Regierungskoalition will Wahlkampfversprechen halten und behindert Retter*innen

Und schließlich fordert Meloni an die Adresse von Europa , dort müsse man sich stärker engagieren. Sie behauptet, mit der Einigung auf dem letzten EU-Gipfel, dass Italiens Flüchtlingsproblem eine europäische Aufgabe sei, habe sie einen entscheidenden Durchbruch erzielt. Davon jedoch kann keine Rede sein. Operative Zusagen durch die EU und ihre Mitgliedstaaten zu Hilfen an Italien sind bisher ausgeblieben.

flucht übers mittelmeer

Load-Date: April 18, 2023

End of Document

brief des tages; Arbeitspflicht für Asylsuchende

taz, die tageszeitung

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 9

Length: 171 words

Body

brief des tages

Arbeitspflicht für **Asylsuchende**

Dumm und grausam , taz vom 13. 10. 23

Die Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes für **Migranten** ist und war immer ein schwerer Webfehler unserer **Flüchtlingspolitik**. Dies war immer diskriminierend und entwürdigend.

Eine Pflicht zu arbeiten und/oder zu lernen kann eine große Hilfe sein, den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, der zugleich Schlüssel für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist.

Die Abschottung vom Arbeitsmarkt verhindert Integration und Anerkennung. Hört man Herrn Habeck reden, dann klingt das nach Fortschritt in die richtige Richtung. Diese Chance besteht. Ob das Ganze in der Praxis diskriminierend oder Integration fördernd wird, ist keineswegs entschieden, auch wenn im politischen Diskurs derzeit die üblen Populisten vorherrschen.

Von menschenunwürdiger Zwangsarbeit zu schreiben macht die Gemeindearbeiter, die das letztlich umsetzen müssen, von vornherein zu Sklavenhaltern. Das geht an der Realität vorbei.

Burkhardt Braunbehrens, Ebertsheim

Load-Date: October 22, 2023

Verschärftes Immigrationsgesetz; In Frankreich debattiert der Senat über ein neues Immigrationsgesetz, das Abschiebungen von Terrorverdächtigen erleichtern soll. Es wird zugleich ein politischer Test für die Regierung Macrons

taz, die tageszeitung

Dienstag 07. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 594 words

Byline: Rudolf Balmer

Highlight: In Frankreich debattiert der Senat über ein neues Immigrationsgesetz, das Abschiebungen von Terrorverdächtigen erleichtern soll. Es wird zugleich ein politischer Test für die Regierung Macrons

Body

Aus Paris Rudolf Balmer

Nur zu wenigen Themen revidiert der französische Staat seine Gesetzgebung so oft wie in den Bereichen **Asyl** und Immigration. Mit der Vorlage, die Innenminister Gérald Darmanin dem Senat am Montag und später am 11. Dezember den Abgeordneten der Nationalversammlung unterbreitet, ist die 30. Revision seit 1980 geplant. Sie widerspiegelt vor allem, wie stark der politische, und namentlich fremdenfeindliche, Druck auf die jeweiligen Regierungen ist.

Für Darmanin war der Anlass unter anderem das kürzliche Attentat in Arras, wo ein Lehrer von einem Islamisten aus dem Kaukasus erstochen wurde. Da dieser mit seiner Familie vor seinem 13. Altersjahr eingereist war und in Frankreich aufgewachsen ist, sei es den Behörden nicht möglich gewesen, diesen jungen Mann, der wegen seiner Sympathien für den Dschihadismus registriert und überwacht war, nach Russland abzuschicken. Der Innenminister bedauert es im Fernsehen, dass er aufgrund der bisherigen gesetzlichen Regeln rund 4.000 unliebsame Personen nicht aus Frankreich entfernen könne.

Seine Vorlage soll es nun erleichtern, ausländische Personen abzuschicken, wenn sie sich strafbar gemacht haben oder lediglich die Prinzipien der Republik nicht respektieren. Dabei denkt Darmanin, ohne es explizit zu sagen, an die Regeln der französischen Laizität, die beispielsweise das Tragen eines Schleiers oder einer Burka im öffentlichen Dienst untersagt, sowie an radikale Islamisten, die in ihrer Familie oder Quartieren die Scharia vor die Autorität der Republik stellen möchten.

Eine zweite Verschärfung, die laut der Umfrage ebenfalls von einer Mehrheit der Befragten gutgeheißen würde, betrifft die medizinische Versorgung der *Sans-papiers*, der Menschen, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung im

Verschärftes Immigrationsgesetz In Frankreich debattiert der Senat über ein neues Immigrationsgesetz, das Abschiebungen von Terrorverdächtigen erleichtern soll.....

Land befinden und oft schwarz arbeiten. Sie sollen zukünftig im Krankenhaus nur noch in Notfällen kostenlos behandelt werden.

Schneller abschieben möchte die Regierung außerdem Geflüchtete, deren Asylgesuche abgelehnt werden. Das ist die Absicht hinter der Forderung, Anträge müssten in 4 statt bisher 12 Monaten behandelt und entschieden werden, damit die von der zuständigen Behörde nicht als Flüchtlinge akzeptierten Menschen nicht geltend machen, sie seien inzwischen in Frankreich verwurzelt.

Trotz dieser deutlichen Verschärfung ist es Darmanin bisher nicht gelungen, dafür eine Zustimmung der Konservativen Les Républicains (LR), und so eine Mehrheit in beiden Parlamentskammern, zu finden. Die meisten LR-Senatoren und -Abgeordneten sowie die Parlamentarier der extremen Rechten möchten weiter gehen, und sie stoßen sich an einem anderen Vorschlag in der Gesetzesvorlage. Der Artikel 3 nämlich sieht vor, dass Sans-papiers , die bereits in einem Wirtschaftszweig mit akutem Personalmangel arbeiten oder sich anstellen lassen wollen, eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung bekommen können.

Obschon dies offensichtlich im Interesse zahlreicher Unternehmen wäre, widersetzen sich die Fraktionen der Rechten vehement dieser Maßnahme, die ihnen zufolge eine Legalisierung von illegal Eingereisten und eine Einladung zur illegalen Einwanderung statt einer scharfen Kontrolle der Immigration darstelle. Noch hofft der politisch ehrgeizige Darmanin, zuerst im Senat und danach in der Nationalversammlung einen Kompromiss und damit die Zustimmung zu seiner Vorlage aushandeln zu können. Er setzt in dieser Debatte seine Aussichten als Präsidentschaftskandidat der Partei Renaissance und Nachfolger von Präsident Macron aufs Spiel.

Abgelehnte Asylbewerber sollen auch schneller abgeschoben werden

Load-Date: November 6, 2023

Fragen ohne Antworten; Schon die Künstler:innenliste einer Bonner Ausstellung wirkt seltsam unausgeglichen. Erklärt werden soll, was Einwanderung in Deutschland bedeutet. Das geht nicht gut

taz, die tageszeitung

Montag 10. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 16

Length: 817 words

Byline: Lars Fleischmann

Highlight: Schon die Künst-le-r:in-nenliste einer Bonner Ausstellung wirkt seltsam unausgeglichen. Erklärt werden soll, was Einwanderung in Deutschland bedeutet. Das geht nicht gut

Body

Von Lars Fleischmann

Fragen an ein Einwanderungsland möchte man in der Bonner Bundeskunsthalle stellen; jedenfalls, wenn man dem Untertitel der jetzigen Ausstellung vertrauen darf. Dafür haben sich die Ku-ra-to-r*in-nen Johanna Adam, Lynhan Balatbat-Helbock und Dan Thy Nguyen mit -DOMiD e. V. einen vertrauenswürdigen Partner ins Haus geholt. Der DOMiD e. V. besitzt eine Sammlung aus 150.000 sozial-, kultur- und alltagsgeschichtlichen Zeitzeugnissen, die die Migrationsgeschichte in Deutschland seit 1945 dokumentieren. Da es für diese Sammlung noch immer nicht das versprochene Museum in Köln gibt, stellt man seine Schatztruhe nun der Bundeskunsthalle zur Verfügung.

Ein besonderes Fundstück wird nun in der Ausstellung Wer wir sind abgespielt, eine Videokassette des Kollektivs Kanak Attak. Dieses war im November 2001 als Kanak TV getarnt zum Festakt 40 Jahre Einwanderungsland in die Kölner Philharmonie gereist. Tolles Konzert, alle Gäste begeistert. Ob das nun am Schampus oder der Ergriffenheit von sich selbst liegt, wird in dem Video nicht klar. Das Kamerateam fragt die Gäste, ob diese eigentlich richtig finden, dass bei der Veranstaltung mal wieder die Kanaken arbeiten müssten. Ein Kamera-schwenk zeigt Kellner*innen, die irgendwie anders aussehen als die Kölner Hautevolee. Eine interviewte Frau, Kostümträgerin, zeigt sich pikiert. Die Dialektik von Sein und Schein.

In Bonn setzt man gerne auf den Ansatz Art meets science, verquickt Zeitzeugnisse, Didaktik und Kunst. Man möchte dem Bildungsauftrag der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik folgen, doch er birgt Gefahren. Kunstwerke sind per se keine Welterklärungsmaschinen. Stellt man die Kunst zwischen historische Artefakte, dann kratzt man an ihrem ästhetischen Eigenwert. Unglücklich wirkt der Abschnitt Koloniale Welt, hier zwingt man Kunstwerken internationaler Größen wie Mona Hatoum und William Kentridge zu viel didaktischen Willen auf. Hatoums Wandteppich Projections (-velvet) zeigt eine vermeintlich verzerrte Weltkarte. Kontinente sind entgegen

Fragen ohne Antworten Schon die Künstler:innenliste einer Bonner Ausstellung wirkt seltsam unausgeglichen.
Erklärt werden soll, was Einwanderung in Deutschland

der verbreiteten europäischen Darstellung in ihren wahren Größenverhältnissen abgebildet. Afrika erscheint in seinem enormen Ausmaß. Aber kann uns dieses Kunstwerk wirklich koloniales Unrecht erklären, wie es ihm hier kuratorisch abverlangt wird?

Dann gelingt der Brückenschlag: Alicja Kwade, mittlerweile deutscher -Kunstsuperstar, indes in Polen geboren, ist mit der Videoarbeit Alice vertreten. Ihr konzises Sammelsurium aus Film-und-Fernseh-Found-Footage gibt Überblick über die deutsche Fernsehlandschaft der späten Neunziger. Alle Filmschnipsel von Kwades audiovisueller Collage eint die Anrufung eines Namens: Alice. Die Künstlerin selbst trug lange den Namen Alice, man verpasste ihn ihr bei der Einwanderung, aus Alicja El bieta Kwade wurde damals Alice Elisabeth. Ein deutsches Phänomen, der richtige, falsche Name. Das erinnert auch an die deutschiranische Künstlerin Natascha Sadr Haghighian, die 2019 in lustvoller Scharade ihr Pseudonym Natascha Süder Happelmann im deutschen Pavillon der Biennale in Venedig vorstellte.

Dieses Moment greift die Stuttgarter Künstlerin Ülkü Süngün auf: Takdir. Die Anerkennung bringt bundesdeutsche Zungen unter Spannung. Sie gibt ein Videoseminar über die richtige Aussprache der Opfer des NSU. Im Duktus eines Einführungskurses für Fremd-sprach-le-r*in-nen werden die Eigenheiten der nichtdeutschen Aussprachen erklärt und es wird zum Nachsprechen animiert. Angrenzend steht eine Tafel mit den Opfernamen. Während die Namen der drei rechtsextremen Täter des NSU jeder weiß, gilt das längst nicht für die Opfer. Oder wie spricht man Enver im ek richtig aus?

Daneben steht Mario Pfeiffers etwa sechs Meter lange Filmkabine. Seine darin gezeigte forensischen Studie Cell 5 A Reconstruction zeigt auf verstörende Weise, dass hier Kunst und Wissenschaftlichkeit auch gut zusammengebracht werden können. Pfeiffer untersucht in dem Video den Tod Oury Jallohs, der 2005 in Polizeigewahrsam unter noch ungeklärten Umständen starb, er führt darin Dokumentation wie Experimente der Gutachter auf und macht deutlich, dass die offizielle Erklärung für Jallohs Tod, er habe sich selbst entzündet, infrage zu stellen ist.

Während die Schau zuvor das nötige Maß an Sorgfalt und Einfühlungsvermögen vermissen lässt, wird das mehr als eingehalten, wenn es um Rassistische Gewalt an Migrant*innen geht. Das ist eingeübt in Deutschland: Terror kann man nicht verhindern, aber gekonnt betrauern.

Als diplomatische Endnote gibt es eine positive Geste, der letzte Abschnitt der Schau heißt Gesellschaft der Vielen . Es wirkt, als wolle man auf die Fragen an ein Einwanderungsland keine Antworten hören. Dabei zeigen gerade die unversöhnlichen Beiträge, etwa das Video von Kanak Attak, wie man es hätte besser machen können.

Wer wir sind. Fragen an ein Einwanderungsland : Bundeskunsthalle Bonn, bis 8. Oktober

Load-Date: July 9, 2023

Die Tücken der Umverteilung; Die kleine Stadt Nordhorn an der niederländischen Grenze hat bei der Flüchtlingsunterbringung eigentlich alles richtig gemacht. Wie lange das noch gut geht, weiß man dort trotzdem nicht

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 1331 words

Byline: Nadine Conti

Highlight: Die kleine Stadt Nordhorn an der niederländischen Grenze hat bei der **Flüchtlingsunterbringung** eigentlich alles richtig gemacht. Wie lange das noch gut geht, weiß man dort trotzdem nicht

Body

Aus Nordhorn und Hannover Nadine Conti

Alle Kommunen ächzen unter der Last der **Flüchtlingsunterbringung**? Nun ja, nicht alle Kommunen, könnte man in Anlehnung an Asterix sagen. Wir haben zwischendurch sogar mal **Flüchtlinge** angefordert, sagt Frank Rawers vom Fachbereich Soziales in der Stadt Nordhorn beiläufig.

Gekriegt hat er aber keine. In allen Kommunen in Niedersachsen kommen derzeit nur noch vereinzelt **Geflüchtete** an, das Land hat seine Quote übererfüllt, der Bund weist derzeit keine neuen Kontingente zu. Deshalb häuften sich im Januar die Nachrichten über leer stehende Sammelunterkünfte in verschiedenen Landkreisen und Gemeinden. Und die kommunalen Spitzenverbände beklagen, dass man auf den Vorhaltungskosten sitzen bleibt. Dieses ständige Auf und Ab ist nicht nur logistisch die größte Herausforderung für die Kommunen – es ist auch den Bür-ge-r*in-nen nur schwer vermittelbar.

Insofern ist die kleine Momentaufnahme aus Nordhorn vielleicht ein bisschen unfair: Man hat hier mal gerade eine kleine Verschnaufpause und natürlich ist auch hier die Unterbringung ein gewaltiger Kraftakt. Gleichzeitig hat die kleine Stadt an der niederländischen Grenze mit ihren 56.600 Ein-woh-ne-r*in-nen eben auch ganz viel richtig gemacht – und muss nun hoffen, dass ihr die Zuweisungspolitik dabei kein Bein stellt.

Bisher ist es in Nordhorn gelungen, alle Geflüchtete dezentral, in privaten Wohnungen unterzubringen, wie es unter anderem vom Flüchtlingsrat immer gefordert wird. 854 Geflüchtete waren das bis jetzt, 1,5 Prozent der Bevölkerung.

Die Tücken der Umverteilung Die kleine Stadt Nordhorn an der niederländischen Grenze hat bei der Flüchtlingsunterbringung eigentlich alles richtig gemacht. Wie

Und die leben wirklich über die ganze Stadt verteilt, wie Ulrich van der Veen-Liese vom Hochbauamt stolz betont. Nicht alle im selben Viertel, nicht alle Kinder an den gleichen Schulen. Das, sagt der Stadtbaurat Thimo Weitemeier, sei eine der wichtigsten Lektionen aus 2015 und den Folgejahren gewesen: Die Lasten auf möglichst viele Schultern zu verteilen und zwar sowohl in der Verwaltung, als auch in der Stadtgesellschaft.

Nordhorn hat aber eben bisher auch das Glück, genügend Wohnraum mobilisieren zu können das sieht in vielen Ballungszentren anders aus. Noch immer melden sich Vermieter mit Wohnungsangeboten bei ihm, sagt van der Veen-Liese. Da sind Unternehmer, die Gästewohnungen zur Verfügung stellen, Privatleute, die die Einliegerwohnung, die sie für die erwachsenen Kinder reserviert hatten, hergeben. Die Stadt ist als Mieter beliebt und zwar nicht nur, weil sie solide zahlt, sondern auch das eigene Hausmeisterteam losjagt, um die Wohnungen vor dem Einzug und nach dem Auszug in Schuss zu bringen, herzurichten und zu möblieren.

Das Hausmeisterteam haben sie extra aufgestockt, genauso wie das stadteigene Team an Sozialarbeitern, mit Leuten, die Russisch, Arabisch und Kurdisch sprechen. Man hat ja schließlich keine Zeit, wochenlang auf Handwerker zu warten und braucht Menschen, die die Neuankömmlinge behutsam durch den anfänglichen Behördenmarathon lotsen können.

Dass die Hilfsbereitschaft in Nordhorn so hoch ist, erklärt sich Bürgermeister Thomas Berling (SPD) auch damit, dass die Stadt eben schon zahlreiche Zuwanderungswellen erlebt hat. Das ging los mit dem Boom der Textilindustrie in den 20er und 30er Jahren, der Arbeitskräfte von überall her anlockte, dann kamen nach dem Krieg die Vertriebenen, später die Gastarbeiter und immer so weiter, sagt er.

Manchmal, sagt Stadtbaurat Weitemeier, hat man eben auch das Glück, dass sich zwei Krisen überschneiden: Eher zufällig stieß die Stadt auf einen Objekt mit Wohnungen, die eigentlich abgerissen werden sollten. Aufgrund der Zinsentwicklung und der Unsicherheiten bei den Baukosten legte der Projektentwickler das Neubauprojekt aber vorläufig auf Eis und überließ der Stadt die Wohnungen zur Zwischenmiete. Die schrieb daraufhin weitere Projektentwickler in der Region an und akquirierte so prompt weitere Wohnungen.

Anfangs hatte der Landkreis die Kreissporthalle zur Sammelunterkunft umfunktioniert und damit für den dringend nötigen zeitlichen Puffer gesorgt. Mittlerweile hat die Stadt selbst eine Gewerbeimmobilie übernommen und zur Sammelunterkunft umfunktioniert, die allerdings gerade leer steht. Zwei bis drei Monate Vorlauf braucht man, um Privatwohnungen flottzumachen und sinnvoll zu belegen, schätzen die Praktiker. Das ist schwierig, wenn die Zuweisungen immer schubweise kommen und manchmal nur Tage zwischen dem Bescheid und der Ankunft des nächsten vollbesetzten Busses liegen. Gleichzeitig sind Sammelunterkünfte für alle Beteiligten die schlechteste Lösung: Die Vorhaltung kostet mehr, weil man nicht nur das Gebäude selbst, sondern auch die Verträge mit den Dienstleistern für Sicherheit, Küche und soziale Betreuung bedienen muss. Die Geflüchteten leiden unter dem ewigen Verschiebeparkplatz, der mangelnden Privatsphäre, den Konflikten, die sich unweigerlich aufbauen, wenn man einen Haufen zum Teil traumatisierter Menschen zusammenpfercht. Und auch die unentbehrlichen ehrenamtlichen Helfer*innen werden irgendwann überlastet.

Wenn sie eine Familie in der Straße haben, die Hilfe braucht, finden sich immer ein paar Nachbarn, die das tun. Wenn es drei, vier, fünf Familien sind, wird es irgendwann schwierig, heißt es im seit Langem SPD-regierten Rathaus. Und eine gelingende Integration ist oberstes Ziel, schließlich macht die Stadt das auch nicht vollkommen uneigennützig. Wir haben hier ständig Unternehmer aus allen möglichen Branchen sitzen, die den Fachkräftemangel beklagen, sagt Weitemeier.

Wie schnell die Stimmung zu kippen droht, haben sie allerdings auch schon gemerkt. Als das Land Niedersachsen im Herbst höhere Zuweisungen ankündigte, räumten sie hier hektisch Teile des Jugendzentrums leer. Das kam in den lokalen Facebook-Gruppen nicht gut an. Als die Geflüchteten ausblieben, machte die Stadt das schnell rückgängig. Nun kommen schon seit drei Monaten kaum Geflüchtete an, aber jeder ahnt, dass sich das bald wieder ändert. Wenn sich die Stadt vom großen Flüchtlingsgipfel im Hause der Bundesinnenministerin etwas wünsche dürfte, wäre es wohl das: mehr Vorlauf, mehr Planbarkeit, lieber einen stetigen Zustrom an Neuankömmlingen als diese absurden Wellenbewegungen. Aber wie, das weiß hier auch niemand genau.

Die Tücken der Umverteilung Die kleine Stadt Nordhorn an der niederländischen Grenze hat bei der Flüchtlingsunterbringung eigentlich alles richtig gemacht. Wie

854 Geflüchtete wohnen in Nordhorn: 1,5 Prozent der Bevölkerung

Flüchtlingsgipfel im Bundesinnenministerium

Gipfeltreffen Am Donnerstag kommen Vertreter*innen der Länder und Kommunen mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser zusammen. Thema ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Die Gemeinden hatten ursprünglich eine Konferenz mit Kanzler Scholz und Bundesfinanzminister Lindner gefordert, deren Zustimmung für finanzielle Zugeständnisse des Bundes nötig ist. Darauf ließ sich die Bundesregierung aber nicht ein.

Überforderung Schon länger klagen Kommunen und Länder, die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen übersteige ihre Kapazitäten. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) sagte dem Spiegel am Mittwoch, die Gemeinden wüssten teils nicht mehr, wie sie die Menschen unterbringen sollen. 2022 stellten rund 218.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag. Dazu kamen wohl rund eine Million Ukrainer*innen, die nach dem russischen Überfall nach Deutschland flohen. Sie durchlaufen zwar nicht das reguläre Asylverfahren, für ihre Unterbringung und Versorgung sind die Kommunen aber ebenfalls verantwortlich.

Forderungen Länder und Kommunen wollen vom Bund vor allem mehr Geld, im Gespräch ist etwa eine Übernahme von Wohn- und Gesundheitskosten der Flüchtlinge. Bayerns Innenminister Joachim Hermann (CSU) forderte, es brauche eine Verdreifachung der Bundesbeteiligung. Helmut Dedy, Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, sprach sich auch dafür aus, dass der Bund eigene Aufnahmekapazitäten aufbauen solle. Bundesinnenministerin Faeser hat zuletzt angedeutet, den Ländern und Kommunen entgegenkommen zu wollen, der finanzielle Spielraum sei allerdings begrenzt. Der Bund hat für 2023 bereits 2,75 Milliarden Euro extra für die Versorgung von Geflüchteten zugesichert. (fre)

Load-Date: February 15, 2023